Landtag von Baden-Württemberg

33. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 13. November 2002 • Haus des Landtags

Beginn: 10:04 Uhr

Schluss: 18:08 Uhr

INHALT

Frauenplenartag (Tagesordnungspunkte 1 und 2)

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	2031	Abg. Brigitte Lösch GRÜNE	2039
Begrüßung einer Besuchergruppe aus Haslach im Kinzigtal	2043	Abg. Pauli CDU	2041
1. „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin (Artikel 3 Abs. 2 GG, Artikel 2 Abs. 1 LV)“ – Anspruch und Wirklichkeit im 50. Jahr nach der Landesgründung		Abg. Birzele SPD	2042
a) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Sozialministeriums – Gender Mainstreaming konsequent umsetzen – Drucksache 13/631		Abg. Dr. Noll FDP/DVP	2043
b) Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Gender Mainstreaming in der Landesverwaltung – Drucksache 13/1204		Abg. Walter GRÜNE	2045
c) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Sozialministeriums – Durchsetzung der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in Baden-Württemberg – Drucksache 13/1240		Abg. Dr. Monika Stolz CDU	2047
d) Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Sozialministeriums – Ärztinnen im Beruf – Drucksache 13/1205	2031	Staatssekretärin Johanna Lichy	2051
Abg. Dr. Inge Gräßle CDU	2032	Beschluss	2055
Abg. Marianne Wonnay SPD	2035, 2054	2. „Familienpolitik als Standortfaktor“	
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	2037	a) Große Anfrage der Fraktion GRÜNE und Antwort der Landesregierung – Familienunterstützende Angebote in Baden-Württemberg – Drucksache 13/681	
		b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Sozialministeriums – Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg – Drucksache 13/449	
		c) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Sozialministeriums – Familienpolitik als Standortfaktor in Baden-Württemberg – Drucksache 13/1393	2055
		Abg. Brigitte Lösch GRÜNE	2056
		Abg. Ruth Weckenmann SPD	2057
		Abg. Oettinger CDU	2059
		Abg. Dr. Noll FDP/DVP	2061
		Abg. Kretschmann GRÜNE	2064
		Abg. Drexler SPD	2066, 2072
		Minister Dr. Repnik	2069
		Ministerin Dr. Annette Schavan	2073
		Beschluss	2074

<p>3. Aktuelle Debatte – Auswirkungen der Gesetzgebungsvorhaben der Bundesregierung auf die Patientenversorgung in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP 2074</p> <p>Abg. Dr. Noll FDP/DVP 2075</p> <p>Abg. Hoffmann CDU 2076, 2086</p> <p>Abg. Ursula Haußmann SPD 2078, 2088</p> <p>Abg. Brigitte Lösch GRÜNE 2080, 2089</p> <p>Minister Dr. Repnik 2082</p> <p>Abg. Dr. Glück FDP/DVP 2085</p> <p>4. a) Große Anfrage der Fraktion GRÜNE und Antwort der Landesregierung – Schulen in freier Trägerschaft – Drucksache 13/798</p> <p>b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Berechnungsgrundlagen für die Änderung des Privatschulgesetzes – Drucksache 13/1188 2090</p> <p>Abg. Renate Rastätter GRÜNE 2090</p> <p>Abg. Christine Rudolf SPD 2092, 2098</p> <p>Abg. Ursula Lazarus CDU 2093, 2099</p> <p>Abg. Pfister FDP/DVP 2094</p> <p>Ministerin Dr. Annette Schavan 2095</p> <p>Abg. Boris Palmer GRÜNE 2097</p> <p>Abg. Kleinmann FDP/DVP 2098</p> <p>Beschluss 2099</p> <p>5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Bereitstellung von Mitteln aus den Oddset-Sportwetten für gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der Veranstaltung der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006 – Drucksache 13/1365</p>	<p>Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/1403 2099</p> <p>Abg. Clemens Winckler CDU 2099</p> <p>Abg. Margot Queitsch SPD 2100</p> <p>Abg. Theurer FDP/DVP 2101</p> <p>Abg. Heike Dederer GRÜNE 2101</p> <p>Staatssekretär Rückert 2102</p> <p>Beschluss 2102</p> <p>Abg. Scheuermann CDU (zur Abstimmung) 2102</p> <p>Abg. Behringer CDU (zur Abstimmung) 2102</p> <p>6. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Naturschutzgesetzes – Drucksache 13/1360</p> <p>Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses Ländlicher Raum und Landwirtschaft – Drucksache 13/1469 2103</p> <p>Beschluss 2103</p> <p>7. a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – Integration von Migranten in Baden-Württemberg – Drucksache 13/432</p> <p>b) Große Anfrage der Fraktion GRÜNE und Antwort der Landesregierung – Gesamtkonzept der Integrationspolitik in Baden-Württemberg – Drucksache 13/1030 2103</p> <p>Abg. Inge Utzt SPD 2103, 2109</p> <p>Abg. Theresia Bauer GRÜNE 2105</p> <p>Abg. Pauli CDU 2106</p> <p>Abg. Dr. Glück FDP/DVP 2107</p> <p>Minister Dr. Schäuble 2108</p> <p>Abg. Theurer FDP/DVP 2109</p> <p>Beschluss 2109</p> <p>Nächste Sitzung 2109</p>
---	--

Protokoll

über die 33. Sitzung vom 13. November 2002

Beginn: 10:04 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 33. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und damit gleichzeitig den zweiten Teil des Frauenplenartags, den der Landtag von Baden-Württemberg als erstes deutsches Landesparlament durchführt. Ich darf bei dieser Gelegenheit den Landtagskolleginnen sehr herzlich für die Vorbereitung dieses Frauenplenartags danken.

Unter unseren zahlreichen Gästen auf der Zuhörertribüne und vor der Großleinwand in der Eingangshalle, in die die Vormittagssitzung wegen des großen Andrangs übertragen wird, gilt mein besonderer Gruß der ehemaligen Ministerin und Landtagskollegin Frau Brigitte Unger-Soyka, der ehemaligen Landtagsabgeordneten Frau Dr. Emmy Diemer-Nicolaus, der ehemaligen Landtagskollegin und Bundestagsabgeordneten Frau Ingrid Walz, der Generalkonsulin der Republik Bulgarien, Frau Veneta Momtcheva, und der designierten Justizministerin unseres Landes, Frau Corinna Werwigg-Hertneck. Allen Zuhörerinnen und Zuhörern entbiete ich ein herzliches Willkommen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident Teufel ist bis ca. 12 Uhr dienstlich verhindert,

(Oh-Rufe bei der SPD)

Herr Minister Stratthaus wird heute Nachmittag verhindert sein.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt vervielfältigt auf Ihren Tischen. Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Oktober 2002, Az.: 2 BvF 2/02 – Normenkontrollantrag der Länder Thüringen, Bayern und Sachsen betr. Fünftes Gesetz zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes und anderer Vorschriften

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

2. Mitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 31. Oktober 2002 – Wohnungsbau 2003 – Bericht und Leitlinien zur Wohnraumförderung – Drucksache 13/1456

Überweisung an den Wirtschaftsausschuss und federführend an den Finanzausschuss

3. Mitteilung des SWR vom 29. Oktober 2002 – Bericht des SWR an die Landtage der Staatsvertragsländer Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz – Drucksache 13/1420

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

*

Wir treten in die Tagesordnung ein.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

„Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin (Artikel 3 Abs. 2 GG, Artikel 2 Abs. 1 LV)“ – Anspruch und Wirklichkeit im 50. Jahr nach der Landesgründung

- a) **Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Sozialministeriums – Gender Mainstreaming konsequent umsetzen – Drucksache 13/631**
- b) **Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Gender Mainstreaming in der Landesverwaltung – Drucksache 13/1204**
- c) **Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Sozialministeriums – Durchsetzung der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in Baden-Württemberg – Drucksache 13/1240**
- d) **Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Sozialministeriums – Ärztinnen im Beruf – Drucksache 13/1205**

Außerdem sind folgende Änderungsanträge mit aufgerufen: zu Tagesordnungspunkt 1 b der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/1488, und zu Tagesordnungspunkt 1 c der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/1493, der Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/1486, und der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/1499.

Das Präsidium hat für die Tagesordnungspunkte 1 und 2 folgende Redezeiten festgelegt: fünf Minuten für die Begründung der Anträge und die einleitenden Erklärungen und 25 Minuten je Fraktion für die Aussprache, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort erteile ich Frau Dr. Gräßle.

Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zuerst für die CDU-Fraktion unsere ehemaligen Kolleginnen und Ministerinnen grüßen. Wir freuen uns, dass Sie heute bei uns sind, und fühlen uns sehr geehrt. Herzlich willkommen auch von unserer Seite.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen)

Der heutige Tag ist auch mit Ihr Verdienst. Sie waren die Wegbereiterinnen von uns allen, unserer heutigen Parlamentsfrauen, und Sie waren vor uns beauftragt, das Verfassungsgebot der Gleichstellung mit Leben zu erfüllen. Sie wissen aus eigener Erfahrung, dass dies gar keine leichte Aufgabe ist. Wenn wir in 25 Jahren zum 75-jährigen Landesjubiläum da oben sitzen, gehe ich davon aus, dass wir bis dahin einige große Schritte weiter sind.

Bislang gehen die Veränderungen nur langsam vorstatten. Dies zeigt, dass allein die Existenz von Rechtsnormen nichts ändert. Die Rechtsnormen leben nur durch praktische Umsetzung und nicht aus sich heraus. Nach 50 Jahren Landesverfassung und Gleichstellungsauftrag, nach sechs Jahren Landesgleichberechtigungsgesetz ist es unsere ganz wichtige Erkenntnis, dass es keinen Sinn macht, immer feiner zisierte Normen festzulegen, mit Kontrollen, Sanktionen und immer enger gezogenen Regelungen. Die größere Teilhabe von Frauen muss in den Köpfen noch stärker verankert werden. Wir Frauen müssen dieses Thema wach halten, und zwar unabhängig von persönlichen Erfahrungen oder Interessen.

Wo stehen wir? Ich will hier keinen Defizitbericht abgeben. Wir wissen alle, dass die Gleichstellung von Frauen bei der Bezahlung für gleiche Arbeit, bei Führungspositionen, bei der politischen Teilhabe und in der Gesellschaft noch längst nicht erreicht ist. Ich will auch nicht die rückwärts gewandte Rechnung aufmachen, wer an dieser Situation wohl die größere oder kleinere Verantwortung trägt. Ich bin mir sicher, wir sind auf dem richtigen Weg, auf einem guten Weg, und nur das wird für Gegenwart und Zukunft zählen.

Unter den Abiturienten sind heute in unserem Land mehr als 53 % weiblich. Rund 50 % der Schulabgänger mit Realschulabschluss sind Mädchen. 45 % der Studienanfänger sind Frauen. Unter den jüngeren berufstätigen Frauen zwischen 30 und 35 Jahren haben nur noch 14 % keine Berufsausbildung. Vor 30 Jahren waren es noch 50 %. Abgesehen davon, dass dies ein Beispiel für eine sehr erfolgreiche Schulpolitik ist, ist dies auch ein Beispiel für eine gelungene Frauenpolitik und gibt uns die Richtung an, in die wir in Zukunft gehen werden.

Bei der Berufstätigkeit gleichen sich Männer und Frauen in der Altersgeneration bis 35 Jahren ebenfalls immer mehr an. Sie werden die augenblickliche Situation – derzeit sind in der Wirtschaft noch 84 % aller Führungskräfte Männer, und bei den obersten Landesbehörden im öffentlichen Dienst ist dieser Anteil noch etwas höher, dort beträgt er 85 % – ändern. Bei den obersten Bundesbehörden haben wir sogar über 90 % Männer. In der Bundesverwaltung sind, wie Frau Unger-Soyka bei unserer gestrigen Anhörung ausführte, lediglich 2,5 % der Abteilungsleiterstellen mit Frauen besetzt.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Wir werden mit der Novellierung des Landesgleichberechtigungsgesetzes weiter an einer Veränderung dieser Situation arbeiten.

Die Entwicklung zeigt, dass wir bereits viel erreicht haben. Der Frauenanteil in der Landesverwaltung liegt bei fast 50 %. Unser besonderes Augenmerk muss den Laufbahngruppen gelten, in denen Frauen zu einer großen Minderheit gehören, sowie den Aufstiegschancen von Frauen.

Wir müssen uns aber auch fragen, was wir eigentlich erreichen wollen. Wenn wir die so genannten Frauenberufe im öffentlichen Dienst betrachten, fällt auf, dass Grundschulen und Kindergärten inzwischen fast männerfreie Zonen geworden sind. Erzieherische Arbeit lebt aber von der Präsenz von Männern und Frauen zugleich.

Wenn ich dann sehe, dass wir auch an Grundschulen mit fast 100 % Frauenanteil noch Frauenbeauftragte bestellen, dann erfasst mich die Sinnkrise. Wenn nicht die Bereitschaft zum Rückbau erfolgreich angewandter Regelungen – und diese Regelungen waren erfolgreich, haben Erfolg gezeigt – besteht, wenn wir nicht bereit sind, Regelungen, die sich bewährt haben, die wir aber nicht mehr brauchen, zurückzubauen und andererseits die Defizite ganz konkret mit neuen Regelungen und neuen Maßnahmen zu bekämpfen, dann haben wir etwas falsch gemacht.

(Beifall bei der CDU)

Ich hoffe, dass uns Gender Mainstreaming völlig neue Instrumente gibt, um solche Kuriositäten der herkömmlichen Art von Frauenförderung zu beseitigen. Aber Gender Mainstreaming darf keine neue Sau sein, die jetzt durch das frauenpolitische Dorf gejagt wird

(Unruhe)

und hinter der sich am Ende nur Ratlosigkeit darüber verbirgt, wie Strukturen wirklich verändert werden können, um das Gleichstellungsgebot zu verwirklichen.

Es wäre auch an der Zeit, Frauenförderung bei denen auf die Tagesordnung zu setzen, die ständig davon reden. Ich rede hier von den Gewerkschaften

(Lachen der Abg. Marianne Wonnay SPD)

und von der Tatsache, dass Frauen in der Wirtschaft nur drei Viertel der Löhne und Gehälter ihrer männlichen Kollegen erhalten. Drei Viertel!

(Abg. Teßmer SPD: Daran sind aber die Gewerkschaften nicht schuld! – Abg. Marianne Wonnay SPD: Etwas einseitige Darstellung! – Unruhe)

Dies ist eine der Hauptursachen dafür,

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

dass so wenige Männer bereit sein können, Erziehungszeiten in Anspruch zu nehmen. Diese Tatsache ist die Ursache dafür, dass wir nach wie vor eine große Zementierung der jetzigen Situation haben, wonach Frauen zu Hause sind und sich dankenswerterweise um Kinder kümmern, während Männer eben zur Arbeit gehen müssen.

(Beifall bei der CDU)

(Dr. Inge Gräßle)

Nach wie vor gibt es Frauen mit schlechterer Ausbildung, haben Frauen eine unterbrochene Erwerbsbiografie und, und, und. Genau das ist ja das Problem, über das wir reden müssen.

Ich wäre dankbar, wenn sich der DGB mit genau dem gleichen Eifer den Tarifverträgen seiner Einzelgewerkschaften zuwenden würde,

(Zuruf des Abg. Fischer SPD)

den er für den öffentlichen Dienst bei dessen ohnehin privilegiertem Status an den Tag legt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Lassen Sie mich einige Sätze zu unserem ureigensten Bereich der Politik sagen.

(Unruhe)

Sicher, der Frauenanteil

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen, Frau Dr. Gräßle!)

hat allen Schwierigkeiten zum Trotz auch in diesem Parlament kontinuierlich zugenommen; darauf sind wir stolz. Er hat auch in den Gemeinderäten und in den Kreistagen unseres Landes zugenommen.

(Zuruf von der SPD: Und auf der Regierungsbank?)

Er wäre noch höher, wenn wir alle, die wir politischen Parteien angehören, die im Grundgesetz festgelegten Aufgaben der Parteien ernst nehmen würden, nämlich die Willensbildung und die Teilhabe zu organisieren, vor allem in jenen 72 Gemeinden, die alle in unseren Wahlkreisen liegen, in denen Frauen bislang noch überhaupt nicht im Gemeinderat vertreten sind.

(Unruhe)

Wer hier von Volkswillen spricht, hat eine merkwürdige Sicht des Wählerwillens. Ich habe heute Morgen eine kleine Anfrage eingereicht, in der nach diesen Gemeinden und den dazugehörigen Wahlkreisen gefragt wird. Wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, können es vor Ort richten ohne ein einziges neues Gesetz und ohne die Festschreibung kommunaler Frauenbeauftragter im Gleichberechtigungsgesetz.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Worum geht es uns eigentlich bei der Frauenpolitik? Bei unserer gestrigen Anhörung sagte Frau Professor Baer in ihrem Einführungsreferat: „Sie müssen klären, was Gleichstellung überhaupt ist.“ Und sie sagte noch dazu – und dafür war ich ihr sehr dankbar –: „Das ist gar nicht so einfach. Das klingt alles banal, aber genau das ist des Pudels Kern.“ Geht es für uns darum, einer bereits gut ausgebildeten Schicht von Frauen, die oft genug für sich die Notwendigkeit eines Gleichstellungsgesetzes bestreiten, durch bessere Karrierechancen noch mehr Einkommen zu verschaffen? Oder geht es darum, sich für Berufstätigkeit von Frauen einzusetzen, sei es unter dem Stichwort der Selbstverwirkli-

chung oder aus materiellen Gründen, damit diese Frauen oft genug morgens mit den Kindern in Kindergarten und Schule hetzen können, um nach einem anstrengenden Arbeitstag abgekämpft und oft genug mit schlechtem Gewissen – man muss es sagen – für ihre Kinder da sein zu können mit der Folge, dass ihnen der Staat das häufig geringe Einkommen mit immer höheren Steuern und Abgaben belegt und dass sich spätestens mit der Heizkostenabrechnung das Zusatzeinkommen in nichts auflöst?

Die Frauen wollen nicht der Hamster im Laufrad sein: immer in Bewegung und doch nicht von der Stelle kommen. Der Sisyphus der modernen Gesellschaft, das ist nicht unser Frauenbild, das ist nicht unsere Vorstellung von Lebenschancen für Frauen.

(Beifall bei der CDU)

Das, was wir alle miteinander in diesen 50 Jahren gelernt haben, ist, dass es nicht genügt, nur einen Bereich, nämlich die Erwerbsarbeit für Frauen, als den Ort der Gleichstellung zu sehen. Unsere Zukunftsaufgabe besteht darin, den pluralistischen Lebenskonzepten Gleichrangigkeit und Gleichwertigkeit zu verschaffen.

Was heißt das? Das bedeutet für uns den Auftrag, wirklich Wahlfreiheit zu schaffen und Selbstbestimmung zu ermöglichen, wer wie berufstätig ist und sein soll. Das Stichwort Familiengeldmodelle ist ein wichtiges Stichwort. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir nur mit Familiengeldmodellen, wie auch immer sie aussehen, das Verfassungsgebot besser umsetzen können. Daneben brauchen wir auch jede Menge Mischformen, Mischformen für mehr Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Eine Repräsentativbefragung des Allensbach-Instituts im Landkreis Karlsruhe vom März dieses Jahres zeigt, dass 81 % der Eltern eine zusätzliche finanzielle Unterstützung wollen. Nur 12 % wollen mehr Betreuungsmöglichkeiten. Ich meine, man darf die 12 % nicht ignorieren, aber die 81 %, die überwältigende Mehrheit, erst recht nicht.

In diesem Zusammenhang muss uns alarmieren, wie schwer es Frauen gemacht wird, die sich ihrer Familie gewidmet haben, wieder in den Beruf einzusteigen. Bei den 20-, 30-jährigen Frauen in unserem Land liegt die Arbeitslosenquote unter der von Männern, bei Frauen über 45 aber darüber. Das zeigt, dass die häufig zum Ausdruck gebrachte Lobeshymne auf die Familienarbeit ein Lippenbekenntnis oder eine Sonntagsrede bleibt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da kennen Sie sich ja aus!)

Auch in der Einstellungspraxis des öffentlichen Dienstes sehe ich einen großen Auftrag für uns, bei der Novellierung des Landesgleichberechtigungsgesetzes eine Veränderung in diesem Punkt und einen Fortschritt zu erreichen.

63 % der Frauen in Baden-Württemberg sind berufstätig, hauptsächlich in Teilzeit. Das ist eine im deutschen Vergleich hohe Zahl und macht eine Aussage über die guten Chancen, die Frauen und Männer am Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg haben. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

(Dr. Inge Gräßle)

Wir können auch stolz sein auf unser jetziges Kindergarten-gesetz,

(Abg. Walter GRÜNE: Na ja!)

weil es die Berufstätigkeit der Frauen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie beträchtlich erleichtert und zu einem Quantensprung in Sachen Betreuung geführt hat. Die bevorstehende Kommunalisierung des Kindergartenwesens muss dazu führen, dass vor Ort Betreuung weiter ausgeweitet wird. Die Kommunen wollten diese Zuständigkeit erhalten. Sie werden sie bekommen, und jetzt sind sie auch in der Pflicht, den Frauen und Familien das Leben wirklich leichter zu machen: mit einer gesicherten Vormittagsbetreuung bis 14 Uhr, weniger Schließtagen in den Ferien, einer Aufstockung des Ganztagsangebots und der Aufnahme von unter Dreijährigen. Das sind unsere Forderungen, und wir gehen davon aus, dass die Kommunen dies auch so umsetzen. Jeder von uns ist in seinem Wahlkreis aufgefordert, vor Ort das Angebot dort zu stärken, wo es gestärkt werden muss.

Ich bin mir sicher: Jedes neue Angebot schafft neue Nachfrage. Ich bin mir auch sicher, dass wir alle wissen, was das heißt. Ich bin mir aber auch ganz sicher, dass an diesem Weg nichts, aber auch gar nichts vorbeiführt. Andernfalls brauchen wir in der Zukunft über Gleichstellung gar nicht mehr zu diskutieren.

Wir wollen, dass die Frauen und Männer in Baden-Württemberg ihr Leben so selbstverantwortlich und selbstbestimmt gestalten können, wie sie es wollen. Dabei geht es uns nicht um die „Luftkheit über den Kinderbetten“. Dieses Zitat des SPD-Generalsekretärs wird ihm und seiner Partei noch lange anhängen. Denn es zeigt, dass Kinder politisch missbraucht werden und das Thema Betreuung diskreditiert wird. Das lassen sich die Frauen und auch die Männer nicht gefallen.

(Beifall bei der CDU)

Selbstverantwortung zu ermöglichen und die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, das ist unsere Linie. Wir ersetzen nicht das frühere Leitbild, wonach die Frau in der Regel auf eine Erwerbstätigkeit außer Haus verzichtet, ausschließlich durch das neue Leitbild, wonach in einer Familie grundsätzlich beide Elternteile ganztätig außer Haus berufstätig sind und Kinder vom ersten Lebensjahr an in Krippen, Horten, Ganztagskindergärten und Ganztagschulen groß werden. Wenn Familie nicht als Abend- und Wochenendveranstaltung zurückbleiben soll, müssen wir in der Politik einer weiteren Ökonomisierung menschlicher Beziehungen entgegenreten. Wir müssen Räume schaffen für Begegnung und für Erziehung. Denn Kinder lernen zuallererst vom Vorbild ihrer Eltern. Sie sind und bleiben die wichtigsten Bezugspersonen für ihre Kinder.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, dass wir die Frauenpolitik neu entdecken müssen,

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Ruth Weckermann: Nicht nur entdecken!)

und zwar entlang des Themas Berufstätigkeit, aber auch entlang der Themen, die für Frauen ganz besonders wichtig sind.

Hierbei möchte ich vor allem ein Thema ansprechen, bei dem es um viel Geld und um Weichenstellungen geht, nämlich das Thema Gesundheitspolitik.

Wir notieren zwei typische Frauenkrankheiten: Osteoporose und Brustkrebs. Bei beiden Krankheiten ist die Früherkennung weit unterentwickelt. Jede zehnte Frau erkrankt an Osteoporose, auch jede zehnte Frau bekommt Brustkrebs. Vor einigen Jahren war es erst jede 25. Frau. Trotz der alarmierenden Zahlen, trotz des alarmierenden Trends gibt es aus Geldmangel keinen Früherkennungsplan, keine wirkliche Gesundheitsvorsorge.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das stimmt überhaupt nicht!)

– Frau Haußmann, das stimmt. Auch der Modellversuch, den die verzweifelte Frau Schmidt angeleiert hat, wird darüber nicht hinwegtäuschen können.

Leider hat daran, dass es all diese Dinge nicht gibt, bislang auch noch nie die Tatsache etwas geändert, dass das Gesundheitsressort in der Regel von Frauen geführt wurde. Wenn ich demgegenüber vergleiche, wie viele Millionen wir beispielsweise in die Kontrolle von Schlachttieren investieren – aus berechtigter Sorge vor BSE –, bei Erkrankungszahlen unterhalb des Promillebereichs, dann meine ich, dass Prioritäten auch anders gesetzt werden könnten und sicher auch müssten.

Lassen Sie mich noch ein Beispiel dafür nennen, wo Frauenpolitik aktiv werden muss. Das ehrenamtliche Engagement von Frauen ist eine einzige Erfolgsgeschichte für Baden-Württemberg und der soziale Kitt unserer Gesellschaft. Im sozialen, kirchlichen und erzieherischen Bereich leisten Frauen zwei Drittel der ehrenamtlichen Arbeit, im Bereich Kultur, Musik und Freizeit ist es ein gutes Drittel.

Wenn wir diese Zahlen mit der offiziellen Anerkennung durch das Gemeinwesen, nämlich den Ehrungen, vergleichen, so ist festzustellen, dass Frauen bei den Verdienstmedaillen des Landes nur zu rund 20 % bedacht werden. Bei der Ehrennadel des Landes ist der Anteil der Frauen noch geringer. Frauenpolitik muss hier doch bedeuten, die Kriterien so zu verändern, dass es möglich ist, nicht nur die Arbeit der gewählten und in der Regel männlichen Vorstandsmitglieder, nicht nur Funktionärsaufgaben zu bedenken, sondern auch sehr konkretes, verdienstvolles Engagement.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Schmiedel SPD: Macht es doch! An wen geht denn die Forderung? – Abg. Teßmer SPD: Fangt doch einmal an!)

Es gibt viele Themen, die zunächst ganz harmlos erscheinen, bei denen wir mit kleinen Veränderungen große Zeichen in Sachen Gleichstellung erreichen können. Dem gilt unser Augenmerk genauso.

Wir haben die Ziele und Maßnahmen unserer Frauenpolitik in einem gemeinsamen Antrag mit der FDP/DVP gebündelt. Entlang diesen sieben Punkten an der Schnittstelle zwischen Frauenpolitik, Familienpolitik und Erwerbsarbeit wird sich unsere Politik in den kommenden Jahren bewegen müssen. Damit werden wir das Gleichstellungsgebot der Lan-

(Dr. Inge Gräßle)

desverfassung und des Grundgesetzes mit Leben füllen. Andernfalls wird es so kommen, wie Frau Vizepräsidentin Vosschulte gestern unter Anführung eines Zitats von Erich Kästner gesagt hat: „Sonst können Sie sich die Verfassung in den Rauchfang hängen.“

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Wonnay.

Abg. Marianne Wonnay SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen, meine sehr geehrten Herren! Bei Ihrer Rede, Frau Kollegin Gräßle, habe ich mich phasenweise schon gefragt, ob ich wirklich die Rede einer Kollegin aus einer Regierungsfraktion höre.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Genau! – Abg. Döpper CDU: Jetzt gehts schon los!)

Aber lassen Sie mich zum eigentlichen Anlass zurückkehren. Dass der Landtag heute erstmals diesen Frauenplenartag durchführt, ist ein wichtiges frauenpolitisches Signal. Wir haben bei der gestrigen Anhörung oft gehört, wie wichtig der politische Wille zu mehr Frauenpolitik und zu mehr Gleichstellungspolitik ist und dass der politische Wille den Schlüssel zum Erfolg darstellt. Insofern sehe ich es als ein positives Zeichen an, dass alle Fraktionen dieses Hauses heute den politischen Willen zu mehr Frauenpolitik, zu mehr Gleichstellungspolitik bekunden.

Allerdings, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ist die Erwartung der SPD und ganz sicher die Erwartung der Frauen im Land, dass es nicht nur bei der politischen Willensbekundung bleibt.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Der Lackmestest für den heutigen Frauenplenartag wird sein, ob den politischen Willensbekundungen in absehbarer Zeit auch politische Taten folgen.

(Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Ich möchte mich an dieser Stelle insbesondere bei den Frauenverbänden im Land und beim Landesfrauenrat für das außerordentliche frauenpolitische Engagement bedanken, das sie in den letzten Jahren erbracht haben. Ohne dieses Engagement wären ganz viele frauenpolitische, gleichstellungspolitische Vorhaben in diesem Land überhaupt nicht denkbar gewesen. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und den Grünen und des Abg. Alfred Haas CDU – Abg. Bebbler SPD: Sehr richtig!)

Betrachtet man die frauenpolitische Bilanz der 50 Jahre seit der Landesgründung, dann gibt es Licht und Schatten.

Positiv ist in dieser Bilanz sicher zu bewerten, dass es gelungen ist, Frauen und Männer rechtlich weitgehend gleichzustellen. Das war vor 50 Jahren noch keineswegs Realität. 1952, also im Jahr der Landesgründung, hatte der Mann noch das Alleinentscheidungsrecht in der Ehe. Ehefrauen

hatten nicht das Recht, ihren Wohnsitz selbst zu bestimmen, und konnten ihr in die Ehe eingebrachtes Vermögen nicht selbst verwalten. Diese heute archaisch anmutenden Regelungen wurden erst 1957 durch das Gleichberechtigungsgesetz abgeschafft.

Doch es gibt auch Schattenseiten. Wir haben zwar die rechtliche Gleichstellung erreicht; von der gleichen Teilhabe in allen Bereichen der Gesellschaft sind Frauen jedoch immer noch weit entfernt. Immer noch sind Erwerbs- und Erziehungsarbeit extrem ungleich verteilt. Beim Aufstieg in Führungspositionen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stoßen Frauen immer noch an so etwas wie eine „gläserne Decke“ – gläsern deshalb, weil die Gründe dafür nicht auf den ersten Blick sichtbar sind.

So ist trotz gleicher oder höherer Qualifikation vielen Frauen noch immer der berufliche Aufstieg verwehrt. Nur jede achte Frau, aber jeder vierte Mann im Alter zwischen 30 und 45 Jahren ist in höherer Position tätig. Die am besten qualifizierte Frauengeneration, die wir je hatten, wird nach wie vor ausgebremst. Wir können uns aber eine solche Verschwendung von Humankapital schlichtweg nicht leisten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir sollten angesichts dieser und vieler anderer nach wie vor bestehender Benachteiligungen die heutigen Beratungen als Chance nutzen und diesen Frauenplenartag eben nicht nur als frauenpolitische Pflichtübung verstehen, nach der wir dann wieder zur Tagesordnung übergehen. Von diesem Frauenplenartag muss aus Sicht der SPD ein Signal für einen neuen Aufbruch in der Frauenpolitik im Land ausgehen,

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

ein Aufbruch, der deutlich macht, wie wir den Grundgesetzauftrag tatsächlich und konkret mit Leben erfüllen wollen. Warum brauchen wir einen solchen neuen Aufbruch in der Frauenpolitik? Wir brauchen ihn, weil wir im Land von einer tatsächlichen Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen immer noch weit entfernt sind.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Jawohl!)

In dieser Einschätzung besteht ganz offenkundig fraktionsübergreifend Übereinstimmung. Dieses durchaus selbstkritisch zu wertende Resümee über den Stand der Gleichberechtigung stammt nämlich nicht von mir, sondern von der für Frauenpolitik in der Landesregierung zuständigen Staatssekretärin. Sie können das in der „Südwest Presse“ nachlesen.

(Zuruf von der CDU: Sehr gute Frau!)

Wir brauchen diesen neuen Aufbruch vor allem aber auch deshalb, weil die Landesfrauenpolitik in den letzten Jahren eben nicht von Innovation und Fortschritt, sondern weil sie leider von Stillstand gekennzeichnet war.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: So ist es!)

Der einzige wirkliche frauenpolitische Fortschritt fand unmittelbar vor diesem Frauenplenartag statt: Der Frauenanteil

(Marianne Wonnay)

im Landeskabinett wird sich verdoppeln. Statt einer Ministerin gibt es künftig zwei Ministerinnen.

(Heiterkeit bei der SPD – Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

– Ich sehe schon, das ist der Beitrag der FDP/DVP zum Frauenplenartag.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen
– Minister Dr. Döring: Das ist aber ein guter Beitrag!
– Abg. Theurer FDP/DVP: Der Frauenanteil der FDP/DVP-Minister beträgt 50 %)

Zwar ist der Frauenanteil – das wissen Sie – im Bundesländervergleich damit immer noch verschwindend gering, aber wir erkennen diese Erhöhung um immerhin 100 % als Fortschritt an.

Wir wünschen uns jedoch auch, liebe Kolleginnen und vor allem liebe Kollegen von den Regierungsfractionen, dass diesem Fortschritt nun auch in der Sache gewichtige Fortschritte folgen, zum Beispiel bei der Novellierung des Landesgleichberechtigungsgesetzes oder bei der Reform der Gemeinde- und der Landkreisordnung mit dem Ziel, hauptamtliche kommunale Frauenbeauftragte festzuschreiben. Wir brauchen diese frauenpolitischen Reformschritte. Das Land und der gesamte öffentliche Dienst in Baden-Württemberg müssen bei der Gleichstellung von Frauen endlich eine Vorreiterrolle übernehmen. Nur dann können wir von der Wirtschaft wirklich glaubwürdig effektive Maßnahmen zur tatsächlichen Gleichberechtigung von Frauen und Männern einfordern.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Baden-Württemberg – das wissen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, und haben es trotzdem nicht geändert – ist das einzige Bundesland, in dem es in der Gemeinde- und der Landkreisordnung keine Verpflichtung zur Bestellung einer hauptamtlichen Frauenbeauftragten gibt.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Wir sollten endlich dafür sorgen, dass dieser traurige Zustand, dass das Land die frauenpolitische Schlusslichtposition einnimmt, beendet wird.

(Beifall bei der SPD)

Seit Jahren wird die Novellierung des Landesgleichberechtigungsgesetzes gefordert. Im Jahr 2001 hat sogar ein CDU-Landesparteitag diese Novellierung gefordert. Die Defizite, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sind offenkundig. Weil Frauenvertreterinnen zu wenig Rechte haben und weil Frauenförderpläne zu unverbindlich sind, fehlt diesem Gesetz der notwendige Biss, um den Anteil von Frauen in Führungspositionen deutlich zu erhöhen.

Lassen Sie es mich an einem einzigen Beispiel deutlich machen: Seit Inkrafttreten des Landesgleichberechtigungsgesetzes – so sagt es uns der Zwischenbericht, den Frau Staatssekretärin Lichy vorgelegt hat –, also innerhalb von vier Jahren, hat sich der Anteil von Frauen in der Besoldungsgruppe A 16 um ganze 1,8 Prozentpunkte erhöht auf nun magere knapp 7 %. Wenn wir in diesem Tempo weiter-

machen, liebe Kolleginnen und Kollegen, und alle vier Jahre diesen Anteil um 1,8 Prozentpunkte erhöhen, dann erreichen wir in 57 Jahren, dass ein Drittel der Frauen in diesen Führungspositionen angelangt ist. Das kann es ja wohl wirklich nicht sein.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Deshalb brauchen wir verbindliche Regelungen im Landesgleichberechtigungsgesetz.

Handlungsbedarf gibt es aber auch bei der praktischen Umsetzung des Grundsatzes, bei allen Gesetzen, bei allen Programmen und bei allen Projekten, die die Landesregierung in die Wege leitet, bereits in der Planungs- und Entscheidungsphase die geschlechterspezifischen Auswirkungen zu überprüfen. Gestern fand zu dem so genannten Gender-Mainstreaming-Prinzip eine hochinteressante Anhörung statt, die uns viele Anregungen vom Gender Budgeting bis zu Gleichstellungsverträglichkeitsprüfungen gegeben hat.

Die Landesregierung hat sich das Gender-Mainstreaming-Prinzip zwar auf die Fahnen geschrieben; bei der praktischen Umsetzung hapert es allerdings noch gewaltig. Ich möchte Ihnen dies abschließend auch an einem Beispiel belegen.

Es ist beispielsweise mit dem Gender-Mainstreaming-Prinzip nicht vereinbar, dass das Sozialministerium – in der Landesregierung federführend für das Gender-Mainstreaming-Prinzip – in diesem Jahr Eckpunkte zur Umwandlung der neun Zentren für Psychiatrie in eine privatrechtlich verfasste Holding erstellt hat und sich überhaupt erst aufgrund unserer Parlamentsinitiativen mit der Frage befasst hat, was es bedeutet, dass mit einer solchen Regelung Tausende von weiblichen Beschäftigten aus dem Geltungsbereich des Landesgleichberechtigungsgesetzes herausgekegelt werden.

Die SPD hat, damit sich so etwas nicht wiederholt, für die heutigen Beratungen in einem Antrag konkrete Maßnahmen erarbeitet, mit denen die Berücksichtigung des Gender-Mainstreaming-Prinzips im Regierungshandeln durch verbindliche Regelungen gewährleistet wird. Denn Verbindlichkeit tut der Frauenpolitik in diesem Land Not.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich weiß, dass Frauenpolitik nicht immer ein Modethema ist. Es sind nicht nur Männer, die ihrer gelegentlich überdrüssig sind; es sind manchmal auch junge Frauen, die nicht ganz nachvollziehen können, warum sich wie am heutigen Tag Frauen und – Gott sei Dank! – auch Männer so vehement für frauen- und gleichstellungspolitische Themen verkämpfen.

Ich möchte meine Ausführungen deshalb mit einem Zitat der französischen Autorin Benoite Groult schließen: „Die jungen Mädchen glauben, den Feminismus brauche man nicht mehr, die Zeit der Diskriminierung sei vorbei. Das glauben sie so lange, bis sie anfangen zu arbeiten.“

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vorab: Wir haben den Antrag „Ärztinnen im Beruf“ mit dem ganz praktischen Beispiel, wie Frauen in unserer Gesellschaft verankert sind, aber auch behindert werden, ganz bewusst auf die heutige Tagesordnung setzen lassen. Zu ihm wird in der zweiten Runde Herr Dr. Noll sprechen.

Ich komme zunächst zu dem Thema, wie die Gleichberechtigung, die in der Verfassung steht, tatsächlich durchgesetzt wird. Da muss man ja ganz klar sagen: Legal, das heißt in den Gesetzen, ist alles in bester Ordnung. Aber in der realen Umsetzung gibt es gewaltige Defizite; das haben wir schon reichlich gehört.

Der Grund dafür ist mit Sicherheit, dass wir – ich glaube, ich kann sagen: wir alle – inzwischen längst veraltete Rollenklischees noch mit uns herumschleppen. Dagegen kann man zwar mit Logik und Verstand angehen; aber die Klischees stecken ein bisschen tiefer.

Auch wo die Probleme liegen und was sich ändern muss, ist längst bekannt. Selbst über die Ziele sind wir uns hier im Haus weitgehend einig. Was auf dem Weg dahin förderlich wäre, ist ab und zu strittig, wie in dieser Debatte auch schon deutlich wurde.

Gender Mainstreaming ist ein wichtiger und guter Ansatz. Dieser Begriff ist schwer zu übersetzen. Ich will trotzdem einen Versuch wagen: Gender Mainstreaming bedeutet, dass man bei allen Maßnahmen und bei allem, was man veranlasst, überlegt: Wirkt sich dies auf Männer und Frauen unterschiedlich aus, und, wenn ja, wie kann ich dem entgegenwirken? Das geht gar nicht einseitig in Richtung Frauen, sondern da gibt es die andere Seite genauso.

Das gibt es zum Beispiel bei den Krankenpflegern. Ich erinnere mich an den Fall eines Entbindungspflegers, der vor Gericht musste, um zu diesem Beruf, der sonst als „Hebamme“ bekannt ist,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Hebammer!)

zugelassen zu werden.

Auch wenn wir Gender Mainstreaming haben, ist ganz klar: Frauenförderung wird weiterhin so lange nötig sein, wie es an der gleichwertigen Anerkennung und dem entsprechenden Einsatz von Frauen in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft fehlt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir müssen allerdings eines machen: Wir dürfen nicht nur Frauenförderpläne aufstellen, sondern wir müssen auch regelmäßig kontrollieren, was denn aus den hehren Zielen geworden ist, und uns, wenn wir den Soll-Ist-Vergleich gemacht haben, neue Maßnahmen vornehmen.

Ein guter Indikator dafür, wie gut es mit den Frauen in einer Gesellschaft steht, ist der Anteil der Frauen in Führungspositionen. Da hat sich in den 30 Jahren, die vergangen sind, seit ich meine Diplomarbeit zu diesem Thema geschrieben habe, zwar ein bisschen auf der mittleren Ebene geändert. Man stellt aber noch immer fest, dass es da, wo es wirklich interessant wird, einen gläsernen Deckel gibt. Wer

aufmerksam beobachtet, der muss auch feststellen, dass die Sachlichkeit der Männer oft da aufhört, wo sie sich bedroht fühlen,

(Oh-Rufe von Abgeordneten der SPD)

bedroht in ihrer Macht, bedroht in ihren Positionen. Auch die Männer auf der rot-grünen Seite reagieren da sehr oft stutenbissig.

(Beifall bei der FDP/DVP und auf der Zuhörertribüne)

Die Frage ist: Wie können wir dieses Denken ändern?

Ich will Ihnen ein negatives Beispiel nennen: Der Restrukturierung des Südwestrundfunks ist eine der wichtigsten Sendungen, die in Richtung Gleichberechtigung und gleichwertiger Anerkennung der Leistung von Männern und Frauen gearbeitet haben, zum Opfer gefallen. Das war das „Journal am Morgen“, das viele Frauen gestärkt hat und vielen Männern auf dem Weg zur Arbeit neue Anstöße gegeben hat. Ich bedauere es außerordentlich, dass es gerade diese Sendung nicht mehr gibt. Für die Gleichberechtigung ist das eine negative Sache.

(Vereinzelt Beifall auf der Zuhörertribüne)

Ich habe heute Morgen ein positives Beispiel gesehen: Die Deutsche Bahn wirbt ja gerade zum Teil recht aggressiv für ihr neues Preissystem. Heute habe ich eine schöne Anzeige gesehen: „Endlich lohnt es sich, Mann und Kind zu haben!“ Das ist einmal ein Plakat, das aus der Sicht der Frau gestaltet ist. Das ist auch gar nicht so schlecht überlegt, weil Frauen den öffentlichen Nahverkehr weit mehr nutzen. Da haben Leute einmal etwas gedacht.

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Allerdings muss man sich dabei fragen, warum es nur um ein Kind geht.

Wir brauchen Vorbilder. Auch ich freue mich natürlich riesig, dass der FDP/DVP-Anteil in der Regierung bald ein Geschlechterverhältnis von 1 : 1 aufweist.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

Ich beglückwünsche die künftige Ministerin schon heute und sage ihr jegliche Unterstützung zu.

Hier im Hause müssen wir uns fragen: Wie sieht es zum Beispiel im Landtagspräsidium aus? Wir haben jetzt erfreulicherweise zwei stellvertretende Landtagspräsidentinnen. Aber ich würde mich schon freuen, wenn diese nicht nur am Frauenplenartag auch einmal morgens zum Einsatz kämen

(Beifall bei der FDP/DVP)

und wenn sie den Landtag auch nach außen – da, wo es wirklich auffällt – weit öfter vertreten.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP – Vereinzelt Beifall auf der Zuhörertribüne – Zurufe von der CDU)

Auch da gibt es noch etwas zu tun.

(Heiderose Berroth)

Wir müssen Rahmenbedingungen gestalten. Kollegin Gräßle hat es schon angesprochen: Wir haben hierzu einen Antrag vorgelegt. Hier geht es aber eben nicht nur um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, und zwar für Frauen und Männer – solange wir das nicht gleichwertig haben, haben wir keine Gleichberechtigung erreicht. Die Männer werden in den Familien ganz dringend als Beispiel für die künftigen Rollenbilder gebraucht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Es geht eben nicht nur um die Kinderbetreuung, wo man auch Lufthoheit gewinnen will, um Ideologien schon in kleine Köpfe zu pflanzen, sondern es geht zum Beispiel auch darum – und das hat mich schon verwundert, dass dies bei einer Bundesregierung fehlt, die ja nun offensichtlich großen Wert darauf legt, dass das Bild der außerhäusig berufstätigen Frau als Leitbild gefördert wird –, dass sie auf anderer Seite Entlastung erfährt. Und warum man dann genau dieser Frau verweigert, die Ausgaben für Haushaltsdienstleistungen von dem Gehalt, das sie bezieht, abzuziehen, kann ich nicht verstehen und auch nicht einsehen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Es geht insgesamt darum, dass wir Frauen ernst nehmen, und da gibt es sehr viele unbewusste Reaktionen. Ich gebe Ihnen ein Beispiel aus einem Ausschuss – wenn ich dort nicht als alleinige Vertreterin meiner Fraktion anwesend gewesen wäre, hätte man das bei meiner Fraktion vermutlich genauso beobachten können –: Als wir im Ausschuss die Einladung zum Frauenplenartag erhielten, die sich ja farblich sehr gut von den anderen Schriftstücken abhob, ging ein süffisantes Lächeln über viele Männergesichter. Das ist kein Ernstnehmen! Da, bitte, gibt es Nachholbedarf, und für dessen Abbau braucht man keine Vorschriften, sondern dazu muss man nur im Kopf etwas ändern.

(Abg. Fischer SPD: Das ist doch ein absoluter Blödsinn!)

– Aha, getroffene Hunde bellen.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Fischer SPD: Nein! – Abg. Schmiedel SPD: Bei der FDP/DVP!)

Wir müssen Frauen stärken. Die Frage ist dann natürlich: Brauchen wir, um Frauen zu stärken, eine gesetzliche Verankerung der Position der Frauenbeauftragten in der Kommune? Bitte genau zuhören: Es geht mir um die Position; es geht mir nicht um die Aufgabe. Die Aufgabe ist eine außerordentlich wichtige, und ich habe mich sehr darum bemüht und gehe davon aus, dass das auch so kommen wird, dass die Verantwortung der Kommunen für die Umsetzung des Verfassungsgebots der Gleichberechtigung im neuen Landesgleichberechtigungsgesetz drinsteht. Das ist gar kein Thema.

(Abg. Bebbler SPD: Darauf warten wir schon Jahre! Der Innenminister war schon vor fünf Jahren zuversichtlich! Nichts ist passiert! Null!)

Ich meine auch, die Frauenbeauftragten leisten da eine wichtige Arbeit. Ist aber wirklich etwas damit getan, wenn

wir diese Position vorschreiben? Ist es nicht viel einfacher und auch im Sinne der Frauen besser, wenn wir sagen: „Die Aufgabe muss wahrgenommen werden; wie ihr, liebe Kommunen, das macht, das soll euch überlassen bleiben“?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wenn wir nur die Position vorschreiben, kann ich mir schon gut ausmalen, wie das dann abläuft: Dann stellt man halt eine pflegeleichte Frau ein und beschäftigt sie mit möglichst vielen anderen Aufgaben. Dann sind viel Zeit, viel Kraft und viel Energie sowie auch viel Geld vertan, aber es hat sich im Sinne der Frauen nichts bewegt. Frauen, die in ihrer Kommune noch keine Frauenbeauftragte haben, aber eine wollen, bin ich gern zu unterstützen bereit, damit sie sich in ihrem Umfeld auf lokaler Ebene die erforderlichen Mehrheiten schaffen, die man braucht, um einen Gemeinderat, um einen Kreistag dazu zu bewegen, die Position zu schaffen. Das ist Basisdemokratie, die Sie, meine Kolleginnen und Kollegen von Rot und Grün doch immer fordern! Das muss von unten herauf wachsen und darf nicht von oben nach unten vorgeschrieben werden.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Es liegt wirklich an den Männern und Frauen vor Ort, zu dieser Verantwortung, wenn wir sie gesetzlich vorgeschrieben haben, nachzufragen: Wie findet das in unserer Kommune statt? Was tut ihr? Vielleicht auch: Warum tut ihr nichts?

Gestern wurde angesprochen – und das war ein schönes Wort –: Wir brauchen eine Gleichstellungsverträglichkeitsprüfung.

(Heiterkeit der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU – Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Eine GVP!)

Das halte ich für sehr gut. Ich hielte allerdings nichts davon, dafür nun wieder Gesetze oder Verordnungen zu beschließen oder eine Bürokratie hierfür aufzubauen.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Denn damit hätte sich nichts bewegt. Seit 40 Jahren sind Gesetze und Verordnungen zur Gleichstellung beschlossen worden, und wir können heute das Fazit ziehen: Es hat sich nicht viel getan.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wenn wir es nicht hinbekommen, dass diese Gleichstellungsverträglichkeitsprüfung regelmäßig in den Köpfen von Frauen und Männern stattfindet, kommen wir nicht weiter.

(Beifall bei der FDP/DVP – Minister Dr. Döring: Sehr gut! – Abg. Marianne Wonnay SPD: Sie hätten es immer gern unverbindlich!)

Wie kann man das denn hinbekommen? Das bekommt man dadurch hin, dass Frauenförderung Konsequenzen hat, und zwar für Frauen und Männer sowohl im positiven wie auch im negativen Sinne. Das heißt: Für einen Vorgesetzten oder

(Heiderose Berroth)

eine Vorgesetzte, die Frauen fördert, wirkt sich das auch für das eigene Fortkommen positiv aus. Das ist ein Anreiz!

Es genügt auch nicht, wenn man sagt: „Wie kriegen wir mehr Frauen in die Wahlgremien? – Frauen sollen Frauen wählen.“ Das ist schlicht zu wenig. Außerdem möchte auch ich mir weiterhin von Fall zu Fall vorbehalten, meine Stimme auch für vernünftige Männer abzugeben.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP:
Sehr gut! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Gibt es die
bei der FDP?)

Wenn wir aber ein richtiges Verhältnis kriegen wollen, dann darf Gleichstellungspolitik keine Einbahnstraße sein. Auch Männer müssen Frauen wählen und sich für sie einsetzen.

Ich habe die feste Zielsetzung: Männer sollen mehr und mehr die Erfahrung machen, dass es gerade für sie selbst und erst recht für die ganze Gesellschaft von Vorteil ist, wenn Frauen und Männer im Team sachgerecht zusammenwirken.

Ich möchte hier eine Gewinnwarnung aussprechen: Auch beim Thema Frauenförderung wird von der Geschichte bestraft, wer zu spät aufwacht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Solche Männer sind plötzlich megaout und wundern sich dann womöglich noch darüber.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Jawohl! Da hat sie
Recht!)

Die bisherige Entwicklung der Frauenbewegung zeigt einfach: Jammern bringt uns nicht weiter. Deshalb gilt mein Dank an dieser Stelle all den Frauen und Männern, die handeln und sich engagieren; mit denen arbeite ich weiterhin gerne zusammen. Gender Mainstreaming muss nicht in Gesetzen und Verordnungen stattfinden, sondern in unseren Köpfen. Hier ist gewaltige Innovation angesagt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der
CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf noch zwei Gäste auf der Tribüne herzlich willkommen heißen. Ich begrüße Frau Ministerin a. D. Barbara Schäfer und Herrn Landtagspräsident a. D. Erich Schneider. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Das Wort erteile ich Frau Abg. Lösch.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch wenn wir heute den bundesweit ersten Frauenplenartag durchführen, ist Frauenpolitik in Baden-Württemberg wirklich keine Erfolgsstory. Wir sind jetzt zwar bundesweit die Ersten, die einen Frauenplenartag durchführen, doch war Baden-Württemberg eines der letzten Länder, die bundesweit den verfassungsmäßigen Auftrag, aktiv Gleichstellungspolitik zu verfolgen, in ein Landesgesetz zur Gleichberechtigung umgesetzt haben.

Frauenpolitik ist in vielen Bereichen selbstverständlicher und unspektakulärer geworden. Frauenpolitik ist aber nicht out. Nach wie vor gibt es sehr viele strukturelle Benachteiligungen, die die Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen verhindern. Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen werden wir erst haben, wenn die Rahmenbedingungen tatsächlich so gestaltet sind, dass Frauen und Männer die gleiche Möglichkeit haben, Familienarbeit und Berufsarbeit miteinander zu vereinbaren.

(Beifall bei den Grünen)

Erst dann, wenn die Infrastruktur für eine verlässliche, vernünftige Kinderbetreuung, auch für unter Dreijährige, hergestellt ist, haben Männer und Frauen überhaupt die Wahlfreiheit zwischen Familienarbeit und Erwerbsarbeit. Deshalb begrüßen wir es außerordentlich, dass der Bund 1,4 Milliarden € zur Verfügung stellt, damit die Kommunen vor Ort die Kleinkindbetreuung ausbauen können.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf der Abg. Heike De-
derer GRÜNE)

Meine Damen und Herren, dass es den Frauen nicht um monetäre Leistungen geht, sondern tatsächlich um den Ausbau der Infrastruktur, können Sie im 11. Kinder- und Jugendhilfebericht nachlesen.

Was tut das Land Baden-Württemberg, um die Chancengleichheit herzustellen? Die Landespolitik könnte für Frauen ein positives, frauenfreundliches Klima schaffen, indem sie erstens mehr Geld für die Kleinkindbetreuung zur Verfügung stellt. Mit diesen 7 Milliarden €, die das Land Baden-Württemberg für die Kleinkindbetreuung zur Verfügung stellt

(Zurufe: Millionen!)

– 7 Millionen €, Entschuldigung –,

(Abg. Walter GRÜNE: 7 Milliarden € wären ein bisschen viel! Das müsste reichen! – Abg. Dr. Noll
FDP/DVP: Das wäre schön, 7 Milliarden €!)

können die Kommunen nichts anfangen.

Zum Zweiten könnte die Landespolitik ein positives frauenpolitisches Klima zum Beispiel durch eine rasche Novellierung des Landesgleichberechtigungsgesetzes, bei der es irgendwo im Abstimmungsprozess zwischen den einzelnen Ministerien klemmt und die überhaupt erst frühestens im Jahr 2003 ins Kabinett kommt, erzeugen. Frauenpolitik braucht konkrete Ziele, braucht konkrete Handlungen und braucht auch konkrete Ergebnisse.

(Beifall bei den Grünen)

Etwas Konkretes hätten wir gestern bei der Anhörung zum Thema „Umsetzung von Gender Mainstreaming“ auch gern von Frau Lichy gehört. Man gewinnt hier in Baden-Württemberg den Eindruck, dass Frauenpolitik bei der Landesregierung nur ideenlose und bürokratische Verwaltungsakte bedeutet:

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Ah! Also, also! –
Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

(Brigitte Lösch)

Prüfung zur Durchführung einer Fachtagung, Erarbeitung von Infomaterial, Arbeitshilfen und Checklisten, runde Tische, interministerielle Arbeitsgruppen, Konferenzen, Workshops, Seminare. Was wir brauchen, sind aber nicht zusätzliche Arbeitsgruppen. Wir brauchen mehr Durchsetzungskraft und vor allem auch mehr politische Verbindlichkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Mehr politische Verbindlichkeit wird auch heißen: ein Landesgleichberechtigungsgesetz, das tatsächlich Biss hat, das die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an allen Landesprogrammen oder Gremien sichert, eine Absicherung von frauenpolitischer Infrastruktur der Frauenhäuser und der Kontaktstellen „Frauen und Beruf“ sowie eine Verankerung der kommunalen Frauenbeauftragten. Frauenpolitik ist in der Landesregierung nach wie vor schlecht verankert. Wir haben eine Staatssekretärin, Frau Lichy, die kein Stimmrecht im Kabinett und somit natürlich auch sehr wenig Einfluss auf die Landesregierung hat. Wir brauchen mehr Frauenpower in Baden-Württemberg.

Wenn man sich einmal den Vergleich zum Bundestag anschaut: Dort sind zwischenzeitlich 40 % der Führungspositionen, was Staatssekretäre und Minister anbelangt, von Frauen besetzt, während Baden-Württemberg mit 15 % am unteren Ende herumkriecht – da ist die neue Justizministerin, Frau Werwigg-Hertneck, schon mitgerechnet.

Auffallend gering ist auch nach wie vor die Repräsentanz der Frauen im Landtag. Im Bundestag sind jetzt 32,5 % Frauen. Nach Bayern ist Baden-Württemberg auch hier mit 22 % Frauen das Schlusslicht.

In der Fraktion GRÜNE des Landtags sind wir ordentlich gegendert. Wir haben 50 % Frauen.

(Beifall bei den weiblichen Abgeordneten der Grünen)

– Da klatschen die Männer nicht, oder?

(Beifall der Abg. Hofer und Dr. Noll FDP/DVP)

In der grünen Bundestagsfraktion sind es sogar 58 %. Das heißt, da hat sich der grüne Grundsatz der Quotierung der Listen voll bewährt. Das Ziel „Die Hälfte der Macht den Frauen“ haben wir bei den Grünen schon voll umgesetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Jetzt noch ein Wort zum Thema Gender Mainstreaming. Gender Mainstreaming bedeutet, dass die gesamte Personalplanung, jedes Gesetz, jede Verordnung, jede Subvention, jede öffentliche Veranstaltung daraufhin überprüft wird, was die Auswirkungen auf Männer und Frauen sind und ob dadurch die Gleichstellung von Männern und Frauen gefördert wird. Das heißt, Gender Mainstreaming wird zu einer politischen Leitgröße wie zum Beispiel die Umweltverträglichkeit.

Was wir gestern bei der Anhörung erfahren haben, war doch enttäuschend. Am 24. Juli 2001 hat der Ministerrat das Sozialministerium aufgefordert, die Umsetzung von Gender

Mainstreaming in der Landesverwaltung zu erarbeiten. Ein Jahr später hat der Ministerrat dieses Konzept beschlossen. Und was haben wir gestern gehört? Wiederum nach eineinhalb Jahren: interministerielle Arbeitsgruppen, Infomaterial erstellen, Arbeitshilfen, Checklisten, Vorbereitung einer Fachtagung 2003. Aber was wir nicht gehört haben, das sind die Fakten, wie viel personelle und finanzielle Ressourcen dafür überhaupt zur Verfügung gestellt werden, wie die Schulungsangebote, die ja top-down laufen sollen, angeboten werden, wann zum Beispiel Ministerpräsident Teufel seinen Gender-Kurs macht und welche verbindlichen Kontrollinstrumente eingeführt werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD sowie auf der Zuhörertribüne – Abg. Walter GRÜNE: Der Ministerpräsident ist wahrscheinlich gerade beim Gender Mainstreaming!)

– Wahrscheinlich ist er bei der Schulung, ja.

Was wir auch nicht gehört haben, ist, wie Gender Mainstreaming im Landesgleichberechtigungsgesetz verankert wird. Dessen Novellierung hätten wir heute eigentlich diskutieren sollen. Deshalb haben wir diesen Frauenplenartag auch gemacht, weil eigentlich die Novellierung des Landesgleichberechtigungsgesetzes zu diskutieren angestanden hätte, etwa inwieweit die Rechte der Frauenvertreterinnen jetzt endlich verbessert werden. Und was haben wir? Wir haben nur Semantik. Die einzige Aussage ist die Sprachregelungen, dass die Frauenvertreterinnen zukünftig nicht mehr „Frauenvertreterinnen“ heißen, sondern „Beauftragte für Chancengleichheit“. Aber reine Semantik reicht in diesem Bereich einfach nicht aus.

(Beifall bei den Grünen und der FDP/DVP – Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Ist aber sehr gut!)

Meine Damen und Herren, wir müssen, was die Frauenpolitik und die Chancengleichheit anbelangt, in Baden-Württemberg, finde ich, kräftig Gas geben, damit wir da nicht abgehängt werden. Auch wenn dieser Frauenplenartag bundesweit der erste ist, geht es doch darum, sich an Taten messen zu lassen und nicht nur an Worten und schönen Plenarreden.

Zum Abschluss noch ein paar Worte zum Entschließungsantrag der CDU und der FDP/DVP. Einig sind sich ja alle Parteien immer in den frauenpolitischen Aussagen: Wir möchten mehr Chancengleichheit, wir möchten eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Unterschiede zeigen sich jetzt nicht in den politischen Aussagen, sondern die Unterschiede sieht man bei den Instrumenten, wie man diese Ziele erreichen will. Da haben wir jetzt gehört, dass die CDU nach wie vor voll auf das Familiengeld setzt – das heißt, dass die Frauen zu Hause bleiben sollen –, während wir Grünen auf den Ausbau der Kinderbetreuung setzen, damit die Frauen überhaupt die Wahlfreiheit haben, zu entscheiden, ob sie zu Hause bleiben wollen oder arbeiten gehen wollen. Ihre Ideologie ist aus Ihrem Entschließungsantrag ganz klar herauszulesen. Deshalb lehnen wir diesen Entschließungsantrag ab.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Walter GRÜNE: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pauli.

Abg. Pauli CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist das Bestreben der CDU-Landtagsfraktion, die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Landesverwaltung unter Berücksichtigung des Gender-Mainstreaming-Ansatzes voranzutreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Für ein modernes, zukunftsfähiges Land wie Baden-Württemberg ist es unverzichtbar, Mängel, Defizite zu beseitigen sowie verkrustete und nicht mehr zeitgemäße Verwaltungsstrukturen aufzupolieren.

(Lachen bei der SPD)

Aber, sehr geehrte Frau Kollegin Wonnay, Chancengleichheit lässt sich nicht von heute auf morgen durch Regelwerke, Gesetze und Vorschriften erzwingen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Marianne Wonnay SPD: Aber das Unverbindliche tut es auch nicht! – Abg. Fischer SPD: Durch Nichtstun auch nicht!)

Chancengleichheit, Gerechtigkeit oder die angemessene Berücksichtigung verschiedener Lebensrealitäten muss in den Köpfen und nicht nur auf dem Papier stattfinden.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Schmiedel SPD: Was du heute kannst besorgen, verschiebe nicht auf morgen!)

Der Bilanzbericht des Sozialministeriums zum Landesgleichberechtigungsgesetz verdeutlicht, dass Schritt für Schritt Chancengleichheit in der Landesverwaltung hergestellt wird, sofern sie nicht bereits besteht. Ob Teilzeitarbeitsplätze, Telearbeitsplätze, familiengerechte Arbeitszeiten – viele Stichworte sprechen dafür.

Unsere Aufgabe als gesetzgebendes Verfassungsorgan besteht nicht darin, immer neue und immer mehr überfrachtete undurchdringliche Paragraphenschlingen zu produzieren, sondern dem gesunden Menschenverstand mehr Luft zu verschaffen. Eigenverantwortlich denkende und von der Realisierung von mehr Chancengleichheit überzeugte und weitsichtige, zukunftsorientierte Kolleginnen und Kollegen sind bei der Umsetzung des Gender-Mainstreaming-Ansatzes effektiver als bevormundete, am Vorschriftenseil hängende Befehlsempfänger.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das familienfreundliche Land Baden-Württemberg wird mit gutem Beispiel vorangehen.

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Letztendlich geht es uns nicht nur um Frauenförderung und Chancengleichheit, sondern auch um die Qualitätssicherung bzw. -steigerung und damit um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Junge Nachwuchskräfte werden künftig immer begehrter, und Ausbildungs- und Arbeitsplätze werden heute auch unter dem Gesichtspunkt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausgewählt. Die Chancengleichheit für Frauen und Männer ist für uns genauso das Ziel wie das Bestreben, dass Mütter und Väter in der Landesverwaltung nicht schlechter dastehen als nicht erziehungsberechtigte Beschäftigte.

(Beifall bei der CDU – Abg. Schmiedel SPD: Ein frommer Wunsch!)

Der Gender-Mainstreaming-Ansatz soll dafür sorgen, dass die unterschiedlichen Lebensrealitäten von Frauen und Männern bereits im Vorfeld politischer Entscheidungen, Gesetze, Richtlinien, Förderprogramme, Planungen und Konzeptionen geprüft und in die Ausgestaltung mit einbezogen werden – im Grunde genommen eine pure Selbstverständlichkeit, die, wenn wir schon dabei sind, der Vollständigkeit halber noch um die Berücksichtigung unterschiedlicher Lebensrealitäten zum Beispiel von jüngeren und älteren Mitmenschen ergänzt werden müsste.

Auf den mir bekannten kommunalen Ebenen werden diese unterschiedlichen Lebensrealitäten ohne diese komplizierte Überschrift längst berücksichtigt, zum Beispiel beim Bau von Kindergärten, wo die betroffenen Erzieherinnen, die Väter und Mütter bereits in die Planungen einbezogen werden, oder bei der Renovierung von Freibädern. Zum Beispiel hat hierzu in meiner Stadt ein Stadtgespräch stattgefunden, bei dem jüngere und ältere Schwimmerinnen und Schwimmer, Spät- und Frühschwimmer, Männer und Frauen bei der Planung mitreden konnten. Gleiches geschah bei der Zusammenstellung von Ferienprogrammen. Gute Beispiele machen Schule und müssen unseren Kommunen nicht durch Vorschriften aufgedrückt werden.

(Abg. Bebbler SPD: Das ist faszinierend!)

Ich habe aufrichtigen Respekt vor denjenigen, die sich mutig und engagiert für die Verbesserung der Chancengleichheit einsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das reicht aber nicht!)

Dieser Frauenplenartag wird viele aufmerksamer und sensibler machen. Er wird ein Signal darstellen. Die Thematisierung und die Beratung gestern und heute werden einen Bewusstseins Schub bewirken. Aber viele Menschen in unserem Land werden es nicht verstehen, wenn der Eindruck entstehen sollte, dass wir uns in den öffentlichen und mit Steuergeldern finanzierten Verwaltungen nur noch mit uns selbst beschäftigen.

(Beifall bei der CDU)

Daher appelliere ich an unsere Opposition, nicht die nachweisbaren Schritte bei der Umsetzung des Gender-Mainstreaming-Ansatzes nur schlechtzureden. Lassen Sie uns vielmehr gemeinsam für dieses Ziel sensibilisieren, werben, losmarschieren. Stimmen Sie unserem Antrag zu. Das wäre der erste Schritt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Birzele.

Abg. Birzele SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieser Tagesordnungspunkt steht unter der Festlegung des 1994 eingefügten Artikels 3 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin“, der in Verbindung mit der Übernahmenorm aus unserer Landesverfassung unmittelbar geltendes Landesrecht ist. Satz 1 dieser Grundgesetzbestimmung ist nicht aufgeführt, soll aber dennoch kurz angesprochen werden, weil dieser von Elisabeth Selbert erkämpfte Satz „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ in der 50-jährigen Geschichte des Landes Baden-Württemberg immerhin 42 Jahre allein die Gleichstellungspolitik bestimmt hat. Diese Norm hat eine enorme Bedeutung in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts erlangt. Frau Kollegin Wonnay hat ja einige Beispiele aufgeführt. Sogar kompensatorische Maßnahmen wurden für zulässig erklärt.

Frau Kollegin Berroth, Herr Kollege Pauli, daran zeigt sich: Gesetze ändern nicht alles, aber ohne Gesetze ändert sich nichts.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Bei der Debatte in der gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat hat sich wieder einmal erwiesen – Hans-Jochen Vogel hat es damals so beschrieben –: Die Positionen der konservativen Kräfte des Verharrens und die Positionen reformerischer Kräfte der Erneuerung standen einander gegenüber. Zielsetzung der Konservativen war, möglichst wenig Änderungen in der Verfassung zuzulassen. So war beispielsweise einer der Vorschläge, die Änderung des Artikels 3 Abs. 2 darauf zu beschränken, die Reihenfolge – Männer und Frauen – lediglich umzustellen, also zu formulieren: „Frauen und Männer sind gleichberechtigt.“ Der Vorschlag der SPD ging wesentlich weiter, auch der der Frauen-Union. Leider ist es nicht gelungen, so weit gehende Vorstellungen durchzusetzen.

In langwierigen Verhandlungen der Berichterstatterinnen ist es immerhin zu der bereits zitierten Ergänzung des Artikels 3 Abs. 2 gekommen, durch die ein Staatsziel formuliert wird, das aus unserer Sicht folgende wesentliche Verbesserungen mit sich brachte:

Erstens: In der Verfassung selbst wird gesagt, dass es Nachteile, insbesondere zulasten der Frauen, gibt, dass also zwischen der Normenwelt und der Realität ein erheblicher Unterschied klafft.

Zweitens: Der neue Gedanke wird verankert, dass nicht nur das Recht, sondern auch die Wirklichkeit der verfassungsmäßigen Ordnung entsprechen muss.

Drittens: Dem Staat wird ausdrücklich auferlegt, diesen Prozess der Gleichstellung aktiv zu fördern, auch durch Normen.

Viertens: Dem Staat wird aufgegeben, die in der Verfassung anerkannten Nachteile in der Realität nicht nur zu reduzieren, sondern zu beseitigen.

Nach dieser Verfassungsänderung hat die damals zuständige Ministerin für Familie, Frauen, Weiterbildung und Kunst, Frau Brigitte Unger-Soyka, umgehend ein Landesgleichberechtigungsgesetz erarbeiten lassen, das über die Koalitionsfraktionen damals vorgelegt wurde. Leider konnten unsere Vorstellungen wegen des Widerstands der CDU nicht alle durchgesetzt werden. Aber es wurde ein bedeutsamer Schritt in die richtige Richtung unternommen. Über die notwendige Weiterentwicklung und über die erforderlichen Verbesserungen werden wir bei der anstehenden Novellierung des Landesgleichberechtigungsgesetzes zu diskutieren haben, und, Herr Kollege Pfister, ich bin gespannt darauf, was Sie dann gegenüber der CDU durchsetzen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Lassen Sie mich jetzt aber darauf zu sprechen kommen, was der Landtag selbst in seinem Bereich tun kann, um die Gleichstellung wirklich herbeizuführen.

Zunächst zur Sprache: Auch in dieser Legislaturperiode wurde unser Antrag, die Geschäftsordnung des Landtags durchgehend geschlechtsneutral zu formulieren, wie es beispielsweise der Bundestag getan hat, abgelehnt. Es blieb bei der peinlichen Regelung, dass die geschlechtsneutrale Formulierung nur bei der ersten Nennung einer Position vorgenommen wird.

Zum Zweiten: Der Frauenanteil im Landtag ist beschämend gering. Mit 28 Frauen – 9 bei der CDU, 12 bei der SPD, 2 bei der FDP/DVP und 5 bei den Grünen – bei 128 Abgeordneten beträgt er gerade einmal 22 %. Bei der Debatte über das Landesgleichberechtigungsgesetz 1995 hat der damalige Frauenbeauftragte der FDP/DVP-Fraktion, Herr Dr. Walter Döring,

(Heiterkeit)

als den zentralen Punkt von Änderungen des Landtagswahlrecht bezeichnet. Ich zitiere:

Wenn Sie in allen Fraktionen einen höheren Frauenanteil haben wollen, dann müssen Sie das Landtagswahlrecht ändern.

(Abg. Bebbler SPD: Recht hat er!)

Notwendig ist deshalb eine Änderung des Landtagswahlrechts unter anderem dahin gehend, dass bei grundsätzlicher Aufrechterhaltung unseres Wahlsystems der Frauenanteil zum Beispiel über eine kleine Landesliste erhöht werden kann. Dass das Wahlrecht dafür eine erhebliche Bedeutung hat, zeigt sich an dem wesentlich höheren, wenn auch nicht voll befriedigenden Frauenanteil von gegenwärtig 32,2 % im Deutschen Bundestag.

Allerdings müssen die Parteien die Möglichkeit durch entsprechende Maßnahmen auch tatsächlich nutzen. Die Parteien in Baden-Württemberg haben dies bei der Bundestagswahl in sehr unterschiedlicher Weise getan. Unter den 34 baden-württembergischen Bundestagsabgeordneten der CDU sind lediglich drei Frauen. Der Frauenanteil ist damit noch geringer als der hier bei der CDU-Landtagsfraktion.

(Birzele)

Lassen Sie uns deshalb als eine gemeinsame Zielsetzung der heutigen Debatte festhalten: Wir müssen das Landtagswahlrecht ändern, um zu einem höheren Frauenanteil im Landtag zu kommen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Rastätter
GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, unter unseren Gästen auf der Zuhörertribüne gilt mein besonderer Gruß jetzt einer Besuchergruppe aus Haslach im Kinzigtal unter der Leitung von Herrn Bürgermeister Heinz Winkler.

Die Stadtverwaltung mit Herrn Bürgermeister Winkler an der Spitze, die „Initiative Gedenkstätte Vulkan“, Schülerinnen und Schüler sowie die beteiligten Lehrkräfte der Hansjakob-Realschule, zahlreiche Bürgerinnen und Bürger und vor allem die Mitglieder des Fördervereins Dorfgemeinschaftshaus Bollenbach haben den Landtag bei der Vorbereitung und Durchführung der Gedenkfeier aus Anlass des Gedenktags für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2002 in Haslach tatkräftig unterstützt.

Dafür möchte ich den anwesenden Gästen aus Haslach, stellvertretend für alle beteiligten Helferinnen und Helfer, noch einmal sehr herzlich danken. Mein besonderer Dank gilt den Schülerinnen und Schülern der Hansjakob-Realschule, die die Gedenkfeier seinerzeit mit ihrem Gesang und mit ihrer Aktion „Ein Stein gegen das Vergessen“ mitgestaltet haben. Ich danke an dieser Stelle auch der Landeszentrale für politische Bildung, die diese Aktion mit den Schülerinnen und Schülern im Rahmen eines Wochenendseminars vorbereitet hat.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ein bisschen bin ich schon stolz darauf, dass die Wahl meiner Fraktion – insbesondere der Damen in meiner Fraktion – auf mich als ihren Sprecher am ersten bundesweiten Frauenplenartag gefallen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Oh-Rufe von
der SPD)

– Darauf darf man doch ein bisschen stolz sein.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja, natürlich!)

Ich möchte – da dürfen jetzt alle männlichen Kollegen klatschen –

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

all denen danken, vor allem den Frauen, die die Idee vorangebracht haben, den ersten Frauenplenartag durchführen, auch wenn es nur ein halber ist, sodass wir insoweit bundesweit führend sind.

(Beifall der Abg. Pfister FDP/DVP und Zimmermann
CDU)

– Liebe Männer, ihr dürft klatschen.

(Zurufe von der SPD)

Ich möchte jetzt nicht so sehr Gesetzestexte herunterlesen, sondern sagen: Wenn man die Zwischenrufe hört und wenn man sich selbst fragt: „Warum darf ich heute bei der frauenpolitischen Debatte reden?“ – –

(Abg. Drexler SPD: Ja, eben! Warum? – Weitere Zurufe von der SPD und den Grünen)

– Herr Drexler, ich bin in mich gegangen: Das ist vielleicht deshalb der Fall, weil ich Gender Mainstreaming nicht nur auf den Lippen trage, sondern

(Abg. Drexler SPD: Im Herzen!)

bei sachlichen und personellen Entscheidungen verschiedentlich gezeigt und gesagt habe: im Zweifelsfall für die Frau.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Jetzt hätte es mir passieren können – ich habe es nicht gehört –, dass junge Leute gesagt hätten: „Aha, der Noll ist der Frauenversther in der FDP/DVP-Fraktion.“

(Heiterkeit – Abg. Capezzuto SPD: Macho! – Zuruf
von den Grünen: Aufhören! – Weitere Zurufe – Un-
ruhe)

– Genau das ist nämlich der Punkt: Sprache ist sehr verräterisch. Das stammt ja aus dem Sprachschatz der jungen Menschen, und das zeigt uns doch, dass wir uns nicht zurücklehnen dürfen, sondern dass wir in der Tat beides nach wie vor vorantreiben müssen: Einerseits brauchen wir da spezielle Frauenförderung, wo Defizite sind, aber andererseits müssen wir, in die Zukunft gerichtet, Gender Mainstreaming wirklich ernst nehmen.

Ich sage Ihnen: Ich bin wirklich froh, dass die Frauenpolitik von diesem ausschließlich defizitorientierten Modell – nämlich der Beseitigung von Nachteilen, was nach wie vor notwendig ist – hin zu einem zukunftsorientierten, in das allgemeine Denken integrierten, vorausschauenden Planen gekommen ist, um tatsächlich Chancengleichheit für Frauen und Männer hinzubekommen.

Ich sage auch: Gender Mainstreaming ist keine Entschuldigung dafür, dass man die aktive Frauenförderung – zum Beispiel jetzt, wo es eng wird bei den Kommunen: Frauenhäuser, Platzverweis – möglicherweise zurückfährt. Das darf nicht sein. Dazu stehen wir.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das soll man nicht mit Worthülsen beseitigen.

Wir haben – für Sie vielleicht nicht ganz nachvollziehbar – bewusst einen Antrag in diese Debatte mit eingebracht. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den anderen Fraktionen, Ihre Anträge sind sehr stark auf die Landesverwaltung und auf die staatliche Verwaltung konzentriert.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Das ist ja richtig so, Frau Kollegin Haußmann. Da, wo wir selbst Verantwortung tragen, können wir natürlich beispielhaft sein.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Na also! Dann mal los!)

(Dr. Noll)

Aber wir wollten ganz konkret an einem speziellen Beispiel zeigen, wo Gender Mainstreaming die Chancen von Menschen beiderlei Geschlechts fördern könnte. Im Bereich des Gesundheitswesens können wir das ganz klar zeigen.

Leider ist meine Redezeit knapp bemessen – ich nehme gerne zur Kenntnis, dass die Kollegin Berroth hier natürlich das Prä hat –, deshalb kann ich nur ganz kurz verschiedene Aspekte, die aber exemplarisch auch für andere Berufsfelder sind, darlegen. Ich bitte Sie einfach, für die Verbreitung dieses Antrags und der Stellungnahme der Landesregierung zu sorgen, denn ich glaube, auch damit könnten wir dafür sorgen, dass wir an manchen Stellen, zum Beispiel im Krankenhausbereich, wo Gender Mainstreaming bisher noch nicht eingeführt worden ist, durch Best-Practice-Darstellung tatsächlich ein Stück weit vorankommen.

Insgesamt ist der Stellungnahme des Sozialministeriums zu unserem Antrag zu entnehmen, dass der Anteil von Frauen in den ärztlichen Berufen deutlich gestiegen ist. Doch ein Satz muss einem schon zu denken geben – aber das ist schon typisch für die Karrierechancen von Frauen in allen Bereichen –:

Bei den Hochschulassistenzen und Habilitationen ist der Frauenanteil nach der Untersuchung im Laufe der vergangenen 20 Jahre dagegen kaum angestiegen. Bei den Professuren blieb der Frauenanteil weitgehend konstant.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das muss uns schon zu denken geben. Wir sind auf dem Weg der Einbeziehung des Gender-Mainstreaming-Ansatzes in die leistungsbezogene Mittelzuweisung an die Universitäten. Das ist völlig richtig, aber es wird nicht ausreichen.

Arbeitslosigkeit ist im Ärztebereich sicherlich nicht das ganz große Thema, aber selbst da lässt sich zeigen, dass insbesondere Frauen verstärkt von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Nur 3,2 % der Ärzte sind arbeitslos, aber 7,9 % der Ärztinnen. Das gilt für eine kleine Datenbasis, deswegen klingt die Zahl sehr hoch. Insgesamt hängt das eben auch damit zusammen, dass Frauen nach einer Familienphase häufig einen Teilzeitarbeitsplatz suchen und dieser ihnen aus bestimmten organisatorischen Gründen nicht angeboten wird. Deswegen freut es mich sehr, dass es mit dem Sinsheimer Teilzeitmodell ein Modell gibt – es gibt sicherlich viele Modelle –, bei dem sich zwei oder drei Ärztinnen oder Ärzte einen Arbeitsplatz teilen und damit eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf praktizieren können.

Das Fazit lautet: Insgesamt wurde festgestellt, dass die Vorteile die Nachteile deutlich überwiegen. Das ist Gender Mainstreaming, wie ich es mir vorstelle: dass ganz praktisch gezeigt wird, dass der Arbeitgeber natürlich einen Vorteil davon hat, wenn er Teilzeitmöglichkeiten schafft und Frauen die Chance gibt, im Betrieb weiter mitzuarbeiten.

Bei der fachärztlichen Weiterbildung hat man strukturelle Probleme für Frauen, die nur in Teilzeit arbeiten, beseitigt. Es wird noch einige Zeit dauern, bis das in der Tat dazu führt, dass auch im Bereich der Weiterbildung teilzeitbeschäftigte Ärztinnen stärker berücksichtigt werden können.

Jetzt komme ich zum ambulanten Bereich. Da ist das Ungleichgewicht zwischen der Zahl niedergelassener Ärzte und der Zahl niedergelassener Ärztinnen noch sehr viel ausgeprägter. Das hängt ein Stück weit auch mit unserem überbürokratisierten Gesundheitswesen zusammen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Das ist ein Thema, wo wir bei Bürokratie auch einmal den Gender-Mainstreaming-Ansatz haben müssen. Ich will nur zwei Beispiele nennen.

Das eine Beispiel: In überversorgten Planungsbereichen – davon gibt es viele – gibt es eigentlich keine Zulassung für eine teilzeitarbeitswillige zusätzliche Ärztin. Es gibt zwar, weil man gemerkt hat, dass da Korrekturbedarf besteht, Ausnahmeregelungen. Diese sind aber so kompliziert, dass leider in der Stellungnahme zu dem Antrag steht, dass davon sehr wenig Gebrauch gemacht wird.

Das zweite Beispiel: Wenn eine niedergelassene Ärztin aufgrund Erziehungszeit vielleicht nur in Teilzeit ihre Praxis ausübt, dann sinkt in den darauf folgenden Jahren, wenn sie in ihre Praxis zurückkehrt, ihr Budget automatisch, weil das immer nach den vorvergangenen Jahren berechnet wird. Also auch da sind Gender-Mainstreaming-Ansätze im Bürokratieabbau notwendig. Das, denke ich, wäre eine wichtige Erkenntnis.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Der Anteil von Ärztinnen in Führungspositionen ist zwar im Land im Krankenhausbereich, im universitären Bereich gestiegen, aber insbesondere – ich habe es schon gesagt – bei den Professorenstellen nicht in ausreichendem Maß. Deswegen glaube ich, dass wir dieses Mentoring-Programm, das das Land initiiert hat – das hat mir besonders gut gefallen –, möglichst breit weitertragen sollten. Das hat einen schönen Namen: MUT. Ich würde uns allen wünschen, dass wir mehr „MUT“ige Entscheidungen an allen Stellen treffen, um die Chancengleichheit von Männern und Frauen ein Stück weit zu verbessern.

Wenn unsere heutige Debatte dazu beitragen würde, dass das Bewusstsein über die gesetzlichen Vorgaben und Rahmenbedingungen, über die wir natürlich zu diskutieren haben, in der Gesellschaft, in der Wirtschaft, aber auch bei den jungen Leuten ein Stück weit befördert wird, dann hätte sich dieser erste Landesfrauenplenartag in der Tat gelohnt.

Letzte kleine Anmerkung: Es gibt einen Bereich, in dem Gender Mainstreaming meiner Meinung nach auch eine wichtige Rolle zu spielen hat, der heute überhaupt nicht angesprochen worden ist. Das ist der Bereich der Integrationspolitik für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger. Ich sage das in großem Ernst, denn ich bekomme mit, dass die bei Ausländern häufig vorhandene andere kulturelle Sicht der Rolle einer Frau bei jungen Frauen ganz praktisch zu Problemen führt. Wir müssen überhaupt nicht mit dem Finger auf andere Kulturen zeigen. Ich darf nur an die Rolle der Frau in der Kirche erinnern, wo der Frau im Wesentlichen eine dienende und eine schweigsame Rolle zugewiesen wurde – nicht überall, aber im Wesentlichen. Wir haben eine

(Dr. Noll)

jahrhundertelange Entwicklung durchgemacht. Aber gerade darum ist es wichtig, wenn wir Integration ernst nehmen, auch da diesen Gender-Mainstreaming-Ansatz – die Sprache ist wichtig, aber auch das Verständnis der Rolle von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft – verstärkt zu thematisieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Walter.

Abg. Walter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! – Frau Präsidentin, Entschuldigung!

(Heiterkeit – Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Birk CDU: Setzen! Sechs! – Abg. Pfister FDP/DVP: Hinsetzen! Schon verloren! Sechs! – Abg. Seimetz CDU: So fängts an!)

– Ja, ja! Das liegt daran, dass es jahrzehntelang versäumt wurde, Frauen in diese Ämter zu bringen. Der Mensch ist halt ein Gewohnheitstier.

Meine Damen und Herren, lieber Kollege Oettinger, nichts hat konservative Männer so hart getroffen wie grüne Frauenpolitik.

(Abg. Dr. Birk CDU: Was?)

Wann immer ich mich in den letzten zwei Jahrzehnten, in denen ich grüne Politik mache, mit konservativen Männern unterhalten habe,

(Abg. Oettinger CDU und Abg. Pfister FDP/DVP: Meinen Sie Rezzo?)

wurde ich mit Sprüchen konfrontiert: „Was ihr so leistet, beispielsweise im Umweltschutz, ist ja alles ganz prima. Aber eure Weiber, wenn ich mir die anschau, was die wollen!“

(Abg. Pfister FDP/DVP: Rezzo hat das gesagt! Das kam von Rezzo! – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Was ist das für ein Ausdruck: „Weiber“?)

Das waren immer die Sprüche. Ich kann Ihnen sagen, diese Aussagen haben mich nicht verwundert.

(Abg. Dr. Birk CDU: Rezzo ist ein Macho!)

– Jetzt lasst mich doch mal reden! Der Rezzo ist in Berlin, er ist Staatssekretär, und wenn du dich mit ihm treffen willst, gebe ich dir seine Nummer.

Meine Damen und Herren, es ist kein Wunder, dass konservative Männer so reagieren. Gleichberechtigung ist für viele ein Angriff auf ihre Lebenseinstellung, auf ihr Lebensgefühl und auf ihre Lebensführung. Jahrzehnte, ja Jahrhunderte alte Lebensformen wurden angegriffen und wurden – Gott sei Dank – zum Teil auch verändert. Für manche Männer – man trifft sie ja immer wieder – ist schon das Führen eines Doppelnamens ein Angriff auf ihr Leben.

Deswegen, meine Damen und Herren, ist es gut, dass sich da etwas verändert hat. Das liegt auch daran, dass es Män-

ner viel zu lange gewohnt waren, dass die Frauen zu Hause sind und sich um Haus und Kinder kümmern, und zwar egal, ob sie selbst unterwegs oder zu Hause sind. Frauen hatten sich in jedem Fall um die Erziehung und um Haus und Hof zu kümmern.

Männer – das ist ein weiterer Punkt, den man hier ansprechen muss – waren dazu erzogen, möglichst mehr oder weniger hart zu sein. Man muss sich einmal anschauen, wie die Generation meines Vaters nach dem Krieg nach Hause gekommen ist: Die Männer waren emotional völlig verkümmert. Es war für sie vor diesem Hintergrund einfach schwierig, sich plötzlich Fragen wie der zu öffnen, ob es eine Art Gleichberechtigung nicht nur im Beruf, sondern auch zu Hause gibt.

Deswegen war es für diese Männer besonders gefährlich, als eine Partei wie die Grünen kam und Gleichberechtigung und ähnliche Themen auf die Tagesordnungen im Parlament und in der politischen Diskussion setzte. Vielleicht können sich manche von Ihnen noch daran erinnern, wie es war, als die Grünen 1983 in den Bundestag kamen und in diesem Parlament zum ersten Mal darüber diskutiert wurde, was Diskriminierung von Frauen bedeutet. Ich kann mich noch an das Feixen der konservativen Männer und an die dummen Zwischenrufe, meistens auch noch anzüglicher Art, erinnern.

Meine Damen und Herren, das ist gerade 20 Jahre her. Das zeigt, welch weiten Weg wir hinter uns haben, und es zeigt auch, wie weit wir schon gekommen sind. Aber man muss an dieser Stelle einfach festhalten: Es ist die historische Leistung der Grünen, dass sie es geschafft haben, dieses Thema auf die Agenda zu setzen. Es ist die historische Leistung der Grünen, dass es in Deutschland zur Frauenquote kam. Oft wurde sie gescholten, auch von grünen Männern, mittlerweile übrigens auch von jungen grünen Frauen. Aber die Quote war der Wegbereiter für viele Frauen, die wir heute an den Hochschulen, in leitenden Positionen an den Schulen, in der Politik oder in der Verwaltung finden. Meine Damen von der CDU, manche von Ihnen würde heute vielleicht nicht hier sitzen, wenn nicht die Grünen dieses Thema aufgegriffen hätten.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Behringer CDU: So ein Quatsch! – Widerspruch bei der CDU)

– Dass da gerade Ernst Behringer einen Zwischenruf macht, finde ich schon bemerkenswert. Bemerkenswert in dieser Hinsicht ist aber auch, dass die FDP in dieser Frage wieder einmal hinterherhinkt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja wo, was, wie, wann, warum?)

Vielleicht liegt das einfach daran, dass man dann, wenn man Männern wie Herrn Möllemann und Herrn Westerwelle huldigt, die Frauenfrage vielleicht etwas hintanstellt und für sie kein Bewusstsein hat.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Was werfen Sie uns jetzt vor? – Weitere Zurufe von der FDP/DVP)

– Herr Kollege Pfister, ich werfe Ihnen gar nichts vor.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Dann lesen Sie weiter!)

(Walter)

Ich habe Ihnen nur die Namen der Typen genannt, die auf Bundesebene in der FDP etwas zu sagen haben.

Es gibt noch viel zu tun, und deswegen sind die Erfolge, die ich beschrieben habe, überhaupt kein Grund, sich zurückzulehnen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist doch blöde Polemik und sonst gar nichts!)

Schauen Sie sich das Landeskabinett an, Herr Kollege Pfister. Den Ministerpräsidenten, der doch gesagt hat, dass er bei allen wichtigen Debatten im Hause sei, haben wir heute Morgen noch gar nicht gesehen.

(Abg. Oettinger CDU: Er ist in Berlin! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Man hat immer eine Ausrede, wenn man bei Frauenpolitik nicht anwesend ist.

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Dr. Birk CDU: Dummes Zeug!)

Der stellvertretende Ministerpräsident ist auch nicht da. Das zeigt doch genau den Stellenwert, den die Frauenpolitik in der Landesregierung hat.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Oettinger CDU: Wo ist denn Kretschmann?)

– Er war den ganzen Vormittag da und ist kurz hinausgegangen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Döring war auch den ganzen Vormittag da!)

– Offensichtlich trifft euch das hart; offensichtlich habt ihr da eine offene Flanke.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Billige Polemik! – Abg. Oettinger CDU: Ein Schauspiel! – Abg. Birzele SPD: Betroffene Hunde! – Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich möchte gern fortfahren.

Einer der zentralen Punkte aus meiner Sicht ist – das ist an dieser Stelle schon gesagt worden; man kann es aber nicht oft genug sagen –, dass Frauen für dieselbe Arbeit auch dieselbe Bezahlung wie Männer bekommen müssen. Das ist ein ganz zentraler Punkt. Frauen müssen künftig auch in Führungspositionen besser berücksichtigt werden.

Da aber haben, wie Sie in der Stellungnahme des Sozialministeriums zu dem Antrag Ihrer Fraktion nachlesen konnten, Herr Kollege Oettinger, speziell die Ministerien einen enormen Nachholbedarf. 43 % der Erwerbstätigen sind weiblich, aber nur 16 % der Führungspositionen sind mit Frauen besetzt. Diese Zahlen sagen doch schon alles. In der Stellungnahme zu dem CDU-Antrag heißt es auch noch: je höher die Besoldungsgruppe, desto geringer der Frauenanteil. Deutlicher, meine Damen und Herren, kann man es nicht sagen.

Als dritten Punkt möchte ich nennen: Geschlechtergleichstellung funktioniert nur, wenn wir es schaffen, eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu gewährleisten. Denn wir dürfen uns nichts vormachen, Kollege Noll: Auch heute

noch liegt die Hauptlast der Erziehung bei den Frauen. Das hat auch mit der oft geringeren Bezahlung zu tun und damit, dass sie in Berufen sind, in denen es schwierig ist, wenn man sich dann entscheiden muss: Macht der Mann Erziehungsurlaub oder die Frau? Dann entscheidet man sich eben, dass die Frau das tut.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Das heißt, die geringere Bezahlung ist hierfür ein wichtiges Argument.

Das hat auch mit der gesellschaftlichen Realität zu tun. Männer, die Erziehungsurlaub genommen haben, haben mir davon erzählt. Sie haben ihren Erziehungsurlaub beispielsweise bei einer Kommune genommen. Was hat das letztendlich bedeutet? Als sie zurückgekommen sind, hat man ihnen in der Regel nicht einmal annähernd wieder einen adäquaten Posten gegeben.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das geht Frauen genauso!)

Das heißt doch, da wird ein Zeichen gesetzt: Wenn du so blöd bist, so etwas zu tun, dann werden die anderen wenigstens abgeschreckt.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Genau darum geht es. Das gilt es zu ändern. Genauso gilt es, die gesellschaftliche Akzeptanz der Männer, die zu Hause sind, zu verbessern.

Es ist auch Aufgabe der Männer, die Rahmenbedingungen zu verändern. Das betrifft beispielsweise die Kinderbetreuung. Wenn ich mir die Realität in den Kommunen und in den Gemeinderäten anschau, dann sehe ich, dass diejenigen, die abends – –

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Habt ihr keine Gemeinderäte?)

– Man kann gescheite oder weniger gescheite Zwischenrufe machen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ich wollte sagen: Gerade diejenigen, die die geringste Sensibilität dafür haben, dass die Frauen bessere Rahmenbedingungen bekommen, dass die Kinderbetreuung ausgebaut wird, tragen Verantwortung in den Kommunen oder sitzen in Gemeinderäten. Das sind in der Regel diejenigen – das kann man immer wieder beobachten –, die bei der Nachsitzung am längsten sitzen und am wenigsten zu Hause sind. Meine Damen und Herren, das zeigt schon: Gender Mainstreaming hat wirklich etwas damit zu tun, Bewusstsein zu schaffen. Daran müssen wir gehen.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Wir müssen bei Frauen und Männern Bewusstsein schaffen. Ich finde, das ist bei Gender Mainstreaming der positive Ansatz. Darin unterscheidet es sich von der traditionellen und konventionellen Frauenpolitik, die aber weiterhin sein muss. Frauenförderung – da gebe ich dem Kollegen

(Walter)

Noll durchaus Recht – kann nicht plötzlich heruntergestrichen werden, weil wir uns hinter Gender Mainstreaming verstecken. Das kann wirklich nicht sein.

Wir wollen aber wissen, Kollege Oettinger: Was werden diese Landesregierung und die beiden Regierungsfraktionen tun, damit der derzeit miserable Anteil von Frauen in Führungspositionen in den Ministerien in den nächsten Jahren erhöht wird? Welche Pläne gibt es dafür? Der neue Ansatz in der Frauenpolitik sollte zum Anlass genommen werden, das zu überdenken.

Meine Damen und Herren, es gibt ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Haushaltsfreibetrag für Alleinerziehende. Wenn ich mir dieses Urteil anschau, frage ich mich, in welcher Realität diese Herren – ich nehme an, es war wohl eine überwiegende Mehrheit von Männern, die dieses Urteil gesprochen haben – eigentlich leben. Haben sie noch nicht mitbekommen, dass allein erziehende Frauen in der Einkommensskala mittlerweile ganz unten stehen und dass man gerade deren Interessen berücksichtigen muss? Da frage ich mich wirklich: Wo lebt das Bundesverfassungsgericht?

(Abg. Hillebrand CDU: In Karlsruhe! – Abg. Alfred Haas CDU: Wo lebt die Bundesregierung?)

Meine Damen und Herren, die Gleichstellung der Geschlechter auf allen politischen und sonstigen Ebenen ist ein zentrales Reformvorhaben dieser Republik. Das muss uns gelingen. Bei allen Diskussionen über Ökonomie und über Arbeitsplätze dürfen wir nicht vergessen, dass sich auch diese Gesellschaft verändern muss und dass diese Gesellschaft weiterhin reformiert werden muss. Da ist die Gleichberechtigung von Frau und Mann ein ganz wichtiger Punkt.

Es ist doch absurd – die Kollegin von der SPD hat darauf hingewiesen –, dass ein Großteil der Kreativität – –

(Minister Dr. Repnik: Birzele heißt der stellvertretende Präsident!)

– Die Abgeordnete heißt Wonnay. Aber wenn Sie sie nicht kennen – –

(Abg. Ursula Haußmann SPD zu Minister Dr. Repnik: Aber Herr Minister!)

Es ist doch absurd, dass ein Großteil der Kreativität in unserer Gesellschaft brachliegen soll. 50 % der Kreativität wollen uns mehr oder weniger nicht interessieren. Das kann doch nicht wahr sein. Ich frage mich: Wie sieht echte Demokratie aus, wenn 50 % von einem Teil des Lebens ausgeschlossen werden sollen? So kann es doch nicht sein. Deswegen ist mein Appell an die Männer: Freuen wir uns über 50 % der Macht! Wie hat Mao Tse-tung gesagt? Mein Kollege Reinhard Bütikofer hat Mao-Zitate in der Regel immer Ludwig Erhard zugeordnet, damit Sie von der CDU auch klatschen.

(Heiterkeit bei den Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Ich will das jetzt nicht machen. – Ja, das war so. Er hat sich immer riesig darüber gefreut, wenn die CDU geklatscht hat.

Dann hat er hinterher zu mir gesagt: „Siehst du: Die CDU liebt auch Mao.“

(Heiterkeit bei den Grünen und der SPD)

Das Zitat von Mao Tse-tung, meine Damen und Herren, lautet:

Nicht nur die Hälfte des Himmels, auch die Hälfte der Erde den Frauen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Stolz.

Abg. Dr. Monika Stolz CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Jetzt muss ich doch noch ans Rednerpult, Herr Kollege Walter, zumindest um den Grünen dafür zu danken, dass meine Kolleginnen und ich es offensichtlich ihnen zu verdanken haben, hier stehen zu dürfen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Ich darf mich bedanken. Solange Sie das Wahlergebnis einfahren, das Sie eingefahren haben, werden wir auch weiterhin eine Chance haben.

(Beifall bei der CDU – Abg. Capezzuto SPD: Jetzt zum Thema!)

Meine Damen und Herren, wir haben heute viel Grundsätzliches gehört, und wir hatten in der Tat auch gestern eine interessante Anhörung zu diesem Thema. Aber, Herr Kollege Walter, ich habe bei allem Engagement der Grünen für dieses Thema die Herren der Grünen bei der Anhörung vermisst.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben viel Grundsätzliches darüber gehört, was Gleichstellung bedeutet. Gleichstellung bedeutet, ein Leben ohne geschlechterspezifische Diskriminierung führen zu können. Rollenverteilungen dürfen nicht Maßstab politischer Vorgaben sein. Der Grundgedanke, so wurde uns gesagt, des Bundesverfassungsgerichts ist: Wir müssen Individualität ermöglichen. Das bedeutet: keine Politik für Frauen oder Männer, keine Politik für Gruppen. Vielmehr müssen Chancen gesichert und muss Individualität ermöglicht werden.

Wir haben gestern auch festgestellt – und ich glaube, das ist auch der Tenor der heutigen Debatte und aller Beiträge zu dieser Debatte –: Es gibt kein rotes, grünes oder schwarzes Gender Mainstreaming, sondern es handelt sich um ein gemeinsames Ziel, einen gemeinsamen Prozess, wo wir uns auf den Weg gemacht haben und wo wir auch bald ans Ziel kommen wollen.

Meine Damen und Herren, Einigkeit auf intellektuellem Niveau ist oft einfacher, als zu den schlichten Realitäten der Politik zu kommen. Wir haben gestern gehört, dass Gender Mainstreaming heißt, dass beim politischen Handeln die Erkenntnisse einzubeziehen sind, ob und wie sich die Maßnahmen auf Frauen und Männer unterschiedlich auswirken.

(Dr. Monika Stolz)

Das ist manchmal sehr schwer, bedarf wissenschaftlicher Grundlagen und sollte keine Anekdotenpolitik sein.

Meine Damen und Herren, das ist intellektuell richtig, aber gestatten Sie mir zu diesem Thema schlichte Wahrheiten. Wenn ich mir die Rentenpolitik der Bundesregierung anschau, brauche ich keinen intellektuellen Gender-Mainstreaming-Ansatz, um zu erkennen:

(Beifall bei der CDU)

Das ist eine unverfrorene Benachteiligung von Frauen, die ihren Lebensentwurf eben nicht in der außerhäuslichen Wertschöpfung gesehen haben, sondern Kinder erzogen haben und, als die Kinder aus dem Haus waren, die Eltern gepflegt haben, und das sind gerade solche Frauen, die im Ehrenamt viele Leistungen für die Gesellschaft erbracht haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Zum Zweiten: Was hat die gestrige Anhörung auch deutlich gemacht? Beim Umsetzen des Gender-Mainstreaming-Gedankens sind wir hier in Baden-Württemberg nicht die Allerersten.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Dr. Monika Stolz CDU: Nein, ich möchte gern, dass mir die Kollegen zunächst zuhören.

Wir haben gehört, dass wir nicht die Allerersten sind. Es wurde aber doch deutlich – und ich glaube, Frau Unger-Soyka ist hier Zeugin –, dass wir offensichtlich in keiner schlechten Position sind. Denn wenn eigentlich nur die Länder Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt als beispielhafte Vorreiter genannt werden, dann dürfen wir daraus schließen, dass offensichtlich in den anderen Ländern nichts oder noch nicht viel oder noch nicht viel mehr geschehen ist, was für Baden-Württemberg Vorbild sein könnte.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Erstaunt hat mich auch eine Äußerung aus einem fraktions-internen Hearing zu diesem Thema. Nachdem Gewerkschafterinnen berechtigte Forderungen nach Gleichstellung in der öffentlichen Verwaltung geäußert hatten und danach darüber informiert wurden, wie der Prozess hier in der Landesverwaltung gehandhabt wird und welche Erfolge erzielt wurden, zollte eine Gewerkschafterin offensichtlich Respekt und sagte: Ich wusste gar nicht, dass schon so viel geschehen ist.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, das heißt: Nicht stereotype Forderungen formulieren, sondern zunächst schauen, wie die Realität aussieht!

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

In diesem Fall war die Realität auf jeden Fall besser als das, was man sich doch, sicher mit gewissen Vorurteilen beladen, vorgestellt hatte.

Meine Damen und Herren, ich will damit sagen: Wir sind auf einem guten Weg. Wir sollten dort weitermachen, um das Ziel zu erreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Zum Dritten: Das Landesgleichberechtigungsgesetz befindet sich im Prozess der Novellierung. Erfahrungen werden eingebaut werden. Wir haben größtes Interesse daran, dass dieses Landesgleichberechtigungsgesetz auch wirkungsvoll zur Anwendung kommt. Ob nun die Verankerung einer Pflicht zur Bestellung von Frauenbeauftragten in den Kommunen über Sein oder Nichtsein von Frauenförderung entscheidet, darüber kann man durchaus diskutieren. Aber die, die das vehement fordern, sollten doch erst einmal die eigenen Leute von der Notwendigkeit überzeugen.

Der Ulmer SPD-Oberbürgermeister – immerhin wird er ja Präsident des Städtetags werden –

(Abg. Drexler und Abg. Capezzuto SPD: Guter Mann!)

hat diese Stelle per Handstreich unter den Tisch fallen lassen,

(Zurufe von der CDU: Oh! – Abg. Hauk CDU: Aber hallo! Hoppla!)

weil er und seine Verwaltung eh schon gute Frauenpolitik machten.

Zum Vierten: Wir haben gestern bei der Anhörung gehört, dass Gender Mainstreaming Kompetenz, Führung und Ressourcen braucht.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Ressourcen!)

Frau Professor Baer sagte: „Für nichts ist auch Gender Mainstreaming nicht zu haben.“ Sie werden jetzt vielleicht höhnen, wenn ich mit einer ganz schlichten Wahrheit komme: Ich kann mir vorstellen, dass noch viel mehr Fördermaßnahmen angestoßen werden könnten als die, die die Landesregierung angestoßen hat, wenn wir nicht heute eine dramatische Steuerschätzung ins Haus bekommen würden,

(Oh-Rufe von der SPD)

sodass manches, was wir alle gern hätten und als notwendig erachten und über das es eigentlich keinen politischen Streit gibt,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Genau!)

im Orkus der Nichtfinanzierbarkeit verschwindet.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Teßmer SPD: Kein Geld, keine Frauenpolitik! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Meine Damen und Herren, Frauenförderung spielt sich nicht im Glashaus ab. Wir müssen auch dort, wo sie in den Gesamtzusammenhang eingebettet ist, schlichte Wahrheiten benennen. Die beste Sozialpolitik, die beste Frauenförderung, die beste Familienförderung ist und bleibt eine gute

(Dr. Monika Stolz)

Wirtschaftspolitik. Davon sind wir ja nun in dramatischer Art und Weise weit entfernt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, 50 Jahre Baden-Württemberg, und ich frage: Wo stehen wir? Wo wollen wir hin? Gleichstellung, Gleichberechtigung, Frauenförderung dort, wo Defizite sind, das ist ein Thema, das uns wichtig ist, bei dem wir insgesamt auf dem Weg sind, und dies durchaus auch erfolgreich. Es geht um Teilhabe am Arbeitsprozess, Teilhabe an den sozialen Sicherungssystemen, Teilhabe an Bildungschancen.

In der Tat sind, gerade was die Teilhabe an Bildungschancen betrifft, große Erfolge erzielt worden. Die Zahlen sind hier schon genannt worden. Es hat sich sehr viel getan. Gerade akademische Ausbildungsberufe haben erheblich an Bedeutung gewonnen. Der langfristige Trend zu höheren Bildungsabschlüssen wird sich auch in Zukunft in einem weiter steigendem Anteil an Erwerbstätigen mit akademischem Abschluss widerspiegeln. Insgesamt zeigen die eindeutigen Zahlen, dass die Bildungsabschlüsse und die beruflichen Qualifikationen von Frauen heute das gleiche Niveau wie die der Männer erreichen.

Unter dem Aspekt der Chancengleichheit führt allerdings diese Qualifikation nicht zu einer entsprechenden beruflichen Weiterentwicklung und schon gar nicht zu einem entsprechenden Gehaltsniveau. Ein Blick nach Frankreich, wo wir die höchste Erwerbsbeteiligung von Frauen vorfinden, zeigt, dass eine steigende Erwerbsbeteiligung nicht automatisch zu mehr Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen führt,

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Ganz genau!)

und zwar so lange nicht, wie die geschlechtsspezifischen Erträge aus der Erwerbsarbeit für Männer und Frauen unterschiedlich ausfallen. Frau Kollegin Gräßle hat zu Recht darauf hingewiesen, dass hier noch ein breites Feld für gewerkschaftliche Aktivitäten brachliegt.

Mit zunehmender Qualifikation vergrößert sich der Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen. Der Anteil der weiblichen Führungskräfte bleibt in der freien Wirtschaft wie auch in der Verwaltung hinter dem Frauenanteil an allen Erwerbstätigen zurück. Frauen sind in der Tat in Führungspositionen stark unterrepräsentiert. Allerdings müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass eine Änderung erst nach einem langwierigen, schwierigen Prozess erfolgen kann und dass die Situation in Baden-Württemberg ähnlich ist wie in den anderen Flächenstaaten. Sie entspricht genau dem Durchschnitt der alten Flächenländer. Es also auf die CDU-Landespolitik zu schieben, dass wir in Baden-Württemberg einen geringen Anteil von Frauen in Führungspositionen haben, ist zu einfach und nicht über den Tellerrand Baden-Württembergs hinausgeschaut.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Trotz der guten Ausbildung und relativ guter Einstiegschancen verschlechtern sich jedoch die Chancen der Frau-

en ab einem Alter von 30 Jahren im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen. Die Erwerbsquoten der Frauen liegen durchweg fast 20 Prozentpunkte unter jenen der Männer, weil jede vierte bis fünfte Frau wegen der Kinder dauerhaft oder vorübergehend keine Arbeit sucht.

Warum wiederhole ich das, meine Damen und Herren? Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird zu einer wichtigen Determinante für die berufliche Entwicklung und die Teilhabe von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt. Realität ist – und die nehmen wir zur Kenntnis –, dass viele Frauen berufstätig sein wollen, und Realität ist, dass besonders Frauen in ihrer beruflichen Perspektive von der Schwierigkeit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf betroffen sind. So bedeutet für uns Frauenförderung zuallererst, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern.

Die mangelnde Bereitschaft von Frauen, auch in eher technische oder naturwissenschaftliche Fächer einzusteigen, wird vielerorts beklagt, und es läuft zu Recht eine Fülle von Programmen auf Schul- und Hochschulebene, um hier eine Bewusstseinsänderung herbeizuführen. Die mangelnde Bereitschaft, solche Themen oder solche Berufswege aufzunehmen, erklärt sich – natürlich nicht nur, aber auch – oft aus der geringeren Chance, die die Frauen in diesen Berufen sehen, den Familienwunsch mit dem Beruf in Einklang zu bringen.

Natürlich ist hier auch die Wirtschaft gefragt. In dem Maß, wie sie auf qualifizierte Frauen angewiesen ist, wird sich auch hier etwas bewegen. Wir begrüßen ausdrücklich auch die guten Ansätze, die darin zum Ausdruck kommen, dass das Wirtschaftsministerium Betriebe prämiert, die vorbildstiftend auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Frauenförderung in der praktischen Betriebsarbeit auf ihre Fahne geschrieben haben. Nur, meine Damen und Herren, umso mehr wird sich bewegen, wenn unsere Wirtschaft Arbeitskräfte einstellen kann, anstatt sich Gedanken über den Abbau von Arbeitsplätzen machen zu müssen, wie sich die Situation jetzt darstellt, in der auch jede weitere gut gemeinte Vorgabe im Sinne der Frauenförderung eine zusätzliche Knebelung einer eh schon bis zur Halskrause verbürokratisierten Wirtschaft darstellt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Eine kollaptische Wirtschaft ist die schlechteste Förderung von Frauen und Familien. Auch das ist eine schlichte Wahrheit, die hier nicht unausgesprochen bleiben sollte.

Meine Damen und Herren, 85 % der jungen Leute, nach ihren Zukunftsperspektiven befragt, geben als oberstes Ziel ihres Lebenswunsches an, eine Familie zu gründen bzw. eine Familie zu haben. Das betrifft Jungen genauso wie Mädchen. Dass dieses Ziel, an dem wir alle Interesse haben, letztlich oft überhaupt nicht oder nur sehr abgeschwächt zum Tragen kommt, liegt an den Rahmenbedingungen, die die Bildung einer Familie erschweren. Viele Frauen reagieren zunehmend auf diese erschwerten Rahmenbedingungen mit gewollter Kinderlosigkeit. Je besser ausgebildet, desto eher bleiben sie kinderlos. Über 40 % der Hochschulabsolventinnen bleiben kinderlos. Das ist eine Lösung, die ich im Moment nicht bewerten will. Aber ich kann mir nicht vorstellen, dass sie in unserem Interesse liegt.

(Dr. Monika Stolz)

Andere Frauen – und das ist der überwiegende Teil – vereinbaren Familie und Beruf mit Teilzeitarbeit, teils freiwillig, teils notgedrungen. Andere Frauen verzichten auf den Beruf und widmen sich ganz der Familie. Ich finde es eigentlich sehr diskriminierend, wo wir ja hier über Diskriminierungen reden, Herr Kollege Walter, dass Sie diese Frauen als vom Leben ausgeschlossen bezeichnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Birk CDU: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, sprechen wir über Baden-Württemberg. Die Frau Präsidentin hat gestern zu Recht gesagt: Wir wollen heute keine Beweihräucherung. Wir sind stolz auf Baden-Württemberg, wissen aber auch – das kann auch nicht sein –, dass wir nicht in allen Bereichen Spitzenpositionen einnehmen. Aber – auch das darf heute genannt werden – wir leben immerhin in einem Land, das im gesamtdeutschen Vergleich bei der Zufriedenheit der Bewohner mit dem Leben am Wohnort im Spitzenfeld liegt. Wir haben die höchste Geburtenrate, die höchste Rate an Eheschließungen und vor allem die zweithöchste Frauenerwerbsquote aller deutschen Länder. Dies ist Realität.

(Im Plenarsaal ertönt ein Gong. – Abg. Ursula Haußmann SPD: Da gehen alle Glocken an!)

Es ist Realität, aber auch das Ergebnis der McKinsey-Studie, dass es eine relative Unzufriedenheit beim Thema Kinderbetreuung gibt.

Wir sind davon überzeugt, dass mit dem Konzept „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“ ein richtiger Schritt in die richtige Richtung getan wird.

(Beifall bei der CDU)

Aber hüten wir uns vor einseitigen Lösungen. Eine Familienstudie hat ergeben, dass die Paare am zufriedensten sind, die sich die Kindererziehung teilen und sich auch beruflich entfalten können.

Die letzte Zeitbudgeterhebung hat ergeben, dass selbst dann, wenn beide Ehepartner berufstätig sind, die Frau knapp 17 % ihrer Zeit für den Haushalt, der Mann aber nur 6 % dafür aufwendet. Hieran hat sich auch in den Neunzigerjahren wenig verändert.

Auch die Elternzeit wird von Vätern nur ausnahmsweise in Anspruch genommen.

Weniger die Erziehungsbeteiligung der Männer nimmt zu, sondern die Berufstätigkeit der Frauen. Hier liegen Defizite, die Handeln und vor allem Bewusstseinsbildung erfordern. Auch dies ist uns – in Eintracht mit Ihnen allen – ein wichtiges Anliegen.

Aber, meine Damen und Herren, die Freiheit der Lebensentwürfe ist uns auch wichtig. Das Bundesverfassungsgericht hat erst – und ich wiederhole das –

(Unruhe bei der SPD)

klargestellt, dass Gleichberechtigung heißt, ein Leben ohne geschlechterspezifische Diskriminierung zu ermöglichen. Individualität muss möglich sein. In der Familienpolitik heißt

das, nicht eine Rolle zu fördern, sondern beiden Partnern die Wahl zu ermöglichen, welche Rollen sie wahrnehmen wollen. Hausarbeit und Erwerbstätigkeit müssen gleichberechtigt nebeneinander stehen.

Meine Damen und Herren von der Opposition, wer Küche und Kinder in Wahlwerbespots der Lächerlichkeit anheim gibt,

(Abg. Drexler SPD: Wer macht das?)

der diskriminiert all die Frauen, die bewusst diesen Lebensentwurf gewählt haben,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Drexler: Wer hat das gemacht?)

und wird unglaublich, wenn er über Frauenförderung spricht.

(Abg. Birzele SPD: Wen meinen Sie?)

– Die SPD! Sie müssten einmal schauen, was Ihre Parteikollegen machen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Wahlplakate! – Abg. Drexler SPD: Wo?)

– Die Wahlplakate. Schröder, Ihr Bundeskanzler.

(Abg. Birzele SPD: Birk soll ruhig sein! Der war nicht bei der Anhörung! – Abg. Drexler SPD: Zeigen Sie mir das Plakat!)

Meine Damen und Herren, mir ist klar, dass Sie nervös werden, wenn Sie mit unangenehmen Tatsachen konfrontiert werden.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Das ist doch nicht unangenehm!)

Wer Kinderbetreuungskosten absetzbar macht, dieses Angebot aber nur den Berufstätigen macht, der tritt das Gebot des Verfassungsgerichts, Individualität zu ermöglichen und keine Politik für bestimmte Gruppen zu machen, mit Füßen.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP)

Wer Berufstätigkeit von Frauen fördern will, aber durch das Bürokratiemonster eines 325-€-Gesetzes vielen Frauen einen Zuerwerb erschwert,

(Abg. Drexler SPD: Ohne Verpflichtung! Wieder das typische Bild! – Unruhe)

wer das Schaffen von –

(Zurufe von der SPD)

– Hören Sie mir doch einmal zu! Werden Sie nicht gleich nervös!

(Abg. Drexler SPD: Ich bin überhaupt nicht nervös! Von Ihnen nicht!)

Wer das Schaffen von Arbeitsplätzen im Haushalt nicht für förderungswürdig hält, die steuerliche Absetzbarkeit ab-

(Dr. Monika Stolz)

schafft und damit viele Frauen, die auf eine Beschäftigung in haushaltsnahen Dienstleistungen angewiesen sind, in die Schwarzarbeit schickt – so ist es doch –

(Beifall bei der FDP/DVP)

und dadurch anderen Frauen Betreuungsmöglichkeiten erschwert,

(Zurufe von der SPD)

nur, meine Damen und Herren, weil man sich bei der ständigen Förderung der Neidgesellschaft auf dem richtigen Weg wähnt und diese Arbeitsmöglichkeit unter dem Titel „Dienstmädchenprivileg“ an der Sache vorbei diskriminiert, der ist in der Frauenförderung ungläubwüchsig,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

der betreibt Frauen- und Familienförderung nicht offen, dafür aber umso ideologischer.

(Oh-Rufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau zu fördern, Wahlfreiheit in den Lebensentwürfen zu ermöglichen, den Wunsch vieler Frauen heutzutage nach beruflicher Entwicklung mit Kindern und Familie zu unterstützen, aber auch andere Lebensentwürfe gelten zu lassen und sie nicht zu disqualifizieren, das ist der Kernpunkt der pragmatischen Frauenförderung, wie sie von unserer Fraktion vertreten wird und auch im vorliegenden Antrag zum Ausdruck kommt.

Ich denke, meine Damen und Herren, wir sind – ganz ohne Schaum vor dem Mund – noch nicht am Ziel, aber auf einem guten Weg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Staatssekretärin Lichy.

Staatssekretärin Johanna Lichy: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten! Zunächst möchte auch ich einen herzlichen Gruß an die vielen Gäste aussprechen, die heute zu diesem Frauenplenartag gekommen sind. Mein besonderer Dank gilt den Abgeordneten aller Fraktionen, die heute diesen Frauenplenartag veranstalten. Ich denke, dies ist ein ganz besonderes Zeichen dafür – und die Resonanz zeigt es auch –, dass wir doch einen entscheidenden Schritt vorangehen. Vielleicht ist das Datum Fügung, vielleicht Zufall. Ich will nicht mehr groß auf die Historie eingehen – das haben viele Vorrednerinnen und Vorredner schon getan –, aber so viel: Am 13. November 1918 wurde den Frauen das passive und das aktive Wahlrecht zugestanden.

(Abg. Drexler SPD: Von wem?)

– Darauf wollen wir jetzt nicht eingehen.

(Abg. Drexler SPD: Ja, doch! Gegen den Widerstand der Konservativen!)

Ich will auch nicht mehr alles wiederholen. Jedoch so viel: Es hat vier Generationen gedauert, die rechtliche Gleichstellung durchzusetzen, Gleichstellung bei Bildung und Wahl-

recht, Recht auf Erwerbstätigkeit, Sorgerecht, Verankerung der Gleichstellung im Grundgesetz – bis zum heutigen Stand, wo wir an einem Punkt angekommen sind, an dem wir sagen: Die rechtliche Gleichberechtigung hinkt immer noch der tatsächlichen Gleichberechtigung hinterher.

Es ist heute schon richtig zitiert worden: Die tatsächliche Gleichberechtigung durchzusetzen ist eine Aufgabe des Staates. Ich denke, dass der heutige Tag ganz eindeutig darstellt, dass wir mit der Doppelstrategie, die wir fahren, nämlich zum einen die spezifische Frauenförderung dort, wo Defizite sind, weiterhin voranzutreiben und zum anderen die Chancengleichheit von Frauen und Männern durchzusetzen, und mit dem Gedanken des Gender Mainstreaming die richtigen und notwendigen Instrumente haben. Denn auch die rechtliche Gleichberechtigung wurde ja nur mit den Stimmen der Männer ermöglicht, auch wenn die Frauen dazu die Initiative ergriffen haben. Die Betroffenheit gibt immer eine andere Sichtweise. Und es ist heute nach wie vor notwendig, dass Frauen dort, wo Defizite sind, die Initiative ergreifen. Denn nur das eigene Problembewusstsein befördert ein Thema nach vorne. Aber es muss mit den Stimmen der Männer geschehen, damit wir die tatsächliche Durchsetzung auch erreichen. Ich will, wie es heute schon alle gesagt haben, gleiche Chancen von Frauen und Männern in der Gesellschaft, in der Arbeitswelt und in der Familie. Das muss natürlich heißen, dass das Ziel der Chancengleichheit die Männer nicht ausgrenzt, sondern Frauen und Männer gleichermaßen mit einbezieht.

Wir sollten uns heute vielleicht einmal ersparen, obwohl wir unterschiedliche Standpunkte haben, zu sehr in Hüben und Drüben, in Opposition und Regierungsseite zu verfallen,

(Abg. Fischer SPD: Was hat Frau Stolz denn gemacht?)

sondern als Gesellschaft von Männern und Frauen gleichermaßen an einem Strang ziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Beispielsweise besteht erst dann Chancengleichheit, wenn Frauen sich nicht mehr zwischen Karriere und Familie entscheiden müssen.

Heute ist schon erwähnt worden – und das muss uns allen gesellschaftspolitisch zu denken geben –, dass zwar 90 % der Studierenden – um nur ein Beispiel zu nennen – den Wunsch nach Familie und Kindern haben, aber später nur 57 % der Frauen mit Hochschulabschluss diesen Wunsch auch verwirklichen.

Ich will jedoch nicht nur von den Akademikerinnen sprechen: Bereits ein Viertel unserer jungen Frauen bleiben heute kinderlos. Heute ist schon viel darüber gesprochen worden, woran das alles liegt.

Wir erreichen die tatsächliche Chancengleichheit eben nur dann, wenn Väter und Mütter die gleiche Chance haben, die Arbeit in Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren.

Es geht einerseits um die Kinderbetreuung. Es geht darum – darauf werden wir heute auch noch zu sprechen kommen –, dass wir hinsichtlich der Vereinbarkeitsfrage – kinder-

(Staatssekretärin Johanna Lichy)

freundliches Baden-Württemberg – einen weiteren entscheidenden Schritt in die richtige Richtung tun.

Es liegt aber auch an den finanziellen Verhältnissen. Wenn der Durchschnittsverdienst der Frauen heute immer noch um ein Viertel geringer ist als der der Männer, dann lässt sich immer relativ schnell entscheiden, wer der Erwerbsarbeit und wer der Familienarbeit nachgeht. Da spiegeln sich immer noch die klassischen Rollenverteilungen wider: Der Mann ist der Ernährer, die Frau ist die Zuverdienerin. Diese finanziellen Verhältnisse schränken natürlich sowohl die Entscheidung der Väter als auch der Mütter ein, sich in den Jahren der Kinderphase mehr der Kindererziehung zu widmen.

Erst wenn Männer und Frauen die gleichen Chancen haben, Zukunft zu gestalten, werden wir auch gesellschaftspolitisch vorankommen. Auch das ist heute schon gesagt worden: Um gesellschaftspolitisch voranzukommen, müssen die Frauen auch stärker in den politischen Gremien vertreten sein. Nur: Solange Frauen eine Doppelbelastung mit Familie und Beruf zu tragen haben, würde sich dann eine Dreifachbelastung ergeben. Es ist nicht damit getan, den Frauen zu sagen: Engagiert euch! Vielmehr muss auch von Männern Unterstützung geboten werden.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Das gilt zum einen für den privaten Bereich. Zum anderen müssen Frauen beispielsweise auch – das gilt für alle – bei Wahlen zu politischen Gremien von den Entscheidungsgremien aussichtsreiche Plätze erhalten, wenn sie bereit sind, sich zu engagieren. Auch lässt das Wählerverhalten teilweise noch zu wünschen übrig. Erst wenn sich hier etwas ändert, werden die Frauen auf einen entscheidend höheren Anteil in den politischen Gremien kommen.

Das Problem besteht nach wie vor. Nachdem Mehrheitsentscheidungen oft immer noch nicht so ausfallen, wie dies wünschenswert wäre, lässt sich auch die tatsächliche Chancengleichheit teilweise nur langsam durchsetzen.

Ein signifikantes Beispiel greift der Antrag der FDP/DVP auf – man könnte noch viele Beispiele anführen –, in dem die Frage aufgeworfen wird: Warum sind eigentlich so wenige Ärztinnen in Chefarztpositionen? Diese Positionen werden immer noch zu 95 % von Männern besetzt. Dabei ist der Anteil der jungen Frauen unter den Absolventen eines Medizinstudiums sehr hoch. Im medizinischen Bereich sind junge Frauen gegenüber den Männern heute in der Überzahl.

Ich teile absolut nicht die optimistische Auffassung, dass sich der Frauenanteil in den Führungspositionen von allein erhöhen werde. Es kommt vielmehr darauf an, die Zeit- und Teilzeitfrage anzugehen und Möglichkeiten zu schaffen, Familie und Beruf besser miteinander zu vereinbaren.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Capezzuto SPD: Dann machen Sie es doch!)

– Wir sind dabei.

Ich komme jetzt auf die konkreten Punkte zu sprechen, nachdem Sie heute so vieles gesagt haben.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Darauf freuen wir uns!)

Ich will nur einige wenige Beispiele aufzeigen, wo überall die Chancengleichheit vorangetrieben werden muss. Das kann aber nicht nur durch staatliches Handeln geschehen. Vielmehr müssen daran alle Gesellschaftsschichten mitarbeiten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das ist eine Gemeinschaftsaufgabe, eine Aufgabe von Frauen und Männern.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Das gilt in der Politik, in der Verwaltung, in der Wirtschaft, in Gewerkschaften und in Organisationen. Ich könnte viele Beispiele dafür nennen – auch von Männern, die der Opposition angehören –, dass dann, wenn es um die eigene Situation, um die eigene Position geht, vieles – das wurde heute auch schon gesagt – akademischer Diskurs ist und an der Realität vorbeigeht.

Jetzt möchte ich aber konkret, weil das heute auch Hauptgegenstand mancher Anträge ist, zum Thema „Chancengleichheit, Gender Mainstreaming in der Landesverwaltung“ sprechen.

Die Landesregierung hat dieses Thema in der Koalitionsvereinbarung zur neuen Legislaturperiode aufgegriffen. Auf meine Initiative hin hat der Ministerrat anschließend das Sozialministerium beauftragt, eine Konzeption zur Berücksichtigung der Chancengleichheit in allen Aufgabenbereichen der Landesverwaltung zu erarbeiten. Diese Konzeption liegt vor. Im Grunde genommen war auch bei der gestrigen Anhörung manches nur ein Schaulauf, weil man nicht akzeptieren will, dass alles, was die Opposition in ihren diesbezüglichen Anträgen fordert, von uns schon gemacht wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

– Ich sage es Ihnen: Bestandteile dieser Konzeption sind Modellprojekte in verschiedenen Ministerien, weil sowohl das Prinzip „von unten nach oben“ als auch das Prinzip „von oben nach unten“ durchgesetzt werden muss. Wir erstellen Informationsmaterialien; die Arbeit daran ist größtenteils schon abgeschlossen. Diese werden dann auch kontinuierlich fortgeschrieben. Wir führen Fortbildungsveranstaltungen und auch eine effektive Steuerung und Begleitung des Prozesses durch.

Zur Umsetzung gibt es schon ganz konkrete Maßnahmen. Beschlossene Sache ist, dass im Rahmen der Einführung der neuen Steuerungsinstrumente – ich habe das vorgebracht, und es wurde so beschlossen – Kennzahlen mit Personenbezug geschlechterdifferenziert ausgewertet werden. Auch im Rahmen der Überarbeitung der Vorschriftenrichtlinie für die Folgenabschätzung von Gesetzen, Verwaltungsvorschriften und Richtlinien wird die Lebenssituation von Frauen und Männern berücksichtigt. Wir haben auch Vorkehrungen getroffen, dass die richtigen Fragen dazu gestellt werden.

Die erste Fortbildungsveranstaltung – auch das war Bestandteil Ihres Antrags zum Gender Mainstreaming – wird bereits in der nächsten Woche durchgeführt.

(Staatssekretärin Johanna Lichy)

Informationsmaterialien befinden sich in der interministeriellen Abstimmung, und Anfang 2003 – auch das ein Punkt Ihres Antrags – wird ein Fachbeirat mit Expertinnen einberufen.

Ich beabsichtige zudem, die Chancengleichheit als Leitprinzip und auch als Gemeinschaftsaufgabe aller Beschäftigten im Rahmen der Novellierung des Landesgleichberechtigungsgesetzes fest zu verankern. Auch da sind wir auf dem richtigen Weg.

Sie wollen wahrscheinlich nur einen Katalog zur Hand haben, um sagen zu können: „Die Regierung hat gehandelt, nachdem wir das gefordert haben.“ Aber diese Dinge werden bei uns in der Verwaltung derzeit alle schon gemacht.

(Abg. Teßmer SPD: Geprüft!)

– Nein, Ihre Forderungen sind längst Bestandteil unseres Handelns.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der SPD)

Das Verwaltungshandeln ist doch vorhanden, und die Gesellschaft kann mitziehen.

Ich möchte jetzt etwas zur Novellierung des Landesgleichberechtigungsgesetzes sagen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Staatssekretärin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Birzele?

Staatssekretärin Johanna Lichy: Bitte, ja.

(Abg. Wieser CDU: Birzele, der frauenpolitische Sprecher!)

Abg. Birzele SPD: Frau Staatssekretärin, welcher Minister hat sich denn bereits einem Gender-Mainstreaming-Training unterzogen?

Staatssekretärin Johanna Lichy: Bei uns werden diese Schulungen im Moment mit den Personalverantwortlichen durchgeführt. Weil hier immer auf den Ministerrat geschimpft wird: Das ist überhaupt kein Problem; das Prinzip des „Top-down“ funktioniert ganz gut, aber öfter funktioniert das Prinzip des „Bottom-up“ eben nicht so gut.

(Abg. Zeller SPD: Die Frage ist nicht beantwortet!)

– Im Moment werden diese Schulungen für die Personalverantwortlichen durchgeführt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wieser CDU: Haben Sie den Vizepräsidenten auch schon geschult? – Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Wenn ich manchmal die Wortäußerungen von Kollegen – egal von welcher Fraktion – höre, glaube ich, dass es mancher dieser Herren hier nötig hätte, eine Schulung zu machen.

(Heiterkeit – Lachen bei der SPD – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! – Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ich muss das hier einmal sagen: Da werden mitunter Plattitüden ausgetauscht. Würden sie schon eine ganze Generation lang – wie wir Frauen – über solche Probleme diskutieren und an diesen Überlegungen teilnehmen, dann müsste man nicht heute in Diskussionen wieder von vorne anfangen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Birzele SPD: Die Angesprochenen klatschen! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Dort rüber müssen Sie gucken! – Zuruf der Abg. Ruth Weckenmann SPD – Weitere Zurufe)

– Entschuldigung, ich habe heute Probleme; ich bin erkältet. Ich möchte jetzt noch zu meinen weiteren Ausführungen kommen, und es fällt mir sehr schwer, gegen diesen Geräuschpegel anzusprechen.

Zur Novellierung des Landesgleichberechtigungsgesetzes: Auch hier verstehe ich Ihre Aufregung nicht. Sie haben – dass das Ihr Mitverdienst ist, will ich Ihnen gar nicht absprechen – dieses Gesetz in der großen Koalition doch mit in Kraft treten lassen. Ich weiß auch nicht, warum Sie es so kritisieren. Diese Kritik fällt zu großen Teilen doch auf Sie zurück.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Ich sage hier als verantwortliche Frauenbeauftragte: Dieses Gesetz ist besser als sein Ruf.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Warum muss man es dann novellieren?)

Aber ich habe nach Auswertung des Bilanzberichts – denn ich kann ein Gesetz erst beurteilen, wenn es eine gewisse Laufzeit hat – gesagt, dass ich dieses Gesetz novellieren werde. Das habe ich im August letzten Jahres gesagt, und genau vor einem Jahr hat der Landtag darüber diskutiert.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Passiert ist immer noch nichts!)

Ich möchte auch in Erinnerung rufen: Im Gegensatz zur Wirtschaft hat sich das Land als Arbeitgeber für die gesetzlichen Regelungen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen entschieden. Alles, was zwischenzeitlich an Novellierungsvorschlägen in die Diskussion gebracht wurde, ist auch in den Regierungsentwurf eingeflossen. Deswegen novelliere ich ja.

Die Verwirklichung des Verfassungsgebots der Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist auch im kommunalen Bereich eine wichtige Aufgabe. Es liegt im Interesse des Landes, dass die Kommunen im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung entsprechende Strukturen aufbauen. Ich komme selbst aus der Kommunalpolitik. Ich weiß, wie wichtig es ist, dass die Durchsetzung der Chancengleichheit von Frauen und Männern auf der kommunalen Ebene wahrgenommen wird. Ich habe deshalb auch Verständnis für die gesetzliche Verankerung der kommunalen Frauenbeauftragten.

(Beifall des Abg. Birzele SPD)

(Staatssekretärin Johanna Lichy)

Allerdings gehen Frauenförderung und Gender Mainstreaming vor Ort auch hier nur wie in anderen Bereichen mit und nicht gegen die Kommunen.

(Abg. Zeller SPD: Dann überzeugen Sie die Kommunen!)

Ich weiß nicht, ob Sie gut beraten sind, wenn Sie die Kommunen ständig an den Pranger stellen, und ob da die Bereitschaft größer wird.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe mit den kommunalen Landesverbänden über dieses Thema gesprochen mit dem Ziel, durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass Gemeinden und Landkreise dieses Prinzip fördern. Es war kein Problem, mit den Landesverbänden folgendes Ziel zu vereinbaren: erstens Aufgaben der Frauenförderung wahrzunehmen – auch das Bekenntnis, dass da, wo Defizite vorhanden sind, weiterhin Frauenförderung sein muss –, zweitens Chancengleichheit als durchgängiges Leitprinzip bei allen kommunalen Aufgaben mit zu berücksichtigen und drittens inhaltlich und fachlich zu begleiten.

Bei den EU- und bei den Bundesfördermitteln müssen schon jetzt die Vorgaben von Gender Mainstreaming berücksichtigt werden, denn sonst bekommen die Kommunen die Fördermittel nicht. Frauenpolitische und Gender-Mainstreaming-Konzepte in der Kommune vorzuhalten wird sich daher in Zukunft in Euro und Cent auszahlen. Da wird sich die Kommune natürlich schon entsprechende Konzepte überlegen, wenn sie dieses Ziel erreichen will. Am Geld misst sich heute sehr viel, fast alles.

Der interne Abstimmungsprozess des Regierungsentwurfs ist so gut wie abgeschlossen. Das Anhörungsverfahren zum Regierungsentwurf wird zu Beginn des Jahres 2003 eingeleitet.

Ich weiß, Sie können es schon nicht mehr hören, aber ich sage trotzdem einige Sätze zum Land Baden-Württemberg im Ländervergleich. Ich bin mir bewusst, dass wir noch einen langen Weg haben, bis wir gemeinsam – das sage ich ganz prononciert und nachhaltig – Chancengleichheit verwirklicht haben. Aber eines möchte ich klarstellen: Nicht nur bei der Einführung von Gender Mainstreaming in der Landesverwaltung, sondern auch in anderen Bereichen steht Baden-Württemberg im Vergleich zu manchen Oppositionsländern wesentlich besser da, als Sie immer behaupten.

(Beifall bei der CDU – Abg. Schmiedel SPD: Was soll das? – Abg. Ursula Haußmann SPD: Was sind denn „Oppositionsländer“? So ein Quatsch! – Gegenruf des Abg. Wieser CDU: Ihr seid Wortkönige!)

Ich nenne Ihnen ein paar konkrete Beispiele:

Erstens hat Baden-Württemberg als eines der ersten Bundesländer bei der Novellierung der Hochschulgesetze bei finanziellen Mittelzuweisungen die Frauenförderung festgemacht. Es gibt Dotierungen, es gibt ein Bonussystem. Es muss die Voraussetzung erfüllt werden, dass Frauenförderung durchgesetzt wird, um die Mittelzuweisung zu bekommen. Damit sind wir einmalig und bis jetzt die Ersten.

Zweitens hat Baden-Württemberg als erster Flächenstaat in einem groß angelegten Modellversuch das Platzverweisverfahren bei häuslicher Gewalt landesweit eingeführt. Bei uns wird Gewalt gegen Frauen sanktioniert; andere Länder sind erst auf dem Weg dahin.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben drittens – darüber sprechen wir sicher nachher noch bei der Familiendiskussion – mit einem Angebot von 410 000 Kindergartenplätzen eine völlige Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz. Schon bei der letzten Novellierung des Kindergartengesetzes ist es uns gelungen, das Ziel von mehr altersgemischten Gruppen, von mehr Ganztagsgruppen und von verlängerten Öffnungszeiten zu erreichen; Sie werden das heute noch hören. Sie kennen das Konzept „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“ und wissen, dass das Land trotz schwieriger finanzieller Zeiten mehr Geld in die Hand genommen hat, um die Kinderbetreuung weiter voranzubringen und auch bei der Betreuung von Kindern unter drei Jahren in die Finanzierung einzusteigen.

Viertens: Seit meinem Amtsantritt als Frauenbeauftragte habe ich für die jeweilige Legislaturperiode ein frauenpolitisches Arbeitsprogramm vorgelegt und veröffentlicht; das machen andere Länder auch nicht. Damit sind die frauenpolitischen Ziele der Landesregierung transparent und ist das Erreichen der Ziele überprüfbar geworden. Auch das ist einmalig.

Zu Ihren heutigen Anträgen kann ich ruhigen Gewissens sagen: Alles, was Sie darin fordern, machen wir und setzen wir um. Sie haben selber gesagt, es gehe um ein Thema der Chancengleichheit aller, also um die Förderung von Männern und Frauen. Deshalb erhoffe ich mir, dass heute von diesem bundesweit einmaligen Frauenplenartag ein Signal dazu ausgeht, dass die Chancengleichheit von Frauen und Männern von allen gesellschaftlichen Kräften in Angriff genommen werden muss. Jeder Mann und jede Frau ist aufgerufen, sich dafür einzusetzen. Das ist kein Privileg der Opposition.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Fischer SPD: Jetzt langt es aber wieder!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Abg. Birzele SPD: Frau Präsidentin, doch!)

– Frau Abg. Wonnay, Sie wünschen das Wort? – Bitte sehr.

Abg. Marianne Wonnay SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich nehme auf das Bezug, was die Frau Staatssekretärin ausgeführt hat, wobei sie sich an einigen Stellen widersprochen hat.

(Abg. Alfred Haas CDU: Na, na, na! – Abg. Wieser CDU: Jetzt aber Ross und Reiter nennen! – Abg. Hauk CDU: Stute und Reiterin nennen! – Weitere Zurufe)

(Marianne Wonnay)

Denn das, was sie uns zur Fortbildungskonzeption in Sachen Gender Mainstreaming dargestellt hat, stellt eben nicht das bei der Bundesregierung und in anderen Bundesländern bewährte Prinzip des „Top-down“ dar. Dort beginnt man bei der Schulung und Fortbildung mit den Ministern und den Ministerinnen, mit den Staatssekretären und Staatssekretärinnen und mit den Amtschefs.

(Beifall bei der SPD – Abg. Wieser CDU: Das merkt man an Ihrer Fraktionsspitze!)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, nachdem die Frau Staatssekretärin erklärt hat, dass alle Punkte, die wir in unserem Antrag aufgelistet haben, von der Landesregierung erfüllt würden, sehe ich überhaupt kein Problem und nehme an, dass Sie unserem Antrag zustimmen werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Abg. Capezzuto SPD: So ist es nun auch wieder, gell? – Abg. Wieser CDU: Er ist unnötig wie ein Kropf!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Initiativen. Kann ich davon ausgehen, dass die Große Anfrage der SPD, Drucksache 13/1204, der Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 13/1240, und der Antrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/1205, durch die Aussprache erledigt sind? – Es erhebt sich kein Widerspruch.

Abschnitt I des Antrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/631, ist ein Berichtsantrag und kann wohl ebenfalls durch die Aussprache für erledigt erklärt werden. – Das ist der Fall. Danke schön.

Wir kommen zu Abschnitt II des Antrags Drucksache 13/631. Wünschen Sie Abstimmung oder Überweisung an den Ausschuss?

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ausschuss!)

– Überweisung an den Ausschuss. – Abschnitt II des Antrags Drucksache 13/631 wird an den Sozialausschuss überwiesen.

Wir kommen nun zum Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/1488, zur Großen Anfrage der Fraktion der SPD, Drucksache 13/1204. Wünschen Sie Abstimmung oder Überweisung an den Ausschuss?

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Abstimmung!)

– Sie wünschen Abstimmung. Wer dem Antrag Drucksache 13/1488 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Drexler SPD: Ja, jetzt! Was ist denn jetzt los? – Unruhe)

Gegenprobe! – Letzteres war die Mehrheit. Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das war das leise Platzen einer Seifenblase! – Abg. Capezzuto SPD: Frauenfeindliche Fraktion! – Anhaltende Unruhe)

Wir kommen zum Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/1493, zum Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/1486, zum Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 13/1240. Wer dem Antrag Drucksache 13/1493 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Carla Bregenzer SPD: Schon wieder eine Seifenblase!)

Gegenstimmen? – Das Letztere war die Mehrheit.

Wir stimmen nun über den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/1486, zum Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 13/1240, ab. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Wieser CDU: Was ist denn jetzt los? – Oh-Rufe von der CDU)

Gegenstimmen? –

(Abg. Drexler SPD: Da steht doch nichts drin! – Unruhe)

Enthaltungen? – Dem Antrag ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich lasse nun über den Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/1499, zum Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 13/1240, abstimmen. Die Fraktion GRÜNE wünscht in diesem Antrag zwei redaktionelle Änderungen: Unter Ziffer 3 sollen die Worte „im Landesgleichberechtigungsgesetz festzuschreiben, dass“ gestrichen werden, sodass die Ziffer 3 lautet:

in die Gemeinde- und Landkreisordnung die Verpflichtung zur Einrichtung der Stelle einer hauptamtlichen kommunalen Frauenbeauftragten aufzunehmen.

(Abg. Capezzuto SPD: Das ist vernünftig!)

Eine zweite Änderung bezieht sich auf Ziffer 4 dieses Antrags. Dort soll es nicht „Gleichverträglichkeitsprüfungen“ heißen, sondern „Gleichstellungsverträglichkeitsprüfungen“.

(Abg. Hauk CDU: Das sind Wortungetüme! Sprachförderung!)

Wer dem Antrag mit diesen Änderungen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? –

(Zuruf: Buh!)

Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

„Familienpolitik als Standortfaktor“

a) Große Anfrage der Fraktion GRÜNE und Antwort der Landesregierung – Familienunterstützende Angebote in Baden-Württemberg – Drucksache 13/681

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Sozialministeriums – Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg – Drucksache 13/449

c) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Sozialministeriums – Familienpolitik als Standortfaktor in Baden-Württemberg – Drucksache 13/1393

Wem darf ich in der Aussprache das Wort erteilen? – Frau Lösch, sprechen Sie für die Fraktion GRÜNE? – Dann darf ich Ihnen das Wort erteilen.

(Abg. Birzele SPD: Fünf Minuten! – Gegenruf des Abg. Oettinger CDU: Kein Problem!)

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Familien in Baden-Württemberg stark zu machen hat für uns, die grüne Landtagsfraktion, schon immer eine sehr hohe Priorität gehabt. Familie ist kein Auslaufmodell, sondern eines der zentralen Themen der Zukunft. So weit sind wir uns wahrscheinlich alle einig.

Unterschiedliche Auffassungen gibt es, wenn es um die Definition von Familie geht. Für uns ist Familie da, wo Kinder sind, egal, ob jemand verheiratet oder unverheiratet oder allein erziehend ist. Familienpolitik ist nicht dazu da, den Menschen vorzuschreiben, in welcher Lebensform sie leben sollen; sie soll sich vielmehr an den Interessen und Bedürfnissen der Familien orientieren.

(Beifall bei den Grünen)

Es stimmt nicht mehr, dass Kinder allemal geboren werden, wie Konrad Adenauer noch gesagt hat, und es ist höchste Zeit, dass wir die gesellschaftliche Verantwortung für Kinder neu bedenken, dass wir die Zeit und die Zuwendung, die sie brauchen, die Betreuung und Bildung, die aus ihnen erst vollwertige Mitglieder der Gesellschaft machen, zwischen Männern, Frauen und den Einrichtungen der Gesellschaft anders verteilen.

Familienpolitik betrifft in erster Linie das Zusammenleben mit Kindern. Familienpolitik muss sich an den Lebenswirklichkeiten der Menschen orientieren und darf sich nicht an ideologischen Familienbildern festmachen, wie es in Baden-Württemberg noch oft der Fall ist.

(Abg. Alfred Haas CDU: In Berlin auch!)

Die familienpolitischen Maßnahmen der Landesregierung sind gezeichnet von einer sehr hohen Ambivalenz zwischen traditionellem Familienbild und der Anerkennung der Lebenswirklichkeiten. Beispiele dafür sind die Kinderbetreuungskonzepte für Kinder unter drei Jahren, die Ablehnung der Ganztagsbetreuung sowie auch der geringe Stellenwert der Familienbildung.

Meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, Sie haben ein Glaubwürdigkeitsdefizit. Sie pflegen Ihr familienfreundliches Image mit Lobpreisungen auf die Familie, ohne aber in der Praxis tatsächlich familienfreundliche Politik zu machen. In Sonntagsreden wird bekräftigt, Kinder seien das Beste, was wir hätten, aber – und das füge ich jetzt hinzu – kosten sollen sie nichts.

Ich darf Sie nur an die 20-prozentige Kürzung im Landesprogramm „Mutter und Kind“ in Höhe von 1,25 Millionen €, auf das Sie so stolz verweisen, sowie an die Kürzungen in den Bereichen Familienerholung und Familienferienstätten erinnern. Da werden die individuellen Hilfen für Familien bis ins Jahr 2003 um 70 % gekürzt, von 639 000 € auf 200 000 €.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das sind doch Peanuts gegenüber der Ökosteuer!)

Dies trifft vor allem kinderreiche Familien, die keine andere Möglichkeit haben, Familienurlaub zu machen. Sie schreiben selbst in Ihrem Antrag, dass das Geld nicht für alle antragstellenden Familien ausreichen wird.

(Abg. Alfred Haas CDU: Schaffen Sie die Ökosteuer ab!)

Gerade für Familien mit noch nicht schulpflichtigen Kindern ist die Verknüpfung von Familienerholung und Familienbildung ein geeignetes Mittel, in einem familiengerechten Umfeld die für sie auch nötige Stärkung der Erziehungskraft zu erhalten, ohne ihre finanziellen Möglichkeiten zu überfordern. Denn sie können in der Regel keine längeren Bildungsmaßnahmen besuchen.

Auch die Investitionszuschüsse an die Familienferienstätten werden gekürzt. Dadurch können notwendige Baumaßnahmen nicht mehr durchgeführt werden. Erschwerend kommt hinzu, dass sich dadurch, weil es sich um anteilige Komplementärmittel handelt, auch die Bundeszuschüsse reduzieren.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Das alles sind Maßnahmen, meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Haas, die Familien bestimmt nicht stark machen und auch von keinem familienfreundlichen Klima in Baden-Württemberg zeugen.

(Beifall bei den Grünen)

Das Klima wird auch nicht dadurch familienfreundlicher, dass auf der anderen Seite im Rahmen der Landesstiftung ein „Aktionsprogramm Familie“ beschlossen wird, das Fördermittel für innovative Projekte zur Familienbildung in Höhe von 750 000 € erhält. Da zeigt sich wieder einmal der Pferdefuß der von der Landesregierung so hoch gelobten, aber nichtsdestotrotz höchst undemokratischen Konstruktion der Landesstiftung:

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Dringend Notwendiges kann nicht mehr finanziert werden, aber für innovative Projekte ist genug Geld da.

(Beifall bei den Grünen)

Im Zusammenhang mit der Landesstiftung möchte ich auch noch einmal an die Elternakademie erinnern. Die Elternakademie, die 600 000 € aus Mitteln der Landesstiftung bekommen hat, um auch die Erziehungskraft der – –

(Die Rednerin hustet und trinkt einen Schluck Wasser. – Abg. Alfred Haas CDU: Jetzt hätte Werbung drauf gewesen sein müssen! – Gegenruf des Abg. Teßmer SPD: Bei Ihnen wäre Werbung drauf gewesen, Herr Haas! – Weitere Zurufe)

(Brigitte Lösch)

Noch einmal: In diesem Zusammenhang möchte ich auf die 600 000 € verweisen, die die Landesstiftung an die Elternakademie gezahlt hat. Die Elternakademie ist eine undemokratisch gewählte Einrichtung,

(Abg. Alfred Haas CDU: „Undemokratisch“!)

auch um die Erziehungskraft der Eltern zu stärken. Andererseits werden die Gelder beim Programm „Mutter und Kind“ gestrichen, wo die Gelder besser aufgehoben gewesen wären, um die Erziehungskraft der Alleinerziehenden zu stärken.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Zum Abschluss, Herr Haas, noch ein Wort zum Landeserziehungsgeld.

(Abg. Alfred Haas CDU: Bei den Alleinerziehenden haben doch die Grünen gekürzt!)

– Nein, da hat das Land gekürzt, nämlich im Bereich des Programms „Mutter und Kind“.

Das Land Baden-Württemberg brüstet sich ja auch gerne damit, dass es das erste Land war, das das Landeserziehungsgeld eingerichtet hat. Wenn man sich aber einmal anschaut, was das Landeserziehungsgeld bedeutet, stellt man fest: Das sind Gelder, die in die Kleinkinderbetreuung gehen. Andere Länder zahlen kein Landeserziehungsgeld, sondern finanzieren dafür die Kleinkinderbetreuung, das heißt die Betreuung für Kinder unter drei Jahren im Bereich von Kinderkrippen oder auch Tagespflege. Das Land gibt wenig Geld in die außerhäusliche Kleinkinderbetreuung, dafür zahlt es Landeserziehungsgeld, damit die Frauen daheim bleiben.

(Abg. Alfred Haas CDU: Freiheit für die Familie!)

Der Bund hat am 1. Januar 2001 die Einkommensgrenzen, die zum Bezug von Erziehungsgeld berechtigen, erhöht, übrigens zum ersten Mal seit 1986, seit das Bundeserziehungsgeld eingeführt worden ist.

(Abg. Teßmer SPD: Aha!)

Dieser Anpassung ist auch die Landesregierung gefolgt. Aber alle anderen Änderungen, die eine Verbesserung für Frauen im Berufsleben und Männer im Familienleben bewirkt hätten, wurden abgelehnt. Beispielsweise ist beim Bundeserziehungsgeld die zulässige Teilzeitarbeit während der Elternzeit von 19 auf 30 Stunden erweitert worden. Das Land Baden-Württemberg ist dem nicht gefolgt. Damit hätten zum ersten Mal junge Väter eine realistische Chance gehabt, sich an den Erziehungsaufgaben zu beteiligen. Die Landesregierung will dies anscheinend nicht.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

– Da verwechseln Sie etwas.

Die Landesregierung steht nach wie vor für ein konservatives Familienbild und lehnt nahezu alle Regelungen ab, die die traditionelle Aufgabenverteilung infrage stellen. Die Ernährerrolle wird nach wie vor den Vätern zugeschrieben, und die Mutter hat sich mindestens für die ersten drei Jahre

fast ausschließlich um die Kinderbetreuung zu kümmern. Dieses Weltbild entspricht leider nicht mehr den Realitäten.

(Abg. Hauk CDU: Warum nicht?)

Das konnte man auch daran sehen, dass 52 % der Frauen bei der Bundestagswahl Rot-Grün gewählt haben, da unsere frauen- und familienpolitischen Vorstellungen eher den Realitäten entsprechen.

80 % aller jungen Männer und Frauen, zeigen die Umfragen, möchten beides: Sie möchten arbeiten, und sie möchten Kinder haben. Es kann doch nicht sein, dass wir hier nach wie vor eine solche Ausschlusspolitik machen, bei der Männer vom Familienleben und Frauen vom Erwerbsleben ausgeschlossen werden. Ich finde, damit muss Schluss sein. Im Augenblick ist die Familienpolitik von Baden-Württemberg bestimmt nicht familienfreundlich.

(Abg. Alfred Haas CDU: Um Gottes willen!)

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Alfred Haas CDU: Dürftiger Beifall für eine dürftige Rede!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Weckenmann.

Abg. Ruth Weckenmann SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es spricht ja schon Bände, dass wir uns über den Wirtschaftsstandort unterhalten und unser Wirtschaftsminister abgetaucht ist. Ich habe ihn nirgends gesehen. Wenn Sie ihn finden, richten Sie ihm einen Gruß aus.

(Zuruf: Unmöglich!)

Die bisherige Familienpolitik der Landesregierung von Baden-Württemberg – ich weiß auch, warum er weg ist – ist für den Wirtschaftsstandort und für den Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg ineffektiv, und sie ist natürlich zunehmend belastend. Gemäß einem alten Leitbild von Familie „Der Mann geht hinaus ins feindliche Leben, und drinnen waltet die züchtige Hausfrau“ hat diese Landesregierung – und Sie in Vertretung – über Jahre hinweg den planbaren und verlässlichen Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen verweigert. Sie haben ignoriert, was immer zu ignorieren ging. Es hat Sie nicht interessiert, was junge Frauen wollen. Diese wollten immer wissen, wie sie Kinder und Beruf verbinden können.

(Beifall bei der SPD)

Übrigens ist dieses Problem auch Ihrer Kollegin – man sieht ja an ihrer Präsenz, welche Bedeutung die CDU diesem Bereich zumisst – im Bundestag

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Frau Widmann-Mauz bewusst. Ich zitiere sie:

Es ist kein Zufall, dass alle drei weiblichen Abgeordneten, die der CDU angehören, aus Baden-Württemberg, die in den Bundestag gewählt worden sind, keine Kinder haben.

Das sagt Ihre Kollegin.

(Ruth Weckenmann)

Dass sich diese Regierung nicht um die Meinung von Frauen kümmert, ist bekannt. Dass sie sich zunehmend auch nicht um die Meinung der Wirtschaft kümmert, muss uns allerdings jetzt schon sehr nachdenklich stimmen. Herr Wirtschaftsminister Döring betont doch unentwegt, sich dafür einzusetzen. Und was fordert die IHK, was fordert der Bund Deutscher Arbeitgeber, was fordert die Handwerkskammer? Sie alle fordern von Ihnen den Ausbau von Ganztagskinderbetreuungseinrichtungen.

(Beifall bei der SPD)

Warum fordern sie das? Damit die gut qualifizierten Frauen, die arbeiten wollen und die die Wirtschaft braucht, auch arbeiten können.

(Beifall bei der SPD)

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sagt: Die Betreuung der Kinder ist der Schlüssel zur Erschließung des weiblichen Arbeitskräftepotenzials. Was lesen wir im Abschlussbericht der Enquetekommission des Bundestags „Globalisierung der Weltwirtschaft“? Ihre Kollegen in der Opposition haben daran mitgewirkt. Er empfiehlt Deutschland, die niedrige Frauenerwerbsquote zu erhöhen, um dem Mangel an Fachkräften zu begegnen. Weiter sagt er:

Damit kann die Leistungsfähigkeit Deutschlands im internationalen Vergleich gesteigert werden.

Als Drittes, wenn Sie das alles schon nicht wahrnehmen wollen, noch ein Punkt, an dem Sie auch Interesse haben müssten. In diesem Abschlussbericht wird mit den Stimmen von CDU/CSU geschrieben:

Eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtert nicht nur die Erwerbstätigkeit der Frauen, sondern steigert nach internationalen Vergleichen auch die Geburtenrate.

Und da haben wir doch bestimmt einen Nachholbedarf, auch hier in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hillebrand CDU)

Frau Stolz hat die Zahlen schon genannt, aber das Problem ist, dass Sie nichts tun. Von den 35- bis 40-jährigen Hochschulabsolventinnen haben 34 % keine Kinder, und 41 % der entsprechenden Männer haben auch keine Kinder. Sie werden zugeben, dass das ein Alter ist, wo auch nicht mehr sehr viele Kinder kommen können. Die Genannten verzichten unfreiwillig auf Kinder, weil sie einfach schwer mit dem Beruf zu vereinbaren sind. In Frankreich haben Hochschulabsolventinnen Kinder, bei uns nicht.

Wenn dann in der Stellungnahme des Sozialministeriums zum Antrag der CDU steht, zu diesem Problem der Vereinbarkeit von Beruf und Familie plane man eine Zukunftswerkstatt, ist das doch eine Lachnummer. Was wollen Sie denn in der Werkstatt noch lernen?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Es gibt immer etwas zu lernen! Jeder kann lernen!)

– Ja, es gibt hier viele, die noch viel lernen müssen. Vielleicht haben Sie Recht, Herr Dr. Noll.

Sie haben in dieser Antwort auch auf die McKinsey-Studie verwiesen. Frau Lichy, ich glaube, Sie haben einen Realitätsverlust. Wir sind leider nicht überall auf dem vordersten Platz, wobei ich als Baden-Württembergern gern vorne wäre. Aber bei der Kinderbetreuung hat Baden-Württemberg nach der McKinsey-Studie den schlechtesten Platz, nämlich Platz 13, erreicht.

(Abg. Drexler SPD: So ist es! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: In einigen Teilen!)

Da brauchen Sie doch keine Werkstatt, sondern da müssen Sie handeln.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Herr Repnik, was Ihr Haus bewogen hat, sich den Wunsch zu backen und nicht von der Wirklichkeit zu reden, würde mich schon interessieren. In Ihrer Stellungnahme sagen Sie, dass Baden-Württemberg bei der Geburtenhäufigkeit an erster Stelle liege. Da muss ich Sie aber enttäuschen: Es sind drei sozialdemokratisch regierte Bundesländer – Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen –, die vor Baden-Württemberg liegen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Aha! – Abg. Zeller SPD: Wir tun etwas!)

Der Herr Ministerpräsident war gerade noch da. Vielleicht kann er einmal bei seinen Kollegen nachfragen, was diese tun und was er unterlässt.

(Heiterkeit bei der SPD)

Das Reden von Familie, Kolleginnen und Kollegen, bringt noch keine Kinder, und ein Wirtschaftsminister allein schafft keine Arbeitsplätze. Aber ein Wirtschaftsminister, auch wenn er nicht da ist, soll sich um die Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Beschäftigung kümmern.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Deswegen fehlt er doch!)

Und alle Wirtschaftsverbände, die Wirtschaftsinstitute und die Gewerkschaften fordern, dass es aus Standortgründen Verbesserungen bei der Kinderbetreuung geben muss. Da müsste ein Wirtschaftsminister doch handeln.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das tut er doch! – Gegenruf von der SPD: Wo? – Gegenruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ich sage es nachher!)

Herr Döring hat mit dem Landesfrauenrat die Kampagne „Mädchen in IT-Berufe“ durchgeführt. Sehr gut. Wir brauchen die Frauen in diesem Bereich. Aber welche Botschaft gibt er ihnen denn mit? Er sagt: Mädchen, mach eine gute Ausbildung, und das mit dem Kind ist dann dein Problem.

Ist das unsere Antwort? Unser Statistisches Landesamt fragt auch Sie: Was ist Bildung volkswirtschaftlich und persönlich wert, wenn junge Frauen sie nicht einsetzen können? Dazu kann ich nur sagen: Da hat der Herr Wirtschaftsminister wieder einmal vor unserem Ministerpräsidenten gekuscht, dessen Frauenbild ja legendär ist, zu dem ich gar nichts mehr sagen möchte.

(Ruth Weckenmann)

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Hillebrand CDU:
Na, jetzt! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Das
steht doch in der Zeitung! – Abg. Dr. Noll FDP/
DVP: Ist der Wirtschaftsminister eigentlich unser
großer Familienpolitiker?)

Wenn diese Landesregierung nichts dazu beiträgt, für Familien planbare Betreuungsangebote zu schaffen, dann verzichten junge Frauen auf Kinder. Die Zahlen liegen vor.

Der Wirtschaftsminister verweist immer auf den schönen Wettbewerb „Gleiche Chancen für Frauen und Männer im Betrieb“.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Warum schießen Sie sich
so arg auf den Herrn Döring ein?)

Frau Stolz, ich habe Sie nicht verstanden. Das machen wir schon seit neun Jahren. Ich war oft dabei. Es ist schön: Jedes Jahr zeichnen wir 20 bis 30 Unternehmen aus. Aber wir werden wohl noch 100 Jahre brauchen, um alle Unternehmen in Baden-Württemberg ausgezeichnet und das Problem der Eltern mit Kindern vorangebracht zu haben. Das kann doch keine Lösung für Tausende von Betrieben und Familien sein.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

44 % der Beschäftigten in Baden-Württemberg sind Frauen – für die Betriebe unverzichtbar; es sind zu wenig. 20 % aller Mütter mit Kindern unter drei Jahren arbeiten, 64 % aller Mütter insgesamt. Diesen Familien und Betrieben macht dabei doch nicht das von Ihnen vorgeführte Teilzeitgesetz zu schaffen, sondern das Problem ist das alte Leitbild von Familien, das mit der Lebenswirklichkeit in Baden-Württemberg aber auch gar nichts mehr zu tun hat.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch des Abg. Döp-
per CDU)

Das führt zu enormen Reibungsverlusten. Das erfordert von Familien viel Kraft und Nerven, die sie eigentlich nicht für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbrauchen, sondern für ihre Kinder haben sollten.

(Beifall bei der SPD)

Die nicht bestehende Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist übrigens ein Grund für die hohe Frauenarbeitslosigkeit. Bei allen Integrationsmaßnahmen werden Sie sehen, woran wir in den Ämtern scheitern: Die Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen stimmen nicht mit den Wegezeiten und den Arbeitsplatzzeitangeboten überein. Deswegen zahlen wir lieber Arbeitslosengeld, und das sollte dem Wirtschaftsminister in Baden-Württemberg zu denken geben.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Wir haben den stärksten Anstieg aller Arbeitslosenzahlen im Bundesgebiet. Er sollte hier vielleicht einmal tätig werden.

Ich kann auch nur sagen – vielleicht können Sie ihm das ausrichten; er ist ja nicht da –: Ich habe der Zeitung entnommen, der Herr Wirtschaftsminister wolle in Zukunft

nicht mehr jeden Kanaldeckel einweihen. Das finde ich absolut gut.

(Beifall bei der SPD – Abg. Birzele SPD: Sehr gut!)

Wenn er die durch diesen Verzicht gewonnene freie Zeit zukünftig für die „Autobahn der Familie“, nämlich die qualifizierte Kinderbetreuung, einsetzt, dann hat er sich tatsächlich um unseren Standort verdient gemacht. Bei den Kanaldeckeln weiß ich das nicht.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Aber einen Traum muss man ihm natürlich nehmen: Bei Kanaldeckeln kann er schöne Reden halten, schöne Worte sagen. Den Familien und den Betrieben werden diese Worte jedoch nicht reichen. Bei aller Liebe reicht auch nicht das Herz des Wirtschaftsministers für Frauen.

(Unruhe – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist peinlich!)

Er wird daran gemessen werden, ob er diese Politik aktiv gestaltet oder weiter blockiert und dem Wunschbild des Ministerpräsidenten nachgibt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Noll
FDP/DVP: Kabarett! Das war Kabarett!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

(Unruhe bei der SPD)

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident,

(Zuruf von der SPD: Herr Präsident? Frau Präsidentin!)

meine sehr verehrten Kolleginnen, meine Herren Kollegen! Am Anfang steht eine Frage im Mittelpunkt: Wie viel Freiheit gewähren wir der und dem Einzelnen, und welche Wertschöpfung bringen wir der Einzelnen, dem Einzelnen für seine, ihre Lebensplanung und Gestaltung entgegen?

Ich glaube, dass die Frau, die arbeiten muss oder arbeiten will und Arbeit mit Kindern vereinbaren will, zu Recht auf eine Betreuung durch den Staat und die Kommunen bauen soll.

(Beifall bei der CDU)

Aber ich glaube, genauso eindeutig ist, dass die Frau, die sich entscheidet, Kinder zu erziehen, die gemeinsam mit ihrem Mann entscheidet, dies ganztags zu tun,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das ist kein Widerspruch!)

die volle Wertschätzung und nicht die Geringschätzung aller Fraktionen im Parlament genießen muss.

(Beifall bei allen Fraktionen – Zurufe von der SPD)

Wenn dann am Beispiel eines Regierungsmitglieds, des Regierungschefs hier abschätzig gesprochen wird, dann wird klar, wes Geistes Kind Sie sind.

(Beifall bei der CDU)

In Wahrheit vertrauen Sie der Familie freiheitlich nichts an.

(Oettinger)

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Herr Oettinger, wes Geistes Kind bin ich denn?)

In Wahrheit wollen Sie mehr Staat und Bevormundung.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wer die Zahlen der letzten zehn Jahre vergleicht, weiß, in welche Dimension die Beratung geht. Die Zahl der Eheschließungen ging von 1991 bis zum letzten Jahr von 460 000 auf 390 000 in Deutschland zurück, die Zahl der Geburten – und 1991 war kein geburtenstarker Jahrgang – ging von damals 830 000 auf jetzt 730 000 zurück. Das heißt, Ehe, Familie und Kinder sind in Deutschland auf dem Rückzug, und wir sollten alles tun, um ohne Parteienstreit Wege und Grundlagen zu finden, damit die Bereitschaft zum Kind, die Vereinbarkeit und der Mittelpunkt Kind in unserer Gesellschaft wieder verstärkt und aufgebaut werden können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Carla Bregenzer SPD: Dann machen Sie es doch!)

Unsere Analyse ist: Wir haben zu wenig Eheschließungen, wir haben zu wenig weltliche Ehe und auch zu wenig vom Glauben und von der Kirche getragene Ehe in Deutschland, und wir haben zu wenig Kinder. Das Ziel muss sein, dass die Ehe und Familie gestärkt wird, dass es mehr Ehen und mehr Kinder gibt. Deswegen muss als Drittes die Frage kommen: Was ist die richtige Grundlage dafür?

„Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.“ Artikel 6 Abs. 1 des Grundgesetzes. Das ist bekannt. Ich glaube, dass Rot-Grün in den nächsten Monaten, Kollege Kretschmann, entscheidende Weichenstellungen treffen muss, ob man die Ehe stärkt und erhält oder ob man sie aushöhlt und überwinden will.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Damit gestehe ich selbstkritisch zu: Auch in den 16 Jahren Regierungsverantwortung von CDU und CSU gemeinsam mit der FDP wurde materiell und finanziell nicht genügend getan. Es wurde viel getan, aber das Urteil von Karlsruhe war eindeutig. Alle Parteien hatten und haben bei der Unterstützung von Familie, Ehe und Kindern Nachholbedarf.

Aber wer jetzt höhnt

(Abg. Alfred Haas CDU: So wie der Birzele!)

und über die Abschaffung des Ehegattensplittings nachdenkt, Kollege Birzele, handelt nicht nur verfassungswidrig, er handelt in der Sache falsch.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wer die Eigenheimzulage kürzt – und meine Wette gilt: nach dem 3. Februar kommt der nächste Anlauf gegen das Ehegattensplitting so sicher wie das Amen in der Kirche – und wer darüber hinaus die Abgaben, Gebühren und Steuern erhöht, wer schon längst über eine Mehrwertsteuererhöhung nachdenkt, wer Haushalte, Familien mit Kindern schwächt,

wer eine Politik gegen die Kommunen macht, obwohl die Kommunen die logischen Partner von Familien vor Ort sind, der hat im Grunde genommen diesen Auftrag des Grundgesetzes nicht mehr im Sinn.

(Beifall bei der CDU)

Für Sie ist Familie nicht mehr von besonderem Schutz geprägt, sondern Sie verletzen ihre verfassungsrechtliche Pflicht.

(Beifall bei der CDU)

Um nochmals eine Zahl zu sagen: Ich setze mich dafür ein, dass die allein erziehende Frau, der allein erziehende Mann und die Kinder, die nur mit einem Elternteil und dessen oder deren Partner zusammen sind, die genau gleiche Hilfe erfahren. Aber noch immer sind von 15 Millionen Kindern in Deutschland über 12 Millionen mit Vätern und Müttern, die verheiratet sind, zusammen. Das heißt, wir sollten diesen Regelfall nicht zum Ausnahmefall diskutieren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Rüeck CDU: So ist es! – Abg. Drexler SPD: Wer macht denn das? – Abg. Beber SPD: Von uns macht das keiner!)

Wir müssen mental, finanziell und politisch mehr dafür tun, dass die Familien, Verheiratete mit Kindern nicht als eine vergangene, sondern als eine zukunftsfähige kleine Keimzelle unserer Gemeinschaft gelten können.

(Beifall bei der CDU)

Richtig ist: Das Thema „Vereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf“ gerät mehr und mehr in den Mittelpunkt, und dazu bekennen wir uns. Aber für uns ist eines klar: Wir wollen bei Kindern bis drei Jahren, von drei bis sechs Jahren und von sechs bis sechzehn Jahren im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten Stufe für Stufe alles tun. Das Konzept „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“, die Übertragung der Verantwortung auf die Kommunen, der Aufbau von Kinderkrippen und Tagesmutterplätzen, immer mehr auch Ganztagsbetreuung um die Schulen herum, bald auch flächenhaft, sind Bausteine dafür. Aber für uns ist die einzige Grenze die finanzielle Machbarkeit, und ich werfe Ihnen vor, dass bei Ihnen das Ganze nicht nach Bedarf und Haushalt, sondern nur nach Ideologie und Bevormundung geschieht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Alfred Haas CDU: So ist es! – Abg. Ruth Weckenmann SPD: Sie haben noch kein Wort zu Baden-Württemberg gesagt! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Oettinger, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller?

Abg. Oettinger CDU: Im Augenblick nicht.

Ihr „neuer Napoleon“ Olaf Scholz hat vor wenigen Tagen wörtlich gesagt: „Wir, die SPD, wollen die Lufthoheit über den Kinderbetten erobern.“

(Zurufe von der CDU: Unglaublich!)

(Oettinger)

Was für ein gespenstischer Satz! Also, Kinderschreck Olaf darf bitte nicht in alle Kinderzimmer hinein.

(Beifall des Abg. Schneider CDU – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Hinter dieser Militärsprache steckt eine klare Diktion.

(Abg. Wacker CDU: Kriegerisch!)

Sie wollen im Grunde einen Angriff auf Eltern und Kinder starten, Sie wollen die Familie verstaatlichen, bevormunden und entmündigen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Lachen bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Jetzt hören Sie doch auf! – Abg. Ruth Weckenmann SPD: Was machen Sie denn in Baden-Württemberg? Sie machen nichts in Baden-Württemberg! – Weitere Zurufe von der SPD)

Er spricht ja auch ganz bewusst davon, dass dies als „kulturelle Revolution“ geplant sei.

Liebe Frau Weckenmann, eines muss klar sein: In der Familien- und Kinderpolitik

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Sind Sie an letzter Stelle!)

machen wir jede sachgeprägte Evolution, aber keine Revolte mit. Schminken Sie sich das bitte ab.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Die Landfrauen, der Landesfrauenrat, alle fordern Sie auf!)

Hierzu erklären wir Ihnen schon jetzt unseren unterschiedlichen, sachbezogenen Widerstand.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Birzele SPD: Ihre Zeit ist abgelaufen, und Sie haben noch nichts zu Baden-Württemberg gesagt! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Oettinger, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Oettinger CDU: Ich zitiere abschließend nochmals das Grundgesetz, und zwar Artikel 6 Abs. 2 Satz 1:

Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht.

(Abg. Schmiedel SPD: Genau!)

Genau darum geht es:

(Zuruf der Abg. Ruth Weckenmann SPD)

zuallererst die Eltern und nicht der Staat.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Deswegen ist Ihre Politik – nur Staat

(Abg. Bebbler SPD: Popanz!)

und Misstrauen gegenüber Familie und Kindern – meines Erachtens grundlegend falsch.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Birzele SPD: Kein Wort zu Baden-Württemberg!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn man genau zugehört hat, weiß man, dass sich eigentlich alle Fraktionen dazu bekennen – insbesondere wir Liberalen lassen keinen Zweifel daran aufkommen –

(Abg. Drexler SPD: Jawohl!)

dass wir für Frauen und Männer in unserem Land eine echte Wahlfreiheit in Bezug auf die Gestaltung ihrer Lebenswürfe wollen. Das wollen wir als Staat gewährleisten, und dafür wollen wir den Rahmen bieten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Nachdem wir uns in diesem Ziel eigentlich einig sind – ich habe nichts anderes gehört –, war es schon verwunderlich, wie polemisch die Debatte an der einen oder anderen Stelle war.

(Lachen bei der SPD – Abg. Birzele SPD: Sagen Sie etwas zu Herrn Oettinger!)

Herr Drexler, ich muss schon sagen: Wenn ein Herr Scholz solche Sätze in die Welt setzt – „die Lufthoheit über den Kinderbetten gewinnen“ –, dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn andere einen groben Keil auf den groben Klotz setzen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Im baden-württembergischen Landtag?)

Die Lufthoheit über den Kinderbetten haben die Eltern und hat nicht die Politik. Das ist auch ein klares liberales Bekenntnis.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Lassen Sie mich nun einmal etwas weniger emotional fragen: Wie erreichen wir dieses Ziel? Dass das Ziel der Lebensplanung junger Menschen eben nicht die Kinderlosigkeit ist, zeigen ja alle Untersuchungen wie zum Beispiel die Shell-Studie. Der Wunsch nach Nähe, nach einer Verantwortungsgemeinschaft, nach Kindern besteht ja nach wie vor. Aber offensichtlich sind die Rahmenbedingungen nicht so, dass man sich diesen Wunsch in ausreichendem Maß erfüllen kann.

(Abg. Drexler SPD: Das ist der Punkt!)

Ich fange jetzt einmal oben an, beim Bund – da kann ich mich aber kurz fassen –: Ich wünschte mir schon, dass man einmal ein schlüssiges Konzept erstellt, wonach man nicht den Eltern auf der einen Seite Gelder für Steuern und Abgaben im Übermaß aus der Tasche zieht

(Abg. Drexler SPD: Jetzt kommt diese Leier wieder!)

(Dr. Noll)

und ihnen auf der anderen Seite als Almosen ein bisschen Kindergeld und solche Leistungen gibt.

(Abg. Drexler SPD: Als Almosen? 38 %!)

Ich hätte gern, dass wir nicht die Familien genauso wie alle anderen über die Ökosteuer, über steigende Sozialabgaben abzocken,

(Abg. Drexler SPD: Abzocken! – Abg. Birzele SPD: Reden Sie doch keinen Stuss!)

ohne ihnen an anderer Stelle – zum Beispiel bei den Heizungskosten – eine Entlastung zu gewähren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Das müssen Sie sich einfach sagen lassen.

Nachdem Sie nicht den Mut zu einer durchgreifenden Reform haben, um das Sozial- und das Steuersystem in einem einfachen Guss so zu gestalten, dass sich die Familien besser stellen als heute,

(Abg. Birzele SPD: Sie stehen besser da als früher! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

müssen wir uns im Land überlegen: Was ist für die Familien das vordringlichste Problem? Da sage ich Ihnen in der Tat: Auch meine Erfahrung ist, dass viele junge Eltern – ich war erst am Samstag in einem Kinderhaus – gesagt haben –

(Abg. Drexler SPD: Ach!)

– Was heißt da: „Ach“?

(Abg. Drexler SPD: Was?)

Das bin ich öfter. Das war in Kuppenheim bei Rastatt. Sie können dort nachfragen. Das war eine sehr gute Veranstaltung. Ich will nämlich wissen: Was brauchen die jungen Familien vor Ort? Die jungen Familien sagen uns eindeutig: Das größte Problem ist in der Tat ein Defizit an flexiblen Betreuungsmöglichkeiten, insbesondere für die Kinder bis zum Alter von drei Jahren.

(Beifall des Abg. Sakellariou SPD – Abg. Schmiedel SPD: Jetzt sind wir endlich beim Thema!)

– Es ist schön, dass die Opposition immer aufgreift, dass wir da schlecht sind. Wenn wir schlecht sind, wollen wir besser werden,

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der SPD)

und wir haben Schritte dazu getan. Wir werden die Umsetzung des Kindergartengesetzes – dagegen können Sie noch so maulen – auf die Stelle übertragen, die eine bedarfsgerechte, flexible Lösung nach den Wünschen der Eltern, der Betriebe und der Kommunen vor Ort regeln kann. Das werden wir tun.

Wenn Sie jetzt im Vorfeld schon wieder behaupten, wir lieben die Kinder im Stich, dann ist das eine Polemik, die überhaupt nicht gerechtfertigt ist. Warten Sie einmal ab. Sie werden sehen, dass die Flexibilität und die Trägervielfalt nicht

nur gestärkt, sondern in dieser Form, die wir jetzt erreicht haben, auch weiterentwickelt werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Bisher nicht gemacht!)

Wie schaffen wir es, dass der Wunsch nach Kindern auch wieder stärker realisiert wird?

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Der Wunsch nach Kindern ist da!)

– Ich sage ja: Der Wunsch ist da. Wir müssen gar nicht ideologisch diskutieren. Wir müssen nur in die Nachbarländer schauen: Frankreich macht es uns vor – historisch gewachsen. Deshalb macht es überhaupt keinen Sinn, ideologisch zu debattieren.

Ich nehme gerne auch jeden Euro, jede Mark – egal, woher sie kommt, auch wenn sie vom Bund kommt –, um dieses Ziel zu erreichen.

(Abg. Drexler SPD: „Auch wenn sie vom Bund kommt“! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Da ist keine Ideologie dahinter, ja?)

– Ja, auch wenn sie vom Bund kommt. Wir müssen nur aufpassen, dass das kein Danaergeschenk wird: dass man nach der bewährten Manier zunächst den Kommunen wieder etwas gibt und sie nachher sozusagen auf den Kosten hocken lässt. Wir müssen aufpassen, dass das nicht geschieht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Investitionskosten sind das! – Abg. Birzele SPD: Da ist schon der Bund zuständig, nicht das Land!)

Es ist auch zu kritisieren, dass Sie die Förderung sehr stark bzw. vorrangig auf die Kinderkrippen konzentrieren.

(Abg. Drexler SPD: Wer?)

– Sie von Rot-Grün. – Wir sind gemeinsam mit der CDU der Meinung, dass eine der besonders flexiblen und darum auch förderungswürdigen Formen die Tageselternbetreuung, die Tagesmutterbetreuung ist, denn dies stellt in zweierlei Hinsicht eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf dar: bessere Vereinbarkeit für die Mütter bzw. die Eltern, die Kinder zur Betreuung abgeben und das sehr flexibel arrangieren können, und Vereinbarkeit für die aufnehmende Familie, nämlich die Tätigkeit als Mutter auch als Beruf gegen Entlohnung auszuüben.

(Abg. Drexler SPD: Kein Ersatz, sondern Ergänzung! – Zuruf der Abg. Ruth Weckenmann SPD)

Das ist ein sehr gutes Modell, von dem wir glauben, das es wirklich verdient hätte, auch vom Bund stärker gefördert zu werden.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Das können wir doch im Land machen! – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Nächste Bemerkung: Frau Weckenmann, ich habe mir überlegt, ob Sie einen Döring-Komplex haben. Mir ist nicht be-

(Dr. Noll)

wusst, dass Herr Döring in diesem Lande Familienminister wäre.

(Zuruf von der SPD: Aber Wirtschaftsminister! –
Zuruf der Abg. Ruth Weckenmann SPD)

Aber Sie sagen zu Recht: Es ist auch im Interesse des Standorts Baden-Württemberg – das ist ja das Thema dieser Debatte –, zum Beispiel insbesondere des Standorts Region Stuttgart.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es! – Weitere
Zurufe von der SPD)

Wir wissen ganz genau, dass wir in einen Fachkräftemangel hineinlaufen, dass wir vor allem auch gut ausgebildeten jungen Frauen – meistens betrifft es Frauen – die Möglichkeit geben müssen, Familie und Beruf besser zu vereinbaren.

Das Wirtschaftsministerium – das da nicht in erster Linie gefordert ist; keine Frage – tut da durchaus einiges.

(Abg. Göschel SPD: Was denn zum Beispiel? Ein
Beispiel!)

Das sollten Sie nicht alles schlecht reden. Vielleicht kann meine Kollegin Berroth nachher noch einmal darauf eingehen.

Auch da ist es so: Wenn Sie Betriebe per Gesetz zwingen wollen, dann werden Sie Schiffbruch erleiden.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Der gesetzliche Anspruch auf Teilzeitarbeit hat dazu geführt, dass ein Einstellungshemmnis aufgebaut wurde. Wir wollen die Menschen mitnehmen, damit sie selbst erkennen, dass das ist in ihrem eigenen Interesse liegt.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Es gibt doch kein
Einstellungshemmnis!)

Das sind genau solche Dinge wie die Organisation von Wettbewerben oder der Versuch, die Leute immer wieder darauf hinzuweisen. Die Leute sind schon clever genug, zu erkennen, dass sie im eigenen Interesse dafür sorgen müssen, dass die gut ausgebildeten jungen Frauen – nicht nur junge Frauen, keine Frage, Frauen überhaupt –, aber auch Männer die Chance haben sollen, Familie und Beruf zu vereinbaren.

Sie haben Herrn Döring massiv angegriffen. Ich stehe zu dem, was Herr Oettinger gesagt hat: eine flexible, nicht mit einheitlichem Raster übers Land gelegte, sondern bedarfsgerechte Finanzierung dieses weiteren Ausbaus.

(Abg. Drexler SPD: Dann macht es doch! – Abg.
Carla Bregenzer SPD: Da haben Sie unsere Unterstützung! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Fordern
wir seit Jahren!)

Denn eines gilt nach wie vor: Auf Schuldenbergen können Kinder nicht spielen. Eine höhere Neuverschuldung wäre sicherlich der falsche Weg.

(Abg. Drexler SPD: Wer macht sie denn?)

An dieser Stelle will ich ausdrücklich den von Ihnen viel zitierten Minister Döring erwähnen. Er war nämlich einer derjenigen – dazu stehe ich nach wie vor; das unterscheidet uns vom Koalitionspartner –, der gesagt hat: Wenn wir an dieser Stelle offensichtlich einen hohen Finanzbedarf haben, dann lasst uns bitte einmal Tabus überdenken, lasst uns überlegen, ob wir nicht einen Teil des Landeserziehungsgeldes – nicht abschaffen, nicht den Leuten wegnehmen – umwidmen in ein erweitertes Betreuungsangebot, wie es die Leute offensichtlich wollen.

Dazu erhalten wir jetzt von der rechten Seite wahrscheinlich keinen Beifall; von der anderen Seite kommt auch nichts außer Nachdenklichkeit.

(Heiterkeit des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Das wäre zum Beispiel ein Thema, bei dem wir Herrn Döring in der Tat sehr dafür danken müssten, dass überhaupt einmal die Basis für einen möglichen weiteren Ausbau ange-dacht wird.

(Abg. Schmiedel SPD: Der ist doch sofort beim ers-
ten Schnaufer umgefallen!)

– Sie wissen doch, dass Koalitionen immer nur nach Vereinbarungen handeln können. Ich bin ziemlich sicher, dass man sich über das eine oder andere auch bei Strukturdiskussionen noch einmal wird unterhalten müssen.

(Abg. Birzele SPD: Da sind wir gespannt!)

Letzte Bemerkung: Die Familienbildung ist angesprochen worden. Ich verstehe ja, dass man die eine oder andere Form der Familienbildung vielleicht auf der einen oder der anderen Seite nicht so mag, aber auch mir ist die Pluralität sehr wichtig.

(Zuruf von der SPD: Was ist das?)

Ich möchte, dass es aus unterschiedlicher Trägerrichtung Angebote gibt für junge Familien, für Familien, die Erziehungsschwierigkeiten haben, für Familien, die insgesamt Probleme haben. Aber – jetzt hören Sie gut zu, Herr Drexler – ein Lob an die Familienministerin Frau Schmidt in Berlin, erstens dafür, dass sie diesen blöden Satz von der Lufthöhe relativiert hat – der Satz war leider schon in der Welt, aber Sie hat ja gleich gesagt, dass dieser Satz unglücklich formuliert gewesen sei –, aber vor allem zweitens für ihre Anregung, in der Schule künftig ein bisschen mehr die Jugendlichen, die Mädchen und Jungen auf ihre Aufgabe in Ehe, Familie und Erziehung vorzubereiten.

(Abg. Schmiedel SPD: Das schafft aber noch keinen
Kindergartenplatz!)

– Wir reden heute nicht über Kindergartenplätze, sondern wir reden hier über Familienpolitik.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich finde, es lohnt sich, darüber nachzudenken. Ich würde niemals dafür plädieren, noch ein gesondertes Fach in die Schulen zu bringen, aber in den Lehrplänen – Herr Drexler, ich wünschte mir, dass Sie da ein bisschen zuhören. Das war eigentlich die Anregung der Frau Familienministerin

(Dr. Noll)

Schmidt. Denn mir leuchtet auch ein: Wenn ich mit 18 Jahren selbst Auto fahren will, muss ich den Führerschein machen. Aber für die Erziehung eines Kindes gibt es eigentlich zumindest nur mangelhafte Angebote. Die Erziehung hat früher sehr gut in den klassischen Strukturen Großeltern, Eltern, Kinder funktioniert.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Großfamilie!)

Da wurde das Wissen weitergegeben.

(Abg. Drexler SPD: Man hat es weitergegeben, genau!)

Die gesellschaftliche Realität ist heute eine andere. Natürlich ist nach wie vor das Vorbild das beste Erziehungsmittel. Aber wenn wir offensichtlich gesellschaftlich veränderte Realitäten haben, dann, glaube ich, wäre es durchaus sinnvoll, sich auch einmal mit dem Kultusministerium darüber zu unterhalten, ob man die Vorbereitung auf diese wichtige Aufgabe etwas mehr in den Unterricht integrieren kann.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Abschließend: Wir sollten uns jetzt nicht gegenseitig bekriegen und ideologischer Verblendung zeihen, sondern wir sollten gemeinsam daran arbeiten, das, was in anderen Ländern sicherlich besser verwirklicht ist, an den Stellen, an denen wir Defizite haben – das soll nicht wegdiskutiert werden –, etwas schneller aufzuholen. Die Zielvorgabe ist durchaus akzeptabel: 20 %.

(Abg. Drexler SPD: Das ist der Durchschnitt der anderen Länder!)

Aber wir müssen das dann auch solide finanzieren. Ich rufe uns und Sie alle auf, gemeinsam daran mitzuwirken.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Gute Rede!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe mich noch zu Wort gemeldet, um auf die Ausführungen des Kollegen Oettinger einzugehen, weil ich glaube, dass das erforderlich ist.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Der Mann ist gut! Das ehrt Sie!)

Erstens: Wenn man sagt, wir sollten hier versuchen, über die Parteigrenzen hinweg mehr für Familien zu tun, dann ist das wenig glaubwürdig, wenn man dann mit einer richtigen Schimpfkanonade versucht, die anderen einzutüten, ohne dass man selber irgendwelche Vorschläge macht.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Sonst erreichen wir euch ja nicht!)

Das war der erste große Widerspruch.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Hauk CDU: Das war eine Vorhaltung dessen, was Sie tun!
– Abg. Alfred Haas CDU: Kein Widerspruch!)

Sie begannen Ihre Rede mit den Freiheitsansprüchen des Einzelnen, die wir als Politikerinnen und Politiker zu respektieren haben. Dem kann ich natürlich nur voll zustimmen.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Dann haben Sie uns vorgeworfen, wir wollten mehr Staat und mehr Bevormundung, und haben sich zum Schluss Ihrer Rede sogar zu dem Vorwurf verstiegen, wir wollten die Familie verstaatlichen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Ja! – Abg. Oettinger CDU: Die SPD, Herr Kollege! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Ihr stützt doch die Roten!)

Ich glaube, wenn man Ihre Rede ernst nimmt, dann muss man zunächst einmal feststellen, dass Sie sich in sehr große Widersprüche verwickelt haben.

(Abg. Alfred Haas CDU: Überhaupt nicht! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Schlüssig und stringent war das!)

Man kann nicht einerseits fordern, dass man die Freiheitsansprüche der Menschen respektiert, zugleich aber den Eindruck erwecken, als sei es Aufgabe der Politik, die Leute dazu anzuhalten, zumindest standesamtlich, aber besser eigentlich noch kirchlich zu heiraten. Ich glaube, das steht uns einfach nicht zu.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Hauk CDU: Das hat er doch gar nicht gesagt! – Abg. Oettinger CDU: Ich habe Artikel 6 zitiert! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Ein Grundrecht, ein Freiheitsrecht, eine Institutsgarantie!)

– Darauf komme ich noch.

(Abg. Oettinger CDU: Eine Aufgabe der Politik!)

– Das ist nun einmal keine Aufgabe der Politik. Schon Kant hat gesagt: Es ist unmöglich, in Fragen der persönlichen Lebensführung einen Konsens herzustellen.

(Abg. Hauk CDU: Das will ja niemand! Aber die Institution! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Sie lenken ab!)

200 Jahre später ist es völlig illusorisch, zu glauben, wir könnten den Leuten vorschreiben, wie sie ihre Partnerschaft gestalten.

(Abg. Hauk CDU: Das sagt niemand! – Abg. Oettinger CDU: Das ist unstrittig!)

Das ist nun einmal unmöglich, und so weit reicht der Arm der Politik nicht.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Ein Scheingegensatz!)

Gott sei Dank, möchte ich einmal sagen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Deswegen ist der harte Gegensatz, den Sie hier in ganz klassischer Manier kolportiert haben – hier „privat“ Familie, dort „öffentlich“ Staat –, in Wirklichkeit überholt.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Überholt? In welcher Richtung?)

(Kretschmann)

Es ist genau die Aufgabe einer modernen Familienpolitik, endlich wahrzunehmen, dass dieser schroffe Gegensatz die Wahlfreiheit behindert und nicht fördert.

Es ist doch nun von allen Rednerinnen und Rednern festgestellt worden: Wenn wir wollen, dass Leute wieder verantwortlich eine Partnerschaft übernehmen und auch Kinder zeugen und aufziehen, müssen wir sehen, dass sie das eben nur dann machen,

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Dazu gehört mehr!)

wenn der Staat ihnen Infrastruktureinrichtungen anbietet, die es ihnen ermöglichen, Familie und Beruf zu vereinbaren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Es geht also nicht darum, den Gegensatz von Staat und Familie, wie er traditionell bestand, weiter zu betonen, sondern es geht genau darum, vor allem in der staatlich und kommunal organisierten Kinderbetreuung die Grundlagen zu gewährleisten,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Aber auch privat organisiert! Und privat!)

damit ein wichtiger Bestandteil der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet ist und Menschen ihre Wahlfreiheit,

(Abg. Hauk CDU: Da sind wir völlig d'accord!)

auch Kinder zu haben und aufzuziehen, überhaupt wahrnehmen können. Darum geht es.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hauk CDU: Da gibt es ja keinen Dissens! Aber es soll keinen Zwang geben! – Glocke der Präsidentin)

– Nein. – Nur wenn wir die Infrastrukturmaßnahmen schaffen, ist die Wahlfreiheit faktisch überhaupt erst gegeben.

(Abg. Oettinger CDU: Kein Thema!)

Deswegen ist der Gegensatz, den Sie aufgemacht haben, falsch.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Kretschmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Noll?

(Abg. Capezzuto SPD: Nur wenn sie qualifiziert ist!)

Abg. Kretschmann GRÜNE: Bitte, Herr Dr. Noll.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Herr Kollege Kretschmann, haben Sie es vergessen, oder haben Sie bewusst wieder nur von den staatlichen Einrichtungen zur Kinderbetreuung gesprochen?

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Nein, hat er nicht!)

Sie haben nämlich nicht die privaten Initiativen und die Tageselternbetreuung genannt.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Die Tagespflege!)

Sie haben nur von der staatlichen Betreuung gesprochen.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Selbstverständlich geht es auch um Einrichtungen, die aus der Zivilgesellschaft heraus entstehen. Das ist gar keine Frage.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Dann sollten Sie es auch sagen!)

Aber auch diese muss der Staat fördern, und er muss Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass sie auch wirklich agieren können. Dabei sollten wir uns nichts vormachen: Heute kommt es darauf an – das erwarten junge Mütter auch –, dass die Betreuungsangebote eine hohe Qualität besitzen. Nur dann werden sie überhaupt angenommen.

Sie haben die Vorwürfe gegen uns zu präzisieren versucht, indem Sie gesagt haben, wir wollten durch unsere Pläne zum Ehegattensplitting die Ehe aushöhlen.

(Abg. Drexler SPD: Eben! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Das ist ja bekannt!)

Auch da muss man eines nüchtern feststellen. In der Verfassung heißt es eigentlich nur: Ehe und Familie.

(Abg. Oettinger CDU: Beides! Das ist kumulativ! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Kumulativ! „Und“ bedeutet kumulativ und nicht alternativ!)

Das heißt, beides tritt immer nur im Zusammenhang auf. So sehe ich das. Lassen Sie mich das einfach einmal erläutern.

(Abg. Hauk CDU: Es heißt nicht „oder“! – Abg. Oettinger CDU: Beides! – Abg. Hauk CDU: Beides! – Abg. Oettinger CDU: Das ist so klar wie nur irgendwas! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Herr Kollege Kretschmann, verrennen Sie sich nicht!)

Ehe und Familie war früher etwas anderes als heute.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Schreiben Sie die Verfassung nicht neu, Herr Kollege!)

Früher konnte man davon ausgehen, dass Menschen, die eine Ehe eingehen, in der Regel auch Kinder bekommen. Das war die gesellschaftliche Wirklichkeit, die dahinter stand. So war es auch in weit, weit über 90 % der Fälle. Heute ist es aber nicht mehr so.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: In der Regel hat man noch nie Kinder gezeugt!)

Heute geht eine zunehmende Zahl von Menschen eine Ehe ein, die von vornherein gar keine Kinder wollen oder zumindest die Kinder nicht im frühen Stadium ihrer Ehe bekommen, solange sie noch Kinder bekommen könnten.

(Abg. Oettinger CDU: Hat eine solche Ehe keinen Wert? – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Doch!)

– Lassen Sie mich doch einmal ausreden!

(Zuruf des Abg. Pfisterer CDU)

Ich versuche, einmal den Faden zu entwickeln und Ihnen klar zu machen, dass es da um gesellschaftliche Bilder geht, die wir im Kopf haben. Ich finde, dass Sie da Nachholbedarf haben, und das versuche ich Ihnen zu erklären. Ich sage:

(Kretschmann)

Die gesellschaftliche Realität hat sich verändert, ob uns das gefällt oder nicht. Das ist einfach einmal eine Tatsache.

(Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

Also muss ich doch in einer Situation, in der es gar nicht mehr selbstverständlich ist, dass aus einer Ehe auch eine Familie mit Kindern wird, die Mittel, die der Staat zur Verfügung hat, um Ehe und Familie zu unterstützen, selbstredend auf Familien konzentrieren und nicht auf Partnerschaften, die keine Kinder haben, bei denen einer der Alleinverdiener ist und die von diesem Ehegattensplitting profitieren. Es ging darum, das ein Stück weit abzuschmelzen. Um mehr ging es gar nicht.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Aber auch die Ehe steht unter dem Schutz des Staates!)

Was für ernsthafte Einwände soll es denn dagegen geben, diese Mittel in Familienförderung umzulenken? Solche Einwände sind von Ihnen auch gar nicht genannt worden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Oettinger?

(Abg. Alfred Haas CDU: Ja oder nein?)

Abg. Kretschmann GRÜNE: Ja, bitte.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte schön, Herr Abg. Oettinger.

Abg. Oettinger CDU: Lieber Kollege Kretschmann, können Sie mir einmal sagen, warum die Streichung des Ehegattensplittings nach langem Streit nicht mehr im Koalitionsvertrag auftaucht?

Abg. Kretschmann GRÜNE: Weil wir uns nicht durchsetzen konnten.

(Abg. Drexler SPD: So ist es! Deswegen müsst ihr uns nicht beschimpfen! – Beifall des Abg. Dr. Reinhart CDU – Abg. Dr. Reinhart CDU zur SPD: In dem Punkt loben wir euch! – Lebhaftes Unruhe)

Es gehört nun einmal leider zum Dasein kleiner Parteien, dass sie sich gegenüber dem großen Koalitionspartner nicht immer durchsetzen können. Manchmal ist das allerdings auch ein Stück zu wenig. Das gebe ich zu.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Gott sei Dank haben Sie es gesagt!)

Es geht darum, dass wir diese gesellschaftliche Realität anerkennen und die Mittel, die wir haben, auf die Familie konzentrieren. Denn Sie, Herr Oettinger, haben ganz richtig gesagt: Solche abstrakten Diskussionen haben nicht viel Sinn, wenn sie nicht unter dem Augenschein knapper Ressourcen und knapper Finanzmittel, wie wir sie haben, geführt werden. Da geht es darum – da werden wir Sie im Landeshaushalt allerdings stellen –, dass wir die knappen Mittel,

die wir bei den zurückgehenden Steuereingängen noch haben, nicht in irgendwelche Orchideenfabriken wie die Landesstiftung konzentrieren, sondern dass wir sie genau auf die Familienförderung im Land konzentrieren. Es geht darum, dass der Staat seine Mittel für Familienförderung konzentriert, und nicht darum, einen überholten Gegensatz von Staat und Familie aufzubauen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

Abg. Drexler SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Oettinger, Ihren Redebeitrag habe ich eigentlich nur so verstanden, dass Sie im Grunde genommen einen Popanz aufgebaut haben, damit Sie nichts zu Baden-Württemberg sagen müssen.

(Zurufe von der CDU: Was? Unglaublich!)

Denn zu Baden-Württemberg haben Sie überhaupt kein Wort gesagt.

(Oh-Rufe von der CDU)

Wenn Sie immer diese Übereinstimmung in der Wahlfreiheit feststellen – das haben heute alle Redner gemacht –, dann meine ich: Dann tun Sie doch etwas! Über 50 Jahre regieren Sie jetzt in diesem Land, und Sie haben auf diesem Gebiet nichts getan.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU – Abg. Dr. Reinhart CDU: Wo leben Sie denn?)

Ich komme nachher noch darauf zu sprechen.

Wenn die Rahmenbedingungen so sein sollen, wie alle Ihre Rednerinnen es vorhin gesagt haben, dann müssen wir uns doch einmal – –

(Zurufe der Abg. Pfisterer und Dr. Reinhart CDU)

– Ich finde es schon schlimm, dass Sie Alzheimerkranke mit mir vergleichen. Das finde ich schon sehr schlimm. Eine Krankheit hat jemand, und ich würde sie nicht – egal, wer da vorn redet – relativierend in die Diskussion einbringen, Herr Kollege. Das würde ich nie tun.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Pfui! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Es geht um den Verlust des Gedächtnisses für Fakten!)

– Das ist etwas anderes. Das können Sie sagen. Aber bitte nicht das andere. Wenn wir darüber eine Einigung hätten, wäre es gut.

Lassen Sie mich jetzt einfach einmal die Daten nennen. In Baden-Württemberg sind wir im Bundesländervergleich bei der Kinderbetreuung Schlusslicht.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das nützt doch den Eltern gar nichts! – Abg. Alfred Haas CDU: Ohne die Tagemütter! – Zuruf der Abg. Ruth Weckenmann SPD)

(Drexler)

Am 31. Dezember 1998 hatten wir für jeweils 1 000 Kinder bis zu drei Jahren lediglich 13 Betreuungsplätze. Im Bundesgebiet waren es 28, mehr als doppelt so viel.

(Abg. Hauk CDU: Sie lassen wieder die Tagesmütter weg!)

– Die sind bei anderen Ländern auch nicht in dieser Statistik enthalten.

Dann kommen wir zu den Schulkindern. Da hatten wir für je 1 000 Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren bis zum Stichtag lediglich 16 Betreuungsplätze. Im Durchschnitt der Bundesländer waren es 30, meine sehr verehrten Damen und Herren! Und nur 4,3 % aller Plätze für Kindergartenkinder in Baden-Württemberg sind Ganztagsplätze. Damit liegen wir weit abgeschlagen auf dem letzten Platz. Im Durchschnitt aller westlichen Bundesländer sind 19 % aller Plätze für Kindergartenkinder Ganztagsplätze.

(Zurufe von der SPD)

Das ist doch ein Unterschied wie Tag und Nacht.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Es nützt auch nichts – da gebe ich Herrn Dr. Noll Recht –, zu sagen: Es gibt neue Zahlen. Die gibt es. Aber nehmen Sie nur einmal die neue Statistik der Landesregierung, die besagt, dass für je 1 000 Kinder – wie jetzt bei den Schulkindern – lediglich noch 14 Betreuungsplätze zur Verfügung stehen. Das heißt, wir haben seit 1998 sogar abgebaut! Da kann man doch nicht von einem Erfolg sprechen, Herr Kollege Oettinger. Das kann man nun wirklich nicht.

(Beifall bei der SPD)

Angesichts solcher Zahlen, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat nun auch McKinsey – irgendjemand hat es angedeutet – bei einer Umfrage vom Frühjahr 2002 festgestellt, dass nur 29 % der Baden-Württemberger mit dem Kinderbetreuungsangebot im Land zufrieden sind. Das ist der letzte Platz in ganz Deutschland!

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Und wo fühlt man sich am wohlsten? – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Statistische Spielerei!)

Der letzte Platz im Kinderbetreuungsbereich! In Schleswig-Holstein liegt dieser Anteil bei 51 %. Ich will nur sagen: Die Leute empfinden das so, und diese Empfindungen müssen wir doch aufnehmen. Wir befinden uns hier auf dem letzten Platz und nicht auf einem Aufstiegsplatz. Da muss man einfach einmal sagen: Wir sind hier schlecht.

(Abg. Capezuto SPD: Abstieg in die Regionalliga!)

Jetzt geht es darum: Können wir uns aufraffen, dies zu verbessern? Dazu haben wir doch in diesem Jahr schon Diskussionen gehabt. Wir haben, Herr Kollege Oettinger, einen Finanzierungsvorschlag gemacht, in dem wir vorgeschlagen haben, den Kommunen mit 90 Millionen € eigenen Geldes unter die Arme zu greifen. Das ist im Übrigen ein Vorschlag, von dem die FDP/DVP gar nicht so weit weg ist. Wir sagen, wir haben einen Landesanteil von 39,5 % an einer Landesbank, den wir um 14 Prozentpunkte reduzieren könnten, und

dieses Geld – knapp 2 Milliarden € – könnten wir für die Schuldentilgung verwenden und die frei werdenden Zinsen ausschließlich – dazu würden wir uns verpflichten – für Kinderbetreuungsangebote und den Ganztagsschulbereich einsetzen. Das wären 90 Millionen € pro Jahr.

(Beifall bei der SPD)

Überlegen Sie sich einmal diesen Vorschlag: Wir könnten ohne Schuldenaufnahme ein „Kinderland Baden-Württemberg“ verwirklichen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Oettinger, Sie haben von einer Revolution gesprochen. Nehmen Sie uns Sozialdemokraten einmal davon aus, denn wir sind auch nicht arg revolutionsverdächtig.

(Abg. Alfred Haas CDU: Scholz! – Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

Oder nehmen Sie einmal die Wirtschaftsverbände und den Baden-Württembergischen Handwerkstag. Die sind doch nicht revolutionsverdächtig; die sagen genau das Gleiche. Sogar die eigene Zukunftskommission der Landesregierung hat im Jahr 2000 Folgendes festgelegt und ins Stammbuch der Landesregierung geschrieben:

Kindergärten, die ein Kind erst nach Vollendung des dritten Lebensjahrs aufnehmen, lösen das Problem der Kinderbetreuung außer Haus nur ungenügend. Schwierigkeiten mit der Betreuung der Kinder haben insbesondere erwerbstätige Alleinerziehende, Ehepaare, bei denen beide Partner berufstätig oder noch in Ausbildung sind, aber auch Arbeitslose oder Sozialhilfeempfänger, die einen Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt suchen. Dies gilt vor allem dann, wenn keine Unterstützung durch Großeltern oder andere Verwandte möglich ist. Daher ist ein flexibles System der außerhäuslichen Kinderbetreuung erforderlich.

Und dann heißt es noch:

Mit dem Ziel einer leichteren Vereinbarkeit von Kind und Beruf sollten auch an den Grundschulen Betreuungsmöglichkeiten geschaffen werden, und zwar sowohl ganztags als auch ganztätig.

(Beifall bei der SPD)

Das war keine sozialdemokratische Kommission, sondern Ihre eigene.

Der Ihrer Partei angehörende Oberbürgermeister von Singen hat gesagt: Im Kindergartenbereich sind wir gut, aber wir haben Trabbi-Niveau bei Kindern im Alter bis drei Jahren und von sechs bis vierzehn Jahren. Das ist doch keine Erfindung von uns.

Jetzt komme ich zur Bundesregierung: Die Bundesregierung muss überhaupt kein Geld geben, weil das nicht ihre Zuständigkeit ist. Jetzt nimmt diese Bundesregierung freiwillig 4 Milliarden € in die Hand und stellt sie für den Ausbau von Ganztagschulen bereit, stellt anderthalb Milliarden für den Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder bis drei Jahren zur Verfügung, und jetzt beschweren Sie sich. Sie haben

(Drexler)

dieses Angebot noch nicht einmal offiziell angenommen. So ist der Fakt.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Frau Dr. Stolz, Ihnen will ich sagen: Das Kindergeld ist durch die rot-grüne Bundesregierung in der letzten Legislaturperiode innerhalb von vier Jahren um 37 % erhöht worden. Das ist die höchste Kindergelderhöhung aller Legislaturperioden der Bundesrepublik Deutschland.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das war notwendig!)

Sie haben ein Bundesverfassungsgerichtsurteil bekommen, in dem Ihnen bescheinigt wurde, Familien verfassungswidrig zu besteuern. Nicht Grüne und SPD! Das sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Jetzt mache ich Ihnen einen Vorwurf und frage, ob Sie das bewusst machen oder nicht. Sie zwingen junge Familien mit Kindern – entweder Männer oder Frauen; meistens Frauen – dazu

(Abg. Alfred Haas CDU: Sie zwingen!)

– Sie! –,

(Abg. Alfred Haas CDU: Sie!)

weil Sie in diesem Land keine Rahmenrichtlinien machen, nach denen jeder, der arbeiten muss oder will, sein Kind gut unterbringen kann – das haben Sie nicht hinbekommen –, keiner Berufstätigkeit nachzugehen. Sie zwingen Ihr Familienbild den jungen Familien in Baden-Württemberg auf. Faktisch ist das so.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das geht jetzt an der Realität weit vorbei!)

Herr Dr. Noll, Wolfgang Schäuble CDU

(Zuruf von der CDU: Guter Mann!)

– ja, in diesem Fall ein hervorragender Mann – hat Folgendes gesagt:

Wir haben über Jahrzehnte geglaubt, am Besten ist es, wenn einer der beiden Eltern, also im Zweifel die Frau, solange die Kinder klein sind, auf eine Berufstätigkeit verzichtet, und je mehr man das erreicht, desto eher werden wir auch mehr Kinder haben. Mittlerweile aber wissen wir, dass im europäischen Vergleich die Länder, in denen die Möglichkeiten, Berufstätigkeit und familiäre Verpflichtungen zu verbinden, besser sind, höhere Kinderzahlen haben als die Länder, die eher das traditionelle Bild von Familie haben. Daraus müssen wir Konsequenzen ziehen.

(Beifall bei der SPD)

Das sollten Sie auch machen. Herr Oettinger hat es auf dem Bezirksparteitag der CDU in Nordwürttemberg mit einem Antrag zu den Ganztagschulen versucht, und prompt ist er – ich sage nicht: auf die Schnauze – auf den Bauch gefallen. Der Antrag ist abgelehnt worden.

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Capezzuto SPD: So gehen die mit dem Spitzenkandidaten um! Jesses! – Gegenruf von der CDU: Ruhe da hinten!)

Sie ziehen also überhaupt keine Schlüsse aus dieser Analyse.

Im Übrigen, meine sehr verehrten Damen und Herren – ich will das einfach noch einmal erwähnen –: Woher kommt es denn, dass Sie da lange Jahre nichts gemacht haben? Weil Sie ein Familienbild haben, das in der Gesellschaft nicht mehr vermittelbar ist.

(Widerspruch bei der CDU)

– Nein, es ist so. – Die „Stuttgarter Zeitung“ hat – darauf hat ja meine Kollegin Bezug genommen – am 10. Oktober geschrieben, für den Ministerpräsidenten gebe es „nur zwei weibliche Lebensformen: das ‚Modell Edeltraud‘ – seine Ehefrau,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

die ganz für die Familie da ist – und das ‚Modell Hilde‘ – seine langjährige Sekretärin, die ganz im Beruf aufgeht.“

Das kann jeder persönlich in seiner Familie ausmachen. Es darf aber nicht sein, dass sein persönliches Familienbild zum politischen Leitbild eines modernen Baden-Württemberg wird. Das geht nicht.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Jetzt überziehen Sie aber! – Abg. Alfred Haas CDU: Schröder ist das Vorbild!)

Darüber diskutieren wir mit Ihnen.

Sorgen wir alle dafür, dass wir in Baden-Württemberg rasch mehr Betreuungsplätze für Kleinkinder und Schulkinder bekommen. Sorgen wir dafür, dass wir mehr Ganztagsbetreuung bekommen. Sorgen wir dafür, dass der Bildungsauftrag bei den Kindertagesstätten verwirklicht wird, und sorgen wir dafür, dass die pädagogische Qualität des Kinderbetreuungsangebots gesichert wird. Dazu reichen wir Ihnen beim Kindergartengesetz und bei anderen Dingen die Hand. Wir hoffen aber, dass die Sprüche, die wir heute gehört haben,

(Abg. Alfred Haas CDU: Oje!)

dass Sie das – Herr Kollege Haas, jetzt muss ich schon noch etwas sagen:

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Das lohnt sich nicht!)

Das Problem ist doch, dass in Baden-Württemberg lange Jahre die Frau, die Hausfrau war, in den Himmel gelobt wurde,

(Abg. Röhm CDU: Schröder oder Teufel, wer ist das Vorbild?)

und die Frau, die Familie mit Beruf vereinbart hat, als Rabenmutter dargestellt worden ist. Das ist doch die Realität.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

(Drexler)

Was wir jetzt machen – ich sage das noch einmal, damit Sie keinen Popanz aufbauen, Herr Oettinger usw. –, ist: Für uns ist die Familie – Familie ist im Übrigen immer da, wo Kinder sind, um das deutlich zu sagen; das ist für uns Familie –, bei der der Vater oder die Mutter sich bereit erklärt, lange Jahre zu Hause zu bleiben,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sehr gut!)

genauso wichtig wie – das sage ich jetzt zusätzlich – diejenigen, die Familie und Berufstätigkeit verbinden müssen oder wollen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Richtig! – Abg. Pfister FDP/DVP: Völlig einverstanden!)

Das ist offensichtlich der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wenn es da keinen Unterschied gibt, dann freue ich mich auf die kommenden Debatten im Landtag, in denen es ganz konkret darum geht: Wo kommt das Geld her? Stellen Sie Geld für weitere Betreuungseinrichtungen und Ganztagschulen zur Verfügung? Dann wird es eine tolle Geschichte, wenn es stimmt.

(Zuruf von der SPD: Landesstiftung!)

Ich befürchte nur: So, wie Sie 50 Jahre lang Sprüche gemacht haben, machen Sie sie noch weitere 50 Jahre. Deswegen werden wir das deutlich machen.

Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, das Wort erteile ich Herrn Minister Dr. Repnik.

Sozialminister Dr. Repnik: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es wird Zeit, wieder einmal zum Frauenplenartag zurückzukommen und hier etwas weniger Polemik auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der CDU: Sehr gut!)

Ich freue mich, dass am heutigen Frauenplenartag neben der Frauenpolitik auch die Familienpolitik diskutiert wird; denn nach wie vor tragen die Frauen die Hauptlast der Betreuungs-, Erziehungs- und Hausarbeit. Das ist nun einmal so. Leider ist das sogar meist auch dann der Fall, wenn beide Eltern erwerbstätig sind. Zwar denken junge Frauen und Männer heute ganz überwiegend partnerschaftlich, solange sie noch zu zweit sind. Sobald das erste Kind da ist, sieht die Realität jedoch meist anders aus. Familienpolitik ist in der familiären Realität nach wie vor vorrangig Frauenpolitik.

Um gleich kritischen Zwischenrufen vorzubeugen: Ich bin durchaus der Auffassung, dass immer auch die Familienväter Adressaten einer ganzheitlichen Frauen- und Familienpolitik sind; aber das ist nun einmal nicht ganz die Realität. Dies gilt insbesondere auch im Zusammenhang mit der stei-

genden Erwerbstätigkeit der Mütter; denn Untersuchungen zufolge sind junge Familien durch beträchtliche Veränderungen im Familienleben, die kleine Kinder eben mit sich bringen, belastet. Belastungssituationen können zu gesundheitlichen Störungen, zu Trennung und Scheidung führen, und dem müssen wir als Staat, meine ich, vorbeugen. Der Auftrag hierzu findet sich in Artikel 6 des Grundgesetzes.

(Unruhe)

– Ich weiß, dass auf den Empfang draußen schon lange gewartet wird, aber wenn hier keine Stille ist, werde ich doch länger reden, und dann dauert es noch länger, bis Sie zum Essen kommen.

(Unruhe und Heiterkeit)

Ich habe Ihnen jetzt auch drei Stunden geduldig zugehört. Jetzt sollten Sie mir noch die nächsten zehn Minuten zuhören. Ich mache es ohne Polemik.

Ehe und Familie – so steht es im Grundgesetz – stehen unter besonderem Schutz der staatlichen Ordnung. Ich sage: Nur wenn es Familien gut geht, geht es auch der Gesellschaft gut, denn die Familien sind die Gesellschaft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Familienpolitik ist ein Standortfaktor. Darunter steht auch heute diese Debatte. Der Begriff Standortfaktor wird in der Regel nur im Zusammenhang mit der Wirtschaftspolitik verwendet. Es geht um Kriterien und Anreize für die Attraktivität eines Standorts für die Ansiedlung von Unternehmen. Dies gilt gleichermaßen auch für junge Familien. Ich und wir alle wollen, dass Baden-Württemberg für Familien attraktiv ist und bleibt, denn wir stehen hier im Wettbewerb mit anderen Ländern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Baden-Württemberg belegt trotz aller gegensätzlichen Äußerungen – ich frage mich, von welchem Land Sie heute zum Teil gesprochen haben –

(Abg. Zeller SPD: Von Baden-Württemberg!)

unter den Ländern unverändert einen Spitzenplatz mit seiner Familienpolitik.

(Lachen bei der SPD)

Die Landesregierung hat frühzeitig vielfältige familienpolitische Leistungen angeboten und kontinuierlich weiterentwickelt. Notwendigerweise werden wir auch in Zukunft zur Haushaltskonsolidierung an schmerzlichen Stellen Einsparungen vornehmen müssen. Aber Politik zugunsten der Familien wird bei uns an vorderster Stelle stehen. Wenn Sie jetzt Einsparvorschläge oder Einsparungen wie „Mutter und Kind“ möglicherweise kritisieren – – Das ist ein Mutter- und Kind-Modell, das es seit 25 Jahren nur in Baden-Württemberg gibt, also seit einer Zeit, in der man allein erziehenden Müttern helfen musste, die noch nicht all die Hilfen hatten, die sie heute haben. Das gab es in keinem anderen Land. Jetzt mäkeln Sie daran herum. An den Familienferienstätten, von denen wir vielleicht zu viele haben, aber weniger fördern können, mäkeln Sie herum. Ich weiß, Sie werden immer sagen: „Die Regierung spart viel zu wenig, aber an dem und dem Punkt dürfen Sie natürlich nicht sparen.“ Zu

(Minister Dr. Repnik)

jedem Ressort wird das in jedem Bereich von Ihrer Stelle gesagt werden.

(Abg. Alfred Haas CDU: Frau Weckenmann ist gar nicht mehr da!)

– Ja, jetzt ist sie leider nicht mehr da.

An dieser Stelle drängt es sich aus aktuellem Anlass auf, einige Anmerkungen zur Sparfamilienpolitik der Bundesregierung zu machen.

Vor der Wahl war von einer Kindergelderhöhung auf ca. 200 € die Rede.

(Abg. Birzele SPD: Nie ohne Zusatz! Sie haben 1997 das Kindergeld kürzen wollen!)

– Ja, ja. – Noch vor der Wahl sind Ihre Wahlkämpfer hingegangen und haben gesagt: Wir werden das Kindergeld erhöhen.

(Zuruf von der SPD: Völlig falsch!)

– Natürlich immer unter Vorbehalt. – Jetzt, in der Koalition – –

(Lebhafte Zurufe, u. a. Abg. Wieser CDU: Das Bundesverfassungsgericht hat die SPD gezwungen! – Gegenruf des Abg. Birzele SPD: Wieser, keine Ahnung! – Gegenruf des Abg. Wieser CDU)

Jetzt steht in der Koalitionsvereinbarung zur Verbesserung beim Familienleistungsausgleich kein einziges Wort!

Bei der Eigenheimzulage ist nebulös von einer „Konzentration auf Familien mit Kindern“ die Rede. Inzwischen ist beim Sparpaket die Katze aus dem Sack: Die Grundförderung soll um 80 % reduziert werden.

Die Verschiebung der Steuerreform, die nächste Stufe der Ökosteuer,

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

höhere Sozialversicherungsbeiträge usw. – all das sind Maßnahmen, durch die Familien zusätzlich finanziell belastet werden.

(Abg. Schmiedel SPD: „Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg“ ist das Thema!)

Von der Mehrwertsteuererhöhung habe ich noch gar nicht gesprochen.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Nach den Meldungen, die man der Presse entnehmen kann, aber auch nach Berechnungen belasten diese Maßnahmen Familien ab dem kommenden Jahr mit bis zu 200 € monatlich.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Die Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts zum Familienleistungsausgleich werden hier konterkariert.

(Abg. Wieser CDU: So ist es!)

So sieht die Familienpolitik der Bundesregierung aus.

(Abg. Birzele SPD: Die CDU-Politik wurde damit gerichtet, Herr Wieser!)

Jetzt will sie uns vorgaukeln, dass sie 4 Milliarden € für die Ganztagsbetreuung und 1,5 Milliarden € für die Kleinkindbetreuung hätte. Das ist ein ungedeckter Scheck. Sie wollen nämlich bei Möglichkeiten von Einsparungen der Hartz-Kommission, die noch nicht einmal umgesetzt sind, sagen: „Dieses Geld dürft ihr behalten.“ Das ist ein ungedeckter Scheck. Ich meine, Sie sollten die Arbeit dort belassen, wo sie hingehört, nämlich bei uns.

(Beifall bei der CDU – Unruhe bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen gerade von der linken Seite, mich wundert diese Familienpolitik auch deswegen nicht, weil der Kanzler ja noch vor kurzem gesagt hat: „Was soll eigentlich dieses Gedöns mit der Familienpolitik?“ Wer Familienpolitik als „Gedöns“ bezeichnet, sollte mit Sicherheit in diesem Fall etwas zurückhaltender sein.

(Beifall bei der CDU – Lebhaftes Zurufe, u. a. Abg. Ruth Weckenmann SPD: Herr Repnik, was machen Sie als Sozialminister denn?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesregierung von Baden-Württemberg – um auf Baden-Württemberg zu sprechen zu kommen – braucht sich mit ihrer Familienpolitik wirklich nicht zu verstecken.

(Abg. Wintruff SPD: Der Kanzler hat nicht an das Familiengeld geglaubt!)

Wir in Baden-Württemberg haben ein Landeserziehungsgeld.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Das hilft aber niemandem!)

– Das Landeserziehungsgeld hilft jedes Jahr 35 000 Familien, Frau Weckenmann.

(Zuruf der Abg. Ruth Weckenmann SPD)

35 000 Familien jedes Jahr! Wir haben es sogar noch erweitert, weil wir die Einkommensgrenzen bei der Berechnung erhöht haben.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Sagen Sie mir: In welchem anderen Land, das von SPD oder Grünen regiert wird, werden 90 Millionen € pro Jahr für die Kleinkindbetreuung – –

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Für die Kleinkindbetreuung einsetzen!)

– Das ist doch Kleinkindbetreuung im wahrsten Sinne des Wortes.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Das ist doch keine Kleinkindbetreuung, wenn Sie die Frauen arbeiten lassen! – Weitere Zurufe)

(Minister Dr. Replik)

– Entschuldigung! 35 000 Familien pro Jahr! Wenn das keine Kleinkindbetreuung ist, möchte ich wissen, was sonst.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Das Kindergeld hat aber doch nichts mit Vereinbarkeit zu tun!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir in Baden-Württemberg haben ein Mehrlingsgeburtenprogramm.

(Zuruf von der SPD: Was ist das denn? – Unruhe)

Das ist für Familien mit Mehrlingsgeburten. Lachen Sie nicht darüber, Herr Capezzuto! Bei uns in Baden-Württemberg bekommen „Mehrlingskinder“ – das ist übrigens neu – trotz Sparhaushalt ab dem Jahr 2003 jeweils 2 500 €, und zwar einfach deswegen, weil wir genau wissen, dass hier finanzielle Not besteht, dass hier helfende Hände gebraucht werden. Das ist übrigens beispielgebend für die ganze Republik.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können in Baden-Württemberg auch stolz sein, weil unsere Familienpolitik zieht. Auch wenn Sie, Frau Weckenmann, sagen, dass andere Länder etwa gleiche Geburtenraten hätten,

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Höhere!)

stehen wir – –

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Eine höhere Geburtenrate!)

– 1,14 oder 1,141, das ist der Unterschied.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Aber auf jeden Fall nicht Platz 1, wie Sie behaupten!)

– Das habe ich nicht gesagt. Wir stehen aber ganz, ganz vorne mit dran.

Nicht zuletzt haben in Baden-Württemberg 25 % mehr Familien drei und mehr Kinder als im Bundesdurchschnitt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir machen in Baden-Württemberg Standortpolitik. Die Gesamtausgaben für die familienpolitischen Leistungen werden sich im Jahr 2002 auf über 500 Millionen € belaufen. Im Jahr 2003 werden sich diese Leistungen durch zusätzliche Angebote der Kinderbetreuung noch um einiges erhöhen.

Wenn Sie dann sagen, Herr Drexler, es werde nichts getan, muss ich Ihnen entgegnen: Sie haben wieder einmal aus Statistiken von 1998 vorgelesen. Für 1998 haben die Zahlen in der Tat einigermaßen gestimmt. Aber wir sind jetzt vier Jahre weiter.

(Abg. Drexler SPD: Und die anderen auch!)

Allein in den letzten vier Jahren hat sich durch unsere neuen Förderungen die Zahl der Gruppen mit verlängerten Öffnungszeiten von 1 646 auf 4 450 fast verdreifacht. Die Zahl der altersgemischten Gruppen hat sich in dieser Zeit verdreifacht, die der Ganztagsgruppen mehr als verdoppelt. Im Augenblick werden in Baden-Württemberg ca. 15 800 Kinder im Alter bis zu drei Jahren betreut, 2 500 in Krippen, ca.

6 600 in altersgemischten Gruppen und ca. 6 700 bei Tagesmüttern. Wir haben gesagt, unser Konzept „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“ werde trotz aller Sparmaßnahmen nach und nach bedarfsgerecht ausgebaut. Wir haben dafür insgesamt 14 Millionen €, davon 7 Millionen € allein für Kinder bis zu drei Jahren, in die Hand genommen – trotz aller Spar- und Konsolidierungsmaßnahmen. Damit wird aufseiten der Kommunen kontinuierlich bedarfsgerecht ausgebaut. Das Land wird, wenn mehr Bedarf da ist, selbstverständlich auch mehr Geld in die Hand nehmen.

Da ärgert es mich schon, wenn Sie, Frau Weckenmann, sich dann hinstellen und sagen, unser Ministerpräsident habe ein antiquiertes Frauenbild.

(Abg. Kiefl CDU: Unverschämt!)

Er hat mit Macht darum gekämpft, dass gerade diese Weiterentwicklung der Betreuung für Kinder bis zu drei Jahren und für Sechs- bis Vierzehnjährige kontinuierlich geschieht, dass man dafür Geld in die Hand nimmt. Wenn dann der Fraktionsvorsitzende Drexler von der SPD sagt, ein Journalist habe geschrieben, . . . – das hat wirklich einer geschrieben –, dann muss ich sagen, Herr Drexler: Wenn Sie jede Person danach einordnen, was ein Journalist jemals über sie geschrieben hat, oh Gott, oh Gott.

(Abg. Wieser CDU: Das ist doch sein Problem, dass niemand über ihn schreibt!)

Herr Drexler, eines kann doch nicht sein: dass ein Ministerpräsident, der sagt: „Jawohl, ich habe Achtung vor Frauen, die sich dafür entscheiden, zu Hause zu bleiben und Kinder zu erziehen, die Familienarbeit zu machen“, diese Frauen hintanstellt, aber gleichzeitig sagt: Bei anderen Frauen und jungen Familien, die ein anderes Familienbild haben, bin ich bereit, die Partnerschaft zu akzeptieren und Hilfen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf anzubieten.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Aber er tut nichts für sie!)

– Frau Weckenmann, ich habe gerade gesagt: 14 Millionen € werden ab dem Jahr 2003 für die Weiterentwicklung in die Hand genommen. Bitte nehmen Sie das zur Kenntnis.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das bedeutet pro Krippenplatz 10 % vom Land! Seien Sie doch realistisch!)

Vielleicht noch ein Punkt, meine sehr verehrten Damen und Herren, weil es mir die Frau Kultusministerin gerade gesagt hat: Nach der neuesten Statistik – die gibt es nämlich schon – liegt Baden-Württemberg bei den Ganztagschulen – –

(Lachen bei der SPD – Abg. Wintruff SPD: Das ist eine Lachnummer!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller?

Sozialminister Dr. Replik: Ich möchte das erst einmal zu Ende ausführen. – Nach der neuesten Statistik liegt Baden-Württemberg bei den Ganztagschulen auf Platz 3 von 16 Bundesländern.

(Minister Dr. Repnik)

(Abg. Drexler SPD: Da haben Sie die ganzen Sonderschulen eingerechnet!)

Wenn Sie dazu eine Frage stellen wollen, Herr Zeller, dann bitte direkt an die Frau Kultusministerin.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Abg. Capezzuto SPD: Das war nicht gut! – Abg. Wintruff SPD: Wenn ein Schüler nachmittags eine Arbeitsgemeinschaft besucht, ist es eine Ganztagschule! – Gegenruf des Abg. Alfred Haas CDU: Oh, Herr Wintruff! – Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

wenn wir über Familienpolitik sprechen, müssten wir über die gesamte Gesellschaftspolitik reden. Hierzu muss jeder seinen Beitrag leisten. Das gilt nicht nur in Form von Gesetzen durch den Staat. Das gilt vielmehr für jeden, der bei uns lebt, für jeden, der sich darüber beklagt, dass Kinder Lärm machen, für jeden Vermieter, der Familien mit Kindern keine Wohnung gibt, gerade weil sie Kinder haben. Einen Beitrag muss selbstverständlich auch die Wirtschaft leisten, die sagt: Wir brauchen das gut ausgebildete Potenzial an jungen Frauen als Arbeitnehmerinnen.

Deswegen haben wir innerhalb der „Zukunftswerkstatt Familie“ – Sie haben vorhin gefragt, was das soll – letzte Woche, am 7. November, gerade mit Firmen eine Veranstaltung „Arbeitswelt der Zukunft – Trends und Anforderungen“ durchgeführt. Denn wir brauchen eine familienorientierte Personalpolitik, wir brauchen auch in Betrieben eine Förderung der Chancengleichheit, und wir wollen, dass Betriebe bereit sind, sich in Sachen Kinderbetreuung verstärkt zu engagieren.

Familien wollen spüren, dass Kinder willkommen sind. Kinder dürfen kein Störfaktor im Leben sein. Familien wollen bei der Entscheidung über ihre Lebensgestaltung nicht gegängelt werden – nicht vom Staat und nicht von Parteien.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP sowie der Abg. Christine Rudolf SPD)

Wir müssen Müttern und Vätern zeigen, dass ihre Arbeit wichtig ist. Deswegen sind wir mit unserem Konzept „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“ dabei, ein bedarfsgerechtes Kinderbetreuungsangebot weiter auszubauen. Was das Angebot für Drei- bis Sechsjährige angeht, so haben wir den „Mercedes“, während wir für unter Dreijährige erst einen Versorgungsgrad von 4,7 % erreicht haben. Wir werden in den nächsten Jahren auf 7 oder 8 % kommen. Beim Angebot für Sechs- bis Vierzehnjährige sind wir schon auf einem sehr, sehr guten Weg.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

– In diesem Bereich sind wir auf einem guten Weg, Herr Drexler.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Deswegen sollten Sie nicht die Zahlen von 1998 heranziehen, sondern Sie sollten die Zahlen der Jahre 2002 und 2003 zur Kenntnis nehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind doch eigentlich gar nicht so weit auseinander.

(Abg. Drexler SPD: Finde ich auch!)

Ich möchte diesen Frauenplenartag versöhnlich ausklingen lassen. Wir wollen doch im Prinzip alle ein Stück weit den gleichen Weg gehen. Wir wollen, dass es zukünftig noch besser möglich ist, dort, wo es gewünscht wird, Familie und Beruf zu vereinbaren. Wir wollen, dass die Familien, dass die Eltern in die Lage versetzt werden, dort, wo sie es nicht können, ihre Kinder auch zu erziehen. Auch darüber müssen wir einmal sprechen. Wir wollen, dass sich Familien in Baden-Württemberg wohl fühlen.

Wir sind mit unserem Konzept „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“ auf einem richtigen Weg. Ich bitte Sie, daran mitzuarbeiten, dass es zukünftig noch besser wird.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Ich bin ganz sicher: In zwei, drei Jahren werden Sie uns ganz andere Zahlen vorhalten können.

(Abg. Drexler SPD: Hoffe ich!)

Dann werden Sie wahrscheinlich sagen, das sei immer noch zu wenig. Aber ich glaube, dass sich Familien bei uns in Baden-Württemberg wohl fühlen, was Bedarfsgerechtigkeit und Familienorientierung angeht.

Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

(Oh-Rufe von der CDU)

Abg. Drexler SPD: Ja, ich habe meine Redezeit noch nicht verbraucht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Abg. Wacker CDU: Sie regieren ja noch 50 Jahre!)

– Ja, in denen Sie so weitermachen. Das ist schlimm genug.

(Abg. Wacker CDU: 50 Jahre! Das haben Sie uns prophezeit!)

– Dass die CDU weitere 50 Jahre solche Sprüche macht. Das können Sie nachlesen.

(Zurufe von der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wäre gar nicht ans Rednerpult gegangen, wenn der Minister nicht wieder etwas erzählt hätte, was schlicht die Unwahrheit ist.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Rüeck: Was?)

Wir haben gestern mit dem Sekretariat der KMK telefoniert. Dort wurde uns erklärt, es gebe keine Statistik

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das stand auch in der Zeitung!)

(Drexler)

– das stand im Übrigen auch in der Presse –, weil man sich nicht darauf habe einigen können, was eine Ganztagschule ist, Frau Ministerin. Das steht im Übrigen auch in der offiziellen Erklärung, die Sie in der Presse nachlesen können.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Deswegen wartet man jetzt bis zum Frühjahr ab. Insofern ist es nicht richtig, hier laufend eine angebliche Statistik in die Diskussion einzubringen, die im Grunde genommen deswegen nicht stimmt, weil man dort Dinge mit aufnimmt, die in anderen Ländern nicht als Ganztagschule bezeichnet werden können, Herr Minister.

(Abg. Wieser CDU: Ist das unser Problem?)

Wir stellen nur fest – um das Thema anzusprechen –: Wir haben 141 Ganztagschulen. Die Frau Ministerin will im Brennpunktbereich bis auf 171 gehen – bei rund 4 500 Schulen. Das entspricht nun überhaupt nicht der Debatte, die wir heute gehört haben, muss ich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie das machen, was Sie heute gesagt haben, dann können wir hier ein Bündnis für die Kinder und für eine bessere Kinderbetreuung eingehen. Dazu sind wir bereit, Herr Minister.

(Abg. Wieser CDU: Was tragen Sie dazu bei?)

Aber wir hätten dann schon die Bitte, dass Sie nicht immer sagen, es sei kein Geld da, sondern dass Sie dann auch die Vorschläge, die wir zur Finanzierung haben, nämlich die Reduzierung von Landesanteilen an Banken, tatsächlich einmal aufnehmen. Wir sind dazu bereit, Finanzierungsvorschläge zu machen. Wir reichen Ihnen also heute, am Frauenplenartag, die Hand, um zu einer besseren Ausstattung in Baden-Württemberg, zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf beizutragen. Nur können Sie der Opposition nun wirklich nicht abverlangen, sie müsse zu Ihnen auch noch freundlich sein, obwohl Sie nichts gemacht haben.

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Wieser CDU:
Wir fürchten uns ja auch schon!)

Wir werden Sie so lange jagen, bis uns die jungen Familien, bis uns Frauen und Männer sagen: Jetzt genügt in Baden-Württemberg. Solange die Betroffenen das nicht machen, werden wir weiterarbeiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Abg. Blenke CDU: Uns steht schon der Angstschweiß auf der Stirn!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Ministerin Dr. Schavan.

(Unruhe)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist schon harter Tobak, zu behaupten, der Minister spreche nicht die Wahrheit. Deshalb wird jetzt ganz sachlich erklärt, wie es war und dass es stimmt, was er sagt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Unruhe)

Politik hat hin und wieder auch mit Fakten zu tun und nicht nur mit Schlagzeilen, die Sie gerade einmal für 24 Stunden in die Welt setzen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Wer setzt das denn in die Welt?)

Erstens: Die Kultusministerkonferenz hat einen Unterausschuss für Bildung und Statistik. Dieser Unterausschuss Schulstatistik hat den Auftrag erhalten, eine neue Statistik über Ganztagschulen – Zahl der Schulen, Zahl der betreuten und beschulten Schüler und Schülerinnen – zu erstellen. Die wichtige Voraussetzung war, dass man gesagt hat: Wir müssen die Begrifflichkeit klären, weil jedes Land etwas anderes unter Ganztagschule versteht.

(Zurufe von der SPD – Unruhe)

– Jetzt warten Sie doch einmal ab. – Deshalb ist diese Statistik gemacht worden: um in 16 Ländern erstmals eine gemeinsame Definition von Ganztagschule zu bewirken.

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU: Die Rudolf weiß es schon wieder besser!)

Auf diese Definition hat man sich zunächst geeinigt, indem man gesagt hat: Ganztagschule im Verständnis von Bildungspolitik ist nicht jede Art der Betreuung von Kindern, sondern Ganztagschule im Sinne der bildungspolitischen Diskussion ist die Schule, in der auch am Nachmittag Unterricht stattfindet und Lehrerstunden eingesetzt werden.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD – Gegenruf von der CDU: Zuhören!)

Das ist der erste Teil der Debatte.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD – Unruhe)

– Herr Zeller, im Unterschied zu Ihnen war ich dabei.

(Zurufe der Abg. Schmiedel und Wintruff SPD)

Zweiter Teil der Debatte: Der Ausschuss Schulstatistik legt daraufhin im Sommer einen Bericht vor.

(Abg. Drexler SPD: Im Sommer? – Abg. Zeller SPD: In welchem Sommer?)

– Im September ist der Bericht im Schulausschuss der KMK vorgelegt worden. Das ist genau die Statistik, die Herr Kollege Repnik zitiert hat und in der Baden-Württemberg sowohl im Hinblick auf die absoluten Zahlen der beschulten Schüler und Schülerinnen als auch im Hinblick auf die Zahl der Schulstandorte auf Platz 3 steht. Davor liegen Thüringen und Nordrhein-Westfalen, wenn ich mich richtig erinnere.

Dann hat es eine Debatte im Schulausschuss gegeben – Herr Zeller, jetzt hören Sie einmal vor dem nächsten Telefonat mit der KMK zu! –,

(Heiterkeit bei der CDU – Abg. Capezzuto SPD: Das wird nicht das letzte sein!)

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

und zwar angestoßen von Ländern – die könnte ich Ihnen jetzt auch alle nennen; es waren interessanterweise A- und B-Länder –, die in der Statistik ziemlich weit unten standen, obwohl sie gerade in der öffentlichen Diskussion den Eindruck erwecken, ganz oben zu sein. Diese Länder haben erklärt, dass die angeführte Definition für sie gar nicht günstig sei und dass man deshalb die Statistik jetzt nicht sofort verabschiede und veröffentliche, sondern zurückgebe mit dem Auftrag, dass künftig Ganztagschule alles sein solle, was irgendwie mit Betreuung am Nachmittag zu tun hat.

(Zurufe von der FDP/DVP: Hört, hört! – Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Daher wird die Statistik zurückgegeben, und sie wird so natürlich nicht akzeptiert werden.

(Abg. Wieser CDU: Rosstäuscher sind das!)

Ich habe überhaupt kein Problem, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man sagt, wir machen zwei Rubriken: Wir machen die Rubrik Ganztagschule im Sinne eines bildungspolitischen Projekts, zu dem Lehrerstunden und Unterricht am Nachmittag gehören, und wir machen Betreuungsangebote in Zusammenhang mit Schule, wie sie etwa Rheinland-Pfalz mit Sportvereinen und Kirchengemeinden macht. Aber ich habe massiv etwas dagegen, wenn zunächst gesagt wird: Wir brauchen eine gemeinsame Definition der 16 Länder, damit nicht ständig geschwindelt wird – – Und im zweiten Schritt – darüber bestand Einigkeit – war völlig klar: Das ist die Definition, weil Schule keine Betreuungsanstalt ist, sondern mit Lernkultur zu tun hat, das heißt, man muss Lehrerstunden investieren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Eine Binsenweisheit ist das! Dass man das erklären muss!)

Dann kommt die Statistik heraus, und dann merken einige, dass sie ihnen nicht passt. Sie wird zurückgegeben, und da wird alles wieder aufgeweicht und gesagt: Jetzt soll alles darunter gefasst werden, was irgendwie auf dem Gelände der Schule stattfindet. Auch in der zweiten Rubrik – das ist ja genau die Rubrik, über die Sie immer maulen –

(Zuruf von der SPD: Wir maulen nicht!)

werden wir gut aussehen. Aber im Sinne von Qualitätssicherung in der Schule muss es bei unterschiedlichen Rubriken bleiben. Es ist ein Unterschied, ob ich eine Ganztagschule oder ob ich Betreuung in der Schule einrichte. Beides ist wichtig, aber beides darf nicht vermischt werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Dass man das erklären muss, ist das Schlimme! – Abg. Wintruff SPD: Das haben wir doch immer gesagt, genau das! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. – –

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Nein, ich lasse jetzt gar nichts zu. Das wird jetzt zu Ende gebracht.

Im März kommt der zweite Teil der Statistik. Aber diese Rubrik wird genau so bleiben, wie sie ist: Ganztagschule ist Schule und nicht Betreuung, und dabei bleibt es.

(Abg. Drexler SPD: Lassen Sie doch eine Frage zu!)

– Ich lasse überhaupt keine Frage zu.

Das wars.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Die Redezeiten sind abgelaufen bzw. bereits etwas überzogen.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Initiativen. Kann ich davon ausgehen, dass die Große Anfrage der Fraktion GRÜNE erledigt ist? – Es ist so beschlossen.

Wie wünschen die Antragsteller mit dem Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/449, zu verfahren? Ist der Antrag erledigt?

(Abg. Fischer SPD: Ja, erledigt! – Abg. Drexler SPD: Das war ein Berichts Antrag!)

– Danke schön. Der Antrag ist erledigt.

Dasselbe trifft für den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 13/1393, zu. Auch dieser Antrag ist erledigt.

Damit ist Tagesordnungspunkt 2 abgeschlossen.

Meine Damen und Herren, wir treten nun in die Mittagspause ein. Bis 15:00 Uhr unterbrechen wir die Sitzung.

Ich darf Sie noch einmal daran erinnern, dass Sie herzlich zu dem Empfang des Parlaments draußen im Foyer vor dem Plenarsaal eingeladen sind.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:53 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:59 Uhr)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Auswirkungen der Gesetzgebungsvorhaben der Bundesregierung auf die Patientenversorgung in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredzeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das ist aber schade!)

Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweite Runde soll jeweils eine Redezeit von

(Stellv. Präsident Birzele)

fünf Minuten eingehalten werden. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

(Beifall des Abg. Alfred Haas CDU)

– Ich weiß nicht, ob es der Herr Minister gehört hat.

Schließlich darf ich auf § 60 Abs. 3 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Wem darf ich für die FDP/DVP-Fraktion das Wort erteilen?
– Herr Dr. Noll, Sie haben das Wort.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Auswirkungen der rot-grünen Beschlüsse mit ihrer so genannten Notverordnung oder ihrem Sparpaket zu ihrer Gesundheitspolitik auf die Bevölkerung in Baden-Württemberg, und zwar sowohl auf die im Gesundheitswesen Beschäftigten als auch auf die Versicherten und die Patienten, haben unserer Meinung nach gravierenden Charakter. Wir sind deshalb der Meinung, dass wir dieses Thema aus aktuellem Anlass im Interesse der Menschen in unserem Land zur Sprache bringen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Rudolf Hausmann SPD: Sehr gut!)

Sie kennen mich; ich rede üblicherweise frei. Ich werde auch jetzt frei reden. Aber Sie gestatten mir, Herr Präsident, dass ich zu Beginn ausnahmsweise einen Teil der Äußerungen verschiedenster Gruppierungen in unserem Land kurz zitiere.

Ich beginne mit Aussagen einer Funktionärin des BdA, des Berufsverbands der Arzt-, Zahnarzt- und Tierärzthelferinnen. Sie sagt, sie wisse, dass Ulla Schmidt den 300 000 Arzthelferinnen – übrigens ein klassisches SPD-Klientel – vor der bevorstehenden Tarifrunde für Praxen in den Rücken gefallen sei. Frau Wolfram sagt: „Es regt mich richtig auf, dass die Beschäftigten in den Arztpraxen in der aktuellen Debatte gar nicht vorkommen.“

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

In dieser Debatte kommen sie vor.

Zu den Apotheken: Der Landesapothekerverband schätzt, dass bundesweit 50 000 bis 70 000 Arbeitsplätze – meist zeitbeschäftigte Frauen; so viel zum Thema Gender Mainstreaming – durch die Beschlüsse der Bundesregierung konkret gefährdet sind.

(Beifall der Abg. Dr. Glück FDP/DVP und Hauk CDU)

Zum Zahntechnikerhandwerk: 35 000 ehemalige Zahntechniker werden möglicherweise in die Arbeitslosigkeit getrieben. Mir schreiben nicht Verbände, sondern einzelne Labors. Ich darf aus einem Schreiben zitieren: „... für die kleinen Labors der Todesstoß. Das ist nicht sozial und nicht gerecht.“

Die Ersatzkassen: „Geplanter Beitragssatzstopp ruiniert die GKV“. Die Vorsitzende des Verbands der Angestellten-Krankenkassen, Frau Mönig-Raane – ich darf sie ausdrück-

lich zitieren, weil mir ihre Aussage besonders gut gefällt –, schließt ihre Ausführungen mit folgenden Sätzen: „Der Krankenversicherung Kosten aufzubürden und gleichzeitig die Beitragskonsequenz zu verbieten, ist ein aberwitziger Politikansatz. Nach diesem Strickmuster hätte man die finanziellen Folgelasten der Flutkatastrophe vermeiden können, indem der Bundestag schlicht den Anstieg des Wassers verboten hätte.“ So Frau Mönig-Raane.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ha, ha, ha!)

Die nächste Aussage stammt von einem Kollegen, er ist leider nicht hier. Das ist etwas, was für die Krankenhausträger sicher von großer Bedeutung ist. Der Kollege Schneider, Landrat aus Biberach: „Ein Klinikstandort in Gefahr.“

Der Vorsitzende der Baden-Württembergischen Krankenhausesgesellschaft: „2 000 Arbeitsplätze in Kliniken Baden-Württembergs akut in Gefahr.“

Jetzt möchte ich die Zitatrunde beschließen. Ich wollte Ihnen damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, klar machen, dass es immer wieder Protest gegeben hat, wenn im Gesundheitswesen Veränderungen angedacht waren, dass aber noch nie ein Protest so konzentriert von allen Verbänden und auch allen Mitgliedern der Verbände gekommen ist. Deshalb sollten wir und vor allem Sie von Rot und Grün einmal ein bisschen nachdenken, ob das, was Sie mit Ihrem dirigistischen Eingriff und Ihrem Marsch in eine planwirtschaftliche Staatsmedizin vorhaben – teilweise ist es schon vollzogen –, der richtige Schritt ist. Diesen Marsch treten Sie jetzt endgültig vollends an, indem Sie schlicht und einfach von Staats wegen Preise diktieren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Da wird jetzt immer so euphemistisch von einer so genannten Nullrunde gesprochen. Ich darf Ihnen einmal sagen: Eine Nullrunde wäre ja noch schön. Im Gesundheitswesen haben wir – alle Beteiligten – mehrere Minusrunden hinter uns. Wenn man auf hohem Niveau ist, dann kann man einmal eine Nullrunde verkraften. Aber wenn ich es am Beispiel der Krankenhäuser klar machen darf: Da ist die berühmte Zitrone wirklich seit langem ausgequetscht, vor allem in Baden-Württemberg. Jede Nullrunde ist in Wirklichkeit gar keine Nullrunde, sondern eine Minusrunde, die auf dem Rücken der Beschäftigten in den Krankenhäusern, auf dem Rücken des pflegenden Personals ausgetragen wird.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Braun SPD: Sagt ihm mal, er soll nicht so schreien! Wir verstehen ihn auch so!)

Sie haben schon in der Vergangenheit nicht einmal die Budgetsteigerungen so bemessen, dass die linearen Tarifsteigerungen hätten ausgeglichen werden können. Schon dabei hat sich die BAT-Schere geöffnet. Mit der Nullrunde wird das eine Katastrophe.

Das betrifft nicht nur die Beschäftigten im Krankenhaus, sondern – was noch sehr viel schlimmer ist – auch einen weiteren Bereich, der zum Thema unserer Debatte gehört. Wir fordern eigentlich immer, mehr menschliche Zuwendung zu geben, von der Apparatedizin wegzugehen und mehr sprechende Medizin zu betreiben. Das ist die eine Sei-

(Dr. Noll)

te. Darin stimmen wir alle überein. Wenn Sie aber die Rahmenbedingungen so brutal mit dem Fallbeil kaputt machen, dann brauchen Sie sich nicht zu wundern, wenn die Patienten und die Beschäftigten in den Krankenhäusern zu Recht gleichzeitig aufschreiben.

Nächster Punkt: Bei einer Nullrunde, wie Sie sie jetzt vorsehen – das gilt für die Kassen, für die Krankenhäuser, für alle –, bestrafen Sie genau diejenigen, die – wie zum Beispiel die Krankenhäuser in Baden-Württemberg – schon hohe Rationalisierungs- und Wirtschaftlichkeitsreserven ausgeschöpft haben und jetzt eigentlich nicht mehr in der Lage sind, weitere Reserven auszuschöpfen. Denjenigen, die das nicht getan haben, macht die Nullrunde möglicherweise nicht so viel aus.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Richtig!)

Das kann man bei den Krankenkassen ganz klar sehen. Das ist klar. Den Kassen, die schon einen hohen Beitragssatz haben und bei denen eigentlich noch Luft drin gewesen wäre, schadet die Nullrunde nicht so viel. Aber diejenigen, die mit wirklich knallhart kalkulierten niedrigen Beitragssätzen am Rande dessen waren, was vertretbar war, werden durch die Nullrunde jetzt natürlich zusätzlich bestraft.

(Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Sie setzen völlig falsche Signale.

Ich möchte einen Punkt herausgreifen: die Mehrwertsteuererhöhung beim Zahnersatz. Da versuchen Sie vielleicht zu vermitteln: Das trifft die blöden Zahnärzte, die haben eh zu viel Geld.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Nein! Ach Quatsch!)

Nein! Sie treffen in erster Linie die Versicherten und die Krankenkassen. Denn die neun Prozentpunkte mehr an Mehrwertsteuer werden mehr als hälftig von den Versicherten getragen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ein durchlaufender Posten!
– Abg. Ursula Haußmann SPD: Das gibt doch der Zahntechniker weiter! Also, wen trifft es?)

– Das gibt der Zahntechniker weiter, ja.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Gerade haben Sie den Zahntechniker zitiert! Wen trifft es jetzt?)

Also, wen trifft es? Es trifft die Krankenkassen und die Versicherten. Da sind wir wieder bei diesem Punkt. Ich kritisiere das deshalb so sehr, weil wir uns, glaube ich, einig waren, dass es nicht sein kann, dass sich der Finanzminister zu Lasten des Gesundheitssystems entlastet, wie er es in der Vergangenheit an vielen Stellen immer wieder getan hat. Anstatt Mehrwertsteuersätze zu erhöhen, wäre der richtige Weg gewesen, zum Beispiel im Medikamentenbereich den Mehrwertsteuersatz zu reduzieren – wie es uns überall im europäischen Ausland vorgemacht wird – und den Kassen und den Versicherten damit etwas mehr Luft zu verschaffen. Sie haben also genau den Schritt in die falsche Richtung getan.

Natürlich wird auch das Ausmaß des Zahnersatzes zurückgehen. Ich habe das gesagt. Jede Menge Zahntechniklabo-

re werden sterben. Jetzt weiß ich, dass Sie wohl sagen werden: Na ja, dann können wir so etwas günstig im Ausland einkaufen. Lassen Sie mich aus Erfahrung sagen: Das ist nicht die Alternative. Ich kenne keinen Zahnersatz aus dem Ausland, dessen Qualität in einigermaßen vergleichbarer Qualität mit dem, was unser deutsches Zahntechnikerhandwerk liefert, vergleichbar wäre – ganz abgesehen von dem Problem, dass man keinen direkten Kontakt hat. Also ist auch das nur eine scheinbare Einsparlösung, die letztlich auf dem Rücken der Patienten ausgetragen wird.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Dann wird es noch teurer!)

Bei Apotheken ist es genau das gleiche Thema. Die Reform wird auf dem Rücken der Patienten, der Versicherten ausgetragen. Denn wenn Sie diese Struktur der flächendeckenden Versorgung durch das, was Sie jetzt mit Ihrer fallbeilartigen Politik planen, so massiv gefährden, dann wird das dazu führen, dass Notdienste – oder wenn es einmal darum geht, für ein krankes Kind schnell ein Medikament zu bekommen – unter Umständen eben nicht mehr möglich sind.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ach, jetzt hören Sie auf! Das ist ja unverantwortlich!)

– Das müssen Sie sich schon sagen lassen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Dr. Noll, ich darf noch einmal darauf aufmerksam machen, dass es im Präsidium übereinstimmende Meinung war, dass die Aktuelle Debatte in zwei Runden geführt werden soll.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ja. Deswegen komme ich jetzt in der ersten Runde zum Schluss und sage: Die Kritik ist die, dass das ja keine Entwicklung ist, die man nach der Bundestagswahl jetzt plötzlich entdeckt hat. Es wäre vielmehr vor der Bundestagswahl Zeit gewesen, dass Sie Ihre Konzepte vorstellen. Wir von der CDU und der FDP/DVP haben unsere Konzepte vorgestellt, wie wir mit diesen Problemen umgehen können, sollen und müssen.

Wenn ich dann höre, dass die Grünen, Herr Kretschmann, jetzt als großen Erfolg verkaufen, dass analog zur Hartz-Kommission eine Kommission mit dem Ziel eingesetzt wird, die Lohnnebenkosten zu senken, dann frage ich mich: Wo sind die Grünen in der vergangenen Legislaturperiode geblieben, als es darum ging, die sozialen Sicherungssysteme angesichts der demographischen Probleme auf einen verlässlichen und auch künftig tragfähigen Boden zu stellen?

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hoffmann.

Abg. Hoffmann CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was wir in den letzten Tagen in Sachen Gesundheitspolitik erleben, ist eigentlich einmalig: Eine Regierung hat es nach vier Jahren eigenen Regierens nötig, ein Vorschaltgesetz zu erlassen, um die eigenen Fehler zu korrigieren und die Auswirkungen dieser Fehler einigermaßen in den Griff zu bekommen.

(Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

(Hoffmann)

Entstanden ist ein Minus von 3 Milliarden €, das derzeit bei den Krankenkassen vorliegt – das ist kein fiktiver Wert, sondern das Defizit liegt vor –, und was passiert? Man macht ein Vorschaltgesetz, in dem eine Nullrunde vorgesehen ist. Das heißt, die Ministerin stoppt ihr eigenes Handeln. Handeln wäre schön gewesen, aber sie hat eigentlich gar nichts gemacht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: So ist es! Ja!)

Was gibt es zu stoppen, wenn man vier Jahre lang nichts tut?

Wir wollen aber eigentlich nicht stellvertretend für den Bundestag eine Diskussion führen, sondern über Landesprobleme sprechen. Ich will Ihnen einmal einige Auswirkungen auf die Situation der Patienten im Land schildern.

Nehmen wir den Krankenhausbereich: Die Krankenhäuser haben im Jahr 2002 eine Budgetsteigerung um 0,81 % bekommen. Bei 3 % linearer Gehaltserhöhung und 70 % Personalkostenanteil im Krankenhaus hat jedes Krankenhaus von mittlerer Größe im Land – das sind 300 – schon jetzt ein Defizit von rund 1 Million €. Eine neue Nullrunde wird, selbst wenn die Auswirkungen durch Teilnahme an irgendwelchen Programmen leicht abgefangen werden, dazu führen, dass die Krankenhäuser in eine völlig verzwickte Situation geraten. Herr Pföhler von der Landeskrankenhausgesellschaft hat uns angeschrieben und uns definitiv mitgeteilt: pro durchschnittlichem Haus in Baden-Württemberg 30 Mitarbeiter weniger. Da werden also 30 Arbeitsplätze abgebaut. Auf das Land bezogen rechnet man bei der BWKG mit über 2 000 Entlassungen aufgrund des Vorschaltgesetzes – 2 000 Arbeitsplätze allein in den Krankenhäusern.

Man muss aber auch eine andere Zahl kennen. Seit Jahren steigen die Patientenzahlen in den Krankenhäusern um rund 24 000 pro Jahr. Wenn wir jetzt die Krankenhäuser mit 1 Million € im Jahr 2002 und weiteren Millionen im Jahr 2003 hängen lassen, obwohl wir wissen, dass 24 000 Patienten mehr kommen, dann frage ich Sie: Wer soll denn die eigentlich behandeln? Wenn Bedienstete entlassen werden, wenn Pflegerinnen und Pfleger entlassen werden, wenn keine Ärztinnen und Ärzte mehr eingestellt werden, dann können wir die Leute im Hof lassen und den Pförtner bitten, Infusionen zu legen. Das ist die Realität!

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, es ist auch sehr realistisch, wenn man davon ausgeht, was denn wirklich passiert. Die Patienten werden behandelt werden, und es ist nur die Frage, wie sie behandelt werden. Wer davon redet, dass eine Nullrunde möglich wäre, ohne dass es zu Qualitätseinbußen kommt, der lügt die Leute an.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Lasotta CDU: Richtig!)

Baden-Württemberg ist das Kur- und Bäderland Nummer 1. Da gibt es keine Ausnahmetatbestände, Frau Haußmann. Ich prophezeie Ihnen, dass wir im Rehaklinikbereich reihenweise Hausschließungen bekommen werden, und wir werden uns noch über die Folgen unterhalten.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Jetzt aber!)

– Ich weiß, dass es weh tut, zuzuhören. Wäre ich bei der SPD, würde es mir auch weh tun.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das tut mir nicht weh!)

Ich möchte Ihnen noch eine Botschaft mitgeben, die zeigt, wie eindeutig die Gesetzgebung ist. Die Ministerin rühmt sich, sich mit allen Interessengruppen angelegt zu haben. Mit einer einzigen Interessengruppe wagt die Ministerin aber nicht, sich anzulegen, und das sind die Gewerkschaften.

(Abg. Döpfer CDU: So ist es!)

Wir haben seit zwei Jahren Stillstand bei der Gesundheitspolitik, und zwar deshalb, weil sich das linke Lager der SPD zusammen mit den Gewerkschaften jeglicher Veränderung der Sozialgesetzgebung widersetzt. Das ist Realität, und das muss auch gesagt werden.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Eine unheilige Allianz!)

Wozu das führt, sieht man bei der Riester-Rente. Auch dort hat man gestoppt.

(Abg. Schmiedel SPD: Was haben Sie gegen Gewerkschaften?)

– Nichts habe ich gegen Gewerkschaften. Herr Schmiedel, ich habe nur dann etwas gegen Gewerkschaften, wenn man aus ideologischen Gründen notwendigen Veränderungen im Weg steht. Dagegen habe ich etwas.

(Beifall bei der CDU)

Ein weiterer Punkt in der ersten Runde: Die Ministerin sagt, durch dieses Vorschaltgesetz würden 3 bis 3,5 Milliarden € eingespart. Die Kassen sagen übereinstimmend: Wenn überhaupt, dann haben wir eine Wirkung von 1 bis 1,5 Milliarden €. Das heißt: Die Kassen bleiben trotz Vorschaltgesetz, trotz der Entlassungen auf 2 Milliarden € der Kosten hängen.

Jetzt lassen wir das einmal gegenrechnen. Wir haben ja Zugeständnisse gemacht. Beim Hartz-Konzept werden von der Bundesregierung jetzt wieder aktuell Gelder der Versicherten bei den Krankenkassen genommen, um die Bundesanstalt für Arbeit zu finanzieren.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Richtig!)

Zwei konkrete Zahlen: Die Abgrenzung zwischen Arbeitslosengeld und Krankengeld wird einseitig verändert. Das kostet die Krankenkassen – aktuelle Gesetzgebung – 200 Millionen €. Das zahlen die Kassenkunden an die Bundesanstalt für Arbeit.

(Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Die Kassenkunden gehen aber eigentlich davon aus, dass sie das für die Sanierung ihrer Krankenkassen zahlen.

Der zweite Punkt ist noch viel gewichtiger. Die Bemessungsgrundlage für die Arbeitslosenhilfe, nach der die Bei-

(Hoffmann)

träge für die Kassen bemessen werden, wird verändert, und zwar nach unten. Die Krankenkassen bekommen ab 1. Januar 2003 700 Millionen € weniger Beiträge. Wenn Sie mir jetzt sagen, dass ein einziger Arbeitslosenhilfeempfänger weniger krank ist, dann würde ich Ihnen das glauben. Ich glaube es Ihnen aber natürlich nicht.

(Abg. Capezzuto SPD: Na, na, na! – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU: Oh, Mario! – Weitere Zurufe von der CDU)

Wir wollen uns nicht total verweigern. Wir haben Ihnen Angebote gemacht, wo man mit uns sprechen kann. Auch wir wollen ein Gesundheitssystem haben, das es ermöglicht, kranke und behinderte Menschen vor wesentlichen finanziellen Belastungen zu schützen. Zum anderen wollen wir aber auch, dass Menschen, die dazu in der Lage sind, sich aktiv um ihre Gesundheit zu kümmern, Prävention und Vorsorge zu betreiben, dafür auch eine Honorierung bei ihren Kassenbeiträgen bekommen. Dass man ein solches System finden kann, zeigen uns andere Länder ohne weiteres. Man muss es wollen,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Richtig!)

und man muss es möglicherweise auch einmal gegen seine linke Ecke und gegen die Gewerkschaften wollen.

(Beifall bei der CDU sowie des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Rüeck CDU: So ist es! Genau!)

Ich rate allen, die heute noch zu diesem Thema reden, sich ihre Worte gut zu überlegen.

(Abg. Nagel SPD: Das sollten Sie auch machen!)

Alle Krankenkassen haben vor – alle großen Kassen –, zum 1. Januar 2003 die Beiträge anzuheben.

Wir werden uns in dieser Runde hier wiedersehen. Ich garantiere Ihnen, dass wir im nächsten Jahr trotz Vorschaltgesetz über Erhöhungen der Krankenkassenbeiträge sprechen werden, weil die Kassen existenziell bedroht sind, dieser Fall ist einer der Ausnahmetatbestände in Ihrem Gesetz.

Sie können vor Überraschungen nicht sicher sein, Sie waren es auch nicht beim Vorschaltgesetz. Ich bin sehr, sehr gespannt, was ich nachher von Ihnen zu hören bekomme.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Ich garantiere Ihnen auch eines: Den Wortlaut dieser Rede werde ich mir aufheben. Enden Sie nicht wie Ihre Ministerin und wie Ihr Kanzler

(Abg. Capezzuto SPD: Unser Kanzler!)

mit Versprechungen vor der Bundestagswahl, die nachher kein Mensch halten kann.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Sehr gut!)

Danke.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Haußmann.

(Abg. Capezzuto SPD: Jetzt, Ulla, aber hopp!)

Abg. Ursula Haußmann SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dem, was wir hier wieder von CDU und FDP/DVP gehört haben, kann ich nur sagen:

(Abg. Seimetz CDU: Das ist die Wahrheit!)

Ich bin gottfroh, dass Sie die Wahl verloren haben,

(Beifall bei der SPD)

weil Sie nämlich vor allem in der Gesundheitspolitik überhaupt keine Antwort gewusst haben.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Stimmt nicht! – Abg. Rüeck CDU: Lüge!)

Die Wählerinnen und Wähler haben Ihr Lavieren im Bereich der Gesundheitspolitik durchschaut. Was ist Ihnen eingefallen? Selbstbehalt, Zweiklassenmedizin – hören Sie auf!

Herr Präsident, ich will zitieren:

Die vorgesehenen Sparmaßnahmen sind sozial gerecht.

(Abg. Alfred Haas CDU: Von wem ist das Zitat? Das muss immer zuerst gesagt werden! – Abg. Hoffmann CDU: Sagt der Kanzler!)

– Das ist ein Zitat. Passen Sie auf! Vielleicht ist es ja ein Zitat von einem CDUler, Herr Haas.

Es wird keine Leistungskürzungen für Patientinnen und Patienten geben. Es gibt keine vernünftige, fachliche Alternative.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wo leben Sie, Frau Haußmann?)

Die finanziellen Belastungen der Leistungserbringer, der niedergelassenen Ärzte, Apotheken, Krankenhäuser und Zahntechniker, sind abgewogen und zumutbar.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Haben Sie die Zitate von den Betroffenen gehört?)

So die bei der Anhörung zu den Vorschaltgesetzen gehörten Sachverständigen im Deutschen Bundestag.

(Abg. Schmiedel SPD: Aha! Die verstehen was!)

Ich zitiere auch noch den AOK-Bundesvorstand, der anlässlich dieser Anhörung gesagt hat:

(Zuruf des Abg. Hoffmann CDU – Gegenruf der Abg. Marianne Wonnay SPD: Zuhören!)

Der Zug fährt in die richtige Richtung.

(Ursula Haußmann)

Alle haben es begriffen, nur die Kollegen von der CDU und der FDP/DVP noch nicht. Um unser Gesundheitswesen zukunftsfähig zu machen,

(Abg. Hoffmann CDU: Ver.di lässt grüßen!)

zu halten, brauchen wir ganz umfassende Reformen. Um den Rücken für diese umfassenden Reformen frei zu haben, haben wir ein Vorschaltgesetz auf den Weg gebracht. Das ist übrigens nicht das erste Notgesetz. Herr Seehofer hat in seiner Amtszeit eine ganze Menge Notgesetze auf den Weg gebracht.

(Abg. Capezzuto SPD: Wer war das?)

Das ist schon sehr lange her. Das haben Sie verdrängt. Ich weiß es, Herr Hoffmann. Aber der Unterschied zwischen diesem Vorschaltgesetz und den Notgesetzen des Herrn Seehofer ist: Herr Seehofer hat immer nur Patientinnen und Patienten zur Kasse gebeten. Ich nenne nur zwei Beispiele: Zahnersatzregelung und Zuzahlung zu Medikamenten. Im Unterschied dazu tragen bei unserem Vorschaltgesetz diesmal die Leistungserbringer im Gesundheitswesen ihr Scherflein dazu bei, weil wir sagen: Wir wollen die Solidarität im Gesundheitswesen erhalten.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Wie viel Stunden sollen die Leute in den Kliniken eigentlich noch arbeiten? – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Beim Zahnersatz trifft es die Patienten, nicht die Leistungserbringer!)

Die Kürzungen, über die Sie sich aufregen, diese ganzen Spargesetze bedeuten zum Beispiel, um nur einmal eine Zahl zu nennen,

(Abg. Seimetz CDU: Das ist die gleiche Lüge!)

für das Einkommen eines Arztes im Jahr umgerechnet 2 000 €, sagen die Experten.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Da sind aber seine Angestellten nicht dabei! Haben Sie nicht zugehört?)

Wenn wir es schaffen – das ist eine kurzfristige Maßnahme, der natürlich lang angesetzte Strukturreformen folgen müssen –, durch diese ersten Einsparungen aufgrund dieses Vorschaltgesetzes das solidarische Gesundheitswesen zu erhalten, dann, sage ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir viel erreicht, und da lohnt es sich auch zu kämpfen.

(Beifall bei der SPD)

Jeder, der in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten Gesundheitspolitik gemacht hat, hat doch ständig von sämtlichen am Gesundheitswesen Beteiligten eins auf den Deckel gekriegt.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Aber doch nicht so wie diesmal! – Abg. Dr. Lasotta CDU: Das ist doch kein Qualitätsmerkmal! – Abg. Hofer FDP/DVP: Aber doch nicht von allen!)

Das sind doch solche beharrenden Kräfte. Das haben wir doch erlebt. Endlich werden jetzt Nägel mit Köpfen gemacht. Wir haben doch ständig die Probleme vor uns hergeschoben,

und wenn dann jemand kommt und die Sache einmal vernünftig angeht, bricht plötzlich der Protest aus

(Abg. Alfred Haas CDU: Das sind Nägel ohne Köpfe! – Abg. Hofer FDP/DVP: Wo sind die Köpfe?)

und die Ärzte verhungern und die Apotheker und alles, was dazugehört.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Und die Krankenhäuser und die Pflegeberufe, sind Ihnen die egal, Frau Haußmann?)

– Und die Zahnärzte, Herr Zahnarzt Dr. Noll.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Hören Sie einmal auf das, was die Pflegekräfte sagen!)

– Ich bin Krankenschwester. Ich weiß, woher ich komme.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Sprechen Sie einmal mit Ihren Kolleginnen in den Kliniken!)

Dieses Gesetz enthält für die Kliniken Ausnahmeregelungen, die sehr wohl die Chance bieten, die Personalsituation zu stärken.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Also alles nicht so schlimm! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Und den anderen nimmt man es weg, muss man es dann ja wegnehmen!)

Wer bei den DRGs mitmacht, wird zusätzlich Geld bekommen. Wir haben in diesem Vorschaltgesetz ganz klare Anweisungen für alle Häuser, die DRGs umsetzen, die in diesem Bereich Qualität einführen. Ich sage Ihnen, egal, wie Sie hier schreien, jeder weiß: Wir haben in diesem Bereich immer weniger Einnahmen. Wir müssen ran. Wenn es so aussieht, dass dann, wenn jemand rangeht, hier alle auf die Barrikaden gehen, bringt uns das in der Sache überhaupt nicht weiter.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Man muss es gerecht angehen, nicht einseitig! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Vier Jahre hätten Sie Zeit gehabt!)

Ich frage, wie es im Bundesrat weitergeht. Es ist doch so: Wir alle wollen Reformen, aber wenn es darum geht, dass diese Reformen auf den Weg gebracht werden, dann ist niemand bereit mitzugehen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Was haben Sie vor der Wahl gesagt?)

– Herr Haas, seien Sie ruhig. Beißen Sie in den Tisch, und seien Sie ruhig.

Es ist wirklich so: Dann will überhaupt niemand mitgehen. Das kann es nicht sein. Diese Bundesregierung geht einen harten, aber einen vernünftigen Weg, weil sie nämlich die solidarische Krankenversicherung erhalten will, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hoffmann CDU: Nein, der Weg ist nicht vernünftig! – Abg. Dr. Lasotta CDU: Zutiefst ungerecht! Diese Rede verteile ich bei mir an der Klinik an die Krankenschwestern!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Lösch.

(Anhaltende Unruhe und Zurufe)

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie haben ja schwer zugeschlagen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Rot-Grün hat zugeschlagen!)

Ich habe es mir aufgeschrieben: Anlügen, in den Rücken gefallen, Todesstoß, Klinikstandorte in Gefahr.

(Zuruf von der CDU: Jedes Wort stimmt!)

Was ich aber nicht gehört habe, waren Alternativvorschläge oder einmal etwas ganz Konkretes.

(Abg. Schmiedel SPD: Er hat seine Zeit nicht für Alternativen verwandt! – Weiterer Zuruf von der SPD: Weil er keine Alternativen hat! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Der Präsident hat mir die Zeit nicht gelassen!)

– Vielleicht, Herr Noll, können Sie nachher die Alternativvorschläge und Konkretes vortragen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Frau Kollegin Lösch, einen Moment, bitte.

Herr Kollege Noll, ich habe Ihnen überhaupt keine Zeit weggenommen, sondern ich habe Sie auf die Beschlüsse des Präsidiums hingewiesen, und Sie haben sich nicht an die Beschlüsse gehalten.

Frau Kollegin Lösch, fahren Sie bitte fort.

(Weitere Zurufe – Große Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, Frau Kollegin Lösch hat das Wort!

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Die Ausgangslage ist, dass die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherungen im ersten Halbjahr 2002 wesentlich stärker gestiegen sind als ihre Einnahmen aus den beitragspflichtigen Einkommen der Versicherten. Das ist die Ausgangslage; darüber sind wir uns einig. Deshalb ist eine Stabilisierung der Beitragssätze dringend notwendig gewesen.

(Abg. Schmiedel SPD: Schwarzmalerei! – Zuruf des Abg. Stichelberger SPD)

Die zur Stabilisierung der Beitragssätze notwendigen Maßnahmen müssen so gestaltet sein,

(Abg. Schmiedel SPD: Berufspessimist!)

dass sie nicht einseitig auf dem Rücken der Patientinnen und Patienten abgeladen werden.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Alle im Gesundheitswesen Beteiligten, die Leistungserbringer, die Krankenkassen und die Versicherten, müssen hierzu

ihren Solidarbeitrag leisten, um unser Gesundheitssystem zu stabilisieren.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

Dazu ist eine langfristige Strukturreform notwendig. Ich kann Ihnen versprechen, dass wir diese auch durchführen werden. Um aber diese Strukturreform durchführen zu können, um den Patienten überhaupt so weit zu kriegen, muss man nun eine Notoperation machen.

(Lebhafte Zurufe von der CDU – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Aha! Jetzt ist es raus! – Abg. Hofer FDP/DVP: Jetzt haben Sie es offenbart! – Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Nach vier Jahren!)

Das, was wir jetzt mit diesen Sofortmaßnahmen gemacht haben, war eine Notoperation, damit der Patient überhaupt weiterleben kann, damit man ihn einer Therapie zuführen kann. So sieht es aus.

(Abg. Kübler CDU: Nach vier Jahren ist der schon tot! – Abg. Dr. Lasotta CDU: Also geben Sie zu, dass Sie vier Jahre lang nichts gemacht haben!)

– Man hätte diese Strukturreform schneller machen können; ich sage das jetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sehr gut!)

– Ja, ich gestehe das zu. Diese Notmaßnahmen sind jetzt erforderlich, damit man überhaupt eine langfristige Strukturreform vornehmen kann.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Weil es versäumt worden ist! – Gegenruf von der SPD: Vor 20 Jahren!)

Aber angesichts dieses Vorschaltgesetzes, dieser kurzfristigen Maßnahmen war ganz klar, dass der Aufschrei der Lobbyisten erfolgt, wie Sie, meine Kollegen von der CDU und der FDP/DVP, dies vorhin ja getan haben. Sie haben sich an die Spitze der Lobbyistenbewegung gesetzt.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Gerne! Für Krankenschwestern bin ich gerne Lobbyist! – Weitere Zurufe)

Ich finde, Sie müssen sich entscheiden, ob Sie für Beitragssabilität eintreten oder Sprachrohr der Lobbyisten sein wollen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Lasotta CDU: Für Patienten bin ich gerne Sprachrohr!)

Die Liste der Notmaßnahmen aus dem Vorschaltgesetz hat die Kollegin Haußmann schon erklärt. Zu ein paar Punkten möchte ich aber noch etwas sagen.

Zunächst zu dem Punkt, den Herr Noll vorhin angesprochen hat: Großhandelsrabatte, Apothekensterben, Pharmaindustrie. Bei den vorgesehenen Einschränkungen für die Pharmaindustrie, den Großhandel und die Apotheken muss man

(Brigitte Lösch)

bedenken, dass es im letzten Jahr bei den Arzneimittelausgaben eine Steigerung um 30 % gab und dass aufgrund dieser hohen Umsatzsteigerungen, finde ich, auch Einbußen verkraftbar sind.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Es gab eine Steigerung der Arzneimittelausgaben pro Mitglied um 15 %. Ich glaube, dass man dies nicht medizinisch begründen kann.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Im Übrigen möchte ich Ihnen ein Beispiel nennen. Es gibt ein Demenzzmittel, das auf dem deutschen Markt zunächst für 66,48 € verkauft worden ist. Nach der EU-Zulassung und einer Namensänderung ohne Änderung der Wirkstoffzusammensetzung wird dieses Medikament jetzt für 109,64 € verkauft. Ich bezweifle, dass eine Preisregulierung den Forschungsstandort Deutschland in diesem Fall gefährden würde.

(Abg. Kübler CDU: Gehen wir jetzt ans Erbsenzählen, oder was? – Weitere Zurufe von der CDU)

Was wir noch machen werden: Wir werden ein Gesetz verabschieden, mit dem die Positivliste in Kraft gesetzt wird.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Die Alternativmedizin wird sich bei den Grünen melden!)

– Die wird sich bedanken, weil die Alternativmedizin nämlich nicht aus der Positivliste herausfallen wird. Das werden Sie noch sehen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Da werden wir einmal sehen, wie die Wissenschaft das beurteilt! – Gegenruf des Abg. Kretschmann GRÜNE: Das ist uns egal! – Unruhe)

Herr Noll, jetzt komme ich zur Nullrunde für Ärzte und Zahnärzte.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Darum geht es doch gar nicht! Krankenhäuser!)

Ich glaube, dass die Welt bei einer Nullrunde für Ärzte und Zahnärzte nicht zusammenbrechen wird. Ich finde auch, dass die Nullrunde im Gesamtpaket verkraftbar ist. Ein Vertragsarzt muss im Jahr 2003 auf durchschnittlich 158 € Honoraranstieg verzichten, ein Zahnarzt auf 154 € Honoraranstieg.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Pro Monat! Es ist sein Umsatz, von dem auch die Gehälter bezahlt werden! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU: Mario, keine Ahnung!)

Ein weiterer Punkt: Nullrunden in den Krankenhäusern. Vorhin ist vom „Sterben der Krankenhäuser“ gesprochen worden. Die Grünen haben sich im Bereich der Öffnungsklausel und der Ausnahmegenehmigungen für die Krankenhäuser sehr ins Zeug gelegt. Ich glaube auch, dass wir da einen guten Kompromiss erzielt haben.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Nein!)

In der ärztlichen Versorgung im Krankenhausbereich sind jetzt zahlreiche Ausnahmen beschlossen worden. Die Nullrunde gilt nicht für Krankenhäuser, die die neuen DRGs, die Fallpauschalen, anwenden.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Wie viele sind das in Deutschland?)

– Das sage ich Ihnen gleich. Ich habe die Zahlen. – Zusätzliche Mittel werden für die Finanzierung von Disease-Management-Programmen eingestellt, ebenso für die neuen Arbeitszeitkonzepte in Krankenhäusern. Es sind bundesweit bisher 450 Krankenhäuser, die auf Fallpauschalen umgestellt haben. Die Frist wird jetzt noch bis Ende des Jahres verlängert, sodass sich noch Krankenhäuser melden können. Interessanterweise liegt Baden-Württemberg da ganz gut im Ländervergleich, und zwar mit an der Spitze nach Hessen. In Hessen wenden 45,25 % der Krankenhäuser und in Baden-Württemberg 94 von 276, also über 34 % der Krankenhäuser, schon jetzt Fallpauschalen an.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Und wie viel kriegen die dann?)

Dazu kommt ab 1. April 2003 eine Öffnung im Rahmen der Chroniker-Programme, Herzpatienten – –

(Der Rednerin wird das Ende ihrer Redezeit angezeigt.)

Warum blinkt das jetzt?

Stellv. Präsident Birzele: Weil ich es angeschaltet habe, um auch Sie darauf hinzuweisen, dass wir die Aktuelle Debatte in zwei Runden führen wollen.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Aber ich kann doch selber entscheiden, ob ich es in einer Runde mache.

Stellv. Präsident Birzele: Nein, nicht nach den Beschlüssen des Präsidiums.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Das ist aber sehr kleinlich!)

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Entschuldigung. Ich möchte nicht widersprechen.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Kretschmann hat Sie sicher unterrichtet, bzw. Sie waren ja selber dabei.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ich war ja selber dabei. Aber ich glaube, man muss nicht. Gut, okay.

Trotz allem möchte ich noch einen dritten Punkt zum Vorschaltgesetz anfügen. Ich finde, dass zur Neuordnung der Solidarität gehört, dass man die Leistungen am medizinischen Bedarf orientiert. Dass man das nur noch aufgrund der Historie erklärbare Sterbegeld auf den Prüfstand gestellt hat, finde ich richtig.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist richtig!)

Die Reduzierung des Sterbegelds um die Hälfte ist ein richtiger Weg. Sie müssen sehen, dass das eine Leistung ist, die vor allem von jüngeren Versicherten mitbezahlt wird, obwohl sie darauf keinen Anspruch mehr haben werden.

Zum Schluss kurz und gut:

(Abg. Seimetz CDU: Nein, nicht gut!)

(Brigitte Lösch)

Was die Bundesregierung insgesamt tut, ist ein erster Schritt, aber kein Ersatz für Reformen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Es ist, wie gesagt, eine Notoperation, die man lange vor sich hergeschoben hat, und es ist nun an der Zeit, grundlegende Reformen vorzubereiten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
sowie des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Den Rest trage ich in der zweiten Runde vor.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister, Sie erhalten das Wort.

Sozialminister Dr. Repnik: Herr Präsident, bevor ich etwas falsch mache: Was hat das Präsidium hinsichtlich dessen beschlossen, was der Minister sagen darf?

Stellv. Präsident Birzele: Das Präsidium hat Sie inhaltlich nicht beschränkt, hat aber die Bitte geäußert, dass Sie nicht länger sprechen, als die Redezeit je Fraktion beträgt.

Sozialminister Dr. Repnik: Das ist also eine Bitte. Ich bedanke mich.

Stellv. Präsident Birzele: Ich werde Sie gegebenenfalls bei der Respektierung dieser Bitte unterstützen.

Sozialminister Dr. Repnik: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gäbe ungeheuer viel zu sagen. Aber ich möchte jetzt nicht die Debatte führen, die wir im letzten halben Jahr vor der Bundestagswahl geführt haben, und zwar, Frau Haußmann, nicht mit Lavieren, nicht mit Verschleiern, nicht mit Vertuschen, nicht mit falschen Zahlen, sondern klar und deutlich, auch mit Konzepten, wir, die CDU/CSU, und auch, soviel ich weiß, die FDP.

Ich kann mich sehr wohl an ein sehr langes Gespräch im Gewerkschaftshaus erinnern. Da haben im Juni Frau Gesundheitsministerin Schmidt und ich vor tausend freigestellten Betriebsräten gesprochen, und ich habe unsere Konzepte dargestellt. Frau Schmidt hat dann gesagt: „Was wollen Sie eigentlich? Ist doch alles in Ordnung.“

(Abg. Alfred Haas CDU: Wahllüge!)

Was wollt ihr über Defizite sprechen? Es wird alles besser, und überhaupt, Sie erzählen da Horrorzahlen. Am Ende des Jahres wird alles besser sein.

(Abg. Alfred Haas CDU: Die größte Lüge in der
Bundesrepublik Deutschland!)

Was glauben Sie eigentlich!“

Es ist schon eigenartig, dass, wenn hier ein Zahnarzt spricht, er sofort als Lobbyist verschrien wird.

(Abg. Capezzuto SPD: Natürlich!)

Jetzt warte ich nur noch darauf, dass Sie sagen: Du bist Apotheker von Beruf, also auch Lobbyist. Ich sage Ihnen eines:

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD – Abg. Alfred Haas CDU: Frau Haußmann ist doch Krankenschwester!)

Als Sozialminister bin ich Lobbyist der Patienten.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/
DVP – Zurufe von der CDU: Sehr gut!)

Lobbyist der Patienten zu sein wurde leider über vier Jahre hinweg sträflich verschlafen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das sagen alle!)

Frau Lösch, ich spreche jetzt nicht mehr über die Lügen, die im Bundestagswahlkampf verbreitet wurden.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Darüber spreche ich gar nicht mehr. Ich kann nur sagen: Frau Haußmann, seien Sie froh, dass Sie als Krankenschwester hier im Landtag Diäten bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der
Abg. Ursula Haußmann SPD)

– Doch, Frau Haußmann. – Denn das, was jetzt vorgesehen ist, wird nicht nur auf dem Rücken der Patienten, sondern auch auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/
DVP)

Frau Lösch, Sie haben gesagt, man brauche eine Notoperation. Wir brauchen schon seit Jahren eine Notoperation.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Seien Sie doch froh,
dass wir es jetzt machen!)

Sie hatten vier Jahre lang Zeit – zwei Jahre lang unter Andrea Fischer, die Ihrer Partei angehört, und zwei Jahre unter der lächelnden Frau Superministerin Schmidt von der SPD.

(Abg. Alfred Haas CDU: Nur gelächelt! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Und davor Seehofer! – Weitere
Zurufe von der SPD)

– Moment! Lieber Herr Präsident, ich kann mich wahrscheinlich nicht an den vereinbarten Redezeitrahmen halten. Denn wenn wir vor 1998 zurückgehen, muss ich einmal die Geschichten erzählen, die in Bezug auf das Reformgesetz von 1999 gelaufen sind.

(Zuruf des Abg. Rudolf Hausmann SPD)

Wenn Sie das wollen, dann brauche ich noch eine halbe Stunde, aber nur für diese Vorgeschichte.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Zur Sache! – Zuruf
des Abg. Hoffmann CDU)

Sie haben die Reform von Seehofer 1999 zurückgenommen

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Eben!)

(Minister Dr. Repnik)

und haben gesagt: „Wir machen alles besser.“ Sie haben mehr Leistungen aufgenommen und haben schon damals über die Arbeitslosenversicherung gleichzeitig gekürzt. Sie haben dem System 1,4 Milliarden DM entzogen. Jetzt geht es gerade so weiter mit der ganzen Entzieherei. Über die Umsetzung des Hartz-Papiers werden 1,3 Milliarden € entzogen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Entziehungskur!)

Jetzt stehen die Krankenkassen vor einer desolaten Finanzlage. In diesem Bereich besteht in diesem Jahr ein Defizit zwischen 2,4 und 3 Milliarden €. Auch wenn bestimmt worden ist, dass der Beitragssatz nicht mehr erhöht werden darf, so musste ich vorgestern noch fünf Betriebskrankenkassen eine Erhöhung der Beitragssätze genehmigen, weil ich nicht verantworten konnte, dass sie ihre Ausgaben auf Dauer mit Krediten finanzieren. Das wäre nämlich nicht zulässig.

Heute wurde mir gemeldet, dass die AOK Berlin ihren Beitragssatz auf 15,5 % erhöht.

(Abg. Alfred Haas CDU: Guten Tag!)

Die DAK und die BEK wiederum haben angekündigt, ihren Beitragssatz zum 1. Januar auf 15 % zu erhöhen,

(Abg. Kübler CDU: Sehr schön!)

und dies trotz der Spargesetze. Ich möchte nur wissen, wen Sie, Frau Lösch, für diese Spargesetzgebung mit Vorschaltgesetz, für die so genannte Notoperation vorbereiten wollen: die Patienten

(Abg. Hofer FDP/DVP: Notschlachtung!)

oder die Krankenkassen? Ich weiß es nicht. Aber Sie haben es gesagt.

Jetzt soll das Ganze im Schweinsgalopp durchgepeitscht werden. Es soll eine parlamentarische Beratung stattfinden. Am 7. November hat die erste Runde stattgefunden. Am 15. November, gerade eine Woche später, soll die Verabschiedung erfolgen, und der Bundesrat soll am 6. Dezember eine Sondersitzung abhalten. Was entspricht daran parlamentarischem Brauch? So etwas ist völlig unparlamentarisch.

Das Vorschaltgesetz, die Nullrunde ist ein Griff in die Motenkiste und eine klare Kampfansage an die Leistungserbringer. Frau Haußmann, Sie haben sich im Prinzip ein bisschen demaskiert, als Sie gesagt haben: „Jetzt sind endlich einmal die Leistungserbringer dran.“

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Bis jetzt waren es ja nur die Patienten!)

– Ja, wo denn?

(Zuruf des Abg. Rudolf Hausmann SPD)

Frau Haußmann, in welcher Welt leben Sie denn? Wo waren nur die Patienten dran?

(Abg. Schmiedel SPD: Bei Seehofer!)

Die Patienten sind doch die Geschädigten.

(Abg. Schmiedel SPD: Bei Seehofer!)

Statt echte Reformen durchzuführen, wird jetzt nur eine Verschärfung der Budgetierung vorgenommen. Anstatt 3 bzw. 3,4 Milliarden €, die Sie einsparen wollen, rechnen die Krankenkassen, die ja weiß Gott nicht unbedingt immer auf der Seite von CDU/CSU und FDP stehen, nur mit 900 Millionen bis maximal 1,4 Milliarden € – die Umsetzung des Hartz-Papiers noch gar nicht eingerechnet.

Ich glaube, ein Gesundheitssystem kann durch pauschale Kürzungen nicht kuriert werden. Wir haben dies im letzten Jahr bei jeder öffentlichen Veranstaltung bis zum Erbrechen gesagt. Herr Noll, Sie waren oft dabei.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Genau, immer wieder!)

Lassen Sie mich einmal ein paar Punkte ansprechen: Nullrunde im ambulanten Bereich heißt doch nichts anderes, als dass Sie davon ausgehen, dass die Ärzte, die Zahnärzte, die Zahntechniker oder wer auch immer den Hals sowieso nie voll kriegen und überhaupt nur voll gestopft sind. Sie sollten einmal sehen, wie die Einkommen vor Steuern in den letzten Jahren zurückgegangen sind. Die Betroffenen hatten doch jetzt schon gedeckelte Vergütungen. Wir hatten jetzt schon eine Zeit, in der Arztpraxen schließen mussten, weil die Ärzte sagten: „Ganz umsonst schaffen will ich auch nicht mehr; dann muss ich ein bisschen länger Urlaub machen.“ Und dies alles bei steigenden Ausgaben, weil die Gesundheitsangebote nachgefragt werden.

Wissen Sie, über die 130 € reden wir doch gar nicht. Aber die Praxiskosten werden doch steigen, weil die Beiträge für die Sozialversicherung und für die Rentenversicherung steigen. Das wird auch im Krankenhausbereich eine Rolle spielen. Ich bin mir ganz sicher – die klatschen jetzt –, dass ver.di jetzt schon sagt: „Mindestens 3 %, als untere Grenze.“ Die Ausgaben für die Arzthelferinnen werden steigen. Man sollte sich wirklich einmal die Mühe machen, die Kosten in solchen Praxen zu untersuchen – nicht die von den hoch frequentierten Praxen, sondern die der Durchschnittspraxen. Ich sage Ihnen schon heute: Es ist vorprogrammiert, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlassen werden müssen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Genau!)

Das wird nicht nur eine Nullrunde, sondern es wird zur Minusrunde, gerade auch für die Patienten. Denn eines ist doch klar: Wenn sich die Arbeitsbedingungen verschlechtern, wenn der Arzt die Zeit nicht mehr hat, wenn das Personal nicht mehr da ist, wer leidet dann darunter? Der Patient und sonst niemand.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: So ist es!)

Denkt eigentlich niemand mehr an die Patientinnen und Patienten?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Genau! – Abg. Schmiedel SPD: Jetzt einmal die Alternative!)

– Lieber Herr Schmiedel, ich bin gerne bereit, bis um 17:00 Uhr zu sprechen. Die Alternativen stelle ich Ihnen innerhalb von einer Stunde dar. Aber wir haben das im Wahlkampf

(Minister Dr. Replik)

gemacht; wir haben das hier schon vier-, fünf- oder sechsmal diskutiert.

(Abg. Kübler CDU: So ist es! Aber manchmal braucht es halt ein weiteres Mal! – Abg. Schmiedel SPD: Der Wahlkampf ist vorbei! Auch die Opposition muss Alternativen bringen! – Abg. Seimetz CDU: Der Schmiedel begreifts nicht!)

Wir haben die Alternativen hier schon im letzten Jahr mindestens dreimal diskutiert. Da müssen Sie halt auch zuhören und dürfen nicht ein solches Kurzzeitgedächtnis haben.

(Zurufe von der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wohin führt das? Die qualitätsbewusst arbeitenden Ärzte werden demoralisiert werden. Für Patienten wird weniger Zeit zur Verfügung stehen. Ich sage Ihnen: Der Ärztemangel wird sich verschärfen. Junge Mediziner werden keine Chance mehr sehen, einen solchen Beruf zu ergreifen.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Keine Perspektive mehr da! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Aber jetzt sollten Sie nicht auf die Tränendrüse drücken, sondern etwas Konstruktives bringen!)

Dennoch wird gerade im Bereich der GKV keine Entlastung entstehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein zweites Beispiel: Nullrunde für Krankenhäuser und Psychiatrische Zentren – Nullrunde! Auch wenn hier DRGs eingeführt werden sollten und es dort Entlastung geben sollte: Es ist im nächsten halben Jahr gar nicht zu ver lupfen, wie viele da plötzlich Verträge abschließen sollten.

Eines ist doch klar: Die BAT-Schere in den Krankenhäusern wird sich noch weiter öffnen. Wir hatten doch schon in den letzten Jahren das Problem, dass viele Krankenhäuser nicht mehr kostendeckend arbeiten konnten und Abteilungen schließen mussten.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Und da gab es noch kein Vorschaltgesetz! – Gegenruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Aber das Vorschaltgesetz verschlechtert das!)

– Moment, liebe Frau Haußmann: wegen des BAT und der Budgets. Es ist doch richtig, Frau Haußmann, dass die BAT-Schere weiter aufging – 3 % bis 3,5 % bzw. 4 % – und das Budget um 0,8 % bis 1,2 % gewachsen ist. Das heißt, die Krankenhäuser mussten für diese Budgetierung schon in den letzten Jahren Personal entlassen. 70 % der Ausgaben der Krankenhäuser sind Personalkosten, weitere ca. 10 % andere Fixkosten. Die Krankenhäuser – ich kann nur für Baden-Württemberg sprechen – haben sich in den letzten Jahren wirtschaftlich gestärkt und betriebswirtschaftlich organisiert,

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Ausgemustert!)

sodass sie, wenn jetzt kein Geld mehr nachfolgt, nur am Personal sparen können – in einer Zeit, in der wir immer kürzere Liegezeiten haben, eine immer kürzere Verweildauer, immer mehr Patienten, und in der die Arbeit schwieriger wird.

(Abg. Wintruff SPD: An allem ist die SPD schuld, oder wie?)

Wenn jetzt auch noch weniger Personal zur Verfügung steht, werden wir im Pflegepersonalbereich ein noch größeres Problem bekommen. Da können wir Werbung machen, so viel wir wollen – Sie, ich oder wer auch immer –: Da sagen uns die Pflegekräfte: „Ohne uns. Auf unserem Rücken trägt ihr das nicht aus. Wir können diese Arbeit auf Dauer nicht mehr verkraften.“ Das führt zu einer Unterversorgung mit Personal in Krankenhäusern.

Eines ist doch klar – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister, ich hatte vorher angekündigt, dass ich Ihnen helfe, die Empfehlungen des Präsidiums zu berücksichtigen. Sie haben bereits wesentlich mehr Redezeit verbraucht, als für eine Fraktion in beiden Runden vorgesehen ist.

Sozialminister Dr. Replik: Herr Präsident, ich weiß dies. Aber die Berücksichtigung der Redezeit ist ja eine Bitte und keine Anordnung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wintruff SPD: Aber jetzt genug des Gejammers! – Abg. Schmiedel SPD: Entweder Alternativen oder aufhören! – Abg. Wintruff SPD: Wir können es ja nicht mehr hören! – Gegenruf von der CDU: Weil Sie die Wahrheit nicht hören können!)

– Dass Sie das nicht gern hören, verstehe ich ja.

(Abg. Wintruff SPD: Davon wird einem ja schlecht!)

– Nein, das glaube ich nicht. Und wenn Ihnen schlecht wird, dann haben Sie vielleicht das Problem, dass Sie irgendwann keinen Arzt mehr finden, der Sie bei Ihrer Schlechtigkeit auch noch behandelt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Oh-Rufe von der SPD)

Ich möchte nur noch einmal den Bereich Krankenhaus, Frau Haußmann, herausstellen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Jetzt hören Sie doch auf mit dem Druck auf die Tränendrüse!)

Die Gewerkschaft ver.di ist ja für die Krankenhausangestellten mitverantwortlich.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das interessiert die nicht!)

Die reden doch heute schon darüber, dass sie eine Steigerung um mindestens 3 % haben wollen, denn daran messen sie ihren Erfolg. Wenn wir von einer Nullrunde ausgehen und davon, dass in den Krankenhäusern ca. 1,5 Millionen Menschen arbeiten, haben wir mit ca. 40 000 Entlassungen zu rechnen, weil diese Steigerung nicht mehr bezahlbar ist.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Ja, so ist es! – Abg. Wintruff SPD: Oh lieber Gott! – Gegenruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist halt so! Das ist ein Fakt!)

(Minister Dr. Repnik)

Ich sage Ihnen eines: Es gibt einen Montgomery vom Marburger Bund. Das ist dieser „Wir für Schröder“-Montgomery. Der gehört der SPD an.

(Abg. Alfred Haas CDU zur SPD: Jetzt zuhören!)

Der hat gesagt: „Die Nullrunde wird wie ein Schweizer Käse durchlöchert werden müssen.“ Meine verehrten Damen und Herren, die Nullrunde führt zur Arbeitsplatzvernichtung in Krankenhäusern und zu einer schlechteren Patientenversorgung. Auf Baden-Württemberg heruntergerechnet bedeutet das ca. 2 000 bis 3 000 Arbeitsplätze weniger.

(Abg. Wintruff SPD: Das sind Lobbyisten, reine Lobbyisten! – Gegenruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Versteht doch endlich mal, dass das Lobbyismus für die Patienten ist!)

– Lieber Herr Wintruff, ich habe noch nie bei irgendeiner Rede, die Sie gehalten haben, wenn es um Verbesserungen im Schulbereich ging, zu Ihnen gesagt: Weil Sie Lehrer sind, sind Sie Lobbyist.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Für die Kinder!)

Ich war immer der Meinung, dass es um die Kinder geht. Heute geht es um die Patienten und nicht um irgendwelche Lobbyisten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: So ist es! – Abg. Schmiedel SPD: Aber auch die Opposition muss eine Alternative bringen! Welche Alternative hat die Opposition? – Abg. Carla Bregenzer SPD: Wenn Sie jetzt über die Alternative reden, sind Sie ganz schnell fertig, weil Ihnen dazu nichts einfällt!)

Jetzt lassen Sie mich noch einmal den Punkt „Maßnahmen zur Senkung der Arzneimittelkosten, Auswirkungen auf die Apothekenversorgung, Wirtschaftsstandort und Arbeitsmarkt“ ansprechen. Frau Lösch, woher Sie die Horrorzahl von 30 % Steigerung im Arzneimittelbereich haben, entzieht sich wirklich jeder Kenntnis. Das ist mit Sicherheit die falsche Zahl. Im Übrigen – das hat Herr Hofer aufgezeigt – sprechen wir über ein Segment von 15 % der gesamten Kosten. Damit soll man das ganze System sanieren!

Jetzt ist Folgendes geplant: Wenn man das so umsetzt, wie es vorgesehen ist, führt das in den Apotheken zu einem Rückgang des Rohertrags – für die, die es nicht wissen: Rohertrag ist der Ertrag vor Steuern – um 50 %. Ich sage Ihnen heute schon voraus, dass das Apothekensterben

(Abg. Wieser CDU: Man kann nicht jeden Apotheker zum Minister machen!)

gerade in der Fläche vorprogrammiert sein wird, wenn das Geplante so umgesetzt wird.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ja!)

Da Sie vorhin gelacht haben, als Herr Noll gesagt hat: Wie sieht es aus mit Nachtdienst, Notdienst, Sonntagsdienst und, und, und? Das wird auf Dauer nicht mehr angeboten werden können. Deshalb versucht man ja auch, durch Sonderverträge den Internethandel verstärkt hineinzubringen.

Ich sage Ihnen, es führt zu einem Apothekensterben. Wenn das umgesetzt wird, was jetzt geplant wird, werden wir eine Gesundheitsversorgung im Land Baden-Württemberg und in Deutschland bekommen, die diesen Namen nicht mehr verdient.

(Abg. Wieser CDU: Das gibt ja ein Armenhaus!)

Die Verlierer sind die Patienten. Wir stehen dann vor der Zweiklassenmedizin, die niemand haben wollte. Die Verlierer sind die Patienten. Das können Sie nicht wollen, das können wir nicht wollen. Wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, dagegen anzukämpfen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Carla Bregenzer SPD: Mit was?)

Herr Präsident, wenn Sie mir jetzt die Chance geben sollten, unser Konzept vorzustellen, und mir eine Stunde Redezeit geben,

(Abg. Stickelberger SPD: Keine Drohungen! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Das ist jetzt aber eine ganz leere Drohung!)

werde ich auch Herrn Schmiedel noch davon überzeugen, wie zukunftsfruchtig unser neues Konzept ist. Aber ich gehe davon aus, dass Sie das heute nicht mehr wollen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wir kennen es!)

– Wer früher zugehört hat, kennt es.

Ich kann Ihnen nur eines sagen: Wenn die Berliner Koalition im Gesundheitsbereich so weitermacht, wie es sich jetzt anzudrohen scheint, wird der Patient der Verlierer sein, und dann ist die gute Gesundheitsversorgung in unserem Land in der Tat in höchster Gefahr.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, bevor ich in der zweiten Runde das Wort erteile, teile ich mit, dass nach § 60 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung die Redezeiten der Fraktionen aufgrund der Überziehung der Redezeit der Regierung im Verhältnis zu der der Fraktionen um je fünf Minuten verlängert werden.

Herr Abg. Dr. Noll, Sie erhalten das Wort.

(Abg. Wieser CDU: Der kommt mit den fünf Minuten nicht aus! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ich hätte es gerne gehabt, aber ich habe mich nicht gemeldet!)

Herr Dr. Glück, Sie erhalten das Wort. Herr Dr. Noll hatte vorher angekündigt, er würde in der zweiten Runde noch einmal sprechen.

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Lösch, vorab zu Ihnen. Ich würde mich mit Ihnen gerne einmal über Notoperationen unterhalten. Ich glaube, Sie haben da doch eine etwas reduzierte Vorstellung. Vor allen Dingen würde ich mich darüber

(Dr. Glück)

gern unter Berücksichtigung der Tatsache unterhalten, dass vier Jahre lang eine Wahloperation – das ist das geordnete Pendant – nicht stattgefunden hat. Darüber sollten wir einmal sprechen.

Meine Damen und Herren, in der Gesundheitspolitik erleben wir jeden Tag eine neue Wechseldusche aus Berlin. Ein Konzept ist nicht erkennbar. Es wird verkündet, und es wird wieder verworfen.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD – Unruhe)

– Hören Sie doch einmal zu! – Es ist überhaupt keine Frage, der Fortschritt in der Medizin, die demographische Entwicklung der Bevölkerung, die häufigere Inanspruchnahme von medizinischen Leistungen und – ich sage das ganz bewusst – eine Heerschar von offensichtlich unterbeschäftigten Juristen verteuern das System ganz erheblich.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Das aber ist nicht zum Nulltarif zu bekommen. Wir brauchen eine Reform aus einem Guss und eine Reform, die zukunftsfähig ist.

Nun hören wir in den letzten Tagen Worte wie „Nullrunde für Praxen und für Kliniken“, „Absenkung der Leistungen bei Zahntechnikern um 10 %“ oder „Sonderrabatte und Sonderabgaben bei Apotheken“.

(Zurufe von der SPD: 5 %! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Schon bei der Wahrheit bleiben!)

– 5 %. Das ist auch schon wieder geändert; die 10 % standen irgendwann einmal im Raum. Die Sonderabgaben für Apotheken gehen bis an die Existenzgrenze und bei manchen Apotheken auch noch darüber hinaus, und zwar ganz speziell bei Apotheken im weniger dicht besiedelten Raum.

Jetzt mag es zwar manchen mit Häme erfüllen, wenn man Praxen und Apotheken schröpft; dafür habe ich ja bei manchen sogar noch Verständnis.

(Abg. Capezzuto SPD: Oi! Jetzt aber!)

Aber, meine Damen und Herren, seien Sie sich darüber im Klaren: Das führt zwangsläufig zu einem Personalabbau, zu einem Abbau von Serviceleistungen und damit zum Abbau einer vernünftigen Patientenversorgung.

(Beifall der Abg. Dr. Noll FDP/DVP und Seimetz CDU)

Auf den Qualitätsabbau bei den Zahntechnikern will ich aus Zeitgründen nicht näher eingehen. Es ist einfach nicht zu machen, dass man sagt: Für eure gute Arbeit bekommt ihr künftig weniger.

Lassen Sie mich aber zum Krankenhaus kommen. Ich habe manchmal den Eindruck, dass Leute über das Krankenhaus reden, die vermutlich überhaupt noch nie drin waren.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Nehmen Sie doch einmal ein Krankenhaus mit 70 % Festkosten für Personal und etwa 10 bis 15 % Festkosten für

Vorhaltungen. Wenn die nächste Tarifierhöhung bei 3 % liegt,

(Abg. Wieser CDU: Das wäre schön!)

wirken sich die 3 % auf die 70 % aus, und man muss die Mehrkosten auf der anderen Seite bei dem kläglichen Rest von vielleicht 15 bis 20 % einsparen. Das bedeutet eine erhebliche Einschränkung der Leistungsfähigkeit der Krankenhäuser. Man kann das auch übersetzt ausdrücken: Operationen finden ab Mitte Oktober nicht mehr statt.

(Abg. Schmiedel SPD: So ein Käse!)

Meine Damen und Herren, das ist betriebswirtschaftlich katastrophal; denn die Kranken sind ja da. In der Regel sind die Kranken bis zu ihrem Operationstermin arbeitsunfähig geschrieben. Das bedeutet volkswirtschaftlich ein Minus – unabhängig davon, meine Damen und Herren, dass es für einen Patienten, der eine schlimme Erkrankung hat, eine wahnsinnige psychische Belastung darstellt, wenn er auf einen Operationstermin über Gebühr lange warten muss.

Ich will kurz noch auf die Apotheken zu sprechen kommen.

(Abg. Schmiedel SPD: Gruselgeschichten!)

Da mag es lustvolle Blicke geben: Sonderrabatte, Absenkungen oder das Überstülpen von Internet-Apotheken. Aber, meine Damen und Herren, Sie müssen sich im Klaren darüber sein: Wenn Ihr fieberndes Kind um Mitternacht

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oh Jesses!)

für 2,50 € Paracetamol-Zäpfchen braucht, wo holen Sie die dann? Das ist nicht mehr zu machen, wenn Sie alle Reserven wegnehmen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Meine Damen und Herren, die Wartezeiten für Operationen in den Krankenhäusern sind bereits länger geworden. Sie werden noch länger werden. Auf die volkswirtschaftliche Situation habe ich hingewiesen.

Wir erwarten – Frau Lösch, es würde mich freuen, wenn das in einem nächsten Schritt wirklich käme – klare Linien, klare Reformen und eine kalkulierbare Grundlage. Sie muss sowohl für die Patienten als auch für die Erbringer von medizinischen Leistungen kalkulierbar sein.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Wieser und Abg. Seimetz CDU: Sehr gut! – Abg. Wieser CDU: Das sind die Fachleute! – Gegenruf des Abg. Drautz FDP/DVP: Der ist auch bei uns!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Hoffmann.

Abg. Hoffmann CDU: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will erst einmal ein bisschen mit Geschichtsunterricht beginnen, Frau Haußmann.

(Hoffmann)

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut! – Abg. Alfred Haas CDU: Beim Herrn Schmiedel! – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Wintruff SPD: Oberlehrer! – Gegenruf des Abg. Hauk CDU: Das ist notwendig!)

– Das ist offensichtlich notwendig. Nein, ich bin kein Lehrer.

Lahnstein, Seehofer. Bei den Lahnstein-Kompromissen 1992 war ein gewisser Herr Dreßler beteiligt. Die Lahnstein-Kompromisse 1992 wurden mit 75 % Mehrheit im Deutschen Bundestag befürwortet. Da war wohl auch die eine oder andere SPD-Stimme dabei.

(Beifall der Abg. Wieser und Hauk CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Das heißt, wir haben damals ein Gesundheitswesen auf den Weg gebracht, das seinerzeit richtungweisend war.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Da waren Sie an Bord. Klinken Sie sich also bitte heute nicht aus und sagen nicht: „Für das, was in den vergangenen Jahren war, können wir nichts.“ Sie können etwas für die letzten vier Jahre. Dafür können Sie sehr viel, denn da ist nichts passiert.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Erlauben Sie mir ferner eine fachliche Korrektur. Sie haben gesagt, es gebe Ausnahmeregelungen für Krankenhäuser, die willig seien, die neuen Gesetze mitzumachen. Sie wissen, dass es in Baden-Württemberg Krankenhäuser gibt, die selbst wenn sie wollten, nicht mitmachen könnten. Dazu gehören zum Beispiel unsere Zentren für Psychiatrie. Dort gibt es keine DRGs. Also können die auch nicht mitmachen und bekommen auch keine 0,8 % Erhöhung. Über diese Krankenhäuser reden wir.

Es gibt weiterhin die geriatrischen Krankenhäuser im Land Baden-Württemberg, auf die wir sehr stolz sind. Für diese gibt es ebenfalls keine DRGs.

(Abg. Schmiedel SPD: Da gibt es Ausnahmen!)

Die machen auch keine Ausnahme mit. – Nein, es gibt keine Ausnahme.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sie sagen bewusst falsche Sachen!)

Die einzige Ausnahme ist die Beteiligung an den DRGs. Die DRGs kommen für diese Krankenhäuser nicht infrage. Alle andere Ausnahmen – das ist geprüft – treffen auf Baden-Württemberg nicht zu. Das heißt: Hören Sie auf, von Ausnahmen zu sprechen, die es nicht gibt. Unsere Krankenhäuser haben ein Problem. Die Krankenschwestern und die Krankenpfleger – liebe Frau Haußmann, Ihre Kolleginnen und Kollegen – werden Ihnen wirklich für das danken, was da aus Berlin kommt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Sie haben vorhin gefragt: Warum gibt es keine Gegenargumentation?

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ich hätte gern gewusst, wie Sie es finanzieren!)

Der Herr Minister hat betont: Wir haben mehrmals darauf hingewiesen, welche Möglichkeiten das System bietet. Sie richten jetzt eine Expertenkommission ein, um – ähnlich wie bei Hartz –

(Abg. Schmiedel SPD: Sehr gut!)

intern bei der linken SPD-Gruppe und bei den Gewerkschaften dafür zu werben, dass das notwendige Schritte sind. Ich will Ihnen etwas sagen: Expertengutachten gibt es im Gesundheitswesen so viele wie in keinem anderen Sozialversicherungsbereich.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Seit Jahren!)

Es gibt Gutachten zum Abwinken

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es! Deshalb tun wir etwas!)

aus der linken Ecke und auch aus unserer Ecke. Sie brauchen kein Gutachten. Auch die WHO – sie ist nicht verdächtig, der CDU nahe zu stehen –, auch die Weltgesundheitsorganisation hat Ihnen den Weg gewiesen. Sie hat nämlich gesagt, dass eine Verbesserung der gesamtdeutschen Situation nur dann möglich ist, wenn man den Patienten als mündigen Patienten begreift und der Patient selbst mitmacht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Der Patient selbst ist der Schlüssel. Genau das war unser Konzept, das wir Ihnen auch vor der Bundestagswahl vorgestellt hatten. Der Patient selbst ist der Schlüssel. Aber dazu muss man natürlich in der Lage sein, den Patienten als mündigen Verbraucher wahrzunehmen und ihm zuzutrauen, dass er von Wahlrechten und von Optionen Gebrauch macht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Blenke CDU: Mehr Wettbewerb!)

Jetzt will ich Ihnen noch ein Argument liefern, zu dem Sie mir einmal einen Gegenbeweis antreten müssten: Bei der Riester-Rente setzen Sie auf den mündigen Verbraucher – 30 Millionen Bundesbürger sind betroffen – und sagen, die Leute sollten ihre Rente selber in die Hand nehmen. Da trauen Sie es den Leuten zu. Aber bei der gesetzlichen Krankenversicherung lassen Sie nicht den kleinsten Spielraum zu. Ich weiß, Sie würden gern, aber ver.di lässt Sie nicht. Das ist das wahre Problem an der ganzen Geschichte.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Eine weitere Anmerkung: Frau Lösch hat vorhin von einer Notoperation gesprochen. Frau Lösch, dieses Vorschaltgesetz hat bei den Patientinnen und Patienten sowie bei den

(Hoffmann)

Beschäftigten einen ganz anderen Eindruck hinterlassen; es ist nämlich keine Notoperation, sondern Science-Fiction, denn Sie frieren einen todkranken Patienten ein in der Hoffnung, dass Sie in 5 Jahren eine Therapie finden, um ihn aus dem Schockzustand wieder aufzuwecken. Ich bin gespannt, wie die Reformen aussehen. Ich bin wirklich gespannt.

(Abg. Wieser CDU: Das ist eine Erdrosselungsstrategie!)

Ein letztes Wort: Der Minister, der hier sitzt – und das haben ihm alle Parteien bestätigt –, kämpft mit Vehemenz dafür, dass die Pflege in der Gesellschaft wieder die Wertigkeit bekommt, die sie braucht, und dass junge Menschen auch die Pflege als Beruf begreifen, der Sinn macht und der Wert-erfüllung bringt.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Erklären Sie mir einmal, warum wir eine Imagekampagne machen, wenn Sie diese Imagekampagne mit einem einzigen Vorschaltgesetz über Nacht kaputtmachen!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Die fünf Minuten haben sich gelohnt, Herr Präsident!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Haußmann.

Abg. Ursula Haußmann SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war eine Offenbarung, was Sie hier von sich gegeben haben: nur Kritik.

(Unruhe bei der CDU)

Sie haben Lahnstein zitiert, und genau so stelle ich mir verantwortliche Politik vor.

(Abg. Wieser CDU: Das gibt einen Offenbarungseid!)

– Herr Wieser, wenn Sie mir zuhören würden, wäre ich sehr dankbar.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Wieser: Ich höre Sie gut!)

Genau so stelle ich mir verantwortliche Politik vor: Wenn die Regierung, wie jetzt in diesem Fall, unumgängliche Maßnahmen ergreifen muss – das lag auch den Beschlüssen von Lahnstein zugrunde –, muss es einen breiten gesellschaftlichen Konsens geben.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wieso haben Sie das nicht vor der Bundestagswahl gesagt? Das ist das Problem!)

Aber bei Ihnen ist das überhaupt nicht möglich; das hat sich heute wieder bestätigt. Sie werden so weitermachen, bis die Wahl in Hessen vorbei ist, und Sie werden so weitermachen, bis die Wahl in Niedersachsen vorbei ist, und bis dahin werden die Menschen noch mehr politikverdrossen sein und sagen: Können die denn das nicht regeln? Was ich heute von Ihnen gehört habe, war wirklich unter aller Kanone.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Sie schießen mit Kanonen auf Spatzen!)

Ausgerechnet die Partei, die den Krankenschwestern und Krankenpflegern die Nacht- und Feiertagszuschläge kürzen wollte,

(Beifall bei der SPD – Oh-Rufe von der SPD)

stellt sich hier hin und geriert sich als der große Fürsprecher der Krankenschwestern!

(Abg. Wieser CDU: Wir sind nicht auf einem Parteitag, junge Frau!)

Lieber Herr Wieser, ich will dem Herrn Minister eines sagen: Ver.di – vielleicht haben Sie es gestern im Fernsehen gesehen – als Vertreter der Krankenschwestern und Krankenpfleger hat an der Großdemonstration in Berlin nicht teilgenommen, weil die nämlich gesagt hat: Die Ausnahmetatbestände, die Frau Schmidt für die Krankenhäuser mit auf den Weg gebracht hat, reichen uns aus.

(Abg. Hauk CDU: Aber uns in Baden-Württemberg nicht! Das ist das Problem!)

Ich bin gern bereit, Ihnen die Liste noch einmal vorzulesen. „Wir kommen mit den Geldern klar“, so ver.di als Vertreterin unzähliger Krankenschwestern und Pfleger.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Dann nehmen die ihre Verantwortung nicht wahr!)

Jetzt muss ich noch etwas zu meinem Kollegen Hoffmann sagen. Herr Hoffmann hat an einem sehr schlechten Beispiel aufgezeigt, wo der Selbstbehalt liegen sollte, und unser Verhalten im Bereich der Prävention kritisiert.

(Abg. Hoffmann CDU: Nein!)

– Das war in der ersten Runde. – Gerade Horst Seehofer – und das ist jetzt die Geschichtsstunde, die ich Ihnen erteile – hat zu massiven Einschnitten im Bereich der Kur- und Heilbäder in Baden-Württemberg beigetragen, zu Massenentlassungen.

(Abg. Hoffmann CDU: Lahnstein, liebe Frau!)

– Nein, nein, nein, nein. – Weil wir die Prävention als dritte Säule im Gesundheitswesen eingeführt haben, haben wir wieder eine Zunahme der Zahl der Pflegetage und wieder steigende Beschäftigungszahlen in diesem Bereich. Prävention ist enorm wichtig für die Bürgerinnen und Bürger, weil sie, wenn sie anständig betrieben wird, uns alle langfristig kostengünstiger kommt.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt noch ein Punkt: Der Minister sprach die Probleme im Krankenhausbereich an, mit der BAT-Schere. Genau das ist doch der Punkt. Da machen wir etwas. Wir schieben die Probleme seit Jahren vor uns her. Endlich geht einmal jemand ran und versucht hier, wirklich einmal etwas auf den Weg zu bringen, damit die Schere nicht mehr weiter auseinander geht. Und dann ist das Geschrei groß. Deshalb habe

(Ursula Haußmann)

ich ein Problem mit den Selbstbeharrungskräften im Gesundheitswesen. Das kann es nicht sein. Ich will von jedem Beteiligten im Gesundheitswesen Solidarität. Es geht um die eigenen Arbeitsplätze. Ich will eine Mitverantwortung von allen, die bisher an diesem System gut verdient haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hoffmann CDU: Sagen Sie das den Krankenpflegern!)

Ich will noch etwas zu Ihren Horrorzahlen sagen – das Beispiel des Kindes mit dem Fieber –: Jeder wird auch in Zukunft bekommen, was medizinisch notwendig ist.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das glaubt Ihnen jetzt keiner mehr! – Gegenruf des Abg. Braun SPD: Und daran arbeiten Sie, Herr Noll!)

Dazu gehört eben auch, dass Krankenkassen nur die Leistungen bezahlen, die wirklich nutzen, um eine Krankheit zu erkennen, um eine Krankheit zu bekämpfen und um Schmerzen zu lindern. Das ist das, was das SGB V vorschreibt, was jedem zusteht und das es in einer solidarischen Finanzierung weiter zu erhalten gilt.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Lösch.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eigentlich geht es doch darum, gemeinsam zu überlegen, wie wir unser Gesundheitssystem weiterentwickeln können.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Die Ausgangssituation ist folgende: Wir haben mehr Ausgaben, wir haben weniger Einnahmen, wir haben eine schlechte Qualität.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Nein, nein, nein! Das kann man so nicht sagen!)

Das heißt: Unser gemeinsames Interesse muss doch sein, zu überlegen, wie dieses Gesundheitssystem weiter reformiert werden kann.

(Abg. Hauk CDU: Noch ist die Qualität gut, aber sie wird schlecht!)

– Nein, die Qualität könnte besser sein bei dem vielen Geld, das bei uns im Gesundheitssystem steckt, Kollege.

Ich nehme die Kritik an, dass man lange gebraucht hat, um eine Gesundheitsreform auf den Weg zu bringen. Wir haben in der letzten Legislaturperiode eine Rentenreform gemacht,

(Abg. Hauk CDU: Die war doch auch nichts! – Zuruf des Abg. Wieser CDU)

wir machen in dieser Legislaturperiode eine Gesundheitsreform.

Wenn ich die Kritik, dass man lange gebraucht hat, annehme, dann müssen Sie aber auch konstruktiv sein und dürfen

hier nicht nur Horrormeldungen verbreiten und dagegen schwätzen. Sie müssen auch einmal konstruktiv Alternativvorschläge bringen, wie man unser Gesundheitssystem reformieren kann.

(Beifall des Abg. Kretschmann GRÜNE – Abg. Dr. Lasotta CDU: Startet doch einmal durch! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das hätte man vor der Wahl machen sollen!)

– Jetzt lassen wir es doch einmal mit „vor der Wahl“ und „nach der Wahl“. – Es ist, wie gesagt, so: Das Gesundheitssystem wird reformiert. Dafür braucht man gescheite Reformen.

(Abg. Seimetz CDU: Die sollten wir haben, gescheite Reformen!)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Dr. Repnik, Sie erhalten mit Zustimmung der Rednerin das Wort für eine Zwischenfrage.

Abg. Dr. Repnik CDU: Frau Lösch, ist Ihnen bekannt, dass die der CDU bzw. CSU angehörenden Gesundheitsministerinnen und -minister in den Gesundheitsministerkonferenzen Ihrer Parteifreundin und früheren Ministerin – wie hat sie geheißen? – Fischer

(Vereinzelt Heiterkeit)

wiederholt angeboten haben, gemeinsam ein Gesundheitsstrukturreformgesetz auf den Weg zu bringen?

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Dann macht es jetzt halt mit der Ulla Schmidt!)

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Natürlich ist das bekannt. Wie gesagt, es ist seit langem bekannt, dass man das Gesundheitssystem reformieren muss.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Dann macht doch mal! – Gegenruf des Abg. Bebbler SPD: Das hättet ihr schon 16 Jahre lang machen sollen!)

– Liebe Leut', ich sage doch: Wir machen es. Wir machen es, und jetzt seid ihr auch nicht zufrieden. Jetzt stehen wir hier und sagen: „Wir machen eine Gesundheitsreform“, und dann ist es auch nicht recht.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Ihr wisst doch gar nicht, was ihr machen sollt!)

– Natürlich machen wir das.

Ich nenne Ihnen jetzt einmal drei Punkte, wie wir uns eine Strukturreform vorstellen.

(Abg. Wieser CDU: Lasst Sie einmal die drei Punkte vortragen! Vielleicht kommt etwas heraus! – Abg. Bebbler SPD: 16 Jahre lang hättet ihr was machen können! Ihr Pflaumen, ihr Jammerlappen!)

Eine Leitlinie unserer Strukturreform soll eine Stärkung des Wettbewerbs im Gesundheitswesen sein, und zwar des Wettbewerbs um die beste Versorgung und um die beste Prävention.

(Abg. Schmiedel SPD: Sehr gut!)

(Brigitte Lösch)

Patienten bekommen eine neue Rolle gegenüber den Ärzten und gegenüber den Kassen.

(Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Vorhin ist der mündige Patient angesprochen worden. Ein mündiger Patient und mehr Eigenverantwortung heißt aber doch nicht bloß, dass dieser mehr zuzahlen soll, sondern das heißt eben auch, dass man als gleichberechtigter Partner anerkennt,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist auch richtig! – Gegenruf des Abg. Schmiedel SPD: Na also! Was soll denn dann das Gemosere!)

dass dieser auf gleicher Augenhöhe ist und dass er auch Rechte und Mitwirkungsmöglichkeiten bekommt. Deshalb gibt es jetzt auch auf Bundesebene einen Patientenbeauftragten, wie er auf Landesebene als nicht notwendig betrachtet wird.

(Abg. Wieser CDU: Das war jetzt für die Präambel!)

Das Zweite ist: Wir möchten Patientenquittungen einführen, die zu mehr Kostenbewusstsein und Transparenz führen. Das sind tatsächlich dann auch Aspekte einer demokratischen Teilhabe, damit die Qualität im Gesundheitswesen verbessert und die Eigenverantwortlichkeit der Menschen gefördert wird, Kollege.

(Abg. Hoffmann CDU meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

– Ja, dann kann ich meine Stimme schonen.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Hoffmann, Sie haben das Wort zu einer Zwischenfrage.

Abg. Hoffmann CDU: Frau Lösch, wenn Sie Patientenquittungen einführen, stimmen Sie mir dann zu, dass es wenig Sinn macht, dass die Ärzte, wie nach derzeitigem Modell, erst ein Dreivierteljahr nach der Behandlung des Patienten überhaupt wissen, was sie verdienen? Wie soll da mit einer Patientenquittung überhaupt etwas funktionieren?

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wenn das so ist, wie Sie sagen, dann ist das natürlich – –

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist so, Frau Lösch!)

– Wenn es so ist – –

(Abg. Wieser CDU: Sie haben es schwer! – Abg. Bebbler SPD: Ihr Maulhelden, hört erst einmal zu!)

– Kreuzdonnerwetter noch einmal! Entschuldigung.

(Weitere Zurufe und große Unruhe)

– Ja, es ist so. – Wenn wir in Zukunft Patientenquittungen einführen – ich spreche ja von unseren Reformvorschlägen –, werden die auch anders aussehen. Das kann ich Ihnen versichern. Wichtig, und zwar neben Qualität und Beitragsstabilität, ist für uns eine Verbreiterung der Finanzierungsbasis und auch das Prinzip der Generationengerechtigkeit. Das sind die Punkte, die wir als Grüne auch in die Reformkommission eingebracht haben. Ich begrüße den Auftrag,

den die Kommission zur Reform der Sozialversicherungssysteme gestern bekommen hat. Die Kommission soll Vorschläge für eine nachhaltige Finanzierung und für eine Weiterentwicklung der Sozialversicherungen mit dem zentralen Punkt der Senkung der Lohnnebenkosten, aber auch der Generationengerechtigkeit machen. Nur so kann verhindert werden, dass Politik immer wieder konjunkturbedingt zur Notoperation greifen oder Notprogramme beschließen muss.

(Abg. Kübler CDU: Von was reden Sie, Frau Kollegin?)

Bis zum nächsten Herbst werden die ersten Ergebnisse dieser Kommission vorliegen, und ich freue mich darauf, dann mit Ihnen gemeinsam diese Ergebnisse zu diskutieren.

(Abg. Seimetz CDU: Bei Philippi hören wir uns wieder!)

Noch eine Bemerkung: Notoperation ist nicht Science-Fiction, sondern Realität, und das ist auch kein Einfrieren,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wer hat die Not eingeführt? – Gegenruf von der SPD: Sie!)

sondern vom Prinzip her eine schnelle Reaktion, damit der Patient nicht stirbt, damit die Versorgung nicht schlechter wird. Andersherum wird ein Schuh daraus: Wir erhöhen jetzt die Beiträge, damit die Versorgung der Patienten nicht schlechter wird. Daher denke ich, dass es eine Notoperation ist, die wichtig ist, damit wir überhaupt in der Lage sind, unsere Reformen durchzuführen. Ich kann Ihnen versprechen: Diese Reformen werden wir nächstes Jahr im Herbst auf dem Tisch haben. Dann können wir sie diskutieren, und dann bin ich einmal gespannt.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Vier Jahre auf das Sterben des Patienten zu warten!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist Tagesordnungspunkt 3 abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

a) Große Anfrage der Fraktion GRÜNE und Antwort der Landesregierung – Schulen in freier Trägerschaft – Drucksache 13/798

b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Berechnungsgrundlagen für die Änderung des Privatschulgesetzes – Drucksache 13/1188

Wem darf ich für die Fraktion GRÜNE das Wort erteilen? – Frau Abg. Rastätter, Sie haben das Wort.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir Grünen haben die Große Anfrage im Landtag eingebracht, um endlich eine seriöse Bestandsaufnahme der Situation der Schulen in freier Trägerschaft in unserem Bundesland zu bekommen, und wir haben die Große Anfrage eingebracht, um von der Landesregierung bzw. von Ihnen, Frau Kultusministerin, verbindlich darüber Auskunft zu erhalten, ob Sie bereit sind, die Zuschüsse für die

(Renate Rastätter)

Schulen in freier Trägerschaft endlich so weit anzuheben, dass die verfassungsrechtlichen Vorgaben des Grundgesetzes erfüllt werden.

An verbaler Wertschätzung, meine Damen und Herren, für die Schulen in freier Trägerschaft fehlt es ja nun nicht. Das geht auch aus der Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage hervor. Aber es fehlt an den notwendigen Konsequenzen, wenn es um eine transparente, faire und verlässliche Bezuschussung freier Schulen in diesem Land geht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Für uns Grüne sind Schulen in freier Trägerschaft eine große Bereicherung unserer Bildungslandschaft, einer demokratischen, einer pluralen Gesellschaft. Sie ergänzen und erweitern unser Bildungsangebot. Sie haben eine Schrittmacherfunktion für das staatliche Bildungswesen.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass viele pädagogische Innovationen an unseren staatlichen Schulen aus den Schulen in freier Trägerschaft kommen. Beispiele dafür sind: jahrgangübergreifende Klassen, der Marchtaler Plan, der Epochenunterricht, das frühe Fremdsprachenlernen oder auch pädagogisch gute Ganztagskonzepte. Das kommt aus den freien Schulen, das kommt aus der Kreativität der Menschen, die dort arbeiten und somit auch eine Bereicherung für unsere staatlichen Schulen sind.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Schließlich – in heutiger Zeit besonders wichtig – sind Schulen in freier Trägerschaft selbstverwaltete Schulen und damit Vorbilder für staatliche Schulen. Denn wir wissen: Wenn wir unsere staatlichen Schulen qualitativ weiterentwickeln wollen – und wir müssen das –, dann müssen Schulen selbstständiger werden, dann muss an den Schulen mehr Verantwortung übernommen werden. Auch insofern können wir uns an den Vorbildern der freien Schulen orientieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wir Grünen fordern deshalb, dass die Vielfalt der pädagogischen Profile der Schulen in freier Trägerschaft nicht eingeschränkt werden darf. Zum Beispiel: An den Waldorfschulen muss auch künftig das Abitur nach 13 Jahren möglich sein.

Wir fordern weiter, dass bei der Novellierung des Privatschulgesetzes eine Experimentierklausel eingeführt wird, so dass zum Beispiel Projekte wie die interkulturelle Waldorfschule, die in Mannheim geplant ist – speziell zur Förderung von Migranten; und dabei kann ja keine Schulgebühr verlangt werden –, auch eine Chance haben, pädagogische Konzepte zu entwickeln, von denen dann auch staatliche Schulen profitieren können.

Meine Damen und Herren, für alle Schulen in freier Trägerschaft gilt aber – und deshalb will ich mich in meinen weiteren Ausführungen darauf konzentrieren –: Das Grundgesetz schreibt ausdrücklich vor, dass eine Sonderung der Schüler nach Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert werden darf. Das heißt ganz konkret: Der Zugang zu Schulen in frei-

er Trägerschaft darf nicht von der sozialen Herkunft oder vom Einkommen der Eltern abhängig sein.

Die einzigen Einnahmequellen von Schulen in freier Trägerschaft – wenn man einmal von den Kirchen absieht – sind Elterngebühren und staatliche Zuschüsse. Deshalb, meine Damen und Herren, müssen die Zuschüsse bei allen Schulen in freier Trägerschaft so ausgestaltet sein, dass eine sozial verträgliche Gebühr absolut gewährleistet ist.

Diese Verpflichtung zur Ausgestaltung der Zuschüsse wird aber von Ihnen, Frau Ministerin – die Landesregierung trifft ja im Haushalt keine entsprechende Vorsorge –, und auch von den Regierungsfractionen in eklatanter Weise verletzt. Durch die chronische Unterfinanzierung der Schulen in freier Trägerschaft sind diese mittlerweile in eine extrem schwierige Lage geraten. Sie sind auch gezwungen gewesen, die Gerichte anzurufen. Ich finde es schon ein Armutszeugnis, wenn Schulen gezwungen werden, zu Gericht zu gehen und sich dort auf Klage hin bestätigen zu lassen, dass sie Anspruch auf eine höhere Bezuschussung haben.

Das Verwaltungsgericht Mannheim hat 1997 festgelegt, dass die Elterngebühren maximal 100 € betragen dürfen. Deshalb müssten die Zuschüsse an die Schüler der freien Schulen mindestens 80 % des Deckungsgrades der Kosten eines Schülers an staatlichen Schulen betragen. Aber der tatsächliche Deckungsgrad liegt weit darunter. Er liegt zwischen 50 und 75 %.

Meine Damen und Herren, wir Grünen haben es begrüßt, dass vor den Landtagswahlen eine kleine Kommission der Regierungsfractionen gebildet wurde, die erstmals versuchte, die Kosten eines Schülers an staatlichen Schulen zu ermitteln, um dann eine seriöse Berechnungsgrundlage ins Schulgesetz zu bringen und das Schulgesetz entsprechend zu novellieren. Leider aber hat sich bislang nichts getan.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das stimmt nicht!)

– Moment, ich komme gleich dazu. – Leider hat sich bislang in dieser Richtung überhaupt noch nichts getan. Das war auch der Ausgangspunkt für unsere Große Anfrage.

Vor allem ist es extrem enttäuschend und im Prinzip auch ein Vertrauensbruch, dass die Kultusministerin in ihrer Antwort auf unsere Große Anfrage ganz lapidar gesagt hat: Es besteht kein Handlungsbedarf für eine Novellierung des Schulgesetzes. Das, meine Damen und Herren, ist enttäuschend, und zu Recht sind die Schulen in freier Trägerschaft in diesem Land empört und fordern, dass hier endlich gehandelt statt nur verhandelt wird.

(Beifall bei den Grünen)

Inzwischen hat Herr Pfister – Herr Oettinger fehlt leider bei dieser Debatte; ich begrüße es, dass Herr Pfister da ist und sich jetzt auch in diese Debatte einbringt – für die FDP/DVP-Fraktion einen Vorschlag gemacht, nachdem wir Druck ausgeübt hatten mit unserer Großen Anfrage und mit unseren öffentlichen Forderungen. Ich begrüße seinen Vorschlag, in dieser Legislaturperiode in zwei Stufen die Zuschüsse auf 80 % anzuheben und das Schulgesetz zu novellieren. Ich bin sehr gespannt, wie sich die andere Regierungspartei, die CDU, dazu verhält. Ich bin gespannt auf die Ausführungen der Kultusministerin.

(Renate Rastätter)

Wir Grünen sind der Meinung, dass die Schulen in freier Trägerschaft nicht als Einsparpotenzial der Landesregierung im Kultushaushalt benutzt werden dürfen, sondern Anspruch darauf haben, fair und gerecht behandelt zu werden. Sie haben als Bestandteil der öffentlichen Schulen Anspruch auf Fürsorge des Landes. Deshalb bitte ich Sie, nicht länger zu verhandeln, sondern jetzt endlich zu handeln.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erteile ich Frau Abg. Rudolf.

Abg. Christine Rudolf SPD: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Mit Trost lässt sich keine Schule organisieren.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist wahr!)

Die Geschichte ist sogar noch ein bisschen länger, als Frau Rastätter sie gerade dargestellt hat.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Unendlich!)

Seit der großen Koalition 1992 bis 1996 hier im Landtag

(Abg. Pfister FDP/DVP: Noch viel länger!)

– vielleicht sogar noch länger, das können Sie dann ausführen, Herr Pfister – gibt es das Versprechen, dass die Privatschulen und die Schulen in freier Trägerschaft im Land Baden-Württemberg besser gestellt werden, als es im Moment der Fall ist. Seit diesem Zeitpunkt – ich werde das gleich noch genauer ausführen – hat sich die Situation der privaten Schulen, zumindest der allgemein bildenden, nicht stabilisiert, sondern im Lauf der Jahre durch die Art, wie die Schulen bei uns bezuschusst werden, sogar noch verschlechtert.

Nach dem Grundgesetz und nach dem Privatschulgesetz des Landes Baden-Württemberg hat das Land – sowohl die Regierung als auch das Parlament – eben nicht nur eine Verpflichtung gegenüber den Kindern und Jugendlichen, die in staatlichen Schulen unterrichtet werden, sondern genauso eine Fürsorgepflicht für die Kinder, die Schulen in freier Trägerschaft besuchen, und auch für die Jugendlichen und jungen Menschen, die in beruflichen Schulen und Berufsschulen ausgebildet werden, die ja zum Teil nur in freier Trägerschaft angeboten werden.

Versprechungen machen keine Schule, und mit Versprechungen kann man Jugendliche auch nicht unterrichten. Es gibt einen eigentlich sehr zynischen Witz: Allen steht das Wasser bis zum Hals, nur Heiner ist kleiner. Ich denke, das kann man sehr gut auf die Schulsituation in Baden-Württemberg übertragen: Den öffentlichen Schulen steht das Wasser bis zum Hals.

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Hauk CDU: Das müssen Sie jetzt mal belegen!)

– Wir haben immer wieder Diskussionen über die Unterrichtsversorgung. Das kann man in zehn Minuten nicht unterbringen.

(Abg. Hauk CDU: Das wird schwer fallen!)

– Ganz bestimmt nicht. Das kann man sehr gut belegen. Die privaten Schulen und die Schulen in freier Trägerschaft sind kleiner, und deshalb stehen sie inzwischen in vielen Bereichen mit dem Rücken an der Wand.

Jetzt gab es diese interfraktionelle Kommission, wie sie genannt wurde, aus einem Mitglied der CDU-Fraktion, das ich gerade nicht sehe – das ist Frau Lazarus;

(Abg. Hauk CDU: Sie ist etwas kleiner, aber sie ist besser!)

Entschuldigung, ich hatte Sie übersehen –, und Frau Berthold. Hinzugezogen wurden das Finanzministerium und das Kultusministerium. Ich habe die Information – und deswegen habe ich für die SPD-Fraktion den Antrag gestellt –, dass zumindest für den allgemein bildenden Teil Ergebnisse vorliegen, wie die Kosten für die Schülerinnen und Schüler berechnet werden.

Wir könnten jetzt eigentlich den zweiten Schritt angehen und eine Novellierung des Privatschulgesetzes und der Finanzierung einleiten. Die FDP/DVP-Fraktion sagt schon immer: „Wir machen mit.“ Aber auch hier hat der Kleinere eben nicht das letzte Wort.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehen Sie, so ist es!)

Wenn man die Verlautbarungen von Herrn Oettinger und von Frau Schavan in der „Pforzheimer Zeitung“ nachliest, so stößt man auf eine hübsche Aufgabenteilung. Herr Oettinger wünscht sich mehr private Schulen in Baden-Württemberg. Dazu sage ich nur: Er will wahrscheinlich nur sparen. Private Schulen sind im Moment wesentlich billiger als die öffentlichen Schulen, und deshalb wünscht er sich mehr private Schulen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Günstiger, nicht billiger! – Gegenruf des Abg. Fischer SPD: Ja, für den Staat!)

– In diesem Fall stimme ich Ihnen zu.

Auf der anderen Seite antwortet Frau Schavan auf die Große Anfrage der Grünen: „Wir haben überhaupt keinen Handlungsbedarf. Die Versprechungen in den letzten beiden Legislaturperioden interessieren mich nicht.“

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Demgegenüber heißt es in der Stellungnahme zu unserem Antrag: „Vielleicht kann man ja noch einmal politisch darüber diskutieren, wenn die Arbeitsgruppe ihre Tätigkeit beendet hat.“ So geht es nicht! Sie können eine Aufgabenteilung vornehmen, wenn Sie darum ringen, Herrn Teufel seinen Stuhl abzuführen. Aber eine Gruppe von Schulen in freier Trägerschaft dazu zu benutzen, beide Teile abzudecken – Die Spitze der CDU-Fraktion sagt: „Wir machen es“, und von anderer Seite wird gesagt: „Wir machen es nicht.“ So kann man mit Leuten, die verantwortlich ihre Arbeit machen und an den Schulen tagtäglich unterrichten,

(Christine Rudolf)

nicht umgehen. Ich bin gespannt, welche Antwort Sie heute finden, und ich hoffe, dass wir heute Abend einen Schritt weiter sind.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Lazarus.

Abg. Ursula Lazarus CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Vor genau fünf Jahren hat Bundespräsident Roman Herzog in einer viel beachteten Rede gefordert – ich zitiere –, keine „Angst vor der Freiheit“ im Bildungswesen zu haben. Diese Freiheit bezieht sich auf Organisationsformen von Schule, aber auch auf Inhalte, Lehrmethoden und Erziehungsziele. Diese Freiheit gilt für öffentliche und für freie Schulen, wobei letztere oft der Vorreiter sind, da sie ihren durch die Verfassung garantierten Freiraum maximal nutzen.

Nach Artikel 7 des Grundgesetzes sind Schulen in freier Trägerschaft zu genehmigen, wenn sie in ihrer Qualität – dazu gehören Lehrerausbildung, Lernziele und Einrichtung – nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach Besitzverhältnissen vermieden wird. Sie müssen „Ersatz“ für bereits bestehende öffentliche Schulen sein. Die Existenz von Ersatzschulen muss durch den Staat gesichert werden.

Soweit die rechtliche Situation. Damit besteht die durchaus berechtigte Frage: Was kostet ein „staatlicher“ Schüler je nach Schulart, und welchen Teil davon braucht eine freie Schule, um ohne Sonderung durch zu hohe Gebühren ihre grundgesetzlich verbrieften Aufgaben erfüllen zu können? Das Bundesverfassungsgericht sieht 80 % als angemessen an. Das ist die Vorgabe. Doch strittig ist immer wieder die Frage: 80 % wovon, und was sind die 100 %?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist der Punkt!)

Die Berechnungsmodelle dafür machen sich in fast allen Bundesländern an Personalkosten fest. Die freien Schulen in Baden-Württemberg haben diese Basis und das Berechnungsmodell seit Jahren in Zweifel gezogen und zumindest auch hinterfragt.

Die eben schon oft zitierte Arbeitsgruppe der beiden Regierungsfractionen CDU und FDP/DVP hat seit drei Jahren zusammen mit Vertretern der freien Schulen den Versuch unternommen, ein anderes Modell zu entwerfen, das vor allem Transparenz bringt, und zwar sowohl für die Schulträger als auch für die Eltern. Entstanden ist Schritt für Schritt ein so genanntes Bruttokostenmodell. Die Kosten eines Schülers an einer öffentlichen Schule sind in den Ansätzen des Landeshaushalts enthalten: Kosten für Lehrergehälter, Schulverwaltung, Fortbildung und anderes sind daraus zu entnehmen. Dazu kommen noch die Sachkosten, die den Kommunen zum großen Teil vom Staat ersetzt werden.

Trotz einiger notwendiger Pauschalierungen hat es bisher, zumindest für die allgemein bildenden Schulen, in dieser Arbeitsgruppe ein einvernehmliches Ergebnis gegeben. Die Zahlen liegen prozentual etwas unterhalb der im Bericht der Landesregierung genannten Zahlen nach dem bisherigen

Kostenmodell, was natürlich im Hinblick auf die angestrebten 80 % von nicht unerheblicher finanzieller Auswirkung sein dürfte.

Im Augenblick ist die Arbeitsgruppe mit den Berufsschulen befasst und dabei, die Kosten eines Schülers an beruflichen Schulen zu ermitteln. Das ist wegen der Vielfalt der Schulen etwas kompliziert, und wieder sind Pauschalierungen dringend notwendig geworden. Noch gibt es keine exakten Prozentzahlen dazu, aber eines ist sicher: Gerade die beruflichen Schulen erhalten weit unter 80 % und liegen eher im Bereich von 60 %. Deren existenzielle Sorgen sind also wirklich glaubhaft. Deshalb steht in der Koalitionsvereinbarung vom Juni 2001 auch:

Die Privatschulförderung wird im Rahmen des Erforderlichen und Finanzierbaren weiterentwickelt. In die Überlegungen sollen die Ergebnisse der gemeinsamen Arbeitsgruppe der Landtagsfraktionen von CDU und FDP/DVP, insbesondere zu den Berechnungsgrundlagen, einbezogen werden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das haben wir reingeschrieben! Ganz bewusst!)

Ich habe das zitiert, sehr geehrte Damen und Herren, und die CDU-Fraktion hat keinen Grund, von dieser Aussage in der Koalitionsvereinbarung abzuweichen, im Gegenteil.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Die Berechnungsgrundlagen, also das Bruttokostenmodell, sollen in die Privatschulförderung einbezogen werden. Das ist, zugestanden, ein sehr arbeitsaufwendiges Verfahren, da die Erhebungen jährlich völlig neu durchgeführt werden müssen. Aber es ist eben auch ein transparentes Verfahren. Die Zahlen sind für jeden nachvollziehbar und verständlich.

Aus Sicht der CDU-Fraktion hätte dieses Verfahren seinen Platz im Rahmen der Novellierung von § 18 des Privatschulgesetzes, doch es braucht noch eine Menge juristischen Sachverstand, um diese Novellierung dann auch umzusetzen und in Worte zu fassen, denn niemand kann wollen, dass ein Gesetz auf rechtlich wackligen Beinen steht.

Die Koalitionsvereinbarung hat aber ganz klar auch einen finanziellen Aspekt,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ganz eindeutig!)

der unter Haushaltsvorbehalt steht. Deshalb war es für die Partner immer klar, dass die Zielvorgabe von 80 % nur in Stufen zu erreichen sein wird,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr richtig!)

wobei zunächst die Förderung derjenigen, die von den 80 % existenzbedrohend weit entfernt sind, also vor allem der beruflichen Schulen, angehoben werden muss.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Dies muss schnell und unabhängig von Berechnungssystemen oder Gesetzesnovellierungen geschehen.

(Ursula Lazarus)

Sehr geehrte Damen und Herren, die Landesregierung verweist in der Stellungnahme zum SPD-Antrag zu Recht auf die Arbeitsgruppe der Koalitionsfraktionen. Die Antwort für die CDU-Fraktion kann deswegen auch ich geben. Ich habe schon gesagt, dass die Aufstellung des Berechnungsmodells für das allgemein bildende Schulwesen bereits in der letzten Legislaturperiode abgeschlossen worden ist. Die Berechnungsgrundlagen für das berufliche Schulwesen sind, wie gesagt, wegen des Ordnungsprinzips – der Frage, wie man die beruflichen Schulen überhaupt aufgliedert: gewerbliche Schulen, nichtgewerbliche Schulen, Fachschulen, Berufsfachschulen, Berufskollegs usw. – etwas schwieriger zu erstellen. Aber dies ist einvernehmlich gelungen, sodass diese Berechnung kurz vor ihrem Abschluss steht.

Es ist ein ungewöhnliches Verfahren, wenn Fraktionen die Vorarbeit für eine Gesetzesnovellierung durchführen,

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Mit Mitarbeitern des Ministeriums! – Abg. Kleinmann FDP/DVP: So sind wir halt! Stärkung des Parlaments!)

und vielleicht noch ungewöhnlicher, wenn das die Koalitionsfraktionen sind. Dies ist einfach aus vielen vorangegangenen Gesprächen entstanden. Die Berechnungsgrundlagen sind also nun zu Papier gebracht. Es wird Sache der Fraktionen und Sache der Landesregierung sein, Schlüsse daraus zu ziehen. Deshalb bin ich sicher, dass die politische Diskussion und Beratung dieser Ergebnisse 2003 ein Schwerpunkt in der Schulpolitik sein werden. Die CDU-Fraktion wird sich dieser Aufgabe stellen; da können Sie sicher sein.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wacker CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Pfister.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Rudolf, die Geschichte, die Bedeutung und der Stellenwert des Privatschulwesens in Baden-Württemberg gehen zurück bis mindestens auf das Jahr 1953.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Die ist sicher länger!)

Wenn Sie es genau wissen wollen: auf den 16. Juni 1953, auf die damalige Beratende Versammlung des Landes Baden-Württemberg. Dort gab es eine Diskussion und eine Wortmeldung des CDU-Abgeordneten Rack. Dieser CDU-Abgeordnete Rack hat einen bedenkenswerten Satz gesprochen. Er hat nämlich gesagt: „Ein Staatsmonopol in der Erziehung gefährdet die Freiheit an ihrer Quelle.“

(Beifall der Abg. Kleinmann und Dr. Noll FDP/DVP sowie Kretschmann GRÜNE – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Gut!)

Dieser Satz mag heute pathetisch klingen, aber ich halte ihn nach wie vor für richtig.

Die Mütter und Väter des Grundgesetzes haben sich auch von dieser Überzeugung leiten lassen, als sie in Artikel 7 des Grundgesetzes die Gründung und den Betrieb freier Schulen ganz bewusst abgesichert haben.

Dies ist eine Position, die die FDP/DVP-Fraktion seit vielen Jahren, seit vielen Legislaturperioden immer mitgetragen hat, weil wir der Überzeugung sind, dass Vielfalt und Wettbewerb nicht nur in anderen Lebensbereichen, sondern insbesondere im Bildungsbereich die wichtigsten Voraussetzungen dafür sind, mehr Qualität und Leistungsfähigkeit zu erhalten.

Weil wir dies wissen, halten wir an diesem Wettbewerb fest. Dieser Wettbewerb spielt sich natürlich nicht nur zwischen staatlichen Schulen ab – das ist die Botschaft von PISA, mehr Wettbewerb zwischen den staatlichen Schulen zu generieren –, sondern dieser Wettbewerb muss sich auch im Interesse von mehr Qualität und im Interesse eines vielfältigen Bildungswesens zwischen Schulen in freier Trägerschaft, die übrigens auch einen öffentlichen Auftrag haben, und öffentlichen Schulen abspielen. Meine Damen und Herren, wenn Sie sich die Geschichte des Privatschulwesens in Baden-Württemberg anschauen, dann werden Sie leicht zu dem Ergebnis kommen, dass gerade frei getragene Schulen immer in hohem Umfang innovativ waren und von ihnen in hohem Umfang Impulse für das gesamte Schulwesen ausgegangen sind.

Wir wollen selbstverständlich auch in der Zukunft gewährleisten, dass Eltern die Möglichkeit haben, solche freien Schulen zu wählen. Wir wollen selbstverständlich, dass die Wahl einer solchen Schule nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein darf.

Das ist auch eine konkrete Vorgabe der Verfassung. Sie haben zu Recht darauf hingewiesen: Das Grundgesetz spricht von einem Sonderungsverbot nach Besitzverhältnissen der Eltern. Die konkretisierende Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts geht in genau diese Richtung.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, ich bin froh, dass es jetzt endlich gelungen ist, diese Arbeitsgruppe einzusetzen, an der übrigens nicht nur die Koalitionsfraktionen beteiligt waren, sondern ausdrücklich auch die Vertreter der Schulen in freier Trägerschaft

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Birk CDU)

und natürlich das Finanzministerium und das Kultusministerium. Alles andere hätte ja auch keinen Sinn gehabt.

(Abg. Dr. Birk CDU: So ist es!)

Was hätte es uns genützt, wenn wir uns als Koalitionsfraktionen oder möglicherweise im gesamten Parlament über Bemessungsgrundlagen einig geworden wären, aber die freien Schulen uns gesagt hätten: „Wir akzeptieren diese Bemessungsgrundlage nicht“ oder der Finanzminister oder die Kultusministerin gesagt hätte: „Wir akzeptieren das nicht“? Deshalb, Frau Kollegin Rudolf – das sage ich in aller Ruhe –, kann ich auch Ihre Kritik und Ihr Herumgemäkele an dieser Arbeitsgruppe überhaupt nicht verstehen.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Ich mäkele doch gar nicht!)

(Pfister)

Wir sollten alle miteinander stolz darauf sein,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

dass in der Frage der Akzeptanz von Bemessungsgrundlagen jetzt endlich ein Knopf an die Sache gemacht worden ist.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Jetzt haben wir ein Berechnungsmodell für die Kosten des „staatlichen“ Schülers auf dem Tisch liegen. Dieses Bemessungsmodell ist in der Tat geeignet, diesen jahrzehntelangen Streit endlich zu beenden. Denn dass es bei den Novellierungen des Privatschulgesetzes vielleicht nicht in dem Umfang vorangegangen ist, wie der eine oder andere sich das wünscht, hängt damit zusammen, dass man sich über Jahre und Jahrzehnte hinweg nicht über die Bemessungsgrundlagen einigen konnte. Jetzt haben wir sie auf dem Tisch.

Wir haben auch etwas anderes auf dem Tisch. Ich erinnere mich noch ganz genau an eine Privatschuldebatte, die im Jahr 1989 in diesem hohen Hause stattgefunden hat. Damals hat die Staatssekretärin im Kultusministerium, Frau Dr. Marianne Schultz-Hector, zum ersten Mal die 80-%-Marke für die Landesregierung für verbindlich erklärt.

Es ging um 80 % der Kosten eines „staatlichen“ Schülers. Aber dabei war natürlich, wie gesagt, immer die Frage: Was ist die Bemessungsgrundlage? Was sind 100 % der Kosten eines „staatlichen“ Schülers? Das war der ewige Streit unabhängig davon, dass man sich im Jahr 1989 politisch im Grunde auf die 80-%-Förderung geeinigt hatte.

Wenn man jetzt die Bemessungsgrundlage, die gefunden worden ist, etwa bei den allgemein bildenden Schulen zugrunde legt, kommt man zu dem Ergebnis, dass die Förderhöhe bei den Hauptschülern im Augenblick bei 60,2 % liegt. Das sind, wohlgemerkt, anerkannte Zahlen, die jetzt nicht mehr strittig sind. Die Förderhöhe beträgt bei den Hauptschülern 60,2 %, bei den Grundschulern 65,8 %, bei den Realschülern 74,2 % und bei den Gymnasiasten – sie sind am besten dran – 78,9 %. Bei den beruflichen Schulen sind wir – Sie haben es gehört – noch nicht ganz so weit. Aber auch ich befürchte, Frau Kollegin Lazarus, dass die Förderhöhe eher unter als über 60 % liegt.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Die Zahlen haben wir schon!)

Ich habe in vielen Gesprächen mit Schulen in freier Trägerschaft den Verbänden der freien Schulen gesagt, dass es völlig ausgeschlossen sein wird, die 80-%-Marke in einem Schritt zu erreichen. Daraus haben wir nie ein Geheimnis gemacht. Wir haben immer gesagt: Wir müssen diese Marke in Schritten erreichen.

Deshalb haben wir unseren Vorschlag eines Zweistufenmodells vorgelegt – ich wiederhole ihn gerne –, der vorsieht, dass zu Beginn des Haushalts 2004 ein erster Schritt getan wird, in dem wir die Förderung auf mindestens 70 % anheben, und dass zum Haushalt 2006 ein zweiter und abschließender Schritt auf 80 % folgt.

In diesem Zusammenhang ein klares Wort von meiner Seite: All dies steht, wie es auch die Koalitionsvereinbarung be-

sagt, im Zusammenhang mit der Haushaltskonsolidierung; das darf man an dieser Stelle nicht verschweigen. Im ersten Schritt geht es um eine Größenordnung von 3,2 Millionen €. Diese 3,2 Millionen € für den ersten Schritt sind ein Haufen Geld – das gebe ich zu –; aber wenn ich mir überlege, dass er, gemessen am Haushalt des Kultusministeriums, gerade einmal 0,6 Promille – ich wiederhole: 0,6 Promille – ausmacht, komme ich zu der Meinung, dass dieser erste Schritt bei gutem Willen finanziert werden kann, ohne dass zusätzliche Schulden gemacht werden. Das kommt nicht infrage, sondern die Mittel müssen durch Umschichtungen bereitgestellt werden können.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Wir stehen jedenfalls dazu, dass die Schulen in freier Trägerschaft unser Schulwesen insgesamt ergänzen und bereichern. Wir stehen dazu, dass die Schulen in freier Trägerschaft für unsere Bildungspolitik einen Glücksfall darstellen: einen Glücksfall insofern, als sie geeignet sind, unser gesamtes Bildungswesen zu befruchten.

Meine Damen und Herren, wir werden in den nächsten Wochen und Monaten über diese Fragen sowie auch über die schwierigen Fragen der Finanzierung zu sprechen haben. Das werden wir in aller Ruhe tun.

Ich will aber nicht von diesem Pult gehen, ohne noch einmal zu sagen: Es hat lange gedauert, seit sich die Landesregierung im Jahr 1989 zum ersten Mal zur 80-%-Marke bekannt hat, bis sich alle Beteiligten endlich auf eine einvernehmliche Bemessungsgrundlage geeinigt haben. Gestatten Sie mir deshalb, dass ich geradezu leidenschaftlich dafür plädiere, dass wir jetzt die Chancen und die Möglichkeiten nutzen, in absehbarer Zeit zu einer Novellierung des Privatschulwesens zu kommen. Ich würde das jedenfalls sehr begrüßen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Ministerin Dr. Schavan.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich sage vorweg: Das Kultusministerium und ich für meine Person sind, glaube ich, nicht dafür bekannt, Geld, das dieses hohe Haus zur Verfügung stellen möchte, nicht annehmen zu wollen.

Ich sage zweitens: Wenn der Haushalt des Kultusministeriums angesprochen und wenn gesagt wird: „Wir wollen in einem Bereich eine Novellierung, deren Mehrkosten aus dem Haushalt erbracht werden müssen“, dann freue ich mich auf die Beratungen darüber schon jetzt. Denn der Haushalt des Kultusministeriums umfasst 5,4 Milliarden €.

(Abg. Wintruff SPD: Also!)

Davon sind 4,6 Milliarden € Personalkosten, und das in Zeiten, in denen die Schülerzahlen insgesamt noch steigen. Wenn in absehbarer Zeit die Schülerzahlen zurückgehen, sind Schüler an Schulen in freier Trägerschaft nicht „preiswerter“.

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Das sage ich nur als Vorbemerkung. Denn Sie wissen, dass wir in diesen Tagen die Sparvorschläge einreichen müssen, und Sie wissen, dass der Bundesfinanzminister heute Morgen in Berlin die neuesten Zahlen der Steuerschätzung vorgelegt hat und dass nicht mehr mit 20 Milliarden € Steuerausfall, sondern mit 30 Milliarden € Steuerausfall zu rechnen ist. Vorhin hat jemand im Zusammenhang mit einem anderen Thema – ich glaube, es war Frau Haußmann – gesagt, man solle nicht immer nur herumäkeln über das, was nicht gehe. Das stimmt irgendwie für alle Ebenen. Wir werden ja, glaube ich, heute um 17 Uhr die für Baden-Württemberg heruntergebrochenen Zahlen hören. Diese Zahlen werden – davon kann man jetzt ausgehen – noch einmal andere Zahlen sein als die, die wir hatten, als wir unsere Sparvorschläge einreichen mussten.

Das sage ich ganz nüchtern und leidenschaftslos vorweg, weil hier ein bisschen der Eindruck entsteht, als sei das Kultusministerium im Hinblick auf die Novellierung des Privatschulgesetzes zurückhaltend, nachdem wir auf eine Große Anfrage der Grünen vom Februar geantwortet hatten, dass nach Ansicht der Landesregierung derzeit – das war Stand Februar 2002 – kein Handlungsbedarf bestehe.

Diese Aussage stand und steht in überhaupt keinem Gegensatz zu gemeinsamen Bemühungen im Parlament, sondern hat damit zu tun, dass die Grundlage unserer Arbeit ein Gesetz ist, das nach entsprechenden Gerichtsurteilen damit verbunden ist, dass wir für die Schulen in freier Trägerschaft auf Zuschüsse in Höhe von 80 % kommen sollen. Genau das ist der Richtwert, den das Kultusministerium in den letzten Jahren zunächst einmal angestrebt hat.

Wir haben im August 1999 mit einer Anhebung der Förderung für die beruflichen Schulen um 10,5 % einen guten Schritt tun können. Selbstverständlich – das gilt für jede Runde der Haushaltsberatungen – strebt das Kultusministerium an, für die Schulen in freier Trägerschaft mehr Finanzmittel zu bekommen. Das kann ich Ihnen aus jeder Runde nachweisen. Sie wissen, dass wir in jeder Runde nicht nur über zusätzlichen Bedarf reden dürfen, sondern auch Einsparungen vornehmen müssen. Das gilt – auch wenn in der Presse manchmal ein anderer Eindruck erweckt wird – auch für den Bildungsbereich, der in den letzten Jahren durch eine Reihe struktureller Maßnahmen auch deutlich zum Einsparvolumen beigetragen hat.

Deshalb ist aus der Sicht des Ministeriums natürlich unser erstes Anliegen, dass wir quer durch alle Schulen in freier Trägerschaft – allgemein bildende und berufliche Schulen – überhaupt auf diese 80 % kommen können.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

Jetzt sage ich mit der gleichen Leidenschaft, Herr Pfister, wie Sie: Wenn das Parlament eine Chance sieht, darüber hinaus die Grundlagen, die in der gemeinsamen Arbeitsgruppe erarbeitet wurden, umzusetzen, dann können Sie davon ausgehen, dass ich darüber sehr froh bin und das wunderbar finde; denn Baden-Württemberg ist das Land mit den meisten Privatschulen. Nirgends gibt es so viele Waldorfschulen wie in Baden-Württemberg. Hier lassen sich freie Schulen gerne nieder. Wenn wir ihnen in den nächsten Jahren mehr finanziellen Spielraum bieten können, dann ist

das wunderbar. Aber es gehört doch einfach auch zur Ehrlichkeit der Debatte – darüber brauchen wir uns überhaupt nicht zu streiten, und da kann jetzt jeder vor sich hinschmunzeln –, zu erwähnen, dass wir in den nächsten Wochen und Monaten, wenn es darum geht, wo wir wie schnell zulegen können, in ganz gewissenhafte Güterabwägungen kommen werden.

Man kann davon ausgehen, dass es auch im Kultusministerium eine große Leidenschaft für private Schulen gibt. Ich will nicht alles wiederholen, was dazu gesagt worden ist. Wenn das Klima in Baden-Württemberg für Schulen in freier Trägerschaft nicht so positiv wäre, wie es ist, würden in diesem Land nicht so viele freie Schulen gegründet,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

und wenn das Klima für eine sehr vielfältige pädagogische Landschaft nicht gerade in Baden-Württemberg so positiv wäre, dann würden sich nicht auch eine Reihe von Schulen bei uns ansiedeln, die ganz andere oder auch alternative pädagogische Konzepte haben. Baden-Württemberg ist von der Zahl der Schulgründungen her ein privatschulfreundliches Land.

Die Landesregierung will alles daran setzen, dass das, was wir einmal vereinbart haben – Stichwort 80 % –, auch wirklich in absehbarer Zeit erreicht werden kann, und es gibt eine große Aufgeschlossenheit für den Wunsch des Parlaments, zu möglicherweise neuen Berechnungen zu kommen. Aber ich glaube, es wäre gegenüber dem Parlament nicht in Ordnung gewesen, zu einem Zeitpunkt, zu dem die Arbeit der Arbeitsgruppe noch lange nicht abgeschlossen ist, als Ministerium bereits von Handlungsbedarf im Blick auf eine Novellierung zu sprechen. Wir hätten damit der Arbeit und dem Willen des Parlaments vorgegriffen, und ich glaube, bei finanzträchtigen Angelegenheiten ist es eine gute Sitte, dass die Häuser zurückhaltend sind und den Wunsch ihres Arbeitgebers, des Parlaments, abwarten. So tue ich dies mit der gehörigen Demut,

(Heiterkeit der Abg. Kleinmann und Pfister FDP/
DVP)

die einem zusteht, wenn man mehr Geld haben will.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Jetzt haben wir den schwarzen Peter!)

Lieber Herr Pfister, ich freue mich sehr, wenn das geschafft werden kann, was alle gesagt haben: dass es mehr Geld für die privaten Schulen geben muss. Ich bitte Sie nur herzlich, das Geld nicht bei mir als derjenigen, die es braucht, zu suchen, weil ich es in der Tat nirgends habe.

(Heiterkeit der Abg. Kleinmann und Pfister FDP/
DVP)

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Palmer.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, der ich selbst eine freie Schule besucht habe, drei Bemerkungen zum Verlauf der Debatte.

Erstens: Ich erinnere mich, Herr Pfister, sehr genau, an die Zeit von 1989.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ehrlich?)

– Ich war da selbst schon demonstrieren. – Da gab es nicht nur eine Frau Schultz-Hector, eine Staatssekretärin, sondern da gab es auch einen Minister Mayer-Vorfelder.

(Abg. Alfred Haas CDU: Prima! Guter Minister!)

Herr Minister Mayer-Vorfelder hat damals in der FAZ begründet, warum den freien Schulen in Baden-Württemberg kein zusätzliches Geld zukommen solle. Er hat einfach gesagt, er sehe gar nicht ein, warum man diese Brutstätten für Grüne fördern möchte.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Sie sehen, er hatte bis zu einem gewissen Grad Recht.

(Zurufe von der CDU und der FDP/DVP)

Dahinter steckt aber, Kollege Pfister, etwas Ernsthaftes. Denn die Zahl von 78 % Förderung für Gymnasien, die Sie genannt haben – für freie Gymnasien oder für Gymnasialstufen –, und die Zahl von 65 % Förderung für Grundschulen haben einen politischen Hintergrund, den ich damals genau analysieren durfte, nämlich den, dass 1989 beschlossen wurde, zwar im Bereich der Gymnasialstufen deutlich zu erhöhen, nicht aber bei den Grundschulen. Die politische Absicht damals war auch deutlich: Im Bereich der Gymnasialstufen tut man etwas für die Klientel der großen Regierungspartei, nämlich für die kirchlichen Schulen, und die Grundschulen, die bei den kirchlichen Schulen nicht angeboten werden, sind überwiegend Waldorfschulen. Deswegen hat man damals gezielt sondiert. Das, finde ich, sollte man der historischen Wahrheit wegen jetzt auch noch einmal bemerken.

(Abg. Alfred Haas CDU: Ob es stimmt, ist eine andere Frage!)

– Sie können es überprüfen. Ich glaube, damals waren noch nicht einmal Sie Abgeordneter, Herr Kollege Haas.

Die zweite Bemerkung betrifft die „Leidenschaft für die freien Schulen“, Frau Ministerin. Es gibt natürlich verschiedene Interpretationen, warum es in Baden-Württemberg so viele Waldorfschulen gibt. Ich würde sagen, einer der Gründe ist: Die erste Waldorfschule gab es 1919 in Stuttgart, und von dieser Keimzelle aus haben sie sich ausgebreitet. Man könnte auch sagen – weil Sie es auf die Privatschulfreundlichkeit Ihrer Regierung zurückführen –: Hier in Baden-Württemberg ist das Schulsystem so schlecht, dass man besonders viele freie Schulen gründen muss, um es zu verbessern. Das wäre auch eine Interpretation.

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: PISA lesen! – Abg. Alfred Haas CDU: Was sagen Sie zu PISA? – Abg. Wacker CDU: Da klatscht nicht mal die Opposition!)

Was den Grad an Freiheit angeht, den Sie den Schulen zugestehen, ist Baden-Württemberg jedenfalls kein vorbildliches Land.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Kretschmann GRÜNE: Stimmt!)

Und dann muss man ja auch fragen: Wenn diese Leidenschaft jetzt schon 13 Jahre währt – seit 1989 – und gerade für Waldorfschulen noch immer keine wesentlichen Verbesserungen bei ihrer Finanzierung eingetreten sind, dann scheint es eine erkaltete oder nicht sehr wirksame Leidenschaft zu sein. Da dürfen Sie noch etwas leidenschaftlicher werden.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Dritte Bemerkung, Frau Ministerin: Es ist natürlich klar: In einer Situation, in der die Finanzen insgesamt eng sind, tut man sich immer leicht, Forderungen abzuwehren. Das haben Sie jetzt auch gekonnt gemacht. Ich gestehe Ihnen ja auch zu, dass wir uns im Moment bei dem, was uns da regelmäßig an Informationen aus Berlin erreicht, mit finanzpolitischen Debatten schwer tun. Das gestehe ich Ihnen zu.

(Zurufe von der CDU: Oi! – Abg. Wacker CDU: Hiobsbotschaften!)

Aber auf der anderen Seite das Gegenargument: War denn die finanzielle Situation wenigstens bis zum Jahr 1998 – da haben Sie ja regiert und alles richtig gemacht – auch so schlecht, dass man auch in den neun Jahren von 1989 bis 1998 die finanzielle Situation der freien Schulen nicht verbessern konnte?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das müssen Sie die SPD fragen! – Gegenruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Da war das Argument doch wohl nicht richtig, meine Damen und Herren.

Das Entscheidende in diesem Zusammenhang ist doch: Sie sagen: Wir wollen den freien Schulen auch weiterhin zumuten, dass sie unterhalb ihres Existenzminimums arbeiten, dass die Lehrer Gehaltsverzicht leisten, dass die Eltern Eigenarbeit erbringen, dass die Eltern Schulgeld bezahlen und dass die Lehrer wesentlich mehr arbeiten. Das wollen Sie ihnen alles weiter zumuten, obwohl das Verfassungsgericht Ihnen gesagt hat, wenigstens 80 % sollten Sie fairerweise bezahlen.

(Abg. Ursula Lazarus CDU: Nicht wenigstens!)

– Jedenfalls 80 % sollten es sein. – Da muss ich Ihnen sagen: Diesen Schulen, diesen engagierten Eltern und diesen engagierten Lehrern diesen Zustand unterhalb des Existenzminimums noch Jahre, möglicherweise noch Jahrzehnte zumuten, das sollten Sie sich nicht erlauben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Alfred Haas CDU: Dürftiger Beifall!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Rudolf.

Abg. Christine Rudolf SPD: Herr Präsident, meine Damen und meine Herren! Mir ist gerade bei den Worten von Herrn Palmer die Idee gekommen: Das scheint fast eine Generationenfrage zu sein. Ich war 1953 nicht dabei.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ich auch nicht!)

Aber ich habe in der Politik inzwischen gelernt – und da habe ich auch schon einige Jahre verbracht –, dass es unterschiedliche Methoden gibt, Gruppen, Organisationen oder Personen im politischen Raum hinzuhalten.

Wir hatten am Ende der letzten Legislaturperiode eine Erhöhung der Förderung für die beruflichen Schulen in freier Trägerschaft. Damals haben wir einvernehmlich hier im Parlament festgehalten, dass es in der nächsten Runde eine Erhöhung der Förderung für die allgemein bildenden Schulen in freier Trägerschaft geben sollte. Warum muss man jetzt, bitte schön, abwarten, bis diese Arbeitsgruppe beide Teile ihrer Aufgabenstellung erledigt hat, wenn der eine Teil doch schon komplett vorliegt?

(Zuruf der Abg. Ursula Lazarus CDU)

Frau Lazarus, einen Paragraphen eines Gesetzes zu formulieren, in dem es um eine Finanzierung geht, über die schon das Bundesverfassungsgericht geurteilt hat,

(Abg. Ursula Lazarus CDU: Haben Sie eine Ahnung! Befassen Sie sich einmal damit!)

mag ja durchaus schwierig sein. Ich glaube aber, es gibt genug kompetente Leute, die so etwas hinkriegen. Es ist doch wirklich keine Argumentation, wenn man hier einvernehmlich feststellt und sagt:

(Abg. Ursula Lazarus CDU: Wenn Sie sich damit befasst haben, reden Sie anders!)

Wir wollen den Schulen in freier Trägerschaft das geben, was ihnen zusteht und was verfassungsgerichtlich festgehalten ist. Wir können ja auch – wenn man das Ganze auf die Spitze treibt – so lange warten, bis noch ein paar Schulen zugemacht haben. Dann müssten wir ja nicht so viel Geld suchen, um das Ganze zu gewährleisten. Es ist die Frage, ob wir das abwarten wollen.

(Abg. Ursula Lazarus CDU: Das ist eine Unterstellung!)

Dann eine zweite Bemerkung von mir: Frau Schavan, ich stelle mir unter Leidenschaft auch etwas anderes vor als das, was Sie hier dargestellt und zu Protokoll gebracht haben. Ich erinnere mich an eine Sitzung, die wir hier im Hause hatten. Wenn ich mich richtig erinnere, war es vor zwei Jahren. Da haben Sie es durchaus geschafft, bei einem ganz engen Haushalt für Ihren Bereich noch etwas dazuzukriegen. Ich denke, die Situation der freien Schulen spitzt sich so dramatisch zu, dass Sie diese Leidenschaft und dieses Engagement auch von Ihrer Seite gemeinsam mit dem Parlament bringen müssen. Sonst reden wir alle Legislaturperioden einmal oder zweimal – wenn der Bericht vorgelegt wird, kommt es ein zweites Mal – über dieses Thema, und am Ende werden keine Schulen mehr übrig bleiben, über die es dann noch zu reden gilt.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, ich erteile das Wort Herrn Abg. Kleinmann.

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es sind drei kurze Bemerkungen zu machen.

Zunächst einmal: Die interfraktionelle Arbeitsgruppe, Frau Rudolf, die aus zwei Mitgliedern der FDP/DVP-Fraktion und zwei Mitgliedern der CDU-Fraktion besteht – die bildungspolitischen Sprecher sind mit dabei, nicht nur Frau Berthold und Frau Lazarus –, wird bis Mitte nächsten Jahres mit einem Gesamtkonzept fertig sein, sowohl was die allgemein bildenden als auch was die beruflichen Schulen betrifft. Es sind nur noch wenige Dinge zu klären.

(Abg. Zeller SPD: Welche?)

– Zum Beispiel, Herr Zeller: Wir sagen ja, das eine seien öffentliche Schulen und das andere seien private Schulen. Nun sagen die privaten Schulen zu Recht – deren Vertreter sitzen ja da oben –: Auch wir haben einen öffentlichen Auftrag. Deshalb wollen wir den Gegensatz zwischen öffentlichen Schulen und privaten Schulen nicht.

(Abg. Zeller SPD: Staatliche Schulen!)

– Gut. Staatliche Schulen sind bei uns Schulen, die in der Trägerschaft des Landes stehen.

(Abg. Braun SPD: Das wissen wir! Das ist uns bekannt!)

Das ist ein fester Begriff. Die anderen Schulen sind aber in der Trägerschaft der Kommunen. Dann müsste man sagen: Schulen in staatlicher und kommunaler Trägerschaft bzw. Schulen in privater Trägerschaft.

(Abg. Zeller SPD: Kommune ist auch Staat!)

Das muss jetzt noch geklärt werden.

Zweiter Punkt: Ich finde es ganz toll, meine Damen und Herren, dass einmal eine Initiative vom Parlament ausgeht und das Parlament ein Gesetz bzw. die Novellierung eines Gesetzes auf den Weg bringt und dies nicht von den Ministerien kommt – in diesem Fall vom Kultusministerium –, sondern aus unserer Mitte heraus erarbeitet wird.

Drittens: Es ist richtig: Die beruflichen Schulen in freier Trägerschaft darben im wahrsten Sinne des Wortes. Da müssen wir unter Umständen alsbald eine finanzielle Unterstützung oder zumindest eine leichte Anhebung der Förderung gewähren, damit sie nicht schließen. Ich erinnere zum Beispiel an die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern der evangelischen Sozialpädagogik. Da gibt es im Bereich der württembergischen Evangelischen Landeskirche vier Schulen. Dort gibt es gerade die Überlegung, ob man drei Schulen schließt und nur noch eine offen lässt. Das wäre natürlich für den Staat auch schlecht, weil wir dann entsprechend mehr Kapazität bereitstellen müssten. Also müssen wir die Förderung hier unter Umständen noch etwas erhöhen.

Dies noch zur Abrundung der Diskussion. Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Frau Abg. Lazarus.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Machen Sie uns Hoffnung, Frau Lazarus! – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Prinzip Hoffnung!)

Abg. Ursula Lazarus CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte nur noch etwas zur Wortmeldung von Frau Rudolf sagen. Sie haben hier, ohne im Detail Bescheid zu wissen – das können Sie gar nicht –, einfach Unterstellungen gemacht, nämlich dass das alles doch ganz einfach sei. Sie können sicher sein, dass es da heftige Komplikationen gibt, wenn Sie ins Detail gehen, und zwar nicht nur rechtlicher Art, sondern auch in der Systematik.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Das habe ich überhaupt nicht bestritten!)

Das ist das eine. Sie haben gesagt, es sei ganz einfach, ein solches Gesetz zu novellieren.

Das Zweite ist: Es hat bereits, wenn man so will, auch in schwierigen Zeiten Auswirkungen dieser Kommission gegeben. Wir haben nämlich Mitte der Neunzigerjahre schon einmal ein Haushaltsstrukturgesetz gemacht, und da waren auch die freien Schulen mit das Opfer gewesen, indem sie prozentual nachgeben mussten. Nach Beginn der Arbeit der Arbeitsgruppe war es einer der ersten Erfolge, sage ich einmal, dass man das mit immerhin 20 Millionen DM pro Jahr – das war 1997/98 auch Geld gewesen – sofort wieder nachgebessert und daraufhin auch den beruflichen Schulen noch eine zweite Tranche gegeben hat.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Das ist eine Mythenbildung sondergleichen!)

Die Unterstellung, wir wollten bestimmte Schulen noch kaputtmachen, damit man sparen könne, weise ich wirklich zurück.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage es noch einmal: Das ist eine Unterstellung.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Frau Abg. Lazarus, gestatten sie noch eine Nachfrage des Kollegen Zeller? –

(Zurufe von der CDU und der FDP/DVP: Nein! – Zu spät!)

Offensichtlich nicht.

Meine Damen und Herren, damit kommen wir zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Großen Anfrage der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/798. Ich gehe davon aus, dass die Große Anfrage durch die Aussprache erledigt ist. Erhebt sich dagegen Widerspruch?

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Überweisung an den Ausschuss! – Abg. Zeller SPD: Unser Antrag soll überwiesen werden!)

– Das ist nicht der Fall. Die Große Anfrage ist erledigt.

Wir kommen damit zum Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/1188. – Der Antrag wird vereinbarungsgemäß an den Ausschuss überwiesen. Danke schön, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Caroli SPD: An welchen Ausschuss? – Gegenruf des Abg. Zeller SPD: Schulausschuss! – Gegenruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP: Natürlich nicht an den Umweltausschuss! Saudumme Frage!)

– An den Ausschuss für Schule, Jugend und Sport, Herr Dr. Caroli.

Tagesordnungspunkt 4 ist damit erledigt.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 5:**

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Bereitstellung von Mitteln aus den Oddset-Sportwetten für gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der Veranstaltung der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006 – Drucksache 13/1365

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/1403

Berichterstatterin: Abg. Margot Queitsch

Wünscht die Frau Berichterstatterin das Wort? –

(Abg. Margot Queitsch SPD: Ja!)

Bitte.

(Abg. Clemens Winckler CDU: Aber erst anschließend!)

– Als Berichterstatterin oder als Rednerin Ihrer Fraktion?

(Unruhe – Abg. Margot Queitsch SPD: Als Rednerin!)

– Frau Queitsch, als Rednerin erhalten Sie nachher das Wort.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Winckler.

Abg. Clemens Winckler CDU: Frau Präsidentin, verehrte Damen, meine Herren! Wie sich vor einigen Monaten erneut gezeigt hat, ist eine Fußballweltmeisterschaft für das austragende Land weit mehr als eine besondere Sportveranstaltung. Sie ist ein außergewöhnliches gesamtgesellschaftliches Ereignis, das vor allem dank des Mediums Fernsehen in der ganzen Welt von zahlreichen Menschen verfolgt wird, selbst von so genannten Sportmuffeln. Ereignisse dieser Art können in vielfacher Hinsicht sehr positive Wirkungen auslösen – in der eigenen Gesellschaft ebenso wie weltweit zugunsten des Veranstaltungslandes.

Die seltene Chance zu einem solchen gesellschaftlichen Ereignis bietet sich Deutschland im Jahr 2006, wenn die Fußballweltmeisterschaft hierzulande ausgetragen wird. Damit sie genutzt wird, will der Deutsche Fußball-Bund ein vielfältiges, rein gemeinnütziges Begleitprogramm verwirklichen. Die danach unter anderem vorgesehenen völkerverbinden-

(Clemens Winckler)

den Projekte wie zum Beispiel Zentren und Begegnungsstätten für internationale Jugendbegegnungen, die Vorhaben hinsichtlich der Talentförderung, der Jugend-, Breiten- und Behindertensportförderung und des Familiensports ebenso wie kulturelle Veranstaltungen sind aus unserer Sicht wesentlich dazu geeignet, die beschriebenen Wirkungen zu erreichen.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Da die geplanten Aktivitäten und Maßnahmen im allseitigen nationalen Interesse liegen, bejahen wir die Absicht der Bundesländer, dem Deutschen Fußball-Bund zur teilweisen Finanzierung seines Rahmenprogramms in den Jahren 2002 bis 2006 jährlich 12 % der gegenüber dem Jahr 2001 zu erwartenden Mehrumsätze aus den Oddset-Sportwetten, insgesamt jedoch höchstens 130 Millionen €, zur Verfügung zu stellen.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass die Olympischen Spiele 1972 und die Fußballweltmeisterschaft 1974 hierzulande zum Teil mit Erträgen aus der Lotterie „Glücksspirale“ finanziert wurden.

Den Staatsvertrag begrüßen wir aber auch deshalb, weil durch ihn die ursprüngliche Erwägung des Deutschen Fußball-Bundes hinfällig geworden ist, anlässlich der Fußballweltmeisterschaft 2006 eine eigene, möglicherweise dauerhafte Sportwette zu veranstalten, was für das Land auf Dauer zu weniger Erträgen im Bereich der Wettmittel geführt hätte.

Unser anschließendes Votum verbinden wir allerdings mit Erwartungen und der Ablehnung eines Vorschlags. Damit es zu den angenommenen Mehrumsätzen auch kommt, erwarten wir vom Deutschen Fußball-Bund neben einer tatkräftigen Unterstützung der von den Gesellschaften des Deutschen Toto- und Lottoblocks hinsichtlich der Oddset-Sportwetten beabsichtigten Werbeaktivitäten eigene geeignete Marketingmaßnahmen.

Weiterhin erwarten wir von ihm, dass er die Mittel und etwaige daraus resultierende Zinsen tatsächlich in Einklang mit dem so genannten Königsteiner Schlüssel regional einsetzt sowie bei der konkreten Mittelverwendung nach Möglichkeit die Bundesländer beteiligt.

Schließlich lehnen wir nach wie vor strikt die absurde Idee des rheinland-pfälzischen SPD-Ministerpräsidenten Beck ab, die Gelder auch zur Schaffung von Quartieren für an der Weltmeisterschaft teilnehmende Mannschaften zu verwenden, weil dies wohl kaum ein gemeinnütziger Zweck wäre. Davon abgesehen halten wir die Vorstellung für wirklichkeitsfremd, die hoch dotierten und an Luxus gewöhnten Fußballprofis würden ein Mannschaftsquartier unter dem Standard einer Vier- oder Fünfterneunterkunft akzeptieren.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Das würde deren Sozialkompetenz stärken!

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Ich erteile Frau Abg. Queitsch das Wort.

Abg. Margot Queitsch SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dass Sport völkerverbindend ist, wissen wir ja. Aber wir sehen heute nach dieser langen Debatte im Parlament, dass Sport auch über die Fraktionen hinweg verbindend sein kann. Denn bereits im Finanzausschuss haben wir einstimmig festgestellt, dass wir diesem Gesetzentwurf zustimmen werden.

Ich kann mich in vielem dem anschließen, was Sie gesagt haben. Ganz entscheidend ist auch für uns – –

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Sind Sie für Freiburg oder für den VfB?)

– Ich bin natürlich für Freiburg. Wenn Sie mich so direkt fragen, lassen Sie mich eines einschieben, weil wir ja heute den Frauenplenartag haben. In Bezug auf Freiburg spricht man immer nur vom SC, von den Herren. Aber in Freiburg ist es so, dass die SC-Damen erstklassig sind, in der ersten Bundesliga spielen, und die Basketballerinnen spielen auch in der ersten Liga. Was das anbelangt, sind wir Spitze. Wenn andere Städte das nachmachen, haben wir nichts dagegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Abg. Drautz FDP/DVP: Wen trainieren Sie denn?)

– Das ist ganz einfach zu beantworten. Ich kann meine weiteren Ausführungen nachher etwas schneller vortragen. Ich bin Beiratsvorsitzende der „Eisvögel“, unserer Freiburger Basketballerinnen in der Bundesliga. Also bitte schön, ich weiß, wovon ich rede.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Deswegen ist auch völlig klar, dass wir sehr stark dafür plädieren, dass im Rahmen der Fußballweltmeisterschaft sehr viele Veranstaltungen zum Breitensport und auch zum Behindertensport stattfinden. Gerade im Behindertensport wird sehr viel gemacht. Ich war gestern beim „Ring der Körperbehinderten“ in Freiburg. Wenn man hört, was an sportlicher Arbeit mit Behinderten gemacht wird, dann wäre das auch eine Möglichkeit, diese Arbeit in den Jahren 2002 bis 2006 im Rahmen des Begleitprogramms der Fußballweltmeisterschaft mit zu unterstützen und vorzustellen. Ich denke, das ist eine Gelegenheit, deutlich zu machen, was an Jugendarbeit in unseren Sportvereinen in Deutschland geleistet wird.

Wenn man sich anschaut, aus welchen Gruppierungen sich die Jugendlichen in den Sportvereinen zusammensetzen, sieht man, dass da auch sehr viel Eingliederungsarbeit, sehr viel Sozialarbeit geleistet wird. Ich denke, der DFB hat da schon die Aufgabe, nicht nur dieses große Sportereignis durchzuführen, sondern gleichzeitig durch regional ausgewogene Veranstaltungen – querbeet durch die Länder – deutlich zu machen, was für ein breites Spektrum an Sport wir in Deutschland haben und welche Art von Unterstützung für diese Arbeit in den Sportvereinen geleistet wird.

Sie haben vorhin – das war auch im Finanzausschuss schon Thema – die Mannschaftsquartiere angesprochen. Da sage ich ganz offen: Es kann auch einmal sein, dass sich ein SPD-

(Margot Queitsch)

Ministerpräsident etwas einfallen lässt, was nicht unbedingt von allen mitgetragen wird.

(Abg. Clemens Winckler CDU: Dem fällt öfter was ein, aber nur Absurdes!)

– Das mag sein. Aber wenn wir einmal anfangen würden aufzuzählen, was Ihren Ministerpräsidenten alles einfällt, kämen wir gar nicht mehr zum Ende.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Da denke ich manchmal: Wer im Glashaus sitzt, sollte ein bisschen aufpassen.

Wir finden es auch ganz wichtig, dass die Rechnungshöfe die Verwendung der Mittel prüfen, damit auch der Finanzausschuss genau weiß, was mit diesen Mitteln eigentlich passiert. Das wurde aber auch schon zugesichert, sodass wir sehr dafür sind, dass das Rahmenprogramm für gemeinnützige Zwecke vom DFB durchgeführt wird. Dass die Verteilung der Mittel regional ausgewogen – in Anlehnung an den Königsteiner Schlüssel – erfolgt, versteht sich eigentlich von selbst. Darüber haben wir auch schon diskutiert.

Damit möchte ich es schon bewenden lassen. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer.

(Abg. Seimetz CDU: Herr Oberbürgermeister! – Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Finanzausschuss empfiehlt dem hohen Haus einstimmig, dem vorliegenden Gesetzentwurf zuzustimmen. Daran können Sie erkennen, dass auch die FDP/DVP-Fraktion dem zustimmt.

Positiv hervorzuheben ist, dass die angesprochenen Mittel regional ausgewogen für gemeinnützige Aufgaben eingesetzt werden sollen; das ist hier schon angesprochen worden. Insofern möchte ich es kurz machen: Dem kann man nur zustimmen. Dabei muss man auch immer wieder begründen, warum der Staat bei den Erträgen aus Lotterien überhaupt seine Hand aufhält. Offensichtlich hat man hier ein gewisses schutzwürdiges Interesse erkannt, dass man sagt: „Das Ganze muss vom Staat koordiniert und gelenkt werden, damit der Mensch nicht seiner Spielsucht anheim fällt.“ Wir als Liberale stehen dazu, dass auch eine gewisse Regulierung erfolgt. Deshalb kann ich für unsere Fraktion Zustimmung zu dem vorliegenden Gesetzentwurf signalisieren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Frau Abg. Dederer.

Abg. Heike Dederer GRÜNE: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Einstimmigkeit bei diesem Thema wurde von den Kolleginnen und Kollegen schon betont. Auch wir werden dem Staatsvertrag natürlich zustimmen.

In § 2 des Staatsvertrags – Verwendung der Mittel – sind die gemeinnützigen Zwecke beschrieben: Talentförderung, Familiensporttage, kulturelle Rahmenprogramme, völkerverbindende Projekte. Das sind alles Zwecke, denen man gern zustimmt. Daher werden wir das auch tun.

Es handelt sich auch nicht um einen einmaligen Vorgang. Bereits das Rahmenprogramm der Fußball-WM 1974 und der Olympischen Spiele 1972 wurden auf dieselbe Art finanziert. Damals wurden Mittel aus der „Glücksspirale“ bereitgestellt. Wir halten es für sehr gut, dass in diesem Fall keine neue Wette eingeführt wird. Denn das gegenwärtige System ist ohnehin schon unübersichtlich genug. Daher halten wir es für richtig, dass Mittel aus der Oddset-Wette bereitgestellt werden.

Andere positive Punkte wurden von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern auch schon angesprochen, so zum Beispiel die regional ausgewogene Verteilung der Mittel, die uns als Landtagsabgeordneten natürlich wichtig ist.

Für uns ist auch von besonderer Bedeutung, dass das Öko-Institut die Fußball-WM begleitet und in Fragen des Umweltschutzes berät. Das ist ja nicht ganz unwesentlich.

Lassen Sie mich neben den sportpolitischen auch noch drei finanzpolitische Anmerkungen machen, die im Finanzausschuss teilweise schon thematisiert wurden.

Für mich ist es wichtig, dass nicht unbegrenzt Mittel zur Verfügung gestellt werden. Es gibt eine Deckelung. Maximal 130 Millionen € dürfen an den DFB überwiesen werden. Es gibt zweitens auch eine zeitliche Begrenzung bis zum Jahr 2007.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Das heißt, es wird hier nicht auf Dauer ein Tropf geschaffen, an dem der DFB schließlich hängt. Vielmehr ist von vornherein klar, dass die Zuschüsse befristet sind.

Der dritte Punkt, den die Kollegin Queitsch angesprochen hat und den ich auch im Finanzausschuss thematisiert hatte: Den Landesrechnungshöfen wird ein Prüfrecht eingeräumt. Ich halte dies für wichtig. Wir wissen ja, wer Präsident des DFB ist und wie er mit Geld umzugehen pflegt.

(Abg. Seimetz CDU: Was soll das? Das gehört aber nicht hierher!)

Daher ist auch mein Wunsch, dass dieses Prüfrecht wahrgenommen wird. Auch dies wurde schon zugesagt. Man hat sich wohl darauf geeinigt, dass der hessische Landesrechnungshof die Verwendung der Mittel, die wir zuschießen, prüfen wird.

Daher stimmen wir dem Gesetzentwurf natürlich gerne zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Ich erteile Herrn Staatssekretär Rückert das Wort.

(Abg. Seimetz CDU: Ein Wort zur Ehrenrettung von MV!)

Staatssekretär Rückert: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist fürwahr erfreulich, dass das Eintreten für den Sport nicht nur völkerverbindend, sondern auch fraktionsübergreifend ist. Wir haben hören können, dass der Finanzausschuss diese Gesetzesvorlage vertieft beraten hat. Die Vorrednerinnen und Vorredner – Frau Queitsch, Frau Dederer, Herr Winckler und Herr Theurer, dem ich im Übrigen zu seiner glänzenden Wiederwahl zum Oberbürgermeister gratulieren möchte –

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen – Zurufe
der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU und Theurer
FDP/DVP)

haben den Inhalt umfassend dargestellt und beleuchtet. Deswegen möchte ich mich nicht in Wiederholungen verlieren.

Ich möchte ein herzliches Dankeschön für die signalisierte einvernehmliche Zustimmung sagen. Es freut mich, dass wir nach den gehabten kontroversen Diskussionen bei anderen Sachthemen nun bei diesem Tagesordnungspunkt feststellen können: Parlament und Regierung ziehen an einem Strang. Deswegen jetzt nur noch meine Bitte: Stimmen Sie der Gesetzesvorlage abschließend zu.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP sowie der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **E i n z e l a b s t i m m u n g**.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/1403. Der Finanzausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

Ich rufe auf

§ 1

Wer § 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Zwei Abgeordnete. –

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Was ist da los?)

Wer enthält sich der Stimme? – § 1 wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 2

Wer § 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei zwei Gegenstimmen mehrheitlich angenommen.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 13. November 2002 das folgende Gesetz beschlossen.“

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Bereitstellung von Mitteln aus den Oddset-Sportwetten für gemeinnützige

Zwecke im Zusammenhang mit der Veranstaltung der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

(Abg. Scheuermann CDU: Ich gebe eine Erklärung zur Abstimmung ab!)

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! –

(Heiterkeit – Abg. Dr. Noll FDP/DVP zu Abg. Scheuermann CDU: Hat das was Reales?)

Stimmhaltungen? – Dem Gesetz ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich möchte der Bitte von Herrn Scheuermann entsprechen. Er möchte eine Erklärung zur Abstimmung abgeben.

(Abg. Fischer SPD: Jetzt wollen wir es hören!)

Abg. Scheuermann CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte einen akademischen Lehrer – unter den Juristen ist er sehr bekannt: Professor Harry Westermann –, der immer gesagt hat: Wenn alle einmütig einer Auffassung sind, schüttele ich so lange meinen Kopf über der Suppe, bis ich ein Haar darin finde.

(Heiterkeit und Beifall des Abg. Kretschmann GRÜNE)

So habe ich es jetzt auch getan. Ich bin der Meinung, wenn einer der reichsten Sportverbände, wenn nicht der reichste Sportverband der Bundesrepublik Deutschland die Weltmeisterschaft nach Deutschland holt und sich rühmt, dass ihm das gelungen ist, dann brauchen wir diesem reichen Verband nicht noch Geld hinterherzuwerfen.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Ich halte das für Perlen vor die Säue geschmissen.

(Heiterkeit)

Deswegen habe ich dagegen gestimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Kretschmann GRÜNE – Zuruf von der CDU: Herr Kollege Behringer möchte ebenfalls noch eine Erklärung zur Abstimmung abgeben!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Kollege Behringer, ich erteile Ihnen das Wort zur Abgabe einer Erklärung zur Abstimmung – aber bitte nur dafür.

Abg. Behringer CDU: Ich habe ebenfalls dagegen gestimmt. Ich schließe mich den vom Kollegen Scheuermann vorgetragenen Gründen vollinhaltlich an.

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Damit, meine Damen und Herren, ist der Tagesordnungspunkt 5 erledigt.

(Stellv. Präsidentin Beate Fauser)

Wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 6:**

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung
– Gesetz zur Änderung des Naturschutzgesetzes – Druck-
sache 13/1360**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses Länd-
licher Raum und Landwirtschaft – Drucksache 13/1469**

Berichterstatter: Abg. Bayer

Meine Damen und Herren, mir wurde von den Fraktionen mitgeteilt, dass wir ohne Aussprache zur Abstimmung kommen können.

(Beifall des Abg. Zimmermann CDU)

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **E i n z e l -
a b s t i m m u n g**. Abstimmungsgrundlage ist die Be-
schlussempfehlung des Ausschusses Ländlicher Raum und
Landwirtschaft, Drucksache 13/1469. Der Ausschuss Länd-
licher Raum und Landwirtschaft empfiehlt Ihnen, dem Ge-
setzentwurf unverändert zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Wer stimmt zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich?
– Dem Artikel 1 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –
Enthaltungen? – Gegenstimmen? – Dem Artikel 2 ist ein-
stimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 13. November 2002 das folgen-
de Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Naturschutzgesetzes“. –
Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich,
sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Ge-
setz wurde einstimmig zugestimmt.

Damit ist der Tagesordnungspunkt 6 erledigt.

Wir kommen zum **Tagessordnungspunkt 7:**

**a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des
Innenministeriums – Integration von Migranten in Ba-
den-Württemberg – Drucksache 13/432**

**b) Große Anfrage der Fraktion GRÜNE und Antwort der
Landesregierung – Gesamtkonzept der Integrationspo-
litik in Baden-Württemberg – Drucksache 13/1030**

Wem darf ich das Wort erteilen? – Frau Abg. Utzt, ich erteile
Ihnen das Wort.

Abg. Inge Utzt SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und
Herren! Vor gut einem Jahr haben wir unseren Antrag
Drucksache 13/432 eingebracht, und seitdem haben sich die
Verhältnisse in unserem Land keineswegs verbessert. An
wenigen Beispielen wird deutlich, dass eher das Gegenteil
eingetreten ist.

Die in Pflichtveranstaltungen an Pädagogischen Hochschu-
len zum Unterricht mit Migrantenkindern erreichten Studie-
renden wurden in großer Zahl nicht in den Schuldienst ein-
gestellt. In der seit 1998 geltenden Prüfungsordnung gibt es
diese Pflichtveranstaltungen nicht mehr. Meines Wissens
ist etwas Derartiges für die anstehende Novellierung der
Prüfungsordnung nicht mehr vorgesehen.

An der Verwaltungsakademie des Landes ist das Thema
Interkultur gestrichen. Die zusätzliche Lehrerstunde je vier
ausländische bzw. ausgesiedelte Schüler an Grund- und
Hauptschulen und die 20 zusätzlichen Lehrerdeputate in
Mannheim und Stuttgart wegen der dortigen besonderen
pädagogischen Situation erscheinen nicht mehr im Organi-
sationserlass des Kultusministeriums. Stattdessen werden
den Staatlichen Schulämtern zwei Lehrerwochenstunden
pro Regelklasse zugewiesen. Da gewinnt zwar das breite
Land; aber Fazit ist, dass die Städte mit einem hohen Aus-
länderanteil Verlierer sind.

In der Hoffnung auf einen anderen Wahlausgang hatte das
Land die Mitarbeit in der Arbeitsgruppe beim Bundesamt
für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg bislang verwei-
gert.

Allein diese wenigen Beispiele zeigen, wie ernst es der Re-
gierung mit der Integration ist. Wenn ich mich umsehe, sehe
ich übrigens auch, wie ernst es der Regierung damit ist. Ich
sehe: Die Regierungsbank ist bis auf Herrn Staatssekretär
Rech völlig unbesetzt.

(Staatssekretär Rech: Ist das nichts?)

In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage nach
der Zukunft der Ausländersozialarbeit in diesem Land. Wie
sieht es mit der Erstberatung und mit der Begleitung der
Migrantinnen und Migranten während der Sprach- und Ori-
entierungskurse aus?

Ich möchte noch ein paar Punkte unseres Antrags auffüh-
ren, die originäre Landesangelegenheiten betreffen bzw.
vom Land jederzeit durchgeführt werden können. Zum Bei-
spiel bei der Sprachförderung haben wir gezielte Sprachpro-
jekte für Eltern in Kindertagesstätten und Schulen gefor-
dert.

In diesem Zusammenhang war die Lektüre der heutigen Ta-
gespresse hochinteressant. Einerseits preist die Landesre-
gierung ihre via Landesstiftung zu finanzierenden Sprach-
kurse für Vorschulkinder an, und die Kultusministerin setzt
dem Ganzen noch dadurch die Krone auf, dass sie erklärt,
wenn Kinder mit Defiziten in der Sprachförderung nicht von
ihren Eltern zu den Sprachkursen geschickt würden, könne
das zur Folge haben, dass diese Kinder zunächst nicht ein-
geschult würden.

Andererseits konnte ich heute meiner Tageszeitung, der
„Cannstatter Zeitung“, entnehmen, dass der Rechtsan-
spruch auf einen Kindergartenplatz doch eher theoretisch

(Inge Utzt)

zu verstehen ist. In einem Wohngebiet mit einem hohen Ausländeranteil haben 60 Eltern eine Absage für ihre Kinder erhalten,

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Was?)

und überwiegend scheinen ausländische Familien betroffen zu sein.

(Abg. Scheuermann CDU: Nur in Stuttgart!)

Ich zitiere aus der Zeitung:

„Mein Sohn wird bald fünf“, klagt ein türkischer Vater, „und wartet seit zwei Jahren auf einen Platz.“ Der Vater erwartet Probleme, sollte sein Sohn ohne Kindergartenfahrung in die Schule kommen. Permanente Absagen in drei Einrichtungen zermürben. Zwei seiner Landsleute haben Gleiches erlebt. „Mein deutscher Arbeitskollege und ich haben unsere gleichaltrigen Kinder zusammen angemeldet. Ich erhielt eine Absage, er nicht.“

(Abg. Alfred Haas CDU: Sind Sie Stadträtin in Stuttgart?)

Wir haben stadtteilbezogene niederschwellige Angebote von Sprachkursen, die für Frauen mit Kindern eine Kinderbetreuung beinhalten.

(Abg. Alfred Haas CDU: Zuständig ist die Stadt Stuttgart!)

– Vielleicht darf ich Sie noch einmal darauf aufmerksam machen, dass die Tatsache, dass in Kindergärten Vorschulziehung und Sprachförderung betrieben werden –

(Abg. Fischer SPD: So ist es!)

das wird über die Landesstiftung finanziert – und die Kinder nicht einmal die Möglichkeit haben hinzugehen, keine Angelegenheit des Stadtrats ist, sondern sehr wohl uns in diesem Parlament angeht.

(Beifall bei der SPD – Abg. Alfred Haas CDU: Es geht doch zunächst einmal um den Kindergartenplatz!)

Wir haben heute über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gesprochen. Selbstverständlich muss das auch für die Weiterbildung, für Sprachkurse und auch für Familien mit Migrationshintergrund gelten. Gerade deshalb hatten wir Sprachkurse mit Kinderbetreuung gefordert.

Kommen wir zu einem weiteren originären landespolitischen Thema, zur Schule. Über die mangelhafte Ausstattung mit Ganztagschulen und Ganztageseinrichtungen in diesem Land haben wir heute Vormittag bereits gesprochen, und ich habe dem, was meine Kolleginnen und Kollegen dazu gesagt haben, nichts hinzuzufügen.

Wir haben in unserem Antrag Drucksache 13/432 zum Bereich der Schule eine Reihe von Vorschlägen gemacht. Die Stellungnahme der Landesregierung enthält seitenweise Lyrik. Es bleibt dem Engagement der Einzelnen überlassen, ob sie Fortbildungsangebote wahrnehmen möchten oder nicht. Jede Verpflichtung fehlt.

Es ist dringend notwendig, in der Lehrerfortbildung die interkulturelle Pädagogik und die Verpflichtung zur Wahrnehmung von Fortbildungsangeboten zu verankern, und die Schulentwicklung muss sich an dem zentralen Problem der Integration von Migrantenkindern orientieren.

Der Anteil an Migrantenkindern mit einem höheren Bildungsabschluss ist nach wie vor unbefriedigend. Das liegt meist nicht an mangelnder Intelligenz oder mangelndem Interesse, sondern an mangelnder Förderung. Wir verschleiern auf diese Art und Weise ungeheuer viel Humankapital.

Zu unserer Forderung nach gezielter Anwerbung von ausländischen Jugendlichen und jugendlichen Aussiedlern für pädagogische Berufe wurde darauf hingewiesen, dass sich die Werbung für den Beruf des Lehrers vorrangig an den Bedürfnissen der Unterrichtsversorgung orientiere. Wo, wenn nicht in der Schule, ist interkulturelle Kompetenz gefragt?

Was kommt nach der Schule? Ein Blick über die Landesgrenzen zeigt, dass die Problematik junger Arbeitsloser mit Migrationshintergrund in anderen Bundesländern etwas ernster genommen wird. So werden zum Beispiel in Bayern EQUAL-Projekte mit Landesmitteln beispielhaft unterstützt.

Wir haben nach der interkulturellen Kompetenz in der Verwaltung gefragt. Zu Beginn meiner Ausführungen habe ich den Blick bereits auf die Realität gelenkt, indem ich darauf verwiesen habe, dass das Thema Interkultur an der Verwaltungsakademie des Landes gestrichen worden ist. Unsere Frage nach einer Verstärkung der Bemühungen, Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund in den öffentlichen Dienst einzustellen, wurde mit dem Hinweis beantwortet, dass Einstellungen in den öffentlichen Dienst nach Eignung, Leistung und fachlicher Befähigung erfolgen. Das ist selbstverständlich. In diesem Rahmen könne – so die Regierung – ein Migrationshintergrund positive Berücksichtigung finden. Der ehemalige Innenminister Birzele hat während seiner Amtszeit hier Beispielhaftes geleistet, indem er die Polizeiaufbahn für Bewerber mit Migrationshintergrund öffnete.

(Beifall bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Bravo!)

Wo sind ähnliche Aktivitäten der derzeitigen Regierung?

Ein besonders dunkles Kapitel ist das Problem der alten Migrantinnen und Migranten. Die Antwort der Landesregierung auf die entsprechende Frage in der Großen Anfrage der Grünen sowohl zur stationären Versorgung in den Krankenhäusern als auch im Hinblick auf die interkulturelle Öffnung der Altenhilfe- und Pflegeangebote ist unbefriedigend.

Ich könnte noch viele Beispiele bringen, die ebenso unbefriedigend sind. Angesichts der vorgerückten Stunde möchte ich das aber unterlassen und empfehle Ihnen die Lektüre der Stellungnahme zu unserem Antrag und der Antwort auf die Anfrage der Grünen.

Im Übrigen scheint der Autor der Antwort auf die Große Anfrage der Grünen einen besonderen Humor zu haben. Ich

(Inge Utz)

vermute nämlich, dass folgender Satz nicht vom Herrn Innenminister selbst verfasst worden ist:

Die Muttersprache der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler ist Deutsch.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Die Muttersprache! – Abg. Alfred Haas CDU: Was gibt es da jetzt zu lachen? – Lachen bei der SPD und den Grünen – Abg. Carla Bregenzer SPD: Herr Haas ist einfach zu weit von der Realität entfernt! – Unruhe)

Insgesamt ist die Stellungnahme der Landesregierung zu unserem Antrag unbefriedigend, weil sie an der Wirklichkeit in unserem Land vorbeigeht. Wir haben in unserem Antrag den Weg aufgezeigt, der gegangen werden muss. Im Interesse unseres Landes und der hier lebenden Menschen sollten Sie diesem Weg folgen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Carla Bregenzer SPD: Haben Sie es noch nicht verstanden, Herr Haas? – Abg. Schmiedel SPD: Das heißt „Vatersprache“, Herr Haas! – Gegenruf des Abg. Alfred Haas CDU: Großvatersprache!)

Stelly. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Frau Abg. Bauer.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sowohl in der Großen Anfrage der Fraktion GRÜNE als auch in dem Antrag der Fraktion der SPD geht es um die Gesamtkonzeption der Landesregierung im Bereich der Integrationspolitik. Wenn man sich die Antwort der Landesregierung und die Stellungnahme des Innenministeriums anschaut, kann man feststellen: Das Werk ist zwar umfangreich, aber dennoch noch lange nicht reich an Inhalt. Die Antworten machen viele Worte. Viele gute Absichten werden geäußert. Es wird beschwichtigt. Es werden einzelne Modellprojekte aufgeplustert. In der Substanz aber zeigt sich: Es ist keine Gesamtkonzeption zum Thema Integration in Sicht. Es ist keine Bestandsaufnahme in Sicht. Und weil keine Bestandsaufnahme in Sicht ist, können auch keine präzisen Ziele und Maßnahmen definiert werden. Integrationspolitik in diesem Land bleibt deshalb Flickschusterei.

Ich möchte das einmal an vier Punkten verdeutlichen.

(Abg. Alfred Haas CDU: So viel?)

Zum Ersten: Zu Beginn der Legislaturperiode, lieber Herr Haas, hat die Landesregierung angekündigt, dass eine umfassende Bestandsaufnahme über alle Maßnahmen im Bereich der Integration im Land gemacht werde. Jetzt – es ist über ein Jahr vergangen – ist in der Antwort auf unsere Große Anfrage zu lesen, der Prozess der umfassenden Bewertung sei noch nicht abgeschlossen. Ich hoffe, dass, wenn es schon so lange dauert, wenigstens ganz besonders profunde Kenntnisse ans Tageslicht kommen.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Mit gutem Willen könnte man durchaus auch wichtige Ergebnisse einer Bestandsaufnahme relativ schnell hervor-

bringen. Man könnte zum Beispiel die Anregungen des Ausländerbeauftragten, des Herrn Ministers Goll, aufgreifen.

Wenn Sie einen Blick in seinen Jahresbericht werfen, sehen Sie, dass darin sehr konkrete Vorschläge enthalten sind, wie man in Sachen Bestandsaufnahme vorankommen könnte. Herr Goll schreibt zum Beispiel zum Thema Integration von Kindern, dass in Baden-Württemberg bisher noch nicht einmal erhoben wird, welche Wirksamkeit die Sprachförderungsmaßnahmen im vorschulischen Bereich haben. Zum anderen wird noch nicht einmal erfasst, wie viele Kinder mit ausländischer oder Spätaussiedlerherkunft die Angebote im Bereich der verlässlichen Grundschule überhaupt wahrnehmen. Wenn man aber nicht hinschaut und nicht schaut, wo die Probleme liegen, dann kann man sich auch nichts vornehmen und keine Maßnahmen definieren.

Punkt 2: Zu Beginn des Jahres hat die Landesregierung angekündigt, einen Landesarbeitskreis Integration ins Leben zu rufen, um ressortübergreifend dafür zu sorgen, dass es zu einem Abstimmungs- und Koordinationsprozess kommt – über die Ressortzuständigkeit der verschiedenen Einzelbereiche hinaus. Passiert ist bis Oktober aber gar nichts. Vor wenigen Wochen ist zum ersten Mal ein Arbeitskreis eingeladen worden, doch zu Zusammensetzung, Zielsetzung und Arbeitsweise dieses Arbeitskreises hält sich die Landesregierung bis heute bedeckt.

Ich kann dazu nur sagen: Wenn dieser Arbeitskreis mehr als nur ein Feigenblatt sein soll, dann holen Sie ihn aus dem Hinterzimmer des Ministeriums heraus, laden Sie interkulturelle Kompetenz ein. Laden Sie zum Beispiel Vertreter der nichtchristlichen Kirchen ein, damit sie mit am Tisch sitzen, laden Sie Vertreter von Migrantenorganisationen ein. Reden Sie mit den Betroffenen zum Thema Integration und nicht über sie.

(Beifall bei den Grünen)

Punkt 3: Es ist generell festzustellen, dass Sie die Erfahrungen und Kompetenzen der eingewanderten Bevölkerung in diesem Land viel zu wenig nutzen. Dabei wäre für eine wirkungsvolle Integrationspolitik genau das ein Bereich, um erfolgreich zu sein. Diese Menschen könnten eine Schlüsselrolle für den Integrationsprozess einnehmen. Mehrsprachigkeit und Migrationserfahrung müssen als Zusatzqualifikation von Bewerberinnen und Bewerbern gerade im öffentlichen Dienst verstärkt zur Geltung kommen.

In diesem Zusammenhang müsste an allererster Stelle etwas dafür getan werden, dass in unseren Kindergärten und Schulen und insbesondere in den Hauptschulen verstärkt für Menschen mit einem solchen Migrationshintergrund geworben wird. Wenn wir verstärkt Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund einstellen würden, könnten wir uns viele mehr oder weniger kluge Ratgeber und Ratschläge zum Thema „Sprachförderung und interkultureller Unterricht“ sparen, weil die Menschen aus eigener Erfahrung und mit eigenem Hintergrund wirksamer etwas zur Förderung der Integration von Kindern beisteuern könnten.

Daher empfehlen wir: Starten Sie seitens der Landesregierung eine Werbekampagne! Sorgen Sie dafür, dass Men-

(Theresia Bauer)

schen mit interkultureller Kompetenz in diese Berufe hineingehen!

(Beifall bei den Grünen)

Ein viertes Beispiel: Thema Sprachförderung. Es ist ja eben schon erwähnt worden und es stand auch in allen Zeitungen, dass jetzt im vorschulischen Bereich Kurse zur Förderung von Kindern mit Deutschproblemen angeboten werden, die aus Mitteln der Landesstiftung finanziert werden. Das ist ja schön und gut, einmal abgesehen davon, dass das Geld besser in eine gute Fortbildung der Erzieherinnen und in ein integriertes System der interkulturellen Arbeit in den Kindergärten investiert wäre. Aber dennoch muss man auch da sagen: Selbst hier bleibt die Maßnahme Flickschusterei. Die Landesstiftung fördert zurzeit ja auch in einem anderen Bereich Sprachkurse, nämlich die Sprachkurse für die Erwachsenen, die so genannten Integrationskurse. Doch diese Kurse müssen ihre Arbeit einstellen, sobald das Zuwanderungsgesetz in Kraft tritt, da es Integrationskurse und Sprachkurse ja mit Fug und Recht zur Pflichtaufgabe der Politik macht. Denn ab dem Zeitpunkt, zu dem die Integrationskurse zur Pflichtaufgabe werden, kann die Landesstiftung die Sprachkurse nicht mehr finanzieren. Daran erkennen Sie den Konstruktionsmangel. Wenn Sie über die Landesstiftung gehen, negieren Sie, dass Sprachkurse Pflichtaufgabe der Politik sind. Genau da würden sie aber hineingehören.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Bebbler SPD)

Es bleibt festzuhalten: In Sachen Integrationspolitik macht es sich die Landesregierung nach wie vor billig. Genau das wird uns mittelfristig teuer zu stehen kommen. Deshalb ist die Zeit reif, ein neues Kapitel der Integrationspolitik aufzuschlagen. Wenn die Landesregierung bereit wäre, hier endlich neue Wege zu gehen, könnte sie darauf setzen, dass wir als Fraktion GRÜNE auch bereit wären, sie mit konstruktiven Vorschlägen zu begleiten.

Schönen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pauli.

(Abg. Schmiedel SPD: Da gibt es ein Kinderbuch: „Pauli, schlimmer Pauli“! – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Abg. Pauli CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Förderung der Integration von Ausländern, die rechtmäßig auf Dauer bei uns leben, und die Förderung der Eingliederung von Spätaussiedlern sind vorrangige Anliegen der CDU-Landtagsfraktion.

Frau Kollegin Bauer, wenn Sie die Integrationspolitik des Landes als Flickschusterei bezeichnen, dann ist das nicht nur nicht angemessen, sondern schlichtweg eine Verzerrung der Tatsachen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Baden-Württemberg hat im Jahr 2000 als erstes Bundesland einen Entwurf eines Integrationsgesetzes in den Bundesrat eingebracht.

Integration darf jedoch keine Einbahnstraße sein. Viele haben zu lange verdrängt und manche bis heute nicht begriffen, welche Bedeutung Integrationsbereitschaft und Integrationsfähigkeit für das gesellschaftliche Zusammenleben auf dem Boden der Verfassungsvorgaben der Bundesrepublik Deutschland haben. Wer auf Dauer bei uns leben will, muss Integrationsbereitschaft mitbringen. Die Menschen, die zu uns kommen, müssen auch selbst nach der Maxime „Fördern und fordern“ bereit sein, sich den Anforderungen bei der Integration zu stellen und diese aktiv zu unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Abg. Pauli, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Bauer?

Abg. Pauli CDU: Nein.

(Heiterkeit)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Pauli, fahren Sie fort.

(Abg. Schmiedel SPD: Keine Bereitschaft zum Dialog!)

Abg. Pauli CDU: Wer bei uns leben will, muss zum Beispiel auch bereit sein, unsere Grundrechte – –

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE unterhält sich mit Abg. Brigitte Lösch GRÜNE.)

– Frau Bauer, hören Sie doch bitte zu.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Pauli, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Abg. Utzt?

Abg. Pauli CDU: Nein.

(Abg. Schmiedel SPD: Sag mal! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Warum eigentlich? – Abg. Bebbler SPD: Ein Frauentagscharme! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Das ist das Ende des Frauentags! – Heiterkeit)

Wer bei uns leben will, muss zum Beispiel auch bereit sein, unsere Grundrechte zu beachten und die nach Artikel 3 Abs. 2 des Grundgesetzes festgelegte gleichberechtigte Stellung der Frau aktiv zu respektieren.

(Abg. Inge Utzt SPD: Dann tun Sie es doch! – Abg. Bebbler SPD: Das nimmt Ihnen jetzt keiner mehr ab!)

Wenn junge Mädchen Teile des Schulunterrichts, zum Beispiel Sport- oder Schwimmunterricht, nicht besuchen dürfen, wenn junge Mädchen mit Kopftüchern in den Unterricht geschickt werden, sind dies eindeutig die falschen Signale.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Türkische Lehrer schütteln über das, was bei uns zugelassen wird, nur den Kopf.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

(Pauli)

Unsere Grundrechte sind keine allgemeinen Programmsätze, sondern sie bestimmen den Umgang und das Miteinander und sind Vorgaben für Deutsche und Ausländer gleichermaßen. Daran darf überhaupt kein Weg vorbeiführen.

Es ist doch jedem klar: Die deutsche Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Nur das Beherrschen der Sprache ermöglicht das gegenseitige Verstehen und ist Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und Akzeptanz. Daher begrüßen wir, dass flankierend zu den Landesmitteln mit Mitteln der Landesstiftung Baden-Württemberg weitere Integrationskurse und Projekte zur Sprachförderung ermöglicht werden. Wir begrüßen, dass Sie das wenigstens registriert haben.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Bereits im Juni dieses Jahres startete in unserem Land das Pilotprojekt „Eingliederungslotse und Eingliederungsvereinbarung“ für Spätaussiedler an jeweils einem Standort in unseren vier Regierungspräsidien. Ziel des bis zum 30. April 2005 laufenden Projekts ist es, neu ankommende Spätaussiedler und ihre Familien umfassend zu unterstützen, sodass eine möglichst rasche Integration im sozialen, beruflichen und gesellschaftlichen Umfeld gelingt. Dieses Pilotprojekt wird mit insgesamt 800 000 € aus Mitteln der Landesstiftung Baden-Württemberg finanziert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Integrationsmaßnahmen werden in Baden-Württemberg konkret vor Ort auf der kommunalen und unteren staatlichen Ebene geleistet. Die Träger der freien Wohlfahrtspflege und andere Verbände leisten hierzu wertvolle Arbeit. Ziel des Landes ist es, bestehende und weitere Integrationsmaßnahmen so weit wie möglich in Partnerschaft mit Kommunen und Verbänden durchzuführen. Doch schon heute tragen Länder und Kommunen die Hauptlast der Integrationskosten. Bestehende und neue Integrationsmaßnahmen des Landes entlasten deshalb den Bund nicht von seinen Verpflichtungen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wenn unsere rot-grünen Kolleginnen und Kollegen dies in Berlin ebenso deutlich sagen würden, kämen wir erheblich weiter.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Tosender Beifall!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Glück.

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Über dem ganzen Komplex, über den wir heute diskutieren, schwebt ja noch das Bundesverfassungsgericht. Das Land – Herr Pauli, ich bin dankbar, dass Sie darauf hingewiesen haben – hat sich rechtzeitig in Sachen Integration bemüht, und wir haben eine Bundesratsinitiative eingebracht. Ziel dieser Initiative war Integration als Angebot und Verpflichtung zugleich, also fördern und fordern zu einer vernünftigen Integration in Deutschland.

Die FDP/DVP-Fraktion hat im Dezember 2001 ein umfangreiches Integrationskonzept auf den Weg gebracht, und ich bin froh, dass sich ein großer Teil unserer Anregungen in dem Konzept der Landesregierung widerspiegelt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die Opposition kann natürlich heute Abend kein geschlossenes Konzept verlangen, denn Sie kennen die Unwägbarkeiten, die mit dem Zustandekommen dieses Gesetzes verbunden sind. Aber unabhängig von Karlsruhe steht die FDP/DVP für ein modernes, steuerndes und begrenzendes Zuwanderungsgesetz.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Einiges spricht dafür, meine Damen und Herren, dass Integration die Zukunftsaufgabe des Jahrhunderts wird.

Die Grünen haben nun – freundlicherweise, möchte ich sagen – ein Thema aufgegriffen, das wir bereits in unserer Großen Anfrage angestoßen hatten, nämlich die interkulturelle Kompetenz. Ich bin davon überzeugt, dass in diesem Punkt noch erheblicher Diskussionsbedarf besteht, Herr Minister, auch nach der Antwort der Landesregierung; ich will nicht sagen: umso mehr, aber zumindest auch nach der Antwort.

(Abg. Wieser CDU: Oi, oi, das ist eine kritische Bemerkung!)

– Man darf unter Freunden auch kritisch sein.

Dazu möchte ich ein Beispiel bringen, das uns nicht so ganz befriedigt. Die Landesregierung legt einen sehr umfassenden Begriff der interkulturellen Kompetenz zugrunde. Schwachpunkt ist jedoch, dass sie sich auf den eigenen Kulturkreis bezieht. So werden zum Beispiel Auslandspraktika in England oder in der Schweiz oder in Österreich als geeignet angesehen, die Sichtweisen von Einwanderern kennen zu lernen und die entsprechende Sensibilität für andere Kulturen zu schaffen. Ich meine, „Einwanderer“ aus diesen Ländern stellen bei uns kein Problem dar. Wir sehen noch sehr viel Nachholbedarf in Sachen interkultureller Kompetenz in allen Bereichen der Landesverwaltung.

Ich will aber bewusst auch ein ganz positives Beispiel bringen. Die Polizei hat ganz konkrete Zielvorgaben für die nächsten fünf Jahre. Ich persönlich hatte vor etwas mehr als zwei Wochen im Rahmen einer Praxisvertretung ein sehr positives Erlebnis. Da kam ein junger Polizeibeamter türkischer Nationalität und hat mit großer Begeisterung über seinen Dienst bei der Polizei erzählt. Ich denke, das ist eine sehr gute Maßnahme gewesen, die ausgebaut werden muss.

(Beifall bei der FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Abg. Glück, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Utzt?

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Bitte sehr, Frau Utzt.

Abg. Inge Utzt SPD: Herr Dr. Glück, wissen Sie, wem der junge Polizeibeamte seinen Dienst bei der Polizei zu danken hat?

(Abg. Scheuermann CDU: Das haben Sie doch schon gesagt!)

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Zumindest war ihm derjenige oder diejenige, der oder die ihm geholfen hat, nicht so wichtig, als dass er die betreffende Person genannt hätte.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut! – Beifall bei der FDP/DVP)

(Dr. Glück)

Er hat ganz begeistert von seinem Dienst als solchem und von seinen Kollegen gesprochen und somit eigentlich vom gesamten Polizeiapparat. Das fand ich sehr positiv.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich denke, dass es nicht nur den einen gibt. Es wäre doch ein zu großer Zufall, wenn es nur den einen gäbe und der gerade mir über den Weg liefe.

Meine Damen und Herren, die Demographie in Deutschland zwingt uns zur Auseinandersetzung mit dem Thema Einwanderung. Wir müssen uns dieser Aufgabe stellen: steuernd, begrenzend und vor allem auch integrierend.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Behringer CDU: Das muss aber nicht gleich sein!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Innenminister Dr. Schäuble.

(Abg. Wieser CDU: Er hat vermutlich den Polizisten eingestellt! – Gegenruf des Abg. Hauk CDU: Persönlich! – Abg. Wieser CDU: Oder sein Staatssekretär! – Abg. Dr. Lasotta CDU: Auf jeden Fall ist er informiert!)

Innenminister Dr. Schäuble: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sind uns alle darüber einig – wir haben das in diesem hohen Hause auch schon öfter gesagt –: Die Integration gehört zu den wichtigsten Aufgaben. Frau Kollegin Utzt, Frau Kollegin Bauer, ich bin gerne bereit, mit Ihnen zusammenzuarbeiten, wenn dies ohne Polemik geschieht. Dies ist angesichts der Bedeutung der Aufgabe, aber auch angesichts der Schwierigkeit, die mit dieser Aufgabe verbunden ist, nur gut. Wenn ich Ihre Worte so verstehen darf, dass Sie dabei konstruktiv mitarbeiten wollen, nehme ich dies gerne auf.

Möglicherweise haben wir da und dort unterschiedliche Vorstellungen. Aber auch bei früheren Debatten im Landtag hat sich herauskristallisiert: Wir sind uns auch nach Veränderungen Ihrer Meinungen inzwischen darüber einig, dass Integration nur vorangebracht werden kann, wenn wir auf der einen Seite Unterstützung bieten, aber auf der anderen Seite dies alles keine Einbahnstraße darstellt. Neben unseren Hilfen ist vor allem entscheidend, dass bei Ausländern wie bei Aussiedlern der Wille zur Integration vorhanden ist. Sonst ist alles verlorene Liebesmühe.

(Beifall bei der CDU sowie des Abg. Dr. Glück FDP/DVP)

Ich will jetzt das Selbstlob nicht überhöhen, aber doch darauf hinweisen, dass wir nicht nur als erstes Bundesland ein Integrationsgesetz vorgelegt haben, sondern seinerzeit auch eine Bestimmung vorgesehen hatten, die die Ausländer zur Integration verpflichten sollte. Dabei wurden auch Konsequenzen daran geknüpft, wenn diese Verpflichtung nicht erfüllt wird. Das ist damals im Bundesrat mit der – heute Gott sei Dank nicht mehr vorhandenen – Mehrheit von Rot-Grün abgelehnt worden. Später hat dann bezüglich dieser Passage – der Verpflichtung und der Verhängung von Sanktionen bei Nichterfüllung der Verpflichtung – Nordrhein-Westfalen bemerkenswerterweise einen fast identi-

schen Gesetzentwurf vorgelegt. Es hat also ein Umdenken in unsere Richtung stattgefunden. Dafür bin ich dankbar, aber zweimal zwei ist auch vier.

Wir haben aber nicht nur damals ein Integrationsgesetz vorgelegt, sondern wir haben auch als erstes Bundesland in Deutschland mit Integrationskursen begonnen. Wir sind also als erstes Bundesland vom Wort zur Tat geschritten. Auch dies darf nicht ganz vergessen werden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Trotzdem bin ich mir darüber im Klaren, dass, wie gesagt, noch ein weiter Weg vor uns liegt.

Frau Kollegin Utzt, wir haben in der letzten Sitzung des Innenausschusses des Landtags über einen anderen Antrag von Ihrer Seite beraten. Ich habe damals, Sie haben es vorhin erwähnt, ganz offen gesagt – ich finde Offenheit und Ehrlichkeit immer am besten –: Wir haben – das haben Sie mit Recht gesagt – vor der Bundestagswahl seitens Baden-Württemberg und übrigens auch anderer so genannter B-Länder keine Mitarbeit bei der Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes geleistet. Seit der Bundestagswahl – und die hat ja eine Entscheidung gebracht, deren Auswirkungen wir jetzt tagaus, tagein in Deutschland feststellen; Sie werden sehen, was morgen in der Presse zu den rückläufigen Steuereinnahmen geschrieben stehen wird – arbeiten wir mit.

Jetzt kommt aber eines hinzu – das hat der Kollege Glück vorhin mit Recht erwähnt –: Wir stehen auch kurz vor der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Das Bundesverfassungsgericht hat ja, wenn ich es richtig im Kopf habe, sinngemäß erklärt, es wolle auf jeden Fall rechtzeitig entscheiden. Wenn das Zuwanderungsgesetz am 1. Januar 2003 in Kraft treten soll, dann kann man „rechtzeitig“ ja wohl nur so interpretieren, dass das Bundesverfassungsgericht noch in diesem Jahr, also vor dem 1. Januar 2003, entscheiden wird. Insider gehen davon aus, dass das Bundesverfassungsgericht Mitte Dezember entscheiden wird.

Das wird natürlich für den Fortgang unserer Überlegungen eine zentrale Rolle spielen. Deswegen passt übrigens auch unsere Verabredung im letzten Innenausschuss gut, dass wir das Thema dieses Antrags in der Innenausschusssitzung am 18. Dezember noch einmal aufgreifen wollen. Das passt ideal, weil bis dahin aller Voraussicht nach die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vorliegen wird.

Niemand hat heute – und dafür bin ich dankbar – Spekulationen darüber angestellt, wie das Bundesverfassungsgericht entscheiden wird. Ich will dies auch nicht tun. Allerdings muss man noch einen Zusammenhang sehen. Die Bundesregierung hat inzwischen vor kurzem die vier Verordnungen, die für die Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes notwendig sind, im Kabinett verabschiedet. Es ist vorgesehen, dass – so jedenfalls der bisherige Stand – diese vier Verordnungen, von denen zwei im Bundesrat zustimmungspflichtig sind, am 29. November im Bundesrat behandelt werden. Die CDU/CSU-FDP-Seite – so will ich das einmal in toto formulieren – hält von diesem Prozedere nichts. Wir halten es nicht für glücklich, dass unmittelbar vor der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die auf jeden Fall für die

(Minister Dr. Schäuble)

eine oder andere Seite sehr eng werden wird, diese Verordnungen noch im Bundesrat behandelt werden sollen. Als Alternativtermin wäre dann, glaube ich, noch die letzte Bundesratsitzung im Dezember denkbar, die dann nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts läge.

Langer Rede kurzer Sinn: Es zeichnet sich ab, das kann ich schon heute in dieser Plenarsitzung sagen, dass die notwendigen Maßnahmen – und zwar völlig unabhängig von unserer Einstellung und unserem Verhalten zur Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes; selbst wenn das Bundesverfassungsgericht das Gesetz für verfassungsgemäß zustande gekommen halten würde; wenn nicht, ist sowieso alles Geschwätz, dann gehen die Verhandlungen wieder los – vor dem 1. Januar 2003 realiter wohl nicht zu schultern sein werden. Deswegen sind es ja – ich erinnere an die Leiterin der Stuttgarter Ausländerbehörde – immer mehr Städte und Gemeinden, die sagen, man müsse sich dann gegebenenfalls Gedanken machen, ob das Gesetz in praxi mit Jahresbeginn umgesetzt werden könne. Dies wird aber, Frau Kollegin Utzt, dann noch einmal Gegenstand unserer weiteren Beratungen im Innenausschuss sein.

Ich will es so zusammenfassen: Auch wenn das Gesetz scheitern sollte, werden wir genauso wie bisher mit dem Thema Integration ringen müssen und Schritt für Schritt vorankommen. Wenn dies sachorientiert und ohne Polemik geschieht, dann, glaube ich, entsprechen wir am besten dieser Aufgabe.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Frau Abg. Utzt.

Abg. Inge Utzt SPD: Herr Minister, ich hatte ganz bewusst das Zuwanderungsgesetz aus meinen Ausführungen herausgehalten, weil das Thema unseres Antrags die Integration von Migrantinnen und Migranten in Baden-Württemberg war. Ich habe originäre landespolitische Themen angesprochen. Ich will das jetzt nicht wiederholen; Sie können das ja dann dem Protokoll entnehmen. Dabei geht es um Projekte, die ohne das Zuwanderungsgesetz im Land umgesetzt werden können, die außerhalb des Zuwanderungsgesetzes liegen. Ich meine, darauf sollten Sie uns schnellstens eine Antwort geben.

Ich habe die interkulturelle Kompetenz in der Landesverwaltung angesprochen, ich habe den Bereich Schulen angesprochen. Ich denke, das sind Themen, die vom Zuwanderungsgesetz nicht betroffen sind. Darauf erwarten wir eine Antwort. Sie sollten uns auch zu diesem Themenbereich spätestens bis zur Dezembersitzung des Innenausschusses etwas sagen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Kollegen Theurer.

(Abg. Fischer SPD: Er hat aber keine Redezeit mehr!
– Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Abg. Theurer FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute Abend wurde gesagt, die Opposition im Deutschen Bundestag lasse ein Gesamtkonzept zur Integration vermissen. Ich behaupte, Sie verfügen selbst nicht über ein solches Konzept. Wir müssen es gesamtgesellschaftlich erarbeiten. Es gibt viele gute Ansätze, die die Landesregierung hierzu schon auf den Weg gebracht hat. Es gibt auch gute Ansätze vonseiten der Opposition hier.

Eines hat mir in der Diskussion heute Abend allerdings gefehlt: Die Regierung und vor allem die Öffentlichkeit müssen wissen, dass die Integrationsleistung in diesem Land von den Menschen erbracht werden muss. Das ist eine Frage des bürgerschaftlichen Engagements. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass viele Menschen sagen: „Uns hat man gar nicht gefragt, ob die Zuwanderer hierher kommen sollen. Wir wollen das eigentlich nicht.“ Denn eines ist doch klar: Integration ist anstrengend. Wenn ein Zugewanderter, ein Migrant, nach der Arbeit nach Hause kommt, möchte er gern seine Muttersprache pflegen. Das ist völlig normal. Auch wir würden das tun, wenn wir im Ausland wären. Integration erfordert große Anstrengungen von allen Beteiligten.

Eines kommt, wie ich finde, in allen Debatten zu kurz: Wir können diese Aufgabe als Staat nicht allein bewältigen. Es muss darum gehen, die Menschen für diese Aufgabe zu gewinnen. Das sollten wir in den Vordergrund unseres Handelns stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit kommen wir zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der unter Punkt 7 aufgeführten Initiativen.

Der Antrag Drucksache 13/432 ist geschäftsordnungsmäßig erledigt. Erhebt sich dagegen Widerspruch?

(Abg. Inge Utzt SPD: Weiterberatung im Innenausschuss!)

– Der Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/432, soll zur weiteren Beratung an den Innenausschuss überwiesen werden. – Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, die Große Anfrage der Fraktion GRÜNE – Gesamtkonzept der Integrationspolitik in Baden-Württemberg –, Drucksache 13/1030, ist mit der Aussprache erledigt. – Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende unserer heutigen Plenarsitzung.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 14. November, 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung. Kommen Sie gut nach Hause!

Schluss: 18:08 Uhr